

Till-Tentschert, Ursula et al.

Research Report

Armutsgefährdung in Österreich

Sozialpolitische Studienreihe, No. 2

Provided in Cooperation with:

Government of Austria, Federal Ministry of Social Affairs, Health, Care and Consumer Protection, Vienna

Suggested Citation: Till-Tentschert, Ursula et al. (2009) : Armutsgefährdung in Österreich, Sozialpolitische Studienreihe, No. 2, ISBN 978-3-7035-1640-5, Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Wien

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/226663>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>



bmask.gv.at

BUNDESMINISTERIUM FÜR
ARBEIT, SOZIALES UND
KONSUMENTENSCHUTZ

SOZIALPOLITISCHE STUDIENREIHE

BAND 2

Armutsgefährdung in Österreich

EU-SILC 2008

Eingliederungsindikatoren

Statistik Austria im Auftrag des BMASK

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

Stubenring 1, 1010 Wien (Abteilung V/4; Abteilung Kommunikation und Service)

• **Redaktion „EU-SILC 2008“:** Ursula Till-Tentschert (Projektleitung), Thomas Glaser, Richard Heuberger, Elisabeth Kafka, Nadja Lamei, Magdalena Skina, Matthias Till

• **Redaktion „Eingliederungsindikatoren“:** Matthias Till (Projektleitung), Franz F. Eiffe, Georg Datler, Justus Henke, Karin Schrittwieser, Ursula Till-Tentschert

• **Konzeption und Druckvorstufe:** Martin Withalm • **Druck:** vdvfriedrich

• **1. Auflage:** Dezember 2009, ISBN 978-3-85010-224-7

Alle Rechte vorbehalten: Zu beziehen bei BMASK-Bestellservice 0800/20 20 74 oder <http://broschuerenservice.bmask.gv.at>. Jede Verwertung (auch auszugsweise) ist ohne schriftliche Zustimmung des Medieninhabers unzulässig. Dies gilt insbesondere für jede Art der Vervielfältigung, der Übersetzung, der Mikroverfilmung, der Wiedergabe in Fernsehen und Hörfunk, sowie der Verarbeitung und Einspeicherung in elektronische Medien, wie z. B. Internet oder CD-Rom.

ARMUTSGEFÄHRDUNG IN ÖSTERREICH

Einkommen, Armut und Lebensbedingungen

Ergebnisse aus EU-SILC 2008

Ursula Till-Tentschert (Projektleitung), Thomas Glaser, Richard Heuberger, Elisabeth Kafka, Nadja Lamei, Magdalena Skina, Matthias Till

Indikatoren für das Monitoring sozialer Eingliederung in Österreich

Matthias Till (Projektleitung), Franz F. Eiffe, Georg Datler, Justus Henke, Karin Schrittwieser, Ursula Till-Tentschert

VORWORT

Das vorrangige Ziel der Sozialpolitik ist die Verhinderung und Minderung von Armut. In diesem Sinn sind die jährlichen in allen EU-Mitgliedsstaaten durchgeführten EU-SILC Erhebungen zu Einkommen, Armut und Lebensbedingungen und ein regelmäßiges Monitoring zu diesem Thema eine wichtige sozialpolitische Entscheidungsgrundlage.

Wie die Ergebnisse zeigen, ist eine Einbindung in den Arbeitsmarkt eine wesentliche Voraussetzung für finanzielle und soziale Teilhabe. Die Ergebnisse zeigen aber auch, dass die Qualität der Beschäftigung eine wesentliche Rolle spielt. Prekäre Arbeit schützt in vielen Fällen nicht vor Armutsgefährdung. Dies wird ein wichtiges Themengebiet für die zukünftige Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sein.

Neben der großen Bedeutung der Erwerbsarbeit wird in den beiden Studien auch auf die unverzichtbare Rolle der sozialpolitischen Leistungen zur Armutsbekämpfung hingewiesen. Durch die Sozialleistungen wird die Armut um ca. die Hälfte und unter Mitbetrachtung der Pensionen um knapp zwei Drittel reduziert.

Die Ergebnisse dieser Studien bestärken mich in meinem Bestreben, die beschäftigungspolitischen Instrumente zum Abbau der krisenbedingten hohen Arbeitslosigkeit weiter zu entwickeln und qualitätsvolle Beschäftigung zu fördern. Sie sind auch eine Bestätigung dafür, wie notwendig die für 2010 umzusetzenden Verbesserungen in der Arbeitslosenversicherung und bei der bedarfsorientierten Mindestsicherung sind.

Rudolf Hundstorfer

Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

VORWORT

Die vorliegende Publikation fasst zwei Studien der STATISTIK AUSTRIA zur sozialen Lage in Österreich zusammen: Die aktuellen Ergebnisse aus EU-SILC 2008 sowie Indikatoren für den nationalen Strategieplan zur sozialen Eingliederung.

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union verfolgen das gemeinsame Ziel, Armut und Ausgrenzung zu verringern. Um Fortschritte messbar zu machen, wurde im Juni 2003 die Verordnung (EG) 1177/2003 für die Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) vom Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament verabschiedet. Alle Mitgliedstaaten sind demnach zur Erhebung von Daten zu Einkommen und Lebensbedingungen und zur Berechnung von gemeinsamen Indikatoren verpflichtet. In Österreich führt STATISTIK AUSTRIA seit 2003 jährlich die EU-SILC-Erhebung im Auftrag des BMASK durch.

Im ersten Teil dieses Bandes werden Detaillergebnisse der EU-SILC-Erhebung des Jahres 2008 aus dem Bericht **„Einkommen, Armut und Lebensbedingungen“** von STATISTIK AUSTRIA veröffentlicht. Neben den gemeinsamen EU-Indikatoren sowie einer Analyse von Haushaltseinkommen, Armutsgefährdung und Deprivation wird auch über das diesjährige EU-SILC Modul zu Verschuldung, Überschuldung und finanzieller Ausgrenzung berichtet. Erstmals werden Längsschnittergebnisse für vier Erhebungsjahre (2004-2007) präsentiert. Ein Band **Methoden und Vergleiche** sowie der **Tabellenband** sind auf den Websites von STATISTIK AUSTRIA und des BMASK abrufbar.

Der zweite Teil dieses Bandes präsentiert **„Indikatoren für das Monitoring sozialer Eingliederung in Österreich“**. Dieser Bericht beruht auf einer Studie, die STATISTIK AUSTRIA für das BMASK erstellt hat. Dabei wurde ein Katalog von 17 nationalen Indikatoren zusammengestellt und Analysen über spezifische Wirkungszusammenhänge der Armutsgefährdung in Österreich auf Grundlage von EU-SILC durchgeführt.

Die Indikatoren wurden in Zusammenarbeit mit der Universität Wien, der Synthesis Forschungsgesellschaft sowie einem Beirat aus Delegierten von Sozialpartnerorganisationen, Bundesländern, Ministerien, der Armutskonferenz sowie Fachleuten entwickelt und unterstützen das Monitoring des nationalen Strategieplanes.

Aktualisierungen, weiterführende Analysen und Tabellen sind auf der Website der STATISTIK AUSTRIA kostenlos abrufbar:

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/armut_und_soziale_eingliederung/index.html.

Univ.-Prof. Dr.h.c. Dr. Peter Hackl

Fachstatistischer Generaldirektor der STATISTIK AUSTRIA

Wien, im Dezember 2009

INHALTSVERZEICHNIS

Kommentar des BMASK zu den Studien „EU-SILC 2008“ und „Eingliederungsindikatoren“	11
--	----

EU-SILC 2008

Zusammenfassung	27
1. Einleitung	31
2. Zusammensetzung und Verteilung der Haushaltseinkommen	35
3. Armutsgefährdung in Österreich	49
4. Finanzielle Deprivation und Armutslagen	83
5. Trends, Dauerhaftigkeit und Dynamik der Armutsgefährdung	100
6. Verschuldung, Überschuldung und finanzielle Ausgrenzung	133
7. Indikatoren zu Armut und sozialer Eingliederung	156
8. Literatur	162
9. Erläuterungen und Definitionen	171

EINGLIEDERUNGSINDIKATOREN

Zusammenfassung	207
Lesehilfe zu den Indikatoren	214
1. Einleitung	218
2. Symptome mangelnder sozialer Eingliederung	226
3. Nationale Indikatoren für Österreich	235
4. Wirkungszusammenhänge bei der Entstehung von Armutslagen	276
5. Was wäre wenn? – Modellrechnungen und Simulationen	293
6. Literaturverzeichnis	300

KOMMENTAR DES BMASK ZU DEN STUDIEN „EU-SILC 2008“ UND „EINGLIEDERUNGSINDIKATOREN“

EU-KENNZAHLEN FÜR DEN SOZIALBEREICH

Die EU-Staaten haben sich im Rahmen der „Offenen Methode der Koordinierung“ auf gemeinsame Kennzahlen für den Sozialbereich geeinigt. Damit sollen fundierte empirische Grundlagen für die nationalstaatlichen Politiken und Initiativen auf EU-Ebene geschaffen werden.

Eine EU-Verordnung verpflichtet die Mitgliedstaaten, regelmäßig eine Erhebung durchzuführen (EU-SILC). Dadurch soll gewährleistet sein, dass alle Mitgliedstaaten Daten zu den gemeinsamen EU-Kennzahlen zur Verfügung stellen.

Zusätzlich zu diesen Indikatoren wird den Mitgliedstaaten empfohlen, nationale Indikatoren zu entwickeln, die auf die spezifischen Umstände und politischen Zielsetzungen in den jeweiligen Staaten abgestimmt sind.

Diese EU-Vereinbarungen und Empfehlungen sind der Ausgangspunkt für die beiden im Auftrag des BMASK von Statistik Austria erstellten Studien.

Auch wenn einige EU-Kennzahlen diskussionswürdig sind, leisten sie gegenüber einer v.a. wirtschaftlichen Betrachtungsweise einen wesentlichen Beitrag für eine ausgewogenere Beurteilung der sozioökonomischen Entwicklung. Die Güte einer Gesellschaft zeigt sich nicht nur in der Entwicklung der Wirtschafts- und generellen Wohlstandsdaten.

Ebenso bedeutsam sind die Teilhabechancen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen am Wohlstand. Dies hängt zum einen von der Verteilung der zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen ab, zum anderen auch von der Qualität und den Zugangschancen

cen in den Bereichen Bildung, Ausbildung, Beschäftigung, Gesundheitsversorgung, Pflege und soziale Dienste. Darauf wird bei den EU-Kennzahlen Bezug genommen.

Die zwei hier veröffentlichten Studien behandeln diese verschiedenen Aspekte sozialer Teilhabe: In der EU-SILC Studie wird in Anlehnung an die EU-Armutsdefinition, die einigen der gemeinsamen EU-Kennzahlen zugrunde liegt, im stärkeren Ausmaß der Blickwinkel auf die Verteilung der Einkommen und der finanziellen Teilhabemöglichkeiten gelegt. In der Studie „Eingliederungsindikatoren“ wurde der Schwerpunkt auf nicht monetäre Teilhabemöglichkeiten gelegt. Die Entwicklung solcher zusätzlicher Indikatoren, die die spezifischen Problemlagen in Österreich stärker berücksichtigen können, geschah im Dialog mit den Sozialpartnern, NGOs, WissenschaftlerInnen und VertreterInnen von Gebietskörperschaften.

ZUR POLITISCHEN RELEVANZ VON EU-SILC SCHWELLENWERTEN

Sowohl in der politischen als auch in der wissenschaftlichen Debatte ist die in den EU-Berichten zur Darstellung der sozialen Lage verwendete Armutsdefinition nicht unumstritten. Diese Definition zielt ausschließlich auf die Einkommensverteilung ab. Sie bezeichnet Personen als armutsgefährdet, die über weniger als 60% des gewichteten Medianeinkommens verfügen. Mit dieser Definition können jene Bevölkerungsgruppen identifiziert werden, die im überproportionalen Ausmaß öffentlicher Unterstützung für finanzielle und soziale Teilhabe bedürfen.

Im Sinne einer nachhaltigen Armutsbekämpfungspolitik ist es aber zu kurz gegriffen, die Art und die Höhe des Unterstützungsbedarfs ausschließlich aus den EU-SILC Armutsgefährdungsschwellenwerten abzuleiten.

Bei dieser Armutsdefinition wird nur die Einkommensseite in Betracht gezogen. Nicht berücksichtigt werden jedoch die mit diesen Einkommen zu finanzierenden privaten

Ausgaben für z.B. Bildung, Wohnen oder soziale, gesundheitliche und pflegerische Dienste. Gerade für einkommensschwache Personen macht es einen Unterschied, wie der Zugang zu diesen Bereichen gestaltet ist. Hier gibt es große Unterschiede zwischen den EU-Staaten. In Österreich sind im EU-Vergleich die privaten Kosten (z.B. Selbst-behalte) für diese Angebote relativ niedrig. Nur eine Gesamtsicht der Einkommen der Haushalte einerseits und des Volumens und der Art des Zugangs zu öffentlichen Diensten andererseits bietet eine realistische Sicht der jeweiligen Teilhabemöglichkeiten.

In vielen Fällen wird mit einer Ausweitung der Sachleistungen und der sozialen Dienste ein wirkungsvollerer Beitrag zur sozialen Teilhabe als durch Erhöhung der monetären Leistungen geleistet. Ein verbesserter Zugang zu nicht monetären Leistungen verbessert die soziale Lage von Bevölkerungsgruppen, senkt aber nicht im statistischen Sinne die EU-SILC Armutsgefährdungsquote.

Dazu kommt, dass der bei den EU-Indikatoren verwendete 60%-Wert und die Gewichtungssätze für die weiteren Haushaltsmitglieder zwangsläufig v.a. nur normativ begründet werden können.

Zudem unterstellt ein einheitlicher Armutsgefährdungsschwellenwert einen für alle Problemlagen gleich hohen Mindestlebensbedarf. Tatsächlich wird aber der Mindestbedarf je nach den konkreten Sozialrisiken unterschiedlich sein. Pflegebedürftige und kranke Personen benötigen in der Regel insgesamt eine höhere Unterstützung als es den Armutsgefährdungsschwellenwerten entspricht. Hingegen müssen andere Gruppen mit vorübergehend geringen Einkommen nicht unbedingt hilfsbedürftige Problemgruppen sein.

Bei einem Vergleich von EU-SILC Armutschwellenwerten und realen Mindestsozialleistungen (Ausgleichszulagenrichtsatz, Sozialhilfe) ist zu beachten, dass zusätzlich zu den Mindestsozialleistungen Anspruch auf weitere Geldleistungen (v.a. Familientransfers,

Pflegegeld, Wohngelder) besteht. Bei den EU-SILC Armutsgefährdungsschwellenwerten sind alle diese Leistungen, die zusätzlich z.B. zur Ausgleichszulage und der Sozialhilfe gewährt werden, jedoch bereits inkludiert. Personen mit Mindestsozialleistungen und niedrigen Einkommen erhalten in der Regel auch Befreiungen bzw. sozial gestaffelte Ermäßigungen bei öffentlichen Dienstleistungen, was bei einer rein einkommensorientierten Armutsdefinition unberücksichtigt bleibt.

Die in der SILC-Studie verwendete Armutsdefinition stellt dennoch eine wichtige Orientierung für die Sozialpolitik dar. Zumal zeigen Bevölkerungsbefragungen, dass die sich aus der EU-Definition ergebenden Armutsgefährdungsschwellenwerte in etwa der Mehrheitsmeinung über angemessenere Mindeststandards entsprechen. Sie können für die politische Festlegung von monetären Mindeststandards in den Sozialleistungssystemen aber nur einen Annäherungswert liefern, da sie nicht nach den verschiedenartigen Mindestbedarfen aufgrund unterschiedlicher Sozialrisiken differenzieren und zusätzlich zu den Mindestsozialleistungen auch Anspruch auf andere Leistungen und Befreiungen besteht.

EINE AUSSCHLIESSLICH EINKOMMENSORIENTIERTE SICHTWEISE IST ZU EINSEITIG

Für eine nachhaltige Armutsbekämpfungspolitik ist es v.a. wichtig, an den armutsverursachenden Faktoren anzusetzen. In der Studie „Eingliederungsindikatoren“ werden Indikatoren zu den Bereichen Bildung, Arbeitsmarkt, Wohnen und Gesundheit präsentiert.

Bei einer rein einkommensorientierten Sichtweise ist für die letzten 13 Jahre eine konstante Armutsgefährdungsquote zwischen 12% und 13% feststellbar. Dem stehen aber andere Entwicklungen gegenüber, wenn nicht nur das Einkommen betrachtet wird. Die Indikatoren zum Bildungsniveau, zur Erwerbsbeteiligung, zur Wohnqualität und zur Lebenserwartung zeigen nicht nur Fortschritte für die Gesamtbevölkerung, sondern auch für die sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen.

Diese Daten verdeutlichen aber gleichzeitig die noch weiter bestehenden großen Unterschiede der Teilhabechancen zwischen den einkommensschwächeren Gruppen und dem Durchschnitt.

EINKOMMEN, ARMUT UND LEBENSBEDINGUNGEN

ERGEBNISSE AUS EU-SILC 2008

Ursula Till-Tentschert (Projektleitung), Thomas Glaser, Richard Heuberger, Elisabeth Kafka, Nadja Lamei, Magdalena Skina, Matthias Till

INHALTSVERZEICHNIS

	Zusammenfassung	27
1.	Einleitung	31
2.	Zusammensetzung und Verteilung der Haushaltseinkommen	35
2.1.	Einkommen privater Haushalte in Österreich	35
2.2.	Verteilung der äquivalisierten Einkommen in der Bevölkerung	39
2.3.	Die Zusammensetzung des äquivalisierten Haushaltseinkommens	43
2.4.	Relativer Lebensstandard verschiedener Bevölkerungsgruppen	44
3.	Armutsgefährdung in Österreich	49
3.1.	Ausmaß der Armutsgefährdung	49
3.2.	Entstehungszusammenhänge von Armutsgefährdung	54
3.2.1.	Entstehungszusammenhang 1: Erwerbsarbeit	56
3.2.2.	Entstehungszusammenhang 2: Familie, Lebensformen und Kinder	68
3.2.3.	Entstehungszusammenhang 3: Staatliche Sozialleistungen	75
4.	Finanzielle Deprivation und Armutslagen	83
4.1.	Kriterien finanzieller Deprivation und Ausmaß manifester Armut	84
4.2.	Sekundäre Benachteiligungen	93
4.3.	Einschränkungen im Alltag aufgrund von Krankheit oder Behinderung	95
4.4.	Wohnprobleme nach Armutslagen	97
5.	Trends, Dauerhaftigkeit und Dynamik der Armutsgefährdung	100
5.1.	Trends 2004 - 2008	101
5.2.	Dauerhaftigkeit von Armutsgefährdung	108
5.2.1.	Die Relevanz der Längsschnittperspektive für die Armutsberichterstattung	109
5.2.2.	Häufigkeit von Armutsgefährdung zwischen 2004 und 2007	111
5.2.3.	Dauerhafte Armutsgefährdung 2004-2007	112
5.3.	Übertritte in und aus Armutsgefährdung	125

6.	Verschuldung, Überschuldung und finanzielle Ausgrenzung	133
6.1.	Verschuldung	134
6.2.	Finanzielle Schwierigkeiten	140
6.3.	Überschuldung	144
6.4.	Finanzielle Exklusion	151
7.	Indikatoren zu Armut und sozialer Eingliederung	156
7.1.	Der politische Hintergrund	156
7.2.	Indikatoren zur Messung der Ziele der sozialpolitischen Agenda der EU	156
7.3.	Indikatoren aus EU-SILC für Österreich	158
8.	Literatur	162
9.	Erläuterungen und Definitionen	171

Ein umfassender **Tabellenband zu EU-SILC 2008** sowie ein Bericht über **Methoden und Vergleiche zu EU-SILC 2008** sind auf der Homepage des BMASK, www.bmask.gv.at unter „Statistische Daten und Studien“, sowie der Statistik Austria, www.statistik.at unter „Statistiken - Soziales - Armut und soziale Eingliederung“, verfügbar.

VERZEICHNIS DER ÜBERSICHTEN

Übersicht 1:	Einkommensbestandteile in EU-SILC zur Ermittlung des Haushaltseinkommens	36
Übersicht 2:	Verteilung des Einkommens privater Haushalte	38
Übersicht 3:	Beispiel für die Berechnung der Haushaltsäquivalente	40
Übersicht 4:	Berechnungsbeispiel für das Äquivalenzeinkommen einer Familie	41
Übersicht 5:	Verteilungsperzentile des Äquivalenzeinkommens von Personen	42
Übersicht 6:	Relativer Lebensstandard nach Geschlecht, Alter und Haushaltsform	46
Übersicht 7:	Relativer Lebensstandard nach ausgewählten Merkmalen	48
Übersicht 8:	Armutsgefährdungsschwelle bei 60% des Medians für unterschiedliche Haushaltstypen	49
Übersicht 9:	Armutsgefährdungsquote und deren Schwankungsbreite für Österreich und die Bundesländer	50
Übersicht 10:	Einkommen und Lücke der Armutsgefährdeten bei unterschiedlichen Schwellen	53
Übersicht 11:	Einkommen und Armutsgefährdung von Risikogruppen	55
Übersicht 12:	Armutsgefährdung nach Haupttätigkeit 2007 von Personen im Erwerbsalter	56
Übersicht 13:	Soziodemographisches Profil von Erwerbstätigen im Erwerbsalter nach Armutsrisiko	58
Übersicht 14:	Armutsrisiko von Erwerbstätigen im Erwerbsalter nach Staatsbürgerschaft und Haushaltstyp	60
Übersicht 15:	Aktuelles Erwerbseinkommen und Armutsgefährdung bei unselbständig Erwerbstätigen im Erwerbsalter nach Staatsbürgerschaft	63

Übersicht 16:	Armutsgefährdung in prekären Beschäftigungsformen	64
Übersicht 17:	Erwerbsbeteiligung von Frauen nach Teilzeit-/Vollzeiterwerbstätigkeit und Haushaltstyp	65
Übersicht 18:	Armutsgefährdung nach Erwerbsintensität des Haushalts	66
Übersicht 19:	Armutsgefährdung nach Haushaltstyp und Alter der Kinder	69
Übersicht 20:	Erwerbstätigkeit von Frauen und Armutsgefährdung in Mehrpersonenhaushalten	71
Übersicht 21:	Armutsgefährdung von Kindern, Jugendlichen und abhängigen jungen Erwachsenen bis 26 Jahren	74
Übersicht 22:	Anteil der Sozialleistungen und Pensionen am verfügbaren Einkommen	76
Übersicht 23:	Anteil der Sozialleistungen und Pensionen am verfügbaren Einkommen nach Armutsgefährdung	77
Übersicht 24:	Armutsgefährdung vor und nach Sozialleistungen und Pensionen nach Haushaltszusammensetzung	79
Übersicht 25:	Armutsgefährdung vor und nach Sozialleistungen und Pensionen in Risikogruppen	81
Übersicht 26:	Merkmale finanzieller Deprivation	86
Übersicht 27:	Zusammenhang von Armutsgefährdung und finanzieller Deprivation	87
Übersicht 28:	Betroffenheit von manifester Armut nach Haushaltstyp	89
Übersicht 29:	Finanzielle Deprivation und Armutsgefährdung von Kindern, Jugendlichen und abhängigen jungen Erwachsenen bis 26 Jahren	92
Übersicht 30:	Finanzielle Deprivation von Kindern, Jugendlichen und abhängigen jungen Erwachsenen bis 26 Jahren	93
Übersicht 31:	Merkmale sekundärer Deprivation in armutsgefährdeten und nicht armutsgefährdeten Haushalten	94
Übersicht 32:	Einschränkungen im Alltag durch Gesundheitsprobleme	96

Übersicht 33:	Wohnprobleme nach Armutslagen	99
Übersicht 34:	Zentrale Maßzahlen 2004 - 2008	102
Übersicht 35:	Relativer Medianlebensstandard nach Geschlecht, Alter und Staatsbürgerschaft 2004 - 2008	103
Übersicht 36:	Relativer Medianlebensstandard nach Haushaltsform 2004 - 2008	105
Übersicht 37:	Armutsgefährdungsquote nach Geschlecht, Alter und Staatsbürgerschaft 2004 - 2008	106
Übersicht 38:	Armutsgefährdungsquote nach Haushaltsform 2004 - 2008	107
Übersicht 39:	“Working Poor” 2004 – 2008	108
Übersicht 40:	Häufigkeit des Auftretens von Armutsgefährdung 2004-2007	112
Übersicht 41:	Typen dauerhafter Armutsgefährdung	113
Übersicht 42:	Dauerhaftigkeit von Armutsgefährdung nach soziodemo- graphischen Merkmalen	116
Übersicht 43:	Dauerhaftigkeit von Armutsgefährdung nach Haushaltstyp	118
Übersicht 44:	Dauerhaftigkeit von Armutsgefährdung nach Haushaltsmerkmalen	120
Übersicht 45:	Teilhabemängel nach Dauerhaftigkeit der Armutsgefährdung	121
Übersicht 46:	Wohnbedingungen und Gesundheit nach Dauerhaftigkeit der Armutsgefährdung	123
Übersicht 47:	Eintritte in Armutsgefährdung und relatives Eintrittsrisiko nach Geschlecht, Alter und Staatsbürgerschaft 2007	128
Übersicht 48:	Austritt aus Armutsgefährdung und relative Austrittschance nach Geschlecht, Alter und Staatsbürgerschaft 2007	131
Übersicht 49:	Kreditverbindlichkeiten in Österreich (Personen in Privathaushalten) nach Alter, Staatsbürgerschaft und Haushaltstyp	137
Übersicht 50:	Kreditverbindlichkeiten nach Einkommensgruppen	139

Übersicht 51:	Umgang mit finanziellen Schwierigkeiten von Schuldnern und Schuldnerinnen	143
Übersicht 52:	Überschuldung durch Zahlungsrückstände (aktuell oder in den letzten 12 Monaten)	145
Übersicht 53:	Überschuldung durch Zahlungsrückstände (aktuell oder in den letzten 12 Monaten) nach sozioökonomischem Status	148
Übersicht 54:	Anteil der aktuellen Zahlungsrückstände am aktuellen monatlichen Haushaltseinkommen	150
Übersicht 55:	Finanzielle Exklusion	153
Übersicht 56:	Ausgewählte Indikatoren zu Armut und sozialer Eingliederung	159

VERZEICHNIS DER GRAFIKEN

Grafik 1	Gini-Koeffizienten für die Verteilung der Haushaltseinkommen	39
Grafik 2:	Gini-Koeffizienten für die Verteilung der Äquivalenzeinkommen	43
Grafik 3:	Armutsgefährdung nach soziodemographischen Merkmalen	54
Grafik 4	Monatliches Bruttoeinkommen 2008 von aktuell unselbständig Erwerbstätigen im Erwerbsalter nach Geschlecht	62
Grafik 5:	Armutsgefährdung und manifeste Armut bei Risikogruppen	91
Grafik 6:	Einkommen und Lebensstandard im Zeitverlauf für einen Beispielhaushalt	110
Grafik 7:	Dauerhafte und zeitweilige Armutsgefährdung bei 60 und 70% des Medians	114
Grafik 8:	Dauerhafte Armutsgefährdung bei 70% des Medians nach Armutsgefährdung bei 60% des Medians	115
Grafik 9:	Relatives Eintrittsrisiko in Armutsgefährdung nach Haushaltsform 2007	129

Grafik 10:	Relative Austrittschance aus Armutsgefährdung nach Haushaltsform 2007	132
Grafik 11:	Kreditstruktur verschuldeter Haushalte	135
Grafik 12:	Finanzielle Schwierigkeiten	140

ZUSAMMENFASSUNG

EU-STATISTIK ZUR SOZIALEN EINGLIEDERUNG

EU-SILC (Statistics on Income and Living Conditions) ist eine Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen von Privathaushalten in Europa. Sie wird auf Basis einer EU-Verordnung in allen Mitgliedstaaten erstellt, um gemeinsame Indikatoren für soziale Eingliederung zu berechnen. Darüber hinaus bildet EU-SILC eine wichtige Grundlage für die europäische Sozialstatistik und die nationale Armutsberichterstattung. Die Erhebung 2008 wurde in Österreich im Auftrag des BMASK durch Statistik Austria durchgeführt.

MEDIAN DES ÄQUIVALENZEINKOMMENS LIEGT BEI 1.584 € PRO MONAT

Für die Betrachtung des Lebensstandards wird üblicherweise das Äquivalenzeinkommen (bedarfsgewichtetes Netto-Pro-Kopf-Einkommen) verwendet. Der Erhebung EU-SILC 2008 zufolge liegt der Median des Äquivalenzeinkommens bei 19.011 € pro Jahr oder 1.584 € pro Monat (bedarfsgewichtetes Netto-Pro-Kopf-Einkommen, 12x pro Jahr). Die Einkommen von Ein-Eltern-Haushalten (24% weniger als der Median der Gesamtbevölkerung) und Mehrpersonenhaushalten mit drei und mehr Kindern (22% weniger) liegen besonders deutlich darunter. Alleinlebende Pensionistinnen haben einen um 21% niedrigeren Lebensstandard. Personen ohne österreichische und EU/EFTA-Staatsbürgerschaft haben im Vergleich das niedrigste Äquivalenzeinkommen (27% weniger), eingebürgerte Österreicherinnen und Österreicher einen noch immer deutlich unterdurchschnittlichen Lebensstandard (rund 20% unter dem Median der Durchschnittsbevölkerung). Personen mit Pflichtschule als höchstem Bildungsabschluss haben ein um 16 Prozent niedrigeres Äquivalenzeinkommen als die Durchschnittsbevölkerung. Ein überdurchschnittlicher Lebensstandard zeigt sich bei höheren Bildungsabschlüssen (+3% bei Lehr- bis +35% bei Universitätsabschluss) und bei starker Einbindung des Haushalts in den Arbeitsmarkt (+17% bei voller Erwerbsintensität).

OBERSTES EINKOMMENSZEHNTEL VERFÜGT ÜBER 22%, UNTERSTES ÜBER 4% DER ÄQUIVALENZEINKOMMEN

Im Vergleich des obersten mit dem untersten Einkommenszehntel hat das oberste Einkommenszehntel mindestens 33.270 € Äquivalenzeinkommen, das unterste Einkommenszehntel weniger als 10.653 € zur Verfügung. Personen im obersten Einkommenszehntel steht somit ein mehr als dreimal so hohes Äquivalenzeinkommen zur Verfügung wie Personen des untersten Einkommenszehntel. In Summe verfügt das oberste Einkommenszehntel über 22% der gesamten Äquivalenzeinkommen, das unterste über etwa 4%.

12,4% DER BEVÖLKERUNG IN ÖSTERREICH ARMUTSGEFÄHRDET

Die aktuelle Armutsgefährdungsschwelle für einen Einpersonenhaushalt beträgt laut EU-SILC 2008 951 € pro Monat. In Österreich sind 12,4% der Bevölkerung armutsgefährdet (bzw. mit 95% Vertrauenswahrscheinlichkeit zwischen 11,4% und 13,3%). Hochgerechnet auf die Gesamtbevölkerung liegt die Zahl der armutsgefährdeten Personen zwischen rund 940.000 und 1,1 Millionen. Das Äquivalenzeinkommen armutsgefährdeter Haushalte liegt im Mittel um 146 € unter der Armutsgefährdungsschwelle, die Armutsgefährdungslücke beträgt somit 15,3%. Das höchste Armutsrisiko besteht für Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft. Auch bei bereits Eingebürgerten aus Drittstaaten bleibt die Armutsgefährdungsquote deutlich über dem Bevölkerungsschnitt. Ebenfalls stark armutsgefährdet sind Personen in Ein-Eltern-Haushalten. Frauen leben häufiger allein als Männer und haben daher öfter ein Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle. Gute Ausbildung, österreichische Herkunft und das Leben in Mehrpersonenhaushalten mit bis zu zwei Kindern sind Merkmale, die mit unterdurchschnittlicher Armutsgefährdung einhergehen.

492.000 PERSONEN GELTEN ALS MANIFEST ARM

Rund die Hälfte der armutsgefährdeten Menschen ist gleichzeitig mit finanzieller Deprivation konfrontiert und wird als „manifest arm“ bezeichnet. Das entspricht hochgerechnet 492.000 Personen oder 6% der Wohnbevölkerung. Armutsgefährdete ohne größere Einschränkungen in der Lebenssituation werden als „von Einkommensmangel betroffen“ bezeichnet. 14% der Bevölkerung haben zwar ein Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle, sind aber finanziell depriviert, d.h. sie sind von „Teilhabemangel“ betroffen. Die restlichen 74% der Bevölkerung haben nach dieser Definition keinen Mangel.

QUOTE DER DAUERHAFT ARMUTSGEFÄHRDETEN LIEGT BEI 5%

Erstmals können im Bericht zu EU-SILC 2008 auch Längsschnittauswertungen für die Jahre 2004 bis 2007 präsentiert werden. Mehr als ein Viertel der Bevölkerung (27%) befand sich zumindest einmal in diesen vier Jahren unter der Armutsgefährdungsschwelle. 5% der Personen, die während der ersten vier Jahre an der Erhebung EU-SILC teilnahmen, sind als dauerhaft armutsgefährdet zu bezeichnen. Das heißt ihr äquivalisiertes Jahreseinkommen lag sowohl im Jahr 2007 als auch in mindestens zwei der vorangegangenen drei Jahre unter der Armutsgefährdungsschwelle. Besonders ältere Menschen mit Pensionen unter der Armutsgefährdungsschwelle sind von hoher Persistenz der Armutsgefährdung betroffen.

DYNAMIK VON ARMUTSGEFÄHRDUNG

Von den 13% Armutsgefährdeten im Jahr 2006 kann bei 48% im Jahr 2007 ein Austritt aus der Armutsgefährdung beobachtet werden. Besonders armutsgefährdete junge Menschen bis 19 Jahre, Personen mit EU- und EFTA-Staatsbürgerschaft sowie Mehrpersonenhaushalte mit zwei Kindern haben eine überdurchschnittliche Chance, im Folgejahr ein Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle zu erzielen. Umgekehrt haben junge Menschen bis 19 Jahre auch ein 1,5-faches Risiko im Folgejahr in Armutsgefährdung zu geraten. Personen

in Ein-Eltern-Haushalten haben das höchste Risiko in Armutsgefährdung einzutreten. Ihr Risiko im Folgejahr armutsgefährdet zu sein, wenn sie es noch nicht sind, ist viermal so hoch wie in der Gesamtbevölkerung.

RUND DIE HÄLFTE DER BEVÖLKERUNG LEBT IN VERSCHULDETEN HAUSHALTEN

Im diesjährigen Modul zur Erhebung EU-SILC 2008 wurden erstmals Überschuldung und finanzielle Ausgrenzung thematisiert. Schulden sind in Österreich weit verbreitet: Insgesamt lebt rund die Hälfte der Bevölkerung in Haushalten mit Kreditverbindlichkeiten. Meist werden Kredite für die Beschaffung von Wohnraum aufgenommen. Die Häufigkeit von Verschuldung nimmt mit dem Alter ab und erhöht sich mit steigendem Einkommen. Überdurchschnittlich oft verschuldet sind zudem Mehrpersonenhaushalte mit Kindern.

ÜBERSCHULDUNG TRIFFT BESONDERS RISIKOHAUSHALTE

Die Tatsache, Zahlungen nicht fristgerecht begleichen zu können, gehört für 9% der Bevölkerung zum Alltag. Überproportional betroffen sind dabei jüngere Personen, Ein-Eltern-Haushalte, Familien mit drei und mehr Kindern, Drittstaatsangehörige, Personen mit geringer Ausbildung, Mitglieder von Privathaushalten mit keiner bzw. eingeschränkter Erwerbstätigkeit sowie Personen mit geringem Einkommen (armutsgefährdete oder manifest arme Menschen). Der mittlere Anteil des aktuellen Zahlungsrückstandes liegt bei 65% des gesamten verfügbaren monatlichen Haushaltseinkommens.

2% OHNE BANKKONTO

Von einem erschwerten Zugang zu finanziellen Basisdienstleistungen wie einem Konto, einer Versicherung und einem einfachen Kredit sind in Österreich vor allem ältere Personen, Personen mit einem geringen Einkommen und Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft betroffen. Insgesamt gaben 2008 hochgerechnet 2% der Bevölkerung in Österreich an, im Haushalt über kein Bankkonto zu verfügen.

1. EINLEITUNG

Die jährliche Veröffentlichung zur Erhebung EU-SILC stellt zentrale Ergebnisse zu Einkommen, Armutsgefährdung und Lebensbedingungen österreichischer Privathaushalte dar. Mit dem vorliegenden Bericht werden Analysen und ausführliche Tabellen für das Erhebungsjahr 2008 präsentiert und damit die Berichterstattung der Vorjahre teils aktualisiert, teils ergänzt. Neuerungen betreffen das Modul zu Verschuldung und finanzieller Exklusion sowie einen Abschnitt zu Ergebnissen in der Längsschnittbetrachtung.

EU-SILC (Statistics on Income and Living Conditions) ist eine Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen von Privathaushalten in Europa und bildet eine wichtige Grundlage für die Europäische Sozialstatistik. Zentrale Themen sind Einkommen, Beschäftigung und Wohnen sowie subjektive Fragen zu Gesundheit und finanzieller Lage, die es erlauben, die Lebenssituation von Menschen in Privathaushalten abzubilden. EU-SILC ist auch die zentrale Quelle zur Erhebung der vom Europäischen Rat verabschiedeten Indikatoren zur Messung von Armut und sozialer Eingliederung (vormals bekannt als Laeken-Indikatoren)¹. Diese Indikatoren ermöglichen ein Monitoring von Fortschritten bei der Verringerung von Armut und sollen das Verständnis von Armut und sozialer Ausgrenzung im europäischen Rahmen verbessern sowie den Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedsländern fördern. EU-Verordnungen bilden die rechtliche Grundlage für die Erhebung, die im Jahr 2008 erstmals zu 100% vom BMASK finanziert wurde, nachdem der Finanzierungsbeitrag Eurostats zur Einführung der Maßnahme mit 2007 ausgelaufen ist.

In Österreich wurde EU-SILC erstmals 2003 als einmalige Querschnittserhebung von Statistik Austria durchgeführt. Ergebnisse werden seitdem jährlich in Form eines Berichts sowie als Artikel zu Schwerpunktthemen in den Statistischen Nachrichten publiziert.

¹ Erläuterungen zur Entwicklung des Indikatoren-Portfolios und des dahinterliegenden politischen Prozesses siehe Kapitel 7.

Zudem werden die anonymisierten Mikrodaten gegen eine geringe Nutzungsgebühr an interessierte Forscherinnen und Forscher abgegeben und als standardisierter Datensatz (SDS, die Hälfte der Stichprobe) auch kostenlos zu Lehrzwecken zur Verfügung gestellt.

Im Jahr 2004 begann eine integrierte Längs- und Querschnittserhebung – das heißt jeweils rund drei Viertel der Haushalte werden auch im Folgejahr wieder befragt, ein Viertel der Stichprobe kommt jährlich neu hinzu. Mit dem Datensatz 2004-2007 ist erstmals ein 4-jähriger Längsschnitt auswertbar. 2008 wurde das Rotationsdesign wie gehabt fortgesetzt. Der vorliegende Bericht umfasst auch Trendauswertungen für die Jahre 2004 bis 2008 und Ergebnisse des Längsschnitts von 2004 bis 2007.

Grundlage für die Ausgangsstichprobe des jeweils neuen Viertels ist das Zentrale Melde-register. Die Ziehung erfolgte 2008 in einer geschichteten Wahrscheinlichkeitsstichprobe. Die Schichtung erfolgte nach regionalen Kriterien (Bundesländer, Interviewersprengel) und inhaltlich wichtigen Zielgruppen (Haushaltsgröße, Staatsbürgerschaft). Alle Personen eines Haushaltes ab 16 Jahren wurden persönlich befragt. Zusätzlich wurden grundlegende Informationen zu Kindern erhoben. 2008 wurde die Erhebung zur Gänze von der Erhebungsinfrastruktur der Statistik Austria selbst durchgeführt. Die Erfassung der Interviews erfolgte durch persönliche Befragungen vor Ort (CAPI) oder telefonisch (CATI).

Aus Kostengründen wurde in diesem Jahr die Stichprobe der Folgerhebung von 5.302 potenziell weiterzuverfolgenden Haushalten auf 4.832 Haushalte reduziert. Bei einer Bruttostichprobe von insgesamt 8.017 Adressen beruhen die Auswertungen für 2008 auf Daten von 5.711 Haushalten, in denen insgesamt 13.631 Personen lebten. Davon waren 10.955 Personen mindestens 16 Jahre alt, 2.676 Personen waren jünger als 16 Jahre. Von den 10.955 Personen wurden 5.613 durch persönliche Interviews erfasst, bei 2.223 Personen wurden telefonische Interviews durchgeführt. 1.103 Haushalte wurden zum vierten Mal, 1.279 zum dritten Mal, 1.468 zum zweiten Mal und 1.861 zum ersten Mal befragt.

EU-SILC ist eine für Österreich repräsentative Stichprobenerhebung – je kleiner die untersuchten Gruppen, desto ungenauer sind die auf die Grundgesamtheit hochgerechneten Werte. Dies betrifft auch die Ergebnisse für Bundesländer. Aufgrund der starken Nachfrage nach regionalisierten Ergebnissen werden diese Ergebnisse auch im diesjährigen Bericht veröffentlicht, auf die gebotene Vorsicht bei der Interpretation muss jedoch ausdrücklich hingewiesen werden. Mitunter sehr deutliche Unterschiede zum Vorjahr sind in Hinblick auf die statistische Schwankungsbreite in der Regel nicht signifikant.

Der Textteil folgt mit einigen Modifikationen der Gliederung der Vorjahre. Die verwendeten Definitionen und Hinweise zur Berechnung der dargestellten Indikatoren und Gliederungsmerkmale sowie eine Übersicht über die wesentlichsten Änderungen im Vergleich zum Bericht zu EU-SILC 2007 sind im Kapitel „Erläuterungen und Definitionen“ am Ende dieser Publikation nachzuschlagen.

Das bisher im Bericht zu EU-SILC enthaltene Kapitel zur Methodik der Erhebung und der umfassende Tabellenteil sind für EU-SILC 2008 als eigene Berichtsteile auf der Homepage des BMASK, www.bmask.gv.at unter „Statistische Daten und Studien“, sowie der Statistik Austria verfügbar (www.statistik.at unter „Statistiken - Soziales - Armut und soziale Eingliederung“).

Der online publizierte **„Tabellenband zu EU-SILC 2008. Einkommen, Armut und Lebensbedingungen“** umfasst die Themen:

- » Einkommensverteilung
- » Ausstattung mit Konsumgütern und finanzielle Einschränkungen
- » Wohnen
- » Gesundheit
- » Armutsgefährdung, Deprivation und manifeste Armut

- » Lebenszufriedenheit
- » Bildung
- » Familie
- » Arbeit
- » Risikogruppen
- » Einkommenszusammensetzung
- » Verschuldung und finanzielle Exklusion (Modul 2008)

Differenzierte methodische Informationen zur Erhebung sind im Bericht **„Methoden und Vergleiche zu EU-SILC 2008“** enthalten (auf der Homepage der Statistik Austria und des BMASK abrufbar), in dem auch die Qualität der Ergebnisse geprüft wird. Dies ist somit wesentlicher Bestandteil der durch EU-Verordnungen geregelten Qualitätssicherung. Darin werden auch Neuerungen gegenüber dem Vorjahr zusammengefasst und Vergleiche mit anderen Datenquellen präsentiert.

Die anonymisierten Mikrodaten, die diesem Bericht zugrunde liegen, sind ab Jänner 2010 verfügbar.

2. ZUSAMMENSETZUNG UND VERTEILUNG DER HAUSHALTSEINKOMMEN

Ergänzend zu Verwaltungsdaten, die bislang nur Analysen personeller Einkommensverteilungen ermöglichen, enthält EU-SILC detaillierte Informationen über das jährliche Einkommen ganzer Haushalte und ist damit in Österreich die einzige für wissenschaftliche Zwecke verfügbare Datenquelle dieser Art. Unter Berücksichtigung der Höhe des gesamten Einkommens, das in einem Haushalt verfügbar ist, und des unterstellten Einkommensbedarfs der darin lebenden Personen kann so im Gegensatz zur isolierten Betrachtung von Personeneinkommen zumindest indirekt auf den Lebensstandard privater Haushalte geschlossen werden. Auf dieser Grundlage basiert die jährlich erfolgende Berichterstattung zur Armutsgefährdung. Seit 2003 werden auf Basis von EU-SILC Statistiken über Einkommen, Armut und Lebensbedingungen erstellt. Davor diente von 1995 bis 2001 das Europäische Haushaltspanel (ECHP) als Grundlage für die Berechnung von Armutsgefährdungsquoten. Um die Vergleichbarkeit der Statistiken auf EU-Ebene zu gewährleisten, folgt die verwendete Methodik Konventionen der EU-Berichterstattung.

2.1. Einkommen privater Haushalte in Österreich

Dieses Kapitel beschreibt die Zusammensetzung und Verteilung des Einkommens von Privathaushalten und informiert über den Lebensstandard verschiedener Bevölkerungsgruppen.

Über freiwillige Angaben der befragten Personen und anschließende Hochrechnung erfasst die Erhebung EU-SILC die Haushaltseinkommen österreichischer Privathaushalte. Durch das Haushaltseinkommen wird der materielle Lebensstandard der Haushaltsmitglieder abgebildet. Die Erfassung des Haushaltseinkommens orientiert sich an den Empfehlungen der Canberra-Group, einer internationalen Expertinnen- und Experten-Gruppe, die im Jahr 2001 Richtlinien für vergleichbare Haushaltseinkommensstatistiken

erarbeitet hat.² Erhoben werden laufende Einkommen über den Berichtszeitraum eines ganzen Jahres (des Vorjahres = Referenzjahr), sowohl Netto als auch Bruttoeinkommen. Die auf laufende Einkommen beschränkte Erfassung von Einkommenskomponenten unterstellt, dass dieses Einkommen auch laufend ausgegeben werden kann, und den aktuellen Lebensstandard dadurch direkt beeinflusst. Darüber hinausgehende Einflussfaktoren wie Vermögensbestände, Vermögensauflösungen und Schulden werden in EU-SILC nicht berücksichtigt.³

Übersicht 1: Einkommensbestandteile in EU-SILC zur Ermittlung des Haushaltseinkommens

Haushaltsebene:

- Einkommen aus Vermietung und Verpachtung
- Familienleistungen
- Wohnungsbeihilfen
- Geleistete und erhaltene Privattransfers
- Wert von für den Eigenverbrauch produzierten Waren

Personenebene:

- Einkommen aus unselbständiger Arbeit, Geldwerte und Firmen-PKW
- Gewinn/Verlust aus selbständiger Arbeit
- Arbeitslosenleistungen
- Altersleistungen
- Hinterbliebenenleistungen
- Krankengeld
- Invaliditätsleistungen
- Zinsen, Dividenden, Gewinne aus Kapitalanlagen
- Einkommensteuernachzahlung/-erstattung
- Sonstige Leistungen gegen soziale Ausgrenzung
- Bildungsleistungen

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008.

² Vgl. Expert Group on Household Income Statistics (2001).

³ Vgl. hierzu Kapitel 6 dieser Publikation zum Modul der Erhebung EU-SILC 2008 zu Verschuldung, Überschuldung und finanzieller Exklusion.

Als Einkommensbezugszeitraum gilt jeweils das Vorjahr, in der Erhebung EU-SILC 2008 also das Jahr 2007. Die Haushaltszusammensetzung und die Lebenssituation sind hingegen überwiegend auf den Erhebungszeitpunkt bezogen. Um starke Divergenzen zwischen den Bezugszeitpunkten zu vermeiden wird versucht, die Erhebung möglichst zeitnahe zum Vorjahr durchzuführen. Die Einkommen des Vorjahres werden nicht aufgewertet, die Inflation etwa bleibt unberücksichtigt. Das Vorjahreseinkommen wird als Näherung des aktuellen Jahreseinkommens verstanden.

Einkommen auf Haushaltsebene und alle Einkommen von Personen ab 16 Jahren⁴ werden zunächst getrennt erfasst und zu einem Jahreseinkommen summiert (Übersicht 1). Auf Personenebene fließen selbständige und unselbständige Einkommen sowie Erwerbseinkommensbestandteile wie Sonderzahlungen, Trinkgelder, Prämien und ähnliches ein⁵. Ebenso erfasst werden Pensionen, Sozialtransfers, laufende Einkommen aus Vermögen und Einkommen aus Kapitalbeteiligungen, Vermietung und Verpachtung. Durch den Abzug von Steuern und Sozialabgaben errechnet sich das Nettohaushaltseinkommen. Das verfügbare Haushaltseinkommen ergibt sich dann durch den Abzug von geleisteten bzw. das Hinzurechnen erhaltener Unterhaltszahlungen und sonstiger Privattransfers zwischen Haushalten.

Das verfügbare Einkommen der hochgerechnet etwa 3,5 Millionen österreichischen Privathaushalte wird in EU-SILC 2008 für das Jahr 2007 auf etwa 121,2 Mrd. Euro geschätzt. Dieser Wert liegt etwa 5% höher als der Vergleichswert des Vorjahres⁶.

Das Brutto-Markteinkommen oder auch Faktoreinkommen setzt sich aus den Einkommen aus Arbeit, Kapital und Grundbesitz zusammen und beträgt 118 Mrd. Euro. Das Bruttogesamteinkommen, das sich aus Markteinkommen und Pensionen zusammensetzt,

⁴ Einkommen von Personen unter 16 Jahren werden auf Haushaltsebene erfasst.

⁵ Alle Sachleistungen für unselbständig Erwerbstätige werden erhoben, in das Haushaltseinkommen fließt jedoch nur der Wert der privaten Nutzung eines Firmenfahrzeugs ein. Vgl. Methoden und Vergleiche zu EU-SILC 2008 (Statistik Austria 2009c).

⁶ Vgl. dazu auch Methoden und Vergleiche zu EU-SILC 2008 (Statistik Austria 2009c).

beträgt 153,4 Mrd. Euro. Zieht man vom Bruttogesamteinkommen Steuern und Abgaben ab und berücksichtigt erhaltene Sozialleistungen, ergibt sich ein Nettoeinkommen von 121,5 Mrd. Euro. Durch das Abziehen bzw. Hinzurechnen privater Transferzahlungen wird das verfügbare Einkommen berechnet, dieses beträgt 121,2 Mrd. Euro. Werden die Wohnkosten von insgesamt 17,7 Mrd. Euro abgezogen, so verringert sich das verfügbare Haushaltseinkommen von Privathaushalten in Österreich auf 103,5 Mrd. Euro.

Übersicht 2: Verteilung des Einkommens privater Haushalte

	Anzahl der Haushalte in 1.000	10%	25%	50%	75%	90%	Arithmetisches Mittel	Summe (in Mrd. EUR)
		... haben weniger als ... EUR						
Markteinkommen (Brutto)	2.998	375	12.626	31.794	54.740	83.490	39.358	118,0
Bruttogesamteinkommen	3.471	12.373	21.200	35.050	56.375	85.404	44.178	153,4
Nettoeinkommen	3.563	12.392	18.450	28.674	43.290	61.241	34.104	121,5
Verfügbares Einkommen	3.566	12.392	18.393	28.592	43.079	60.883	33.985	121,2
Haushaltsbudget nach Wohnkosten	3.566	8.379	14.138	23.629	37.770	55.234	29.012	103,5

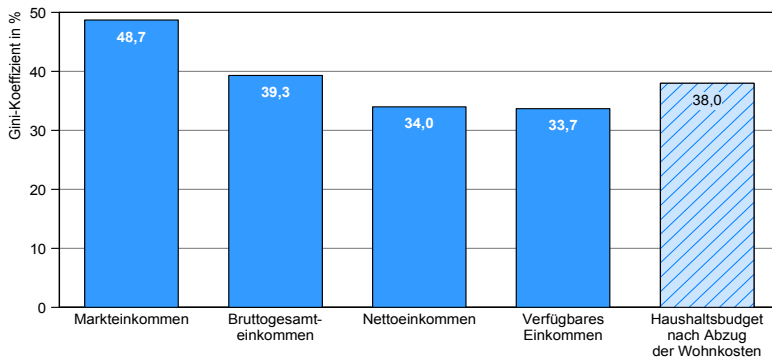
Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008.

Die auf EU-SILC basierenden Daten erlauben im Gegensatz zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eine Analyse der Verteilung der Einkommen. Ein Maß für die Ungleichverteilung von Einkommen bzw. die Einkommenskonzentration ist der Gini-Koeffizient. Beziehen alle Haushalte dasselbe Einkommen, so beträgt der Wert des Gini-Koeffizienten 0%. Verfügt hingegen ein Haushalt über das gesamte Einkommen, erreicht der Gini-Koeffizient den Wert 100%.

Eine Übersicht über Gini-Koeffizienten für die Verteilung der Haushaltseinkommen zeigt Grafik 1. Mit einem Wert des Gini-Koeffizienten von 48,7% zeigt sich die größte Ungleichverteilung der Einkommen bei den Markteinkommen durch die Berücksichtigung von Pensionseinkommen sinkt die Ungleichverteilung beim Bruttogesamteinkommen auf 39,3%. Nach Abzug von Steuern und Abgaben reduziert sich diese beim Nettoeinkommen weiter auf 34%. Durch die Berücksichtigung von privaten Transferzahlungen

ergibt sich das verfügbare Einkommen, bei dem die Ungleichverteilung geringfügig auf 33,7% sinkt. Unter Berücksichtigung von Wohnkosten steigt die Ungleichverteilung wiederum auf 38,0% an.

Grafik 1: Gini-Koeffizienten für die Verteilung der Haushaltseinkommen



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008.

Da die Zusammensetzung der Haushalte und etwaige Kostenersparnisse aufgrund gemeinsamer Haushaltsführung bei einer derartigen Betrachtung der Haushaltseinkommen unberücksichtigt bleiben, können Ungleichheiten zwischen Haushalten nur bedingt dargestellt werden. Aus diesem Grund wird in vergleichenden Analysen üblicherweise das Äquivalenzeinkommen (auch als gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen bezeichnet) für die Abbildung des Lebensstandards verwendet.

2.2. Verteilung der äquivalisierten Einkommen in der Bevölkerung

In EU-SILC wird die Einkommenssituation der befragten Haushalte und Personen erfasst. Die Gegenüberstellung der verfügbaren Ressourcen mit dem unterstellten Bedarf des Haushalts gibt dann näherungsweise Auskunft über den Lebensstandard der Haushalte. Die Annahme des Ressourcenbedarfs richtet sich dabei nach der Haushaltsgröße und dem Alter der Haushaltsmitglieder. Die Gewichtung der einzelnen Haushaltsmitglieder

zur Ermittlung des Bedarfs eines gesamten Haushalts ermöglicht die Berechnung eines äquivalisierten Haushaltseinkommens. Dieses Maß gilt als Indikator für den materiellen Lebensstandard jedes einzelnen Haushaltsmitglieds und soll Vergleichbarkeit zwischen Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung gewährleisten.

Unterstellt wird bei der Äquivalisierung von Haushaltseinkommen, dass mit zunehmender Haushaltsgröße und abhängig vom Alter der Kinder eine Kostenersparnis im Haushalt durch gemeinsames Wirtschaften erzielt wird (economy of scale). Es wird weiters die Annahme getroffen, dass alle Mitglieder eines Haushaltes in gleicher Weise am Haushaltseinkommen teilhaben. Da Informationen über die tatsächliche Verteilung innerhalb des Haushalts fehlen, können personelle Verteilungsaspekte, wie zum Beispiel Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern, nicht bzw. nur zwischen Einpersonenhaushalten betrachtet werden.

Übersicht 3: Beispiel für die Berechnung der Haushaltsäquivalente

	Fixbedarf des Haushaltes	Bedarf für Erwachsene	Bedarf für Kinder	= Gesamtbedarf
Alleinlebende Person	0,5	0,5	0,0	1,0
Ein-Eltern-Haushalt mit 1 Kind	0,5	0,5	0,3	1,3
Ein-Eltern-Haushalt mit 2 Kindern	0,5	0,5	0,6	1,6
2 Erwachsene mit 2 Kindern	0,5	1,0	0,6	2,1
2 Erwachsene mit 3 Kindern	0,5	1,0	0,9	2,4

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Kind = unter 14 Jahre.

Für Statistiken auf Basis von EU-SILC wird zur Bedarfsgewichtung die so genannte EU-Skala herangezogen. Eine alleinlebende erwachsene Person wird dabei als Referenz (= Konsumäquivalent) betrachtet. Der unterstellte Ressourcenbedarf steigt für jeden weiteren Erwachsenen um 0,5 Konsumäquivalente, Kinder werden jeweils mit 0,3 Konsumäquivalenten gewichtet. Übersicht 3 zeigt exemplarisch die Berechnung des Gesamteinkommensbedarfs für verschiedene Haushaltskonstellationen.

Wird das verfügbare Haushaltseinkommen durch die Konsumäquivalente des Haushalts dividiert, ergibt sich das äquivalisierte Haushaltseinkommen. Es drückt jenen Lebensstandard aus, den ein Einpersonenhaushalt mit diesem Einkommen erzielen kann. Unterstellt wird damit, dass z.B. der Lebensstandard einer dreiköpfigen Familie mit einem Einkommen von 30.000 Euro dem Lebensstandard eines Einpersonenhaushalts mit einem jährlichen Gesamteinkommen von 16.667 Euro entspricht (Übersicht 4).

Übersicht 4: Berechnungsbeispiel für das Äquivalenzeinkommen einer Familie

	Nettoeinkommen pro Jahr	Bedarfsäquivalen- te	Äquivalenz- einkommen
Haushalt	30.000 €	0,5+1,3 = 1,8	16.667 €
Mutter	14.000 €	0,5	16.667 €
Vater	14.000 €	0,5	16.667 €
Kind	2.000 €	0,3	16.667 €

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Kind = unter 14 Jahre.

Um Verteilungen zu beschreiben, werden Einkommensgruppen über ihre Position in der Verteilung definiert. Dazu sind Perzentile als Werte bestimmter Einkommenspositionen, unterhalb derer sich ein festgelegter Anteil der Äquivalenzeinkommen befindet, ausgewiesen (z.B. Dezile, Quartile oder Quintile). Zur Berechnung von Perzentilwerten werden die Personen nach der Höhe ihres äquivalisierten Einkommens gereiht. Der Perzentilwert entspricht jenem Äquivalenzeinkommen, unterhalb dessen 10%, 20%, 25% usw. der Bevölkerung positioniert sind. Die jeweiligen Einkommensgruppen zwischen den Perzentilwerten werden als Einkommenszehntel bzw. -viertel usw. bezeichnet. Jedes Einkommenszehntel umfasst dabei rund 820.000 Personen, jedes Einkommensviertel etwa 2 Mio. Personen.

Übersicht 5 zeigt, dass dem untersten Einkommenszehntel in Österreich maximal 10.653 Euro pro Jahr zur Verfügung stehen, dem obersten Einkommenszehntel hingegen mindestens 33.270 Euro. Personen im obersten Einkommenszehntel steht somit ein rund

dreimal so hohes Äquivalenzeinkommen zur Verfügung wie Personen des untersten Einkommenszehntels. In Summe verfügt das oberste Einkommenszehntel über 22% des gesamten Äquivalenzeinkommens, das unterste über etwa 4%.

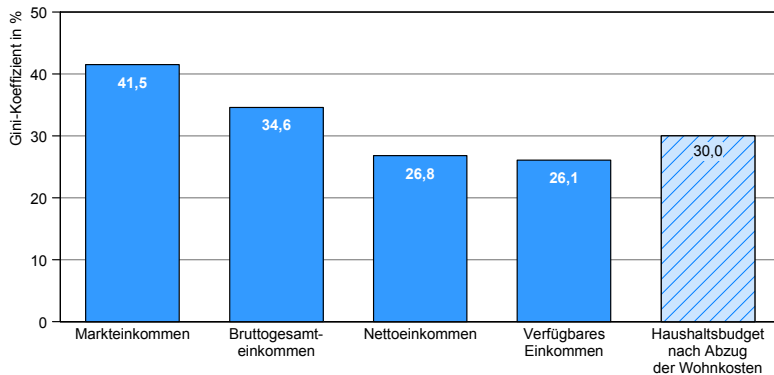
Übersicht 5: Verteilungsperzentile des Äquivalenzeinkommens von Personen

	Einkommens- grenze	% vom Äquiva- lenz- einkommen
10% weniger als	10.653 €	4
25% weniger als	14.238 €	13
50% weniger als	19.011 €	19
75% weniger als	25.416 €	26
90% weniger als	33.270 €	22

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008.

Der Gini-Koeffizient als Maß für die Ungleichverteilung sinkt bei Berücksichtigung der Haushaltsgröße durch die Äquivalisierung deutlich (Grafik 2). Die äquivalisierten Markteinkommen sind mit 41,5% deutlich weniger ungleich verteilt als die nicht-äquivalisierten. Die Ungleichverteilung sinkt mit Hinzurechnen der Pensionen auf 34,6% und durch den Abzug von Steuern und Abzügen auf 26,8%. Bei Berücksichtigung von privaten Transfers - im Wesentlichen Unterhaltsleistungen - sinkt die Ungleichverteilung in geringem Maße auf 26,1%. Werden nun Wohnkosten von diesem verfügbaren Einkommen abgezogen, steigt die Ungleichverteilung um beinahe 4 Prozentpunkte wiederum auf 30%. Die Umverteilung durch Wohnkosten entspricht somit der Hälfte des gesamten Umverteilungseffektes durch Steuern und Sozialleistungen.

Grafik 2: Gini-Koeffizienten für die Verteilung der Äquivalenzeinkommen



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008.

2.3. Die Zusammensetzung des äquivalisierten Haushaltseinkommens

Im folgenden Abschnitt wird die Zusammensetzung des äquivalisierten Haushaltseinkommens österreichischer Privathaushalte behandelt. Über die Hälfte des äquivalisierten Haushaltseinkommens stammt aus unselbständiger Arbeit (57%). Gemeinsam mit Einkommen aus selbständiger Arbeit machen Einkommen aus Erwerbsarbeit somit etwa zwei Drittel des Äquivalenzeinkommens österreichischer Privathaushalte aus. 30% des äquivalisierten Haushaltseinkommens stammen aus Sozialleistungen: Altersunabhängige Sozialleistungen stellen dabei einen Anteil von 11%, Pensionen von 19%. Private Einkommen (private Transferszahlungen) haben mit 4% den geringsten Anteil am Äquivalenzeinkommen.

Die Haushaltszusammensetzung und die Lebenssituation der Haushaltsmitglieder sind ausschlaggebend für die Zusammensetzung des äquivalisierten Haushaltseinkommens. So besteht das äquivalisierte Haushaltseinkommen bei Haushalten mit Pensionen als Haupteinkommensquelle zu 87% aus Pensionen, bei alleinlebenden Personen sogar zu über 90%. Bei Haushalten mit anderen Haupteinkommensquellen machen Erwerbs-

einkommen aus unselbständiger Arbeit den Großteil des äquivalisierten Haushaltseinkommens aus: Der Anteil liegt zwischen 51% bei Ein-Eltern-Haushalten und 73% bei Mehrpersonenhaushalten mit einem Kind. Sozialleistungen machen bei Haushalten ohne Pensionen zwischen 8% und 28% des äquivalisierten Haushaltseinkommens aus. Private Transfers haben die geringste Bedeutung für das Haushaltseinkommen, lediglich in Ein-Eltern-Haushalten und bei alleinlebenden Frauen ohne Pension beträgt ihr Anteil mehr als 10 Prozent.

2.4. Relativer Lebensstandard verschiedener Bevölkerungsgruppen

Das äquivalisierte Haushaltseinkommen dient als Indikator für den materiellen Lebensstandard einer Person. Wird das äquivalisierte Einkommen einer Person in Bezug zum medianen Äquivalenzeinkommen der Gesamtbevölkerung gesetzt, können relative Unterschiede im Lebensstandard dargestellt werden. Der als Verfügbarkeit von Ressourcen definierte Lebensstandard hängt neben der jeweiligen Haushaltszusammensetzung auch mit individuellen soziodemographischen Merkmalen wie Geschlecht, Alter, Bildung und Erwerbsstatus zusammen.

Als Kenngröße zur Beschreibung des Lebensstandards österreichischer Privathaushalte wird das Medianeinkommen herangezogen. Der Median teilt die Einkommensverteilung in exakt zwei gleiche Teile, d.h. jeweils die Hälfte der Personen verfügt über weniger Äquivalenzeinkommen als dieses Medianeinkommen, die Hälfte der Personen verfügt über mehr. Der Median des Äquivalenzeinkommens kann daher als mittlerer Lebensstandard bezeichnet werden und beträgt laut EU-SILC 2008 19.011Euro (Übersicht 6). Über Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind bei der Betrachtung des Äquivalenzeinkommens nur eingeschränkte Aussagen möglich, da dieses Einkommen von der jeweiligen Haushaltszusammensetzung abhängt. Das Äquivalenzeinkommen von Männern liegt insgesamt etwas über, das von Frauen etwas unter dem Median des Äquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung. Am größten ist der Einkommens-

unterschied zwischen den Geschlechtern in der Altersgruppe ab 65 Jahre, am geringsten in der Altersgruppe 40 bis 64 Jahre.

Je nach Haushaltszusammensetzung zeigen sich recht deutliche Unterschiede im Lebensstandard. Haushalte mit Pension als Haupteinkommensquelle verfügen über die geringsten Medianäquivalenzeinkommen. Deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen sich hier bei alleinlebenden Personen: Frauen verfügen in diesen Haushalten über ein um 13 Prozentpunkte geringeres Einkommen als alleinlebende Männer. Bei Haushalten ohne Pension als Haupteinkommensquelle weisen Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder und Mehrpersonenhaushalte mit nur einem Kind ein überdurchschnittliches Äquivalenzeinkommen auf. Über ein unterdurchschnittliches Äquivalenzeinkommen verfügen Personen in Ein-Eltern-Haushalten und Mehrpersonenhaushalte mit drei und mehr Kindern.

Übersicht 6: Relativer Lebensstandard nach Geschlecht, Alter und Haushaltsform

	Personen		Medianlebensstandard	
	in 1.000	in %	in EUR	in %
Insgesamt	8242	100	19.011	100
Männer	4023	49	19.528	103
Bis 19 Jahre	924	11	17.555	92
20 bis 39 Jahre	1087	13	19.835	104
40 bis 64 Jahre	1436	17	20.985	110
65 Jahre +	576	7	19.021	100
Frauen	4218	51	18.504	97
Bis 19 Jahre	892	11	16.772	88
20 bis 39 Jahre	1066	13	18.418	97
40 bis 64 Jahre	1461	18	20.780	109
65 Jahre +	799	10	16.928	89
Haushalt*) mit Pension	1.640	20	17.399	92
Alleinlebende Männer	128	2	17.534	92
Alleinlebende Frauen	415	5	14.984	79
Mehrpersonenhaushalt	1.096	13	18.613	98
Haushalt*) ohne Pension	6.602	80	19.402	102
Alleinlebende Männer	412	5	19.172	101
Alleinlebende Frauen	305	4	18.550	98
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	1.957	24	22.641	119
Haushalt*) mit Kindern (ohne Pension)	3.927	48	18.199	96
Ein-Eltern-Haushalt	320	4	14.478	76
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	1.351	16	20.509	108
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	1.502	18	18.397	97
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	754	9	14.852	78

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - *) Personen in Haushalten.

Das mediane Äquivalenzeinkommen von Personen nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft liegt deutlich unter dem mittleren Lebensstandard in Österreich (Übersicht 7). Auch das mediane Äquivalenzeinkommen von eingebürgerten Österreicherinnen und Österreichern liegt um etwa 20 Prozent unter dem Median des Äquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung. Demgegenüber ist das mediane Äquivalenzeinkommen von Personen aus EU- und EFTA-Staaten nur knapp geringer als jenes der Gesamtbevölkerung.

Auch Bildung beeinflusst den materiellen Lebensstandard einer Person wesentlich: Je höher der Bildungsabschluss, desto höher ist auch das mediane Äquivalenzeinkommen. Personen mit Pflichtschule als höchstem Bildungsabschluss haben ein um 16 Prozent niedrigeres Medianäquivalenzeinkommen als die Gesamtbevölkerung. Bei allen höheren Bildungsabschlüssen liegt auch das mediane Äquivalenzeinkommen über dem mittleren Lebensstandard in Österreich.

Die Erwerbseinbindung ist ein wichtiger Einflussfaktor für das Lebensstandardniveau einer Person bzw. eines Haushalts. In Haushalten, wo keine Person im Erwerbsalter erwerbstätig ist oder die Haushaltsmitglieder nur teilweise in den Erwerbsprozess integriert sind, liegen die Äquivalenzeinkommen deutlich unter dem Median der Gesamtbevölkerung. Dies ist auch der Fall, wenn keine Person im Erwerbsalter im Haushalt lebt. Ein ähnliches Ergebnis zeigt sich bei der Unterscheidung nach der Haupteinkommensquelle des Haushalts: Wird das Haushaltseinkommen hauptsächlich aus selbständiger oder unselbständiger Erwerbsarbeit generiert, ermöglicht dies dem Haushalt einen überdurchschnittlichen Lebensstandard. Bilden Pensionen oder Sozialleistungen die Haupteinkommensquelle, liegt das Äquivalenzeinkommen des Haushalts deutlich unter dem Median der Gesamtbevölkerung, bei Sozialleistungen als Haupteinkommensquelle sogar um 38 Prozent.

Übersicht 7: Relativer Lebensstandard nach ausgewählten Merkmalen

	Personen		Medianlebensstandard	
	in 1.000	in %	in EUR	in %
Insgesamt	8.242	100	19.011	100
Staatsbürgerschaft				
Österreich	7.367	89	19.595	103
darunter eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	263	3	15.305	81
Nicht Österreich	874	11	14.929	79
davon EU/EFTA	270	3	18.470	97
davon sonstiges Ausland	604	7	13.903	73
Höchster Bildungsabschluss				
Max. Pflichtschule	1.657	20	15.878	84
Lehre/mittlere Schule	3.308	40	19.627	103
Matura	1.228	15	22.604	119
Universität	679	8	25.719	135
Haupttätigkeit (2006)				
Erwerbstätig	3.663	44	21.433	113
davon Vollzeit	2.916	35	21.825	115
davon Teilzeit	746	9	19.696	104
Pension	1.829	22	18.634	98
Arbeitslos	265	3	13.068	69
Haushalt	659	8	15.454	81
In Ausbildung	456	6	18.463	97
Erwerbsintensität des Haushalts*)				
Keine Person im Erwerbsalter im HH	1.014	12	16.622	87
Keine Erwerbstätigkeit	772	9	13.954	73
Teilweise Erwerbstätigkeit	3.019	37	17.292	91
Volle Erwerbstätigkeit	3.437	42	22.205	117
Haupteinkommensquelle des Haushalts*)				
Unselbständige Arbeit	5.131	62	20.331	107
Selbständige Arbeit	606	7	19.735	104
Sozialleistungen	641	8	11.699	62
Pensionen	1.754	21	17.632	93
Private Einkommen	109	1	27.213	143

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. – Bildung und Haupttätigkeit: Personen ab 16 Jahre. - *) Personen in Haushalten.

3. ARMUTSGEFÄHRDUNG IN ÖSTERREICH

3.1. Ausmaß der Armutsgefährdung

Der materielle Lebensstandard einer Person wird an den finanziellen Möglichkeiten gemessen, die sich durch die Höhe des äquivalisierten Haushaltseinkommens eröffnen. Verfügen Haushalte über ein geringes Jahreseinkommen, werden die darin lebenden Personen als „armutsgefährdet“ bezeichnet. Die jeweils anzuwendende Schwelle ist je nach Haushaltszusammensetzung unterschiedlich und wird nach Definition von Eurostat auf Basis von 60% des mittleren Äquivalenzeinkommens⁷ berechnet. Laut EU-SILC 2008 beträgt die Armutsgefährdungsschwelle für einen Einpersonenhaushalt 11.406 Euro pro Jahr, das sind 951 Euro pro Monat. Dieser Wert hat sich im Vergleich zum Vorjahr etwas erhöht. Für Mehrpersonenhaushalte anderer Zusammensetzung muss der Wert entsprechend der international etablierten EU-Skala gewichtet werden: Für jede weitere erwachsene Person im Haushalt erhöht sich die Schwelle um 475 Euro, für jedes Kind um 285 Euro pro Monat. Berechnungen der Armutsgefährdungsschwelle für ausgewählte Haushaltstypen finden sich in Übersicht 8.

Übersicht 8: Armutsgefährdungsschwelle bei 60% des Medians für unterschiedliche Haushaltstypen

Haushaltstyp	Gewichtungs- faktor nach EU-Skala	Jahreswert (in EUR)	Monatswert (in EUR)
		2008	
Einpersonenhaushalt	1	11.406	951
1 Erwachsener mit 1 Kind	1,3	14.828	1.236
2 Erwachsene	1,5	17.109	1.426
2 Erwachsene mit 1 Kind	1,8	20.531	1.711
2 Erwachsene mit 2 Kindern	2,1	23.953	1.996
2 Erwachsene mit 3 Kindern	2,4	27.374	2.281

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Monatswert entspricht 1/12 des Jahreswertes. Kind = unter 14 Jahre.

⁷ Errechnet sich als: Bruttoeinkommen aller Haushaltsmitglieder im Jahr 2007 minus Steuern und Sozialabgaben minus geleistete Unterhaltszahlungen und Privattransfers plus bezogene Unterhaltszahlungen und Privattransfers. Zur genauen Berechnung des Äquivalenzeinkommens vgl. Kapitel 2.

EU-SILC ist eine für Österreich repräsentative Stichprobenerhebung, 2008 wurden 13.631 Personen in 5.711 Privathaushalten erfasst. Anstaltshaushalte sind nicht Teil der Stichprobe, somit werden etwa Armutslagen von Asylwerbenden, Wohnungslosen, Menschen in Alten- oder Kinderheimen nicht erfasst. Hochgerechnete Ergebnisse sind nur Schätzungen für die Verteilung in der Grundgesamtheit und unterliegen einer Zufallsschwankung. Unterschiede zwischen Untergruppen und Jahren müssen daher mit Rücksicht auf die Schwankungsbreite interpretiert werden. Dies gilt im Besonderen auch für Unterschiede zwischen Bundesländern.

Laut EU-SILC 2008 sind in Österreich 12,4% der Bevölkerung armutsgefährdet (bzw. mit 95% Vertrauenswahrscheinlichkeit zwischen 11,4% und 13,3%). Hochgerechnet auf die Gesamtbevölkerung liegt die Zahl der armutsgefährdeten Personen zwischen rund 940.000 und 1,1 Millionen. In Übersicht 9 sind Armutsgefährdungsquoten und die Konfidenzintervalle (Schwankungsbreiten bei 95% Vertrauenswahrscheinlichkeit) für Österreich und die Bundesländer dargestellt. Auf Grund der Schwankungsbreiten der Bundesländerergebnisse kann keine Rangfolge abgelesen werden.

Übersicht 9: Armutsgefährdungsquote und deren Schwankungsbreite für Österreich und die Bundesländer

	Armutsgefährdungs- quote		Konfidenzintervall 95%				Befragte Haushalte	Personen in befragten Haushalten
			untere Grenze		obere Grenze			
	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000		
Österreich	12,4	1.018	11,4	939	13,3	1.098	5.711	13.631
Burgenland	13,0	35	8,4	23	17,6	48	205	495
Kärnten	9,9	55	6,8	38	12,9	72	437	1.045
Niederösterreich	10,9	170	8,8	138	13,0	203	1.112	2.678
Oberösterreich	10,3	145	8,2	116	12,4	174	1.075	2.673
Salzburg	7,8	43	4,5	25	11,1	61	377	950
Steiermark	11,9	142	9,1	109	14,6	175	753	1.867
Tirol	11,6	78	8,2	55	15,0	101	448	1.065
Vorarlberg	18,2	70	12,7	49	23,7	91	235	620
Wien	17,0	280	14,3	236	19,7	324	1.069	2.238

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008.

Die zwischen EU-SILC 2007 und EU-SILC 2008 beobachtbare Zunahme der Armutsgefährdung⁸ (2007: 12,0%; 2008: 12,4%) liegt im Bereich der statistischen Schwankungsbreite (Überschneidung der 95%- Konfidenzintervalle) und kann nicht von zufallsbedingten Veränderungen unterschieden werden.⁹ Zeitreihenanalysen zeichnen ein relativ stabiles Bild der Armutsgefährdungsquote über den Berichtszeitraum (vgl. Kapitel 5). Dies gilt für Personen in Privathaushalten bei gleichbleibender Definition von Armutsgefährdung. Zu berücksichtigen ist hierbei auch, dass steigende Lebenshaltungskosten nicht einbezogen werden und (Einkommens)daten aus EU-SILC 2008 von März bis September 2008, also vor dem Auftreten von Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise, erhoben wurden.

Die für international vergleichende Statistiken gebräuchliche Festlegung auf 60% des Medians des Äquivalenzeinkommens als zentrale Armutsgefährdungsschwelle ist nur eine mögliche Definition der Grenze für Einkommensarmut. Werden andere Grenzwerte betrachtet, sind laut EU-SILC 2008 bei einer sehr niedrigen Schwelle von 40% des Medians 2,4% der Bevölkerung armutsgefährdet, bei 50% des Medians sind es 5,8%. 20,1% der Bevölkerung leben mit weniger als 13.307 Euro äquivalisiertem Jahreseinkommen, dies entspricht 70% des Medians.

Als Alternative zu konventionellen statistischen Schwellen für Armutsgefährdung bieten sich politisch festgelegte Schwellenwerte an. Ein Schwellenwert lässt sich beispielsweise auf Basis des Ausgleichszulagenrichtsatzes für Pensionen ableiten. Dieser beträgt 2009 772 Euro brutto 14-mal im Jahr, abzüglich der Krankenversicherung für Pensionistinnen und Pensionisten (2009: 5,1%). Netto entspricht das 10.257 Euro pro Jahr oder (dividiert durch 12) rund 855 Euro pro Monat. Rund 681.000 Personen

8 Zum Vergleich der Armutsgefährdungsquoten von 2003 bis 2008 siehe auch Kapitel 5 oder Bericht zu EU-SILC 2007 (Statistik Austria 2009b), S. 31.

9 Die zugrundeliegende Fehlerrechnung ist eine im Normalfall hinreichende Annäherung an den tatsächlichen Wert. Aufgrund der teilweise verbundenen Stichproben ist der Vergleich zwischen den Erhebungswellen besser abgesichert, als wenn unabhängigen Querschnitte verglichen würden. Für Differenzen zwischen zwei Jahren gelten daher etwa dieselben Schwankungsbreite wie bei Vergleichen innerhalb derselben Querschnittstichprobe (vgl. Verma 2001).

bzw. 8,3% der Bevölkerung haben ein Einkommen unter dem aus der Mindestpension berechneten Schwellenwert (siehe Übersicht 10).

Weder die Armutsgefährdungsschwelle noch die relative Zahl der Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb dieser Schwelle liegt (die Armutsgefährdungsquote), sagen etwas darüber aus, in welcher Intensität Menschen von Einkommensarmut betroffen sind. Die Armutsgefährdungslücke misst, ob die äquivalisierten Haushaltseinkommen der Betroffenen knapp unter die Schwelle fallen oder deutlich darunter liegen. Als Maß für die Intensität der Armutsgefährdung drückt sie die Differenz zwischen dem Medianeinkommen der Armutsgefährdeten und der Armutsgefährdungsschwelle in Prozent dieser Schwelle aus. Laut EU-SILC 2008 haben armutsgefährdete Haushalte ein um rund 15% geringeres Einkommen als der Schwellenwert bei 60% des Medians. Für einen Einpersonenhaushalt beträgt die Einkommenslücke 2008 somit rund 146 Euro pro Monat (Übersicht 3). Dieser Wert hat sich für die Gesamtbevölkerung im Vergleich zum Vorjahr verringert (Armutsgefährdungslücke 2007: 17%), erfährt aber für einzelne Bevölkerungsgruppen im Jahresvergleich mit 2007 unterschiedliche Veränderungen.¹⁰ So hat sich die Armutsgefährdungslücke für Haushalte mit Pension als Haupteinkommensquelle um zwei Prozentpunkte vergrößert (2008: 14%), für Haushalte mit anderen Haupteinkommensquellen hingegen verringert: Haushalte ohne Kinder haben 2008 eine um 3 %-Punkte geringere Armutsgefährdungslücke als 2007, für Haushalte mit Kindern hat sich diese um 2 %-Punkte verkleinert. Grund dafür, dass sich das Medianeinkommen der Armutsgefährdeten in Haushalten ohne Pension an den Wert der Armutsgefährdungsschwelle angenähert hat, könnte u.a. die gesunkene Zahl von Arbeitslosen und haushaltsführenden Personen sein.

In einer hypothetischen Berechnung wären insgesamt rund 1,75 Milliarden Euro - das entspricht 0,6% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) 2008 - notwendig, um den materi-

¹⁰ Vgl. dazu Tabellenband zu EU-SILC 2008 (Statistik Austria 2009d).

ellen Lebensstandard aller Armutsgefährdeten auf einen Schwellenwert von 60% des Medianeinkommens zu bringen. Die Zahl zeigt den monetären Aufwand, der notwendig wäre, um ein „Mindest“-Einkommen in der Höhe der Armutsgefährdungsschwelle zu ermöglichen und die Armutsgefährdungslücke zu schließen. Diese Rechnung ist allerdings nur statisch und kann etwaige Verhaltensänderungen, die durch derartige Transfers ausgelöst würden, nicht berücksichtigen. Außerdem kann selbst unter dieser Prämisse die Armutsgefährdung in Österreich durch die genannte Geldsumme nicht gänzlich beseitigt werden. Gründe dafür sind unter anderem die Nichterfassung von Anstaltshaushalten und wohnungslosen Personen sowie die Wahl des Äquivalenzeinkommens zur Bestimmung des materiellen Lebensstandards. Da Teilhabechancen und soziale Strukturen bei gleichem Einkommen ganz unterschiedliche Lebensführungen ermöglichen, gilt das Äquivalenzeinkommen lediglich als indirektes Maß.

Übersicht 10: Einkommen und Lücke der Armutsgefährdeten bei unterschiedlichen Schwellen

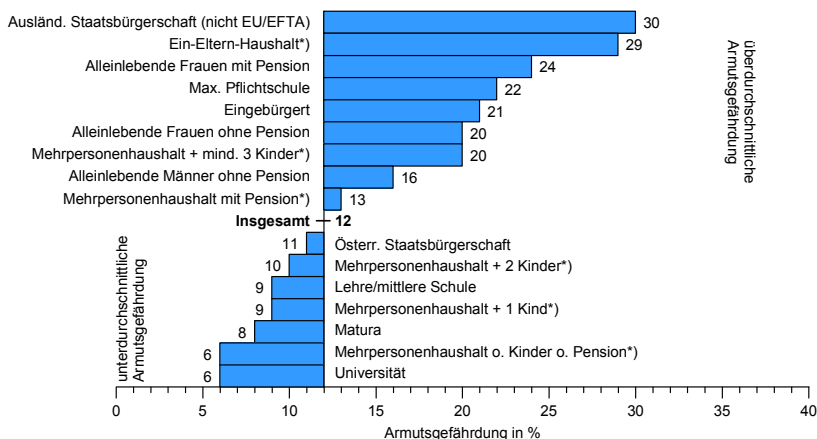
Armutsgefährdung ...	Armutsgefährdungsschwelle		Armutsgefährdung		Median-einkommen der Armuts-gefährdeten in EUR	Armutsgefährdungslücke		
	Jahreswert	Monatswert ¹⁾	in %	in 1.000		in %	in Mio. EUR	in % des BIP 2008
	in EUR							
bei 40% des Medians	7.604	634	2,4	201	6.057	20,6	309	0,1
bei 50% des Medians	9.505	792	5,8	474	8.161	14,3	727	0,3
bei 60% des Medians	11.406	951	12,4	1.018	9.662	15,3	1.752	0,6
bei 70% des Medians	13.307	1.109	20,1	1.654	10.675	19,8	3.532	1,3
„Ausgleichszulage ²⁾ 2008 netto“	10.257	855	8,3	681	8.893	13,4	1.027	0,4

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - 1) Monatswert entspricht 1/12 des Jahreswertes. - 2) Ohne zusätzliche Zahlungen wie Einmalzahlung und Energiekostenzuschuss.

3.2. Entstehungszusammenhänge von Armutsgefährdung

Den Ergebnissen von EU-SILC 2008 zufolge sind 12% der Bevölkerung in Österreich armutsgefährdet. Für bestimmte Bevölkerungsgruppen ist das Armutsrisiko deutlich höher, während andere relativ gut abgesichert sind. Grafik 3 veranschaulicht, welche Merkmale mit einer überdurchschnittlichen Armutsgefährdungsquote (Überhang nach rechts) und welche mit einer unterdurchschnittlichen Gefährdung (Balken nach links) einhergehen.¹¹

Grafik 3: Armutsgefährdung nach soziodemographischen Merkmalen



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - *) Personen in Haushalten.

Übersicht 11 ermöglicht den Vergleich einiger besonders von Armutsgefährdung betroffener Gruppen, die durch unterdurchschnittliche Medianeinkommen charakterisiert sind. Neben dem Median des Äquivalenzeinkommens sind auch das Medianeinkommen der tatsächlich Armutsgefährdeten und die Armutsgefährdungslücke ausgewiesen. Das mittlere Einkommen von Armutsgefährdeten liegt um 15% unter der Armutsge-

¹¹ Zur umfassenden Darstellung der Armutsgefährdung nach soziodemographischen Merkmalen sei auf Tabelle 5,1 im Tabellenband zu EU-SILC 2008 (Statistik Austria 2009d) verwiesen.

fährdungsschwelle, das bedeutet, umgerechnet stehen diesen Personen im Mittel 805 Euro im Monat zur Verfügung. Die Armutsgefährdungslücke ist bei Haushalten mit langzeitarbeitslosen Personen mit 21% am höchsten. Auch alleinlebende Frauen ohne Pension (20%) und Haushalte mit Personen im Erwerbsalter mit Behinderung, mit Sozialleistungen als Haupteinkommensquelle sowie Haushalte mit Migrantinnen und Migranten ohne EU-/EFTA-Staatsbürgerschaft sind in besonderem Maß von Armutsgefährdung betroffen. In Prozent der Armutsgefährdungsschwelle ausgedrückt sind die Medianeinkommen dieser Haushalte um 18% niedriger als der Schwellenwert. Mit dem niedrigsten mittleren Äquivalenzeinkommen müssen Haushalte mit Sozialleistungen auskommen: Ihnen stehen im Mittel monatlich rund 1.000 Euro zur Verfügung, unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle hat die Hälfte von ihnen weniger als rund 780 Euro im Monat zur Verfügung.

Übersicht 11: Einkommen und Armutsgefährdung von Risikogruppen

Personen in Haushalt ...	Gesamt in 1.000	Median- äquivalenz- einkommen	Median- äquivalenz- einkommen der Armuts- gefährdeten	Armutsgefährdung			
				in 1.000	Anteil	Quote	Lücke
		in EUR	in %				
Gesamtbevölkerung	8.242	19.011	9.662	1.018	100	12	15
mit Langzeitarbeitslosigkeit	344	12.133	9.006	148	15	43	21
mit Sozialleistungen als Haupteinkommen*)	461	12.042	9.395	198	19	43	18
mit ausländischem Mitglied (aus Nicht-EU/EFTA)	948	14.392	9.376	249	24	26	18
mit Eingebürgerten (ohne ausländ. Mitglied)	294	15.102	9.483	66	6	22	17
mit Behinderung (bei Person im Erwerbsalter)	837	16.576	9.395	159	16	19	18
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	754	14.853	9.552	151	15	20	16
mit jüngstem Kind 4 bis 6 Jahre	557	16.491	9.500	91	9	16	17
Ein-Eltern-Haushalt	320	14.472	9.532	92	9	29	16
Alleinlebende Frauen mit Pension	415	14.989	9.819	99	10	24	14
Alleinlebende Frauen ohne Pension	305	18.574	9.216	61	6	20	20

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - *) Ohne Haushalte mit Langzeitarbeitslosen.

3.2.1. Entstehungszusammenhang 1: Erwerbsarbeit

Im Folgenden werden die Entstehungszusammenhänge von Armut skizziert und drei der Faktoren, die das Armutsrisiko beeinflussen, näher betrachtet. Zunächst jene, die als ausschlaggebend für die Höhe des Haushaltseinkommens bzw. des Armutsrisikos bei Erwerbstätigkeit gelten: die Arbeitsmarktposition des Einzelnen sowie die Einbindung des gesamten Haushalts in den Arbeitsmarkt. Dabei wird auch den so genannten prekären Beschäftigungsformen und der Armutsgefährdung trotz Erwerbstätigkeit („working poor“) Beachtung geschenkt.

ERWERBSTÄTIGE PERSONEN IM ERWERBSALTER

Entscheidend für die Armutsgefährdung ist, ob und in welchem Ausmaß im Verlauf des Referenzjahres 2007 eine Erwerbstätigkeit ausgeübt wurde. Betrachtet man den Zusammenhang zwischen Haupttätigkeit und Armutsgefährdung für Personen im Erwerbsalter (Übersicht 12), zeigt sich die geringste Armutsgefährdungsquote bei erwerbstätigen Personen.

Übersicht 12: Armutsgefährdung nach Haupttätigkeit 2007 von Personen im Erwerbsalter

		Gesamt in 1.000	Armutsgefährdung		
			in 1.000	Quote in %	Anteil in %
Insgesamt		5.050	542	11	100
Ganzjährig erwerbstätig		3.175	181	6	33
davon Vollzeit	3.927.000 Erwerbsaktive	2.609	129	5	24
davon Teilzeit		566	52	9	10
Nicht ganzjährig erwerbstätig		504	66	13	12
Arbeitslos (>= 6 Monate)		248	97	39	18
Ganzjährig nicht erwerbsaktiv		1.122	197	18	36
davon in Pension	1.122.000 nicht Erwerbsaktive	507	59	12	11
davon in Ausbildung		158	28	18	5
davon im Haushalt		457	110	24	20

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Personen im Erwerbsalter (20-64 Jahre). Ganzjährig erwerbstätig: 12 Monate erwerbstätig. Nicht ganzjährig erwerbstätig: weniger als 12 Monate erwerbstätig und weniger als sechs Monate arbeitslos.

War eine Person 12 Monate hindurch voll- oder teilzeiterwerbstätig, liegt die Armutsgefährdungsquote bei rund 6%. Nicht ganzjährig erwerbstätige Personen haben demgegenüber mit 13% ein mehr als doppelt so hohes Armutsrisiko. Personen, die 2007 mindestens sechs Monate lang arbeitslos waren, sind zu 39% armutsgefährdet.¹² Nicht erwerbsaktive Personen mit Ausnahme jener, die bereits im Erwerbsalter Pensionsleistungen beziehen, tragen ein überdurchschnittliches Armutsrisiko: Haushaltsführende Personen sind zu 24% und Personen in Ausbildung zu 18% betroffen.

Die Ausübung einer Erwerbstätigkeit gilt als Mittel zur Reduktion des Armutsrisikos, die Entlohnung und die Kontinuität der Arbeit sowie die Zusammensetzung des Haushalts – besonders das Ausmaß der Erwerbsintensität im Haushalt – sind zusätzliche Faktoren, die die Höhe des Haushaltseinkommens bestimmen. In Übersicht 13 sind erwerbstätige Personen im Erwerbsalter (20-64 Jahre) dargestellt, wobei zwischen armutsgefährdeten und nicht armutsgefährdeten Erwerbstätigen differenziert wird. So können Unterschiede im Sozialprofil nach Armutsrisiko analysiert werden.

¹² Sie werden ebenfalls zur „erwerbsaktiven“ Bevölkerung gezählt. Während die AMS Statistik nur bei den regionalen Geschäftsstellen vorgemerkte Personen berücksichtigt, liegt in EU-SILC die Selbstzuordnung der jeweiligen Haupttätigkeit im Jahresverlauf zu Grunde, weshalb die hier ausgewiesene Zahl der Arbeitslosen von der AMS Statistik abweichen kann.

Übersicht 13: Soziodemographisches Profil von Erwerbstätigen im Erwerbsalter nach Armutsrisiko

	Erwerbstätige im Erwerbsalter				
	Gesamt in 1.000	Nicht armutsgefährdet		Armutsgefährdet "working poor" ¹⁾	
		in 1.000	Anteil in %	in 1.000	Anteil in %
Insgesamt	3.679	3.432	100	247	100
Männer					
20-39 Jahre	940	884	46	56	43
40-64 Jahre	1.102	1.027	54	75	57
Frauen					
20-39 Jahre	735	676	44	59	51
40-64 Jahre	902	845	56	56	49
Höchster Bildungsabschluss					
Max. Pflichtschule	444	364	11	80	32
Lehre/mittlere Schule	1.955	1.849	54	107	43
Matura	763	718	21	44	18
Universität	517	501	15	16	6
Erwerbsstatus 2007					
Ganzjährig Vollzeit erwerbstätig	2.609	2.480	72	129	52
Ganzjährig Teilzeit erwerbstätig	566	514	15	52	21
Nicht ganzjährig erwerbstätig	504	438	13	66	27
Berufliche Stellung 2008					
Hilfsarbeit	719	642	19	77	31
Facharbeit	740	702	20	38	15
Mittlere Tätigkeit, Meister	722	700	20	21	9
Höhere Tätigkeit	425	417	12	(8)	(3)
Hochqualifizierte Tätigkeit	339	330	10	(9)	(3)
Selbständig	448	394	11	53	22
Nicht erwerbstätig	286	246	7	40	16

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - 1) Personen im Erwerbsalter (20-64), die im Verlauf des Referenzjahres 2007 zumindest ein Monat Vollzeit oder Teilzeit erwerbstätig waren und armutsgefährdet sind. Ohne Personen, die 2007 mehr als sechs Monate arbeitslos waren. Erwerbsstatus 2007: Ausmaß der Erwerbstätigkeit 2007. Derzeitige berufliche Stellung: Berufliche Stellung zum Befragungszeitpunkt 2008 - Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen <20 beruhen, werden nicht ausgewiesen.

Als „working poor“ gelten im Allgemeinen Personen, denen trotz Ausübung einer Erwerbstätigkeit kein äquivalisiertes Haushaltseinkommen über der Armutsgefährdungsschwelle zur Verfügung steht. Gründe dafür können sowohl ein niedriges persönliches Einkommen als auch die Haushaltszusammensetzung und die Erwerbsintensität des Haushalts sein. Je nach Definition von Erwerbstätigkeit und Einschränkung auf bestimmte Altersgruppen variiert die Anzahl der Betroffenen. Bis zur Berichterstat-

tung 2006 galten in EU-SILC aktuell (also zum Befragungszeitpunkt) erwerbstätige Personen von 20 bis 64 Jahren, deren äquivalisiertes Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt, als „working poor“. Da auch das zur Berechnung des Armutsrisikos herangezogene Haushaltseinkommen aus dem Referenzjahr (also dem der Erhebung vorangegangenen Kalenderjahr¹³) stammt, wurde aus Gründen der Konsistenz eine Änderung der nationalen Definition vorgenommen: Ab der Berichterstattung 2007 werden jene armutsgefährdeten Personen im Erwerbsalter (20-64 Jahre) als „working poor“ bezeichnet, die im Verlauf des Referenzjahres zumindest ein Monat Vollzeit- oder Teilzeit erwerbstätig waren¹⁴.

Nach dieser aktuellen EU-SILC Definition sind 2008 insgesamt rund 247.000 Personen „working poor“ (vgl. Übersicht 13). Etwa 132.000 Männer (6%) und 116.000 Frauen (7%) im Erwerbsalter (20-64 Jahre) waren also im Jahr 2007 erwerbstätig und dennoch armutsgefährdet. Mehr als die Hälfte von ihnen (53%) ist über 39 Jahre alt. Insgesamt leben 492.000 Personen in Haushalten mit „working poor“, 48.000 der trotz Erwerbstätigkeit Armutsgefährdeten leben alleine. „working poor“ sind öfter unter Personen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen, unteren Berufsschichten und unter Teilzeitbeschäftigten vertreten als die nicht armutsgefährdeten Erwerbstätigen.

„Working poor“¹⁵ stellen mit 46% die größte Gruppe der Armutsgefährdeten im Erwerbsalter dar. Arbeitslose, die zwar ein erheblich höheres Risiko tragen, repräsentieren mit rund 18% eine deutlich kleinere Gruppe. Die große Gruppe der „working poor“ lässt sich nach Ausmaß der Erwerbsintensität differenzieren: Von den 181.000 ganzjährig erwerbstätigen Personen, die von Armutsgefährdung betroffen sind, waren 129.000 Vollzeit erwerbstätig. Davon leben etwa 84% in Mehrpersonenhaushalten. Die Gruppe jener, die alleine leben und trotz ganzjähriger Erwerbstätigkeit armuts-

¹³ Für EU-SILC 2008 beispielsweise das Jahr 2007.

¹⁴ Nicht berücksichtigt werden Personen, die im Referenzjahr 2007 mehr als sechs Monate arbeitslos waren.

¹⁵ Im Folgenden bezeichnet der Begriff „Working poor“ nach der aktuellen EU-SILC Definition Personen im Erwerbsalter (20-64 Jahre), die im Verlauf des Referenzjahres 2007 zumindest ein Monat Vollzeit oder Teilzeit erwerbstätig waren und armutsgefährdet sind. Personen, die im Referenzjahr 2007 mehr als sechs Monate arbeitslos waren sind nicht berücksichtigt.

gefährdet sind, umfasst circa 21.000 Personen. Auch wenn die Armutsgefährdungsquote bei Personen in prekären Beschäftigungsformen deutlich höher ist, stellen Personen in einem Normalarbeitsverhältnis die größte Gruppe innerhalb der „working poor“ dar. Armutsgefährdung trotz Erwerbstätigkeit betrifft keineswegs nur Personen in vergleichsweise schlecht abgesicherten Jobs.

Übersicht 14: Staatsbürgerschaft und Haushaltstyp von Erwerbstätigen im Erwerbsalter nach Armutsrisiko

	Erwerbstätige im Erwerbsalter				
	Gesamt in 1.000	Nicht armutsgefährdet		Armutsgefährdet "working poor" ¹⁾	
		in 1.000	Anteil in %	in 1.000	Anteil in %
Insgesamt	3.679	3.432	100	247	100
Staatsbürgerschaft					
Österreich	3.282	3.096	90	186	75
davon:					
seit Geburt	3.137	2.970	87	167	68
eingebürgert	145	126	4	19	8
Nicht Österreich	397	336	10	61	25
davon:					
EU/EFTA	151	136	4	15	6
sonstiges Ausland	246	200	6	45	18
Haushaltstyp (ohne Pension)*)					
Alleinlebende Männer	323	299	17	23	24
Alleinlebende Frauen	230	206	12	24	24
MPH ohne Kinder	1.336	1.285	72	51	52
Ein-Eltern-Haushalt	102	82	5	20	15
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	747	704	46	43	31
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	624	579	37	45	32
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	214	182	12	32	23

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - 1) Personen im Erwerbsalter (20-64), die im Verlauf des Referenzjahres 2007 zumindest ein Monat Vollzeit oder Teilzeit erwerbstätig waren und armutsgefährdet sind. Ohne Personen, die 2007 mehr als sechs Monate arbeitslos waren. - *) Personen in Haushalten.

Während 10% der nicht armutsgefährdeten Erwerbstätigen keine österreichische Staatsbürgerschaft haben, trifft dies auf ein Viertel der Armutsgefährdeten zu (Übersicht 14). Die Verteilung auf die Haushaltstypen zeigt die bekannten Muster der Benachteiligung: „working poor“ sind überproportional oft in Mehrpersonenhaushalten mit mindestens drei Kindern (13%), in Ein-Eltern-Haushalten (8%) und unter alleinlebenden Frauen (10%) vertreten.

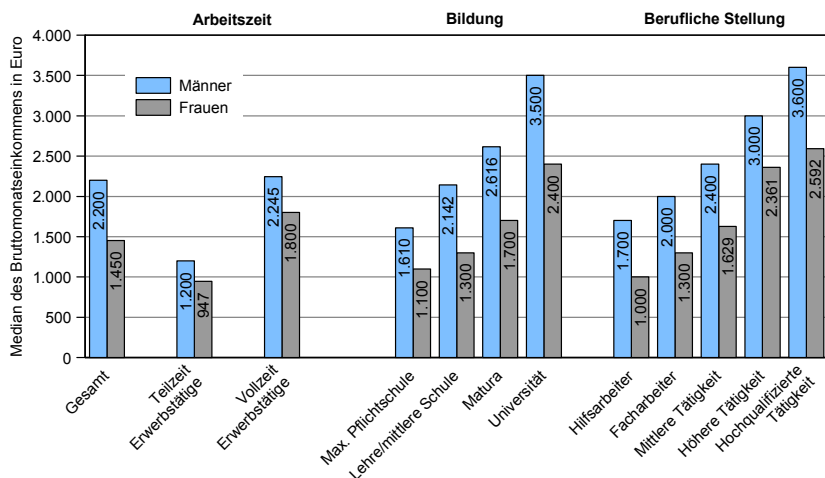
Eine entsprechend hohe Entlohnung kann Erwerbstätige vor Armutsgefährdung schützen. Grafik 4, die das mittlere Brutto-Monatseinkommen für unselbständig Erwerbstätige dargestellt¹⁶, zeigt, dass dies stark mit den Qualifikationen und der beruflichen Stellung der Erwerbstätigen zusammenhängt. Das mittlere Bruttoeinkommen steigt mit der Qualifikation und der Stellung im Beruf, gleichzeitig sinkt das Armutsrisiko. Unselbständig Beschäftigte mit Matura verdienen beispielsweise durchschnittlich brutto um 312 Euro pro Monat mehr als Personen mit Lehrabschluss.¹⁷ Rund 3% der Personen mit Pflichtschulabschluss bzw. 4% derjenigen, die eine Hilfstätigkeit ausüben, beziehen trotz Vollzeitbeschäftigung weniger als 1.000 Euro brutto, während so niedrige Einkommen bei Vollzeitbeschäftigten in höheren Qualifikationsebenen praktisch nicht mehr vorkommen.¹⁸ Bereits in der mittleren Qualifikationsebene wird eine im Vergleich zu allen Erwerbstätigen unterdurchschnittliche Armutsgefährdung festgestellt.

16 Für Selbständige wurde kein aktuelles Monatseinkommen erhoben. Ihr Armutsrisiko beträgt 12% (siehe Tabelle 5.1b im Tabellenband zu EU-SILC 2008 (Statistik Austria 2009d)).

17 Für eine detaillierte Darstellung der Unterschiede von Verdiensten der Frauen und Männer auf Basis der Verdienststrukturerhebung bzw. Lohnsteuerdaten siehe Statistik Austria (2006) und Rechnungshof (2008).

18 Vgl. Tabelle 9.4 im Tabellenband zu EU-SILC 2008 (Statistik Austria 2009d).

Grafik 4: Monatliches Bruttoeinkommen 2008 von aktuell unselbständig Erwerbstätigen im Erwerbsalter nach Geschlecht



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. Hauptsächlich erwerbstätige Personen im Erwerbsalter (20-64 Jahre), die in der der Erhebung vorangegangenen Kalenderwoche mind. eine Stunde als unselbständig Erwerbstätige/r gearbeitet haben. Bruttomonatseinkommen aus der Haupttätigkeit zum Befragungszeitpunkt 2008, inkl. bezahlter Überstunden, ohne 13. und 14. Bezug und ohne Einmalzahlungen.

Neben der Qualifikation wirken sich auch Geschlecht und Herkunft auf das Einkommen aus. Grafik 4 zeigt, dass Männer in allen Bildungsschichten mehr verdienen als Frauen. Durchschnittlich verdienen Arbeitnehmerinnen brutto monatlich 66% des Medianeinkommens der Männer. Der Einkommensunterschied besteht ungeachtet des Beschäftigungsmaßes, wenngleich er bei Teilzeiterwerbstätigen mit 253 Euro geringer ist. Bei Vollzeiterwerbstätigkeit verdienen Männer durchschnittlich um 445 Euro mehr als Frauen. Gründe dafür sind unter anderem Unterschiede im Einkommensniveau und in der Einkommensstruktur verschiedener Wirtschaftsbereiche sowie das Beschäftigungsmaß.

Durch geringe Bildung oder nicht anerkannte Bildungsabschlüsse und den Einsatz in wenig qualifizierten Jobs sind Personen mit ausländischer (nicht EU-/EFTA) Herkunft besonders benachteiligt. Sie verrichten zu 67% Hilfsarbeiten – zum Vergleich: von

den Österreicherinnen und Österreichern üben nur 19% eine Hilfsarbeit aus.¹⁹ Diese ungleiche Qualifikations- und Beschäftigungsstruktur von in- und ausländischen Beschäftigten findet ihren Niederschlag in einem beinahe drei Mal so hohen Armutsrisiko für Erwerbstätige mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft (Übersicht 15).

Übersicht 15: Aktuelles Erwerbseinkommen und Armutsgefährdung bei unselbständig Erwerbstätigen im Erwerbsalter nach Staatsbürgerschaft

	Gesamt		Monatl. Erwerbseinkommen brutto ¹⁾ Median in EUR	Armutsgefährdungsquote in %
	in 1.000	Anteil in %		
Unselbständige insgesamt	3.006	100	1.900	7
Staatsbürgerschaft				
Österreich	2.684	89	1.979	6
darunter eingebürgert	130	4	1.448	12
Nicht Österreich	322	11	1.503	14
davon:				
EU/EFTA	114	4	1.800	(10)
sonstiges Ausland	208	7	1.450	17

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Personen, die in der der Erhebung vorangegangenen Kalenderwoche mind. eine Stunde einer unselbständigen Erwerbstätigkeit nachgegangen sind. - 1) Bei ganzjähriger Beschäftigung in der Regel 14 Mal pro Jahr.

Neben geringer Entlohnung ist unregelmäßige Beschäftigung von weniger als zehn Monaten im Referenzjahr ein weiteres Merkmal prekärer Beschäftigungssituationen und einer unsicheren Einkommenslage. Betroffen sind vor allem Hilfsarbeiterinnen und Hilfsarbeiter, aber auch „neue Selbständige“ (Tätigkeit unter Werkvertrag) oder Personen mit freiem Dienstvertrag. Beschäftigungsverhältnisse von weniger als zwölf Arbeitsstunden pro Woche werden hier zu den prekären Beschäftigungsarten gezählt, da diese oft mit einem geringfügigen Einkommen und wenig arbeits- und sozialrechtlichem Schutz einhergehen. Der Zusammenhang dieser Beschäftigungsformen mit einem erhöhten Armutsrisiko ist deutlich ersichtlich – auch wenn die Einkommen anderer Haushaltsmitglieder möglicherweise ausgleichend hinzukommen (siehe Übersicht 16).

¹⁹ Vgl. Tabelle 9.2 im Tabellenband zu EU-SILC 2008 (Statistik Austria 2009d).

Übersicht 16: Armutsgefährdung in prekären Beschäftigungsformen

	Gesamt in 1.000	Armutsgefährdung	
		in 1.000	Quote in %
Insgesamt	5.050	545	11
Unregelmäßig beschäftigt	491	75	15
Teilzeit <12h	118	18	16
Niedriglohnbeschäftigung	109	31	28

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Personen im Erwerbsalter (20-64 Jahre). Unregelmäßig beschäftigt: 2007 oder aktuell Werk-/DienstvertragsnehmerIn oder 2007 weniger als 10 Monate Vollzeit oder Teilzeit beschäftigt. Niedriglohnbeschäftigung: Der aktuelle Stundenlohn beträgt weniger als 5,77 €, d.h. hochgerechnet auf Vollzeitbeschäftigung beträgt der Monatslohn weniger als 1.000 €.

Während die Erwerbsbeteiligung der Frauen in den letzten Jahren weiter angestiegen ist, ist nach wie vor Teilzeiterwerbstätigkeit (Erwerbstätigkeit von weniger als 35h pro Woche) für Frauen im Erwerbsalter weitaus häufiger als für Männer: 83% aller aktuell Teilzeitbeschäftigten sind weiblich, die Teilzeitquote der Frauen beträgt 40%, bei den Männern 7%.

Diese Ergebnisse finden sich auch im Mikrozensus²⁰: Im Jahresdurchschnitt 2008 gaben 43,1% der Frauen an, normalerweise weniger als 36 Stunden pro Woche zu arbeiten, bei den Männern traf dies nur auf 8,8% zu. Insgesamt wurde im Jahresdurchschnitt 2008 eine Teilzeitquote von 23,3% erreicht (2007: 22,6%). Demzufolge wird das „male-breadwinner“-Modell (Frau im Haushalt, Mann Alleinverdiener) immer häufiger von einem Modell abgelöst, in dem die Frau durch ihre (Teilzeit-) Erwerbstätigkeit zum Haushaltseinkommen beiträgt. Teilzeitarbeit an sich bleibt nach wie vor weiblich besetzt.

In Haushalten mit Kindern gelten Betreuungspflichten und mangelnde außerfamiliäre Betreuungsangebote als Hinderungsgründe für die Aufnahme einer (Vollzeit-)Erwerbstätigkeit für einen Elternteil. Die niedrige Erwerbsintensität - vor allem von Frauen - ist

²⁰ Vgl. Statistik Austria (2009a), S. 8.

mit Alter und Zahl der Kinder erklärbar. Während in Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder 68% der Frauen und in Mehrpersonenhaushalten mit einem Kind 65% der Frauen erwerbstätig sind, gehen in Haushalten mit drei und mehr Kindern nur 39% der Frauen einer Erwerbstätigkeit nach (Übersicht 17). In Haushalten mit Kindern bis drei Jahre sind 35% der Frauen erwerbstätig, mit dem Erreichen des Kindergartenalters des jüngsten Kindes liegt die weibliche Erwerbsbeteiligung bei fast zwei Drittel (64%), wobei Teilzeitbeschäftigung vorherrscht (70%). Erst mit dem Schulalter überwiegt die Vollzeitbeschäftigung der Frauen ganz knapp (51%).

Übersicht 17: Erwerbsbeteiligung von Frauen nach Teilzeit-/Vollzeiterwerbstätigkeit und Haushaltstyp

	Gesamt in 1.000	Erwerbs- beteiligung	davon	
			Teilzeit	Vollzeit
		in %		
Frauen insgesamt	2.233	65	40	60
Alleinlebend	287	77	19	81
In Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	800	68	29	71
In Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	463	65	52	48
In Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	394	60	62	38
In Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	165	39	51	49
In Ein-Eltern-Haushalt	126	62	44	56
Jüngstes Kind bis 3 Jahre	330	35	66	34
Jüngstes Kind 4 bis 6 Jahre	144	64	70	30
Jüngstes Kind über 6 Jahre	674	71	49	51

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Frauen im Erwerbsalter (20-64 Jahre) in Haushalten ohne Pension.
Erwerbsbeteiligung: Anteil aktuell hauptsächlich erwerbstätiger Frauen (ohne Arbeitslose) an Frauen im Erwerbsalter. Teilzeit: Erwerbstätigkeit von weniger als 35 Stunden pro Woche.

ERWERBSBETEILIGUNG DES HAUSHALTS

Armutsgefährdung ist neben dem individuellen Erwerbsstatus stark von der Zusammensetzung des Haushalts sowie dessen Einbindung in den Arbeitsmarkt beeinflusst. Schlechte Einkommensverhältnisse eines Haushaltsmitglieds können sich für den ganzen Haushalt nachteilig auswirken, oder aber auch durch die Erwerbseinkommen

anderer und weitere Einkünfte (zum Beispiel Sozialleistungen oder Privattransfers) ausgeglichen werden. Sowohl der Anteil der erwerbstätigen Personen im Haushalt (an allen Personen im Erwerbsalter) als auch deren Beschäftigungsintensität und -dauer (Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung und die Zahl der beschäftigten Monate im Einkommensreferenzjahr 2007) haben Einfluss darauf, über welche Ressourcen der Haushalt verfügen kann. Beide Faktoren sind im Indikator Erwerbsintensität zusammengefasst (Übersicht 18). Volle Erwerbsintensität eines Haushalts wird dann erreicht, wenn in einem Haushalt alle Personen zwischen 20 und 64 Jahren großteils vollzeiterwerbstätig sind. Ist dies nicht der Fall, z.B. wenn eine Person das ganze Jahr über vollzeitbeschäftigt ist und ein zweites erwachsenes Haushaltsmitglied einer Teilzeit- oder keiner Erwerbstätigkeit nachgeht, wird von teilweiser Erwerbsintensität gesprochen.

Übersicht 18: Armutsgefährdung nach Erwerbsintensität des Haushalts

	Gesamt		Armutsgefährdung		
	in 1.000	Anteil in %	in 1.000	Anteil in %	Quote in %
Gesamt					
Keine Erwerbstätigkeit	772	11	270	32	35
Teilweise Erwerbstätigkeit	3.019	42	387	47	13
Volle Erwerbstätigkeit	3.437	48	174	21	5
Einpersonenhaushalt					
Keine Erwerbstätigkeit	215	27	81	59	38
Teilweise Erwerbstätigkeit	109	14	33	24	30
Volle Erwerbstätigkeit	462	59	23	17	5
Mehrpersonenhaushalt					
Keine Erwerbstätigkeit	557	9	189	27	34
Teilweise Erwerbstätigkeit	2.910	45	354	51	12
Volle Erwerbstätigkeit	2.975	46	151	22	5

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Personen in Haushalten mit mind. einer Person im Erwerbsalter (20-64 Jahre). Erwerbsintensität: Anteil erwerbstätiger Monate an maximal möglichen Erwerbsmonaten aller Personen im Erwerbsalter im Haushalt im Jahr 2007. Teilzeit erwerbstätige Monate werden als halbe Erwerbsmonate gerechnet. Volle Erwerbsintensität: Mehr als 75% Erwerbsintensität. Teilweise Erwerbsintensität: bis zu 75% Erwerbsintensität. Keine Erwerbsintensität: null Erwerbsmonate im Haushalt.

In Haushalten mit mindestens einer Person im Erwerbsalter, in denen maximale Erwerbsintensität erreicht wird, liegt unterdurchschnittliche Armutsgefährdung vor: Mehrpersonenhaushalte haben unter diesen Bedingungen eine Armutsgefährdungsquote von 5% (151.000 Personen). Auch 5% der Einpersonenhaushalte mit voller Erwerbsintensität sind armutsgefährdet (23.000 Personen). Bei teilweiser Erwerbstätigkeit in Mehrpersonenhaushalten ist das Risiko in Armut zu geraten durchschnittlich hoch (12%). Bei Einpersonenhaushalten, in denen nicht die volle Erwerbsintensität erreicht wird, beträgt das Risiko 30%. Am höchsten ist das Armutsrisiko in Haushalten ohne Erwerbstätige: Wenn alleinlebende Personen im Erwerbsalter keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, sind sie zu 38% armutsgefährdet. In Mehrpersonenhaushalten, in denen keine Person im Erwerbsalter erwerbstätig ist, ist es etwas mehr als ein Drittel. Die Haushalte ohne Erwerbsintensität²¹ setzen sich folgendermaßen zusammen:

- » Alleinlebende im Erwerbsalter mit Pension als Haupteinkommensquelle (d.h. jünger als 65 Jahre): 22.000 Männer und 71.000 Frauen.
- » Alleinlebende, bei denen die Pension nicht die Haupteinkommensquelle ausmacht: 70.000 Männer und 53.000 Frauen. Hier werden von mehr als drei Vierteln hauptsächlich Sozialleistungen bezogen: Es handelt sich dabei vorwiegend um jüngere Personen in Ausbildung oder ältere Personen am Ende des Erwerbslebens, die noch keine Pension beziehen bzw. arbeitslos sind.
- » Mehrpersonenhaushalte: Über die Hälfte der Mehrpersonenhaushalte sind Haushalte mit Pension als Haupteinkommensquelle (316.000 Personen), einen nicht unerheblichen Anteil machen auch Ein-Eltern- Haushalte aus, in denen die erwachsene Person keiner Erwerbstätigkeit nachgeht (63.000 Personen). Der Rest sind Haushalte mit Arbeitslosigkeit oder am Übergang vom Erwerbsleben zur Pension.

21 Personen im Pensionsalter werden hier nicht berücksichtigt.

3.2.2. Entstehungszusammenhang 2: Familie, Lebensformen und Kinder

Die Haushaltszusammensetzung beeinflusst die Möglichkeiten, sich am Erwerbsleben zu beteiligen und steht so über die Erwerbsintensität in Zusammenhang mit der Höhe des Haushaltseinkommens. Der Einfluss dieser beiden Größen auf die Armutsgefährdung bestimmter Haushaltstypen wird im folgenden Abschnitt näher untersucht.

Weil in Einpersonenhaushalten keine Einsparungspotentiale auf Grund gemeinsamer Haushaltsführung gegeben sind, verzeichnen alleinlebende Personen generell ein überdurchschnittliches Armutsrisiko. Dass in Mehrpersonenhaushalten etwa beim Wohnen oder beim Kauf von Nahrungsmitteln durch gemeinsames Wirtschaften Kosten gespart werden können, wird durch die Äquivalisierung des Haushaltseinkommens berücksichtigt. Ebenso hat das Einkommen anderer Haushaltsmitglieder Einfluss auf die finanzielle Situation der Einzelnen. Im Gegensatz dazu wirken sich Einkommensnachteile und soziale Risiken auf alleinlebende Personen unmittelbar aus, ohne Ausgleich im Einkommen anderer Haushaltsmitglieder finden zu können. Alleinlebende Frauen mit Pension haben deshalb eine der höchsten Armutsgefährdungsquoten, rund ein Viertel ist betroffen. Mit 99.000 armutsgefährdeten Personen bzw. einem Zehntel aller Armutsgefährdeten sind sie auch absolut gesehen eine nicht zu vernachlässigende Gruppe. Die Armutsgefährdungslücke von alleinlebenden Frauen mit Pensionsbezug ist mit 14% allerdings vergleichsweise gering.

Bei Alleinlebenden aller Altersgruppen fällt der Unterschied zwischen den Geschlechtern auf: Alleinlebende Frauen haben mit 22% eine deutlich höhere Armutsgefährdungsquote als Männer (16%). In Haushalten mit Pensionsbezug fällt der Nachteil der Frauen mit 24% zu 16% stärker aus, wobei auch bei den jüngeren alleinlebenden Personen 4%-Punkte Unterschied zwischen Frauen und Männern bestehen.

Ergänzend zur obigen Analyse der Erwerbsbeteiligung von Frauen und der Auswirkung mangelnder Erwerbsintensität im Haushalt auf die Armutsgefährdung, wird in Übersicht 19 die Armutsgefährdung von Familien dargestellt. Dabei wird deutlich, dass Familien mit bis zu zwei Kindern relativ gut vor Armutsrisiken geschützt sind (mit einem Kind 9% Armutsgefährdung). Für Familien mit zwei Kindern beträgt das Armutsrisiko 10%, bei drei oder mehr Kindern im Haushalt überdurchschnittliche 20%. In Ein-Eltern-Haushalten lebende Personen sind zu 29% von Armutsgefährdung betroffen. Auch in Ein-Eltern-Haushalten mit voller Erwerbstätigkeit liegt die Armutsgefährdungsquote mit 14% über dem Durchschnitt.

Übersicht 19: Armutsgefährdung nach Haushaltstyp und Alter der Kinder

	Gesamt		Armutsgefährdung	
	in 1.000	Anteil in %	in 1.000	Quote in %
Insgesamt	8.242	100	1.018	12
Haushalt mit Pension				
Alleinlebend männlich	128	2	20	16
Alleinlebend weiblich	415	5	99	24
Mehrpersonenhaushalt	1.096	13	139	13
Haushalt ohne Pension				
Alleinlebende Männer	412	5	68	16
Alleinlebende Frauen	305	4	61	20
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	1.957	24	113	6
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	1.351	16	120	9
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	1.502	18	156	10
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	754	9	151	20
Ein-Eltern-Haushalt	320	4	92	29
Haushalt nach Alter der Kinder				
Jüngstes Kind bis 3 Jahre	1.258	15	171	14
Jüngstes Kind 4 bis 6 Jahre	557	7	91	16
Jüngstes Kind über 6 Jahre	2.204	27	273	12

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Personen in Haushalten.

Der Einfluss des Alters der Kinder auf Betreuungsnotwendigkeiten im Haushalt und die Erwerbstätigkeit der Frauen zeigt sich unmittelbar im Armutsrisiko: Ist das jüngste Kind im Kindergarten- bzw. Vorschulalter, beträgt die Armutsgefährdung 14% bzw. 16%. Erst

wenn das jüngste Kind im schulpflichtigen Alter ist, wird in vielen Haushalten wieder teilweise oder volle Erwerbsintensität erreicht. Das Armutsrisiko entspricht dann mit 12% dem Durchschnitt und ist geringer als bei Familien mit Kindern im Kleinkind- oder Vorschulalter.

Dabei ist der Effekt der Frauenerwerbsbeteiligung auf das Armutsrisiko in Mehrpersonenhaushalten ohne Pension deutlich nachweisbar: Wenn die Frauen im Haushalt keine Erwerbstätigkeit ausüben, liegt die Armutsgefährdungsquote bei 21%, sind sie hingegen erwerbstätig, nur bei 7%. Die höchste Armutsgefährdungsquote zeigt sich für nicht erwerbstätige alleinlebende Frauen mit Kind(ern). In dieser Konstellation beträgt das Armutsrisiko 60% (Übersicht 20).

Die Erwerbspartizipation von Frauen ist ein entscheidendes Mittel, um Familien ein Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle zu ermöglichen. In allen betrachteten Haushaltsformen, mit Ausnahme der Ein-Eltern- Haushalte und Familien mit drei und mehr Kindern, liegt das Armutsrisiko unter dem Bevölkerungsdurchschnitt, wenn die Frauen erwerbstätig sind. Vor allem Vollzeiterwerbstätigkeit von Frauen bedeutet ein geringeres Armutsrisiko. Besonders in Ein-Eltern-Haushalten und in Haushalten, in denen das jüngste Kind maximal drei Jahre alt ist, ist die Armutsgefährdungsquote deutlich niedriger, wenn die Frauen statt Teilzeit Vollzeit erwerbstätig sind. Eine hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen durch leistbare, zeitlich flexible und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung zu ermöglichen ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer Reduzierung von Armutsrisiken für Familien. Zu beachten ist, dass Personen in Ein-Eltern-Haushalten und in Mehrpersonenhaushalten mit drei und mehr Kindern auch bei hoher Erwerbsbeteiligung ein überdurchschnittliches Armutsrisiko tragen. Erwerbseinkommen und Sozialtransfers reichen hier nicht aus, um über ein äquivalisiertes Haushaltseinkommen über der Armutsgefährdungsschwelle zu verfügen.

Übersicht 20: Erwerbstätigkeit von Frauen und Armutsgefährdung in Mehrpersonenhaushalten

	Gesamt in 1.000	Armutsgefährdung	
		in 1.000	Quote in %
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder			
Frau erwerbstätig	1.393	51	4
Frau nicht erwerbstätig	376	51	14
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind			
Frau erwerbstätig	1.084	62	6
Frau nicht erwerbstätig	255	51	20
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder			
Frau erwerbstätig	1.059	78	7
Frau nicht erwerbstätig	435	78	18
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder			
Frau erwerbstätig	434	61	14
Frau nicht erwerbstätig	320	90	28
Ein-Eltern-Haushalt¹⁾			
Frau erwerbstätig	223	48	21
Frau nicht erwerbstätig	68	41	60
Jüngstes Kind bis 3 Jahre			
Frau erwerbstätig	613	45	7
Frau nicht erwerbstätig	614	111	18
Jüngstes Kind 4 bis 6 Jahre			
Frau erwerbstätig	392	37	10
Frau nicht erwerbstätig	157	51	32
Jüngstes Kind über 6 Jahre			
Frau erwerbstätig	1.795	166	9
Frau nicht erwerbstätig	309	98	32

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Personen in Mehrpersonenhaushalten ohne Pension mit mind. einer Frau im Erwerbsalter (20-64 Jahre). Frau erwerbstätig: Zumindest eine Frau im Haushalt war im Referenzjahr 2007 erwerbstätig. Frau nicht erwerbstätig: Keine Frau im Haushalt war im Referenzjahr 2007 erwerbstätig. - 1) Alleinlebende Frauen mit mind. einem Kind.

LEBENSSTANDARD VON KINDERN, JUGENDLICHEN UND FINANZIELL ABHÄNGIGEN JUNGEN ERWACHSENEN

Die Bestimmung des Lebensstandards über die finanzielle Situation des gesamten Haushalts erlaubt keine Befunde über die Ressourcenverteilung innerhalb des Haushalts. Im Fall von Kindern, die finanziell zur Gänze von erwachsenen Haushaltsmitgliedern abhängig sind und ihre Lage nicht selbst beeinflussen können, gestaltet sich die Beurteilung der Lebensbedingungen also schwierig. Kindern, die in Armut aufwachsen, stehen weniger Ressourcen für den zukünftigen Lebensweg zur Verfügung als jenen, die diese Erfahrung nicht teilen. So besuchen 39% der nicht armutsgefährdeten, aber nur 24% der armutsgefährdeten Kinder zwischen zehn und 14 Jahren eine AHS. Analysen der Soziodemographie von Eltern armutsgefährdeter Kinder können die intergenerationale Weitergabe von Armut zu einem gewissen Grad abbilden²².

Kinder unter 16 Jahren werden in EU-SILC nicht persönlich zu ihrer Lebenssituation befragt, Jugendliche und junge Erwachsene unter 27 Jahren, die auf Grund einer Ausbildung finanziell noch vom elterlichen Haushalt abhängig sind, werden in der Berichterstattung nicht als Erwachsene ausgewiesen. Laut EU-SILC 2008 leben in Österreich 1.787.000 Kinder, Jugendliche und abhängige junge Erwachsene. 264.000 von ihnen sind armutsgefährdet (15%)²³. Kinder machen damit mehr als ein Viertel der Armutsgefährdeten in Österreich aus und sind in allen Altersgruppen überdurchschnittlich betroffen. Das Armutsrisiko ist für Kinder unter 16 Jahren insgesamt mit 15% in etwa gleich hoch wie für ältere bis 26 Jahre (14%).

12% der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit österreichischer Staatsbürgerschaft sind armutsgefährdet (Übersicht 21). Unter den jungen Leuten mit einer anderen Staatsbürgerschaft sind es deutlich mehr, nämlich 38%. Sie stellen mit

²² Vgl. hierzu im Bericht zu EU-SILC 2005 (Statistik Austria 2007) das Modul „Intergenerationale soziale Mobilität“, S. 59ff.

²³ Vgl. Tab. 8.1 und Tab. 8.2 im Tabellenband zu EU-SILC 2008 (Statistik Austria 2009d).

84.000 Betroffenen fast ein Drittel der Armutsgefährdung dieser Altersgruppe dar (32%). 17% der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis 26 Jahre leben in Haushalten mit mindestens einer Person ohne EU-/EFTA Staatsbürgerschaft. 98.000 von ihnen sind armutsgefährdet. Das Armutsrisiko von Zuwandererkindern ist damit mit 31% fast drei Mal so groß wie das Gleichaltriger in österreichischen Haushalten ohne ausländischen oder eingebürgerten Mitglied (11%).

Wird im Haushalt volle Erwerbsintensität erzielt, sind unterdurchschnittliche 8% der Kinder, Jugendlichen und abhängigen jungen Erwachsenen armutsgefährdet. Sind die Eltern jedoch nur teilweise (Vollzeit) erwerbstätig, verdoppelt sich das Armutsrisiko beinahe (15%). Bei keiner Erwerbsbeteiligung im Haushalt leben rund zwei Drittel (67%) der jungen Leute unter der Armutsgefährdungsschwelle. Einen besonders niedrigen Lebensstandard haben neben jungen Menschen in Haushalten mit Personen ausländischer Herkunft auch rund 77.000 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in Haushalten, wo Sozialleistungen die Haupteinkommensquelle ausmachen²⁴ (Armutsgefährdungsquote 56%). Auch in Haushalten mit Langzeitarbeitslosen (44%) und wenn ein Haushaltsmitglied im Erwerbsalter durch eine Krankheit oder eine dauerhafte gesundheitliche Einschränkung gehandicapt ist (32%), sind finanziell abhängige Personen bis 26 Jahre einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt.

²⁴ Haushalte mit Langzeitarbeitslosen werden als eigene Kategorie ausgewiesen und sind hier nicht berücksichtigt.

Übersicht 21: Armutsgefährdung von Kindern, Jugendlichen und abhängigen jungen Erwachsenen bis 26 Jahren

	Gesamt (100%)	Nicht armutsgefährdet			Armutsgefährdet		
		in 1.000	Anteil	Quote	in 1.000	Anteil	Quote
			in %			in %	
Insgesamt	1.787	1.523	100	85	264	100	15
Staatsbürgerschaft							
Österreich	1.565	1.385	91	88	180	68	12
Nicht Österreich	222	138	9	62	84	32	38
Haushalt*) mit Kindern (ohne Pension)							
Ein-Eltern-Haushalt	189	136	9	72	53	20	28
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	406	369	25	91	37	14	9
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	714	639	43	89	75	29	11
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	447	353	24	79	94	36	21
Erwerbsintensität des Haushalts*) (Referenzjahr: 2007)							
Keine Erwerbstätigkeit	93	31	2	33	62	23	67
Teilweise Erwerbstätigkeit	944	804	53	85	140	53	15
Volle Erwerbstätigkeit	748	688	45	92	60	23	8
Haupteinkommensquelle des Haushalts*)							
Unselbständige Arbeit	1.353	1.235	81	91	118	45	9
Selbständige Arbeit	172	146	10	85	26	10	15
Sozialleistungen	187	77	5	41	110	42	59
Pensionen	33	41	3	84	(8)	(3)	(16)
Private Einkommen	22	24	2	92	(2)	(1)	(8)
In Risikohaushalt ...*)							
mit Langzeitarbeitslosigkeit	86	48	3	56	38	14	44
mit Sozialleistungen als Haupteinkommen (ohne Langzeitarbeitslose)	137	60	4	44	77	29	56
mit ausländischem Mitglied (aus Nicht-EU/EFTA)	311	213	14	69	98	37	31
mit Eingebürgerten (ohne ausländ. Mitglied)	93	69	5	74	24	9	26
mit Behinderung (bei Person im Erwerbsalter)	125	85	6	68	40	15	32

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - *) Personen in Haushalten. - Erwerbsintensität des Haushalts: Die Kategorie "keine Person im Erwerbsalter" ist aufgrund zu geringer Fallzahl nicht ausgewiesen. - Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen <20 beruhen, werden nicht ausgewiesen.

3.2.3. Entstehungszusammenhang 3: Staatliche Sozialleistungen

Sozialleistungen tragen zum Erhalt eines gewissen Lebensstandards bei und leisten so indirekt einen großen Beitrag zur Verringerung von Armutsgefährdung. Neben primär zur Armutsreduktion konzipierten Leistungen wie der Sozialhilfe und anderen bedarfsorientierten Leistungen (z.B. Wohnbeihilfe), wirken auch andere Transfers ergänzend zum Erwerbseinkommen oder im Fall von Pensionierung, Krankheit bzw. Invalidität oder Arbeitslosigkeit als Einkommensersatz. Sie stellen so vielfach - gerade für Haushalte mit niedrigem Einkommen - einen wichtigen Bestandteil des Gesamthaushaltseinkommens dar. Wichtig in diesem Zusammenhang sind auch Sozialleistungen, die in bestimmten Lebensphasen zur Abdeckung zusätzlicher Kosten ausgezahlt werden, wie Pflegegeld und Familienbeihilfen.

Laut EU-SILC 2008 tragen Altersleistungen mit 35,3 Mrd. Euro zum Bruttoeinkommen der privaten Haushalte bei, Sozialleistungen machen 13 Mrd. Euro der Haushaltseinkommen aus.²⁵ Übersicht 22 zeigt die unterschiedliche Bedeutung von Sozialleistungen und Pensionen für die verfügbaren Haushaltseinkommen verschiedener Haushaltstypen. Durchschnittlich 36% des Netto-Einkommens der österreichischen Privathaushalte stammen aus Leistungen der öffentlichen Hand. Mehr als die Hälfte davon sind Pensionen, die 21% des verfügbaren Haushaltseinkommens ausmachen.

25 Vgl. Tabelle 11.1b im Tabellenband zu EU-SILC 2008 (Statistik Austria 2009d).

Übersicht 22: Anteil der Sozialleistungen und Pensionen am verfügbaren Einkommen

	Anzahl Personen in 1.000	Median des verfügbaren Haushaltseinkommens pro Jahr in EUR	Relativer Anteil am verfügbaren Haushaltseinkommen		
			Sozialleistungen	Pensionen	Sozialleistungen plus Pensionen
			in %		
Insgesamt	8.242	28.592	15	21	36
Haushalt mit Pension	1.640	21.260	3	89	92
Alleinlebend männlich	128	17.534	1	97	98
Alleinlebend weiblich	415	14.984	1	97	98
Mehrpersonenhaushalt	1.096	28.966	4	85	89
Haushalt ohne Pension	6.602	32.529	18	4	22
Alleinlebende Männer	412	19.172	19	0	19
Alleinlebende Frauen	305	18.550	16	3	19
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	1.957	39.390	11	9	20
Haushalt mit Kindern (ohne Pension)	3.927	38.614	21	2	23
Ein-Eltern-Haushalt	320	22.418	36	1	37
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	1.351	40.231	14	3	17
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	1.502	41.599	19	2	21
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	754	41.540	31	3	34
Haushalt mit jüngstem Kind...					
bis 3 Jahre	1.258	35.374	28	3	31
4 bis 6 Jahre	557	35.510	23	3	26
über 6 Jahre	2.204	42.718	16	4	20
Haushalt mit ...					
Behinderung	1.409	24.886	20	39	59
Arbeitslosigkeit					
Kurzzeit <6 Monate	798	30.505	21	6	27
Langzeit >= 12 Monate	344	19.211	58	9	67
ausländischem Mitglied (Nicht EU/EFTA)	948	28.562	27	5	32
Eingebürgerten (ohne ausländ. Mitglied)	294	26.136	27	13	40

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. Personen in Haushalten. Haushalte mit ausländischen Mitgliedern und Haushalte mit Eingebürgerten sind nicht überschneidend: Haushalte mit Eingebürgerten (aus Nicht-EU/EFTA) enthalten per Definition keine Ausländerinnen und Ausländer. Sozialleistungen umfassen Familien-, Bildungs-, Arbeitslosen-, Gesundheitsleistungen, Sozialhilfe und Wohnbeihilfen sowie Pensionen von Personen im Erwerbsalter.

In armutsgefährdeten Haushalten mit Pension als Haupteinkommensquelle machen Pensionen 93%, Sozialleistungen 4% des verfügbaren Haushaltseinkommens aus. In nicht armutsgefährdeten Haushalten mit Pension entfallen 89% des Haushaltseinkommens auf Pensionen und 2% auf Sozialleistungen (Übersicht 23). In armutsgefährdeten Haushalten mit anderen Haupteinkommensquellen machen Sozialleistungen etwas

weniger als die Hälfte (46%) des verfügbaren Haushaltseinkommens aus, lediglich 1% entfällt auf Pensionen. In nicht armutsgefährdeten Haushalten ohne Pension als Haupteinkommensquelle stammen im Durchschnitt 14% aus Sozialleistungen und 4% aus Pensionen.

Übersicht 23: Anteil der Sozialleistungen und Pensionen am verfügbaren Einkommen nach Armutsgefährdung

	Anzahl Personen in 1.000	Median des verfügbaren Haushaltsein- kommens pro Jahr in EUR	Relativer Anteil am verfügbaren Haushaltseinkommen		
			Sozialleistungen	Pensionen	Sozialleistungen plus Pensionen
			in %		
Insgesamt	8.242	28.592	15	21	36
Armutsgefährdung					
Haushalt mit Pension					
Nicht armutsgefährdet	1.381	23.874	2	89	91
Armutsgefährdet	258	10.514	4	93	97
Haushalt ohne Pension					
Nicht armutsgefährdet	5.842	35.709	14	4	18
Armutsgefährdet	760	11.528	46	1	47

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. Personen in Haushalten. Sozialleistungen umfassen Familien-, Bildungs-, Arbeitslosen-, Gesundheitsleistungen, Sozialhilfe und Wohnbeihilfen sowie Pensionen von Personen im Erwerbsalter.

Um die Verringerung des Armutsrisikos durch Sozialleistungen festzustellen, werden im Folgenden die Sozialleistungen von den Gesamteinkommen der Haushalte abgezogen (Übersicht 24). Dadurch wird sichtbar, wie viele Personen armutsgefährdet wären, wenn dem Haushalt nur Einkünfte aus Arbeit und Vermögen (Primäreinkommen) und aus privaten Transfers zur Verfügung stünden. Die Armutsgefährdungsschwelle bleibt für diese Berechnung auf Haushaltseinkommen inklusive Primäreinkommen und private Transferleistungen bezogen, beträgt also beispielsweise für einen Einpersonenhaushalt 951 Euro pro Monat. Mit Sozialleistungen beträgt die Armutsgefährdungsquote 12%, ohne Sozialleistungen befänden sich mit 24% doppelt so viele Menschen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle, ohne Pensionen und Sozialleistungen läge die Armutsgefährdung sogar bei 43%. Demnach verringert sich die Zahl der Armutsgefährdeten durch staatliche Interventionen von rund 3,5 Millionen auf knapp unter eine Million.

Bei Familien ist der Anteil der Sozialleistungen überdurchschnittlich hoch, vor allem wenn es Kinder bis drei Jahre im Haushalt gibt, ebenso bei Ein-Eltern-Haushalten und bei Familien mit drei oder mehr Kindern. Hauptursache hierfür ist die geringere Erwerbsbeteiligung (der Frauen) in diesen Haushaltsformen, wodurch den Sozialtransfers – v.a. Familienleistungen wie Kinderbetreuungsgeld und Familienbeihilfe – größere Bedeutung zukommt. Das erhöhte Armutsrisiko für Ein-Eltern-Haushalte und Familien mit drei oder mehr Kindern macht jedoch auch deutlich, dass diese Leistungen angesichts des höheren Einkommensbedarfs kein gleichwertiger Ersatz für fehlende Erwerbseinkommen sind.

Trotzdem können speziell Familienleistungen in Haushalten mit Kindern die Armutsgefährdung um mehr als die Hälfte reduzieren. In Haushalten mit einem Kind sinkt die Armutsgefährdung auf Grund der Sozialleistungen von 19% auf 9%, in Haushalten mit zwei Kindern von 27% auf 10% und in Haushalten mit drei und mehr Kindern von 54% auf 20%. Das Armutsrisiko von Haushalten mit mehr als zwei Kindern bleibt also auch nach Berücksichtigung von Sozialleistungen stark erhöht. Ein-Eltern-Haushalte sind in besonders hohem Maße von staatlichen Leistungen abhängig. Ohne Sozialtransfers wäre die Zahl der Personen in armutsgefährdeten Ein-Eltern-Haushalten beinahe doppelt so hoch. Jedoch auch mit Sozialtransfers verbleiben 29% unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle. Nach dem Alter des jüngsten Kindes zeigt sich die größte Bedeutung von Familienleistungen zur Reduktion des Armutsrisikos bei Haushalten mit Kleinkindern bis drei Jahren.

Übersicht 24: Armutsgefährdung vor und nach Sozialleistungen und Pensionen nach Haushaltszusammensetzung

	Anzahl Personen in 1.000	Armutsgefährdungsquote							
		nach Sozial- leistungen und Pensionen	vor ...						
			Pensio- nen u. Sozial- leistungen	Pensionen u. Hinter- bliebenen- leistungen	Sozial- leistungen	Familien/ Bildungs- leistungen	Arbeits- losen- leistungen	Gesund- heits- leistungen	Sozialhil- fe/Wohn- beihilfe
Insgesamt	8.242	12	43	31	24	20	15	15	13
Haushalt mit Pension	1.640	16	96	95	18	16	17	16	17
Alleinlebende Männer	128	16	98	98	16	16	16	16	16
Alleinlebende Frauen	415	24	100	100	26	24	24	24	26
Mehrpersonenhaushalt	1.096	13	94	94	16	14	14	14	13
Haushalt ohne Pension	6.602	12	29	15	26	21	14	14	12
Alleinlebend männlich	412	16	29	17	29	18	22	21	19
Alleinlebend weiblich	305	20	32	25	28	22	23	23	22
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	1.957	6	20	11	14	7	8	11	6
Haushalt mit Kindern (ohne Pension)	3.927	13	34	15	31	28	16	15	14
Ein-Eltern-Haushalt	320	29	55	30	54	49	35	33	34
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	1.351	9	20	10	19	15	11	11	9
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	1.502	10	30	12	27	23	13	11	11
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	754	20	57	25	54	50	23	21	21
Haushalt mit jüngstem Kind...									
bis 3 Jahre	1.258	14	44	17	42	41	17	14	14
4 bis 6 Jahre	557	16	37	19	34	29	23	17	20
über 6 Jahre	2.204	12	29	17	25	20	14	14	13

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Personen in Haushalten. - Pensionen: Alters- und Hinterbliebenenleistungen. Familienleistungen: Familienbeihilfe, Wochengeld, Kinderbetreuungsgeld, staatl. Unterhaltsvorschüsse. Bildungsleistungen: Stipendien und Studienbeihilfen, Studiengebührenrückerstattung, sonstige Bildungsleistungen. Arbeitslosenleistungen: Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Altersteilzeit (Betrag vom AMS), Leistung zur Deckung des Lebensunterhalts, vorzeitige Alterspension wegen Arbeitslosigkeit, andere Arbeitslosenleistungen. Gesundheitsleistungen: Krankengeld; Unfallrente, Pflegegeld, Invaliditätspension von Personen unterhalb des Pensionsalters, sonstige Unfall- und Krankenleistungen. Sozialhilfe: Einmalzahlungen und Dauerleistungen.

Lesehilfe Übersicht 24 und Übersicht 25: Die Armutsgefährdung beträgt in der Gesamtbevölkerung laut EU-SILC 2008 12%. Würde man bei gleichbleibender Schwelle die Armutsgefährdung anhand des Einkommens ohne Sozialtransfers und Pensionen berechnen, würde sie 43% betragen (nur ohne Pensionen und Hinterbliebenenleistungen 31% bzw. nur ohne Sozialtransfers 24%). Ohne Familien- und Bildungsleistungen, aber mit allen anderen Leistungen, würde die Armutsgefährdung 20% betragen, nur abzüglich Arbeitslosenleistungen 15% usw.

In Haushalten ohne Pension und ohne Kinder sind es vor allem Leistungen im Zusammenhang mit Gesundheit und Arbeitslosigkeit, die die Armutsgefährdung senken: Für Mehrpersonenhaushalte reduziert sich das Risiko durch Sozialleistungen um mehr als die Hälfte. Letztendlich hat diese Gruppe eine Armutsgefährdungsquote von nur 6%. Unter Alleinlebenden ohne Pension wären Männer ohne Sozialleistungen zu 29% (statt 16%) und Frauen zu 28% (statt 20%) armutsgefährdet.

Eine geringe Bedeutung haben Sozialleistungen für Haushalte mit Pensionsbezug (3%). Pensionen machen hingegen 89% des Haushaltseinkommens aus. Ohne Pensionen wären praktisch alle Pensionistinnen und Pensionisten armutsgefährdet. Die unterschiedliche Armutsgefährdung zwischen Männern (16%) und Frauen (24%) ist auf die höhere Zahl der Mindestpensionen vor allem bei Witwen zurückzuführen.

Für Haushalte mit einer Person mit Behinderung im Erwerbsalter sind Pensionen (39%) und Sozialleistungen (20%) wichtige Einkommensquellen (Übersicht 22). Somit entstammt insgesamt mehr als die Hälfte ihres Einkommens aus öffentlichen Transferleistungen. Zu beachten ist, dass das Pflegegeld hier als Einkommensbestandteil geführt wird. Diese Leistung ist allerdings als Ersatz für mit Krankheit und Behinderung einhergehende Zusatzkosten zu betrachten und erhöht den Lebensstandard nicht im gleichen Ausmaß. Ohne Sozialtransfers und Pensionen wären statt 17% rund zwei Drittel dieser Haushalte armutsgefährdet (Übersicht 25).

Übersicht 25: Armutsgefährdung vor und nach Sozialleistungen und Pensionen in Risikogruppen

	Anzahl Personen in 1.000	Armutsgefährdungsquote							
		nach Sozial- leistungen und Pensionen	vor ...						
			Pension- en u. Sozial- leistungen	Pensionen u. Hinter- bliebenen- leistungen	Sozial- leistungen	Familien/ Bildungs- leistungen	Arbeits- losen- leistungen	Gesund- heits- leistungen	Sozialhil- fe/Wohn- beihilfe
			in %						
Insgesamt	8.242	12	43	31	24	20	15	15	13
Haushalt mit ...									
Behinderung	1.409	17	65	51	32	20	22	23	18
Arbeitslosigkeit									
Kurzzeit <6 Monate	798	15	42	22	35	26	23	17	17
Langzeit ≥ 12 Monate	344	43	88	53	80	54	70	50	47
ausländischem Mitglied (Nicht EU/EFTA)	948	26	55	31	50	43	32	28	28
Eingebürgerten (ohne ausländ. Mitglied)	294	22	55	31	46	39	30	26	27

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Personen in Haushalten. Haushalte mit ausländischen Mitgliedern und Haushalte mit Eingebürgerten sind nicht überschneidend: Haushalte mit Eingebürgerten (aus Nicht-EU/EFTA) enthalten per Definition keine Ausländerinnen und Ausländer. - Pensionen: Alters- und Hinterbliebenenleistungen. Familienleistungen: Familienbeihilfe, Wochengeld, Kinderbetreuungsgeld, staatl. Unterhaltsvorschüsse. Bildungsleistungen: Stipendien und Studienbeihilfen, Studiengebührenrückerstattung, sonstige Bildungsleistungen. Arbeitslosenleistungen: Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Altersteilzeit (Betrag vom AMS), Leistung zur Deckung des Lebensunterhalts, vorzeitige Alterspension wegen Arbeitslosigkeit, andere Arbeitslosenleistungen. Gesundheitsleistungen: Krankengeld, Unfallrente, Pflegegeld, Invaliditätspension von Personen unterhalb des Pensionsalters, sonstige Unfall- und Krankenleistungen. Sozialhilfe: Einmalzahlungen und Dauerleistungen.

In Langzeitarbeitslosenhaushalten machen Sozialleistungen durchschnittlich 58% des Einkommens aus. Ein Großteil des Einkommens stammt aus Arbeitslosenleistungen. Durch diese und andere Sozialleistungen (v. a. auch familienbezogene Leistungen) wird das Armutsrisiko von 80% auf 43% gesenkt. Die immer noch extrem hohe Armutsgefährdungsquote verdeutlicht jedoch, dass diese Leistungen, die relativ gesehen den größten Teil des Einkommens bilden, absolut gesehen beinahe der Hälfte der Haushalte kein Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle ermöglichen können.

Gegenüber der Gesamtbevölkerung, für die sich im Schnitt das Risiko um mehr als zwei Drittel reduziert, erfahren Personen in Haushalten mit Migrantinnen und Migranten keine so deutliche Reduktion ihres Armutsrisikos durch Sozialleistungen und Pensionen. Haushalte mit mindestens einer ausländischen Person (aus einem Nicht-EU/EFTA-Staat) beziehen über ein Viertel ihres Einkommens aus Sozialleistungen (27%).

Pensionen spielen bei ihnen auf Grund der Altersstruktur eine untergeordnete Rolle (5%). Der Anteil von Sozialleistungen und Pensionen zusammen bleibt bei dieser Gruppe unter dem Durchschnitt. Bei Haushalten mit Eingebürgerten (ohne Ausländerinnen und Ausländer) ist der Anteil der Pensionen etwas höher (13%). Insgesamt führen staatliche Leistungen bei Haushalten mit Migrantinnen und Migranten (nicht aus dem EU/EFTA-Raum) zu einer Senkung des Armutsrisikos von 50% auf 26%. Familienleistungen kommt gefolgt von Arbeitslosen- und Gesundheitsleistungen die größte Bedeutung zu. Auch in Haushalten, in denen mindestens eine eingebürgerte Person, aber keine Person ohne österreichische Staatsbürgerschaft lebt, verhält es sich, abgesehen von einer größeren Bedeutung von Pensionsleistungen, sehr ähnlich: Der Effekt von Sozialleistungen und Pensionen auf die Armutsgefährdung ist etwas geringer als bei der Gesamtbevölkerung, aber auch ihr Armutsrisiko wäre ohne Transferleistungen noch deutlich höher (55%).

Diese Analyse bringt die wichtige Einkommensfunktion von Sozialtransfers und Pensionen zum Ausdruck und es wird deutlich, wie abhängig einkommensschwache Haushalte und Haushalte mit speziellen Bedürfnissen von Sozialtransfers sind. Prinzipiell ist der Anteil der Sozialtransfers bei Haushalten mit geringen Einkommen höher – was aber nicht mit einem absolut höheren Leistungsniveau verwechselt werden darf. Wenn auch die primäre Zielsetzung von Sozialleistungen (mit Ausnahme der bedarfsabhängigen Leistungen) nicht in der Reduktion von Armut liegt, werden durch Sozialleistungen Armutsrisiken verringert. Bedarfsabhängige Leistungen wie z.B. der Heizkostenzuschuss sind vom Aufwand her eher unbedeutend – für die Beziehenden sind sie aber von umso größerer Wichtigkeit.

4. FINANZIELLE DEPRIVATION UND ARMUTSLAGEN

Als kritischer Wert für Armutsgefährdung in der Europäischen Union wurden 60% vom Median des gewichteten Jahreseinkommens (Äquivalenzeinkommens) in der politischen Diskussion festgelegt. Tatsächliche Lebenslagen und Kostenstrukturen der Haushalte werden über das Einkommen als indirektes Maß für Armutslagen nicht berücksichtigt. Deshalb kann in Zusammenhang mit niedrigem Einkommen auch nur von Armutsgefährdung gesprochen werden, tatsächliche Armut ist über das Einkommen nicht messbar. Einkommen steht trotzdem häufig im Zentrum der Berichterstattung. Mit ein Grund dafür ist, dass Armut in modernen Wohlfahrtsstaaten häufig durch Geldzuwendungen begegnet wird.

Sichtbar werden Benachteiligungen aber vor allem im Alltagsleben. Der vom britischen Armutsforscher Peter Townsend (1979) geprägte Armutsbegriff verbindet eingeschränkten Lebensstandard und mangelnde Ressourcen. Seine Annahme ist, dass erst durch genügend materielle Ressourcen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben möglich wird. Für Einschränkungen der täglichen Lebensführung aufgrund mangelnder Ressourcen hat sich der Begriff der Deprivation etabliert.²⁶

Dieser Zusammenhang wird im vorliegenden Kapitel in verschiedenen Dimensionen untersucht. Eine besondere Position nehmen dabei Benachteiligungen ein, die auf beschränkte finanzielle Ressourcen zurückzuführen sind. Verschiedene Lebenslagen ergeben sich aus der Kombination dieser Benachteiligungen und armutsgefährdendem Einkommen. Im Unterschied zur explizit finanziell bedingten Deprivation gibt es andere Benachteiligungen, die nicht direkt aus mangelndem Einkommen entstehen, zum Beispiel gesundheitliche Einschränkungen und mangelnde Wohnintegration.

²⁶ Vgl. z.B. Lamei, N./Till-Tentschert, U. (2005).

4.1. Kriterien finanzieller Deprivation und Ausmaß manifester Armut

Finanzielle Einschränkungen in zentralen Lebensbereichen werden in EU-SILC über die Leistbarkeit einer Reihe von Gütern und Verhaltensweisen erhoben. Benachteiligte Lebensbedingungen können dadurch aus verschiedenen Perspektiven betrachtet werden. Eine zentrale Frage für die Analyse ist die Auswahl jener Merkmale, die in einer Gesellschaft als Deprivation gelten können.

Die 2007 eingeführte Definition finanzieller Deprivation geht von einem konsensualen Ansatz zur Bestimmung von Benachteiligungen aus: Jene Merkmale, die von einer Mehrheit der Bevölkerung als „absolut notwendig“ für einen angemessenen Lebensstandard in Österreich bezeichnet werden, werden zur Abbildung von deprivierten Lebenslagen in Österreich verwendet.²⁷ Diese gesellschaftlich wahrgenommenen Notwendigkeiten zeigen die Grenzen der erträglichen Ungleichheit auf und lassen schlussfolgern: Wer sich diese Dinge nicht leisten kann, gilt als aus zentralen gesellschaftlichen Bereichen ausgeschlossen.²⁸

Durch die Erhebung der Leistbarkeit bestimmter Güter und Verhaltensweisen kann finanzielle Deprivation trennscharf von sekundären sowie gesundheitlichen und durch die Wohnsituation bedingten Benachteiligungen unterschieden werden. Für Vergleiche mit den Vorjahren ist anzumerken, dass „finanzielle Deprivation“ teilweise mit der bis zur Berichterstattung zu EU-SILC 2006 verwendeten Definition von „primären Benachteiligungen“²⁹ überlappt. Lediglich die „Möglichkeit, eine Woche Urlaub zu machen“ hat sich als nicht konsensfähiges Merkmal für einen Mindestlebensstandard erwiesen und wurde daher in der seit EU-SILC 2007 verwendeten Definition nicht berücksichtigt. Ergänzt wurde hingegen die Leistbarkeit von notwendigen Arzt- oder

²⁷ Ergebnisse des Projekts „Armutslagen und Chancen für soziale Eingliederung in Österreich“, das in Kooperation von Statistik Austria, dem Institut für Soziologie der Universität Wien und Synthesis Forschung abgewickelt wurde. Vgl. dazu: Till- Tentschert/ Weiss (2008).

²⁸ Für eine genauere Beschreibung des Auswahlverfahrens vgl. Bericht zu EU-SILC 2007 (Statistik Austria 2009b).

²⁹ Vgl. Bericht zu EU-SILC 2003 (Statistik Austria 2005), S. 40.

Zahnarztbesuchen sowie Freunde oder Verwandte nach Hause zum Essen einladen zu können.

Der so festgelegte Mindestlebensstandard in Österreich besteht damit aus der Leistbarkeit folgender Güter und Verhaltensweisen:

- » Die Wohnung angemessen warm zu halten
- » Regelmäßige Zahlungen (Wohnkosten, Kreditrückzahlungen) rechtzeitig zu begleichen
- » Notwendige Arzt- oder Zahnarztbesuche in Anspruch zu nehmen
- » Unerwartete Ausgaben bis zu 900 Euro zu finanzieren (z.B. für Reparaturen)³⁰
- » Bei Bedarf neue Kleidung zu kaufen
- » Jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine vergleichbare vegetarische Speise zu essen
- » Freunde oder Verwandte einmal im Monat zum Essen einzuladen.

Je mehr Benachteiligungen zutreffen, desto eher ist von einer deprivierten Lebensführung auszugehen. Als finanziell depriviert gilt, wer sich auf Grund geringer finanzieller Mittel mindestens zwei der genannten Merkmale nicht leisten kann. Das Konzept der finanziellen Deprivation ist eine wichtige Ergänzung zum Konzept der Armutsgefährdung, da dadurch sichtbar wird, wie gut Menschen mit ihrem Einkommen auskommen können. Finanzielle Deprivation kann etwa Personen betreffen, deren Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle liegt, die aber mit hohen Lebenshaltungskosten oder Schulden kämpfen.

Das Ausmaß finanzieller Deprivation ist in Übersicht 26 dargestellt. Ein Fünftel der Bevölkerung kann sich zwei oder mehr der erhobenen Merkmale nicht leisten und

30 Der Betrag entspricht der gerundeten monatlichen Armutsgefährdungsschwelle aus EU-SILC 2006 (Statistik Austria 2008).

damit nicht am Mindestlebensstandard teilhaben. Das ist ein höherer Anteil als im Vorjahr, wo 15% betroffen waren. Der Anstieg zeigt sich besonders beim Merkmal, sich nicht leisten zu können, einmal im Monat Freunde oder Familie zum Essen einzuladen (14%, 2007: 10%) und dem Problem, sich aus finanziellen Gründen nicht ausgewogen ernähren zu können (13%, 2007: 8%). Unverändert viele Personen können unerwartete Ausgaben nicht tätigen (29%). Für 10% ist es nicht möglich, neue Kleidung zu kaufen, 7% der Bevölkerung sind mit Zahlungen im Rückstand und die Heizkosten sind für 4% nicht leistbar. Für den Großteil der Bevölkerung ist die Leistbarkeit von notwendigen Arztbesuchen möglich, 3% können sich diese medizinische Grundversorgung allerdings nicht leisten.

Übersicht 26: Merkmale finanzieller Deprivation

	Gesamt		Nicht armutsgefährdet		Armutsgefährdet	
	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Finanziell depriviert (mit mind. 2 Benachteiligungen) ¹⁾	1.641	20	1.150	16	492	48
Haushalt kann sich nicht leisten...						
unerwartete Ausgaben zu tätigen	2.430	29	1.793	25	637	63
Freunde zum Essen einzuladen	1.188	14	819	11	369	36
jeden 2. Tag Fleisch, Fisch oder eine vegetarische Speise	1.106	13	788	11	318	31
neue Kleider zu kaufen	820	10	538	7	282	28
Zahlungen rechtzeitig zu begleichen	559	7	402	6	158	15
die Wohnung angemessen warm zu halten	333	4	204	3	129	13
notwendigen Arztbesuch	233	3	182	3	51	5

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Personen in Haushalten. - 1) Können sich 2 der angeführten Merkmale nicht leisten. - Im Vergleich zur "Primären Deprivation" in der Berichterstattung bis 2006 sind statt der Leistbarkeit von Urlaub die Leistbarkeit von Arztbesuchen und Einladungen zum Essen berücksichtigt.

Einschränkungen und finanzielle Probleme in zentralen Lebensbereichen sind häufiger bei Personen mit niedrigem Einkommen zu beobachten. Laut EU-SILC 2008 hat knapp die Hälfte der Armutsgefährdeten zumindest zwei Probleme im Bereich der finanziellen Deprivation. Der Teil der Bevölkerung mit einem Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle ist hingegen nur zu 16% vom Mindestlebensstandard ausgeschlossen.

Die Erfassung der Leistbarkeit der oben genannten Güter und Verhaltensweisen beruht auf der subjektiven Bewertung bezüglich der insgesamt verfügbaren Ressourcen, was auch einen Unterschied zur Messung des Einkommens darstellt. Implizit kann so berücksichtigt werden, ob Menschen mit einem niedrigen Einkommen ihren Bedarf auf Grund anderer Ressourcen decken können, z.B. durch Ersparnisse, den Zugang zu Krediten oder informelle Unterstützung.

Vier unterschiedliche Lebenslagen können durch die gemeinsame Betrachtung von Einkommenssituation und Lebensbedingungen dargestellt werden.³¹ Als Einkommensmangel wird eine Armutslage mit armutsgefährdendem Einkommen, aber ohne deprivierte Lebensführung aus finanziellen Gründen bezeichnet. Teilhabemangel besteht dann, wenn jemand schweren finanziellen Einschränkungen ausgesetzt ist, das Haushaltseinkommen jedoch über der Armutsgefährdungsschwelle liegt. Von manifester Armut sind jene Personen betroffen, die sowohl armutsgefährdet als auch finanziell depriviert sind. Kein Mangel liegt vor, wenn weder Armutsgefährdung noch finanzielle Deprivation eine Benachteiligung erkennen lassen. In Übersicht 27 ist die Häufigkeit des Auftretens dieser Armutslagen dargestellt.

Übersicht 27: Zusammenhang von Armutsgefährdung und finanzieller Deprivation³²

		Finanzielle Deprivation			
		Nein		Ja	
Armutsgefährdung durch niedriges Einkommen	Nein	Kein Mangel	73,7%	Teilhabemangel	13,9%
	Ja	Einkommensmangel	6,4%	Manifeste Armut	6,0%

Armutsgefährdung 12,4%

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008.

31 In der Berichterstattung zu EU-SILC 2007 wurde diese Typologie geändert, so dass die Armutslagen mit den Berichten bis EU-SILC 2006 nicht vergleichbar sind. Die Deprivation wurde dabei auf die Leistbarkeit des Mindestlebensstandards eingegrenzt und statt der Leistbarkeit von Urlaub die Leistbarkeit von Arztbesuchen und Einladungen zum Essen berücksichtigt. Sekundäre Deprivation, Gesundheit und Wohnen werden in der Definition der Armutslagen nicht mehr berücksichtigt.

32 Im Vergleich zu Armutslagen in der Berichterstattung bis 2006 wird sekundäre Deprivation, Gesundheit und Wohnen für die Definition der Armutslagen nicht mehr verwendet. Finanzielle Deprivation entspricht größtenteils primärer Deprivation, statt der Leistbarkeit von Urlaub wird jedoch die Leistbarkeit von Arztbesuchen und Einladungen zum Essen berücksichtigt.

Von den 12% der Bevölkerung, die armutsgefährdet sind, ist rund die Hälfte gleichzeitig mit finanzieller Deprivation konfrontiert (492.000 Personen). Aufgrund des zuvor gezeigten Anstiegs der finanziellen Deprivation steigt auch die manifeste Armut auf rund 6% im Jahr 2008. Bei der anderen Hälfte mit niedrigem Einkommen (527.000 Personen) ist die Lebenssituation nicht eingeschränkt, sie werden als von Einkommensmangel betroffen bezeichnet. 14% der Bevölkerung (rund 1,15 Mio. Personen) haben zwar ein Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle, sind aber finanziell depriviert, d.h. sie sind von Teilhabemangel betroffen. Die restlichen 74% der Bevölkerung haben nach dieser Definition keinen Mangel.

Die Analyse der Situation der von Teilhabemangel betroffenen Personen ist neben der Untersuchung von Armutsgefährdung von hoher Relevanz. Die für die Armutsgefährdung definierte Einkommensschwelle von 60% des Medians liefert keine Aussagen zur Bedarfsgerechtigkeit. Deprivierte Lebenslagen aufgrund besonderer Lebensumstände (kleine Kinder, Krankheit etc.), Verschuldung oder geringem sozialen Kapital (z.B. bei Ausländerinnen und Ausländern) können auch bei einem Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle auftreten.

Die sichtbare Manifestierung von niedrigem Einkommen und finanzieller Deprivation tritt bei manchen Gruppen häufiger auf als bei anderen. Frauen sind etwas stärker von manifester Armut betroffen als Männer³³. In Haushalten, in denen es nur eine Verdienerin oder einen Verdienere geben kann, führt niedriges Einkommen wesentlich öfter zu manifester Armut als in Mehrpersonenhaushalten, wie aus Übersicht 28 ersichtlich ist. Ein-Eltern-Haushalte haben das höchste Risiko, manifest arm zu sein (20%), gefolgt von alleinlebenden Pensionistinnen (13%). Aber auch alleinlebende Frauen ohne Pensionsbezug (11%) und alleinlebende Männer (10% mit Pension bzw. 9% ohne Pension) sind überdurchschnittlich oft manifest arm. Mehrpersonenaus-

³³ Vgl. Tabellenband zu EU-SILC 2008 (Statistik Austria 2009d).

halte mit mindestens drei Kindern stellen bei einer Quote von 10% manifest Armen mit rund 73.000 Personen die absolut größte Gruppe der manifest Armen nach dem Haushaltstyp.

Wenn geringes Einkommen nur vorübergehend auftritt, schlägt sich in der Mehrzahl der Fälle das niedrige Einkommen in diesem Zeitraum nicht in einem niedrigeren Lebensstandard nieder und die Quote der manifest Armen ist in diesen Haushalten unterdurchschnittlich. Dies ist etwa bei Familien mit mehr als einer erwachsenen Person und höchstens zwei Kindern der Fall, bei denen aufgrund von Betreuungspflichten die Erwerbseinbindung vorübergehend eingeschränkt ist.

Übersicht 28: Betroffenheit von manifester Armut nach Haushaltstyp

	Manifeste Armut	
	in 1.000	Quote in %
Insgesamt	492	6
Haushaltstyp		
Ein-Eltern-Haushalt	63	20
Alleinlebende Frauen mit Pension	52	13
Alleinlebende Frauen ohne Pension	33	11
Alleinlebende Männer mit Pension	13	10
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	73	10
Alleinlebende Männer ohne Pension	39	9
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	63	4
Mehrpersonenhaushalt mit Pension	44	4
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	51	4
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	59	3

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Personen in Haushalten.

Wenn ein Haushaltstyp unterdurchschnittliches Medianeinkommen und überdurchschnittliche Armutsgefährdung aufweist, wird von einer Risikogruppe gesprochen. Neben der Haushaltszusammensetzung und der Haupteinkommensquelle, dem Gesundheits-

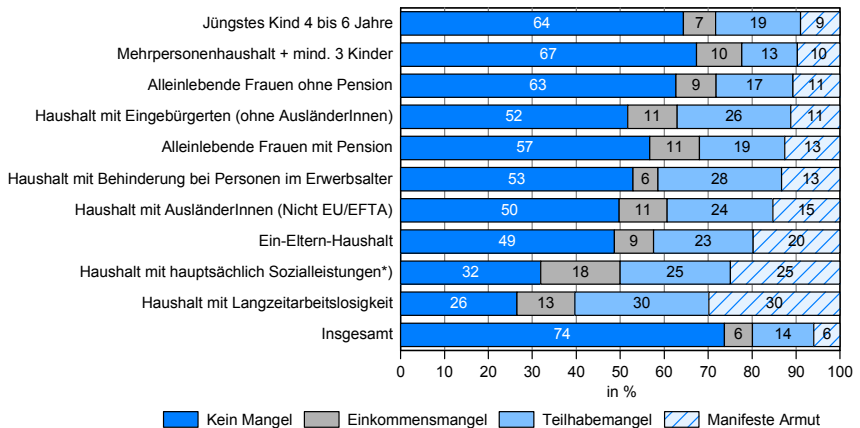
zustand und Langzeitarbeitslosigkeit ist in diesem Zusammenhang auch eine Person mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft im Haushalt oder die Einbürgerung eines Haushaltsmitglieds Hinweis auf eine benachteiligte Lebenssituation. Risikogruppen sind auch häufiger von manifester Armut betroffen: Der Wert in der Gesamtbevölkerung liegt bei 6%, während je nach Risikogruppe der Anteil bei 9 bis 30% liegt.

Grafik 5 zeigt die Lebenslagen der Risikogruppen gereiht nach der Häufigkeit des Auftretens manifester Armut. Bei Haushalten mit Langzeitarbeitslosen geht das niedrige Einkommen mit 60% am häufigsten mit dem Nicht-Erreichen des gesellschaftlich anerkannten Mindestlebensstandards einher. 30% sind manifest arm, weitere 30% sind von Teilhabemangel betroffen. Nur ein Viertel der Personen in Haushalten mit Langzeitarbeitslosen erreicht den Mindestlebensstandard und hat ein Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle.

Von Personen in Haushalten ohne Langzeitarbeitslose, die ihr Einkommen hauptsächlich aus Sozialleistungen beziehen, ist nur ein Drittel von keinem Mangel betroffen. Mehr als drei Mal so viele Personen wie in der Gesamtbevölkerung sind in dieser Gruppe manifest arm (25%). In Ein-Eltern-Haushalten ist der Anteil ähnlich hoch (20%) und in beiden Gruppen ist der Anteil höher als im Vorjahr.

26% aller manifest Armen haben keine österreichische Staatsbürgerschaft. In Haushalten von Ausländerinnen und Ausländern ist demnach auch ein überdurchschnittlicher Anteil der Personen manifest arm (15%). In Haushalten ohne ausländische Mitglieder, aber mit eingebürgerten Personen sind 11% manifest arm. In Haushalten, wo alle Haushaltsmitglieder die österreichische Staatsbürgerschaft seit der Geburt innehaben, sind nur 4% manifest arm.

Grafik 5: Armutsgefährdung und manifeste Armut bei Risikogruppen



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Personen in Haushalten. Haushalte mit ausländischen Mitgliedern und Haushalte mit Eingebürgerten sind nicht überschneidend: Haushalte mit Eingebürgerten (aus Nicht-EU/EFTA) enthalten per Definition keine Ausländerinnen und Ausländer. Sozialleistungen umfassen Familien-, Bildungs-, Arbeitslosen-, Gesundheitsleistungen, Sozialhilfe und Wohnbeihilfen sowie Pensionen von Personen im Erwerbsalter. *) Ohne Langzeitarbeitslose.

Haushalte mit Personen mit Behinderung (13%) und alleinlebende Frauen (Pensionistinnen 13%, andere 11%) zeigen eine rund doppelt so hohe Betroffenheit wie die Gesamtbevölkerung. Haushalte mit mehr als drei Kindern sind überdurchschnittlich oft armutsgefährdet, jedoch etwa im selben Maße finanziell depriviert (23%) wie der Bevölkerungsdurchschnitt (20%). Haushalte, deren jüngstes Kind zwischen vier und sechs Jahre alt ist, weisen im Vergleich zu den kinderreichen Familien ungefähr den gleichen Anteil benachteiligter Personen auf (35% bzw. 33%), in ersterer Gruppe überwiegt Teilhabemangel aber gegenüber Einkommensmangel.

Bei Kindern und wirtschaftlich abhängigen Jugendlichen bis 26 Jahre sind die Anteile der Armutslagen ähnlich verteilt wie in der Gesamtbevölkerung (Übersicht 29). Das bedeutet, dass 130.000 Kinder manifest arm sind (7%), also in einem Haushalt mit niedrigem Einkommen leben und der einen gesellschaftlichen Mindestlebensstandard unterschreitet. Weitere 232.000 Kinder leiden unter Teilhabemangel (13%) und 134.000

(7%) leben in einem Haushalt mit einem Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle, wo sich der Einkommensmangel noch nicht in den in EU-SILC erfassten finanziellen Benachteiligungen manifestiert hat. 72% der Kinder sind von keiner dieser Benachteiligungen betroffen.

Übersicht 29: Finanzielle Deprivation und Armutsgefährdung von Kindern, Jugendlichen und abhängigen Erwachsenen bis 26 Jahren

		Finanzielle Deprivation ¹⁾			
		Nein		Ja	
Armutsgefährdung durch niedriges Einkommen	Nein	Kein Mangel	72%	Teilhabemangel	13%
	Ja	Einkommensmangel	7%	Manifeste Armut	7%

Armutsgefährdung 15%

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - 1) Im Vergleich zu Armutslagen in der Berichterstattung bis 2006 wird sekundäre Deprivation, Gesundheit und Wohnen für die Definition der Armutslagen nicht mehr verwendet. Finanzielle Deprivation entspricht großteils primärer Deprivation, statt der Leistbarkeit von Urlaub wird jedoch die Leistbarkeit von Arztbesuchen und Einladungen zum Essen berücksichtigt.

Auch in Haushalten, die nach dieser Typologie weder als manifest arm noch als von Teilhabemangel betroffen gelten, können finanzielle Problemlagen auftreten (Übersicht 30). Die Struktur der Benachteiligungen ist mit jener der Gesamtbevölkerung vergleichbar, Kinder aus armutsgefährdeten Haushalten sind von diesen Benachteiligungen verstärkt betroffen. Kinder leben aber häufiger in Haushalten, die unerwartete Ausgaben nicht tätigen können (33%; 29% in der Gesamtbevölkerung). Vor allem im Zusammenhang mit Armutsgefährdung verschärft sich dieses Problem für Kinder mit mehr als zwei Drittel Betroffenen (Gesamtbevölkerung 63%). Regelmäßige Zahlungen können eher beglichen werden als unerwartete Zahlungen, armutsgefährdete Kinder sind aber von Zahlungsrückständen bei regelmäßigen Ausgaben wie etwa Wohnkosten stärker betroffen (22%) als armutsgefährdete Personen insgesamt (15%).

Übersicht 30: Finanzielle Deprivation von Kindern, Jugendlichen und abhängigen jungen Erwachsenen bis 26 Jahren

	Gesamt		Nicht armutsgefährdet		Armutsgefährdet	
	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Insgesamt	1.788	100	1.523	100	264	100
Finanziell depriviert (mit mind. 2 Benachteiligungen) ¹⁾	363	20	232	15	130	49
Haushalt kann sich nicht leisten...						
unerwartete Ausgaben zu tätigen	585	33	404	27	181	68
Freunde zum Essen einzuladen	235	13	142	9	93	35
jeden 2. Tag Fleisch, Fisch oder eine vegetarische Speise	234	13	160	11	74	28
neue Kleider zu kaufen	189	11	114	7	75	28
Zahlungen rechtzeitig zu begleichen	154	9	96	6	59	22
die Wohnung angemessen warm zu halten	58	3	30	2	28	11
notwendigen Arztbesuch	40	2	30	2	10	4

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Personen in Haushalten. - 1) Können sich mind. 2 der angeführten Merkmale nicht leisten. - Im Vergleich zur "Primären Deprivation" in der Berichterstattung bis 2006 sind statt der Leistbarkeit von Urlaub die Leistbarkeit von Arztbesuchen und Einladungen zum Essen berücksichtigt.

4.2. Sekundäre Benachteiligungen

Benachteiligungen der Lebenssituation können auch in anderen Bereichen als dem oben definierten Mindestlebensstandard auftreten. Unter der Annahme, dass sich Menschen zuerst bei sekundären, also weniger notwendigen Bedürfnissen einschränken, würde in diesen Bereichen ein Ressourcenmangel deutlicher sichtbar werden. Gleichzeitig ist zu bedenken, dass bei einem bestehenden hohen Ausstattungsgrad erst bei langfristig niedrigem Einkommen Mängel in diesem Bereich auftreten. Die finanzielle Situation des Haushalts wird indirekt am erzwungenen, nicht freiwilligen Verzicht von folgenden langlebigen Konsumgütern gemessen, die aus finanziellen Gründen nicht angeschafft werden können:

- » PC
- » Handy
- » Internet-Anschluss

- » DVD-Player
- » Geschirrspülmaschine
- » PKW

Sekundäre Benachteiligung wird angenommen, wenn drei der genannten Gebrauchsgüter nicht leistbar sind. Übersicht 31 zeigt, welche Konsumgüter in armutsgefährdeten und in nicht armutsgefährdeten Haushalten aus finanziellen Gründen nicht vorhanden sind.

Übersicht 31: Merkmale sekundärer Deprivation in armutsgefährdeten und nicht armutsgefährdeten Haushalten

	Gesamt		Nicht armutsgefährdet		Armutsgefährdet	
	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Insgesamt	8.242	100	7.223	100	1.018	100
Sekundär depriviert (mit mind. 3 fehlenden Gütern ¹)	424	5	232	3	192	19
Haushalt kann sich nicht leisten...						
PKW	587	7	340	5	247	24
Geschirrspülmaschine	534	6	322	4	212	21
Internet	661	8	449	6	212	21
PC	497	6	335	5	162	16
DVD-Player	398	5	253	4	145	14

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Personen in Haushalten. - 1) Können sich zumindest drei der Konsumgüter nicht leisten. Die Nicht-Leistbarkeit von Handys wird wegen ihrer geringen Bedeutung nicht ausgewiesen.

19% der Armutsgefährdeten können sich zumindest drei der in unserer Gesellschaft einem mittleren Lebensstandard zugehörigen Konsumgüter nicht leisten, jedoch nur 3% der nicht Armutsgefährdeten. Als besonders trennscharf erweisen sich PKW, Internetverbindung und Geschirrspüler. Der Anteil derjenigen, die gerne einen Internetzugang zu Hause hätten, sich ihn aber nicht leisten können, bleibt konstant, obwohl das Vorhandensein von Internetverbindungen weiter zugenommen hat. Mit zunehmender Bedeutung von PC und Internet für die berufliche und schulische Weiterbildung, Arbeitssuche, aber auch für soziale Teilhabe bedeutet das für die Betroffenen eine zunehmende Benachteiligung.

4.3. Einschränkungen im Alltag aufgrund von Krankheit oder Behinderung

Die (finanzielle) Situation von Haushalten wird zum einen durch flexible Aspekte wie individuelle Konsumpräferenzen bestimmt, zum anderen können bestimmte Lebensumstände notwendige Ausgaben zur Folge haben, die nicht nach Belieben verändert oder „optimiert“ werden können. Ein Beispiel dafür ist das Auftreten von gesundheitlichen Problemen, das zu erhöhten Ausgaben für medizinische Versorgung führt. Menschen mit niedrigem Einkommen sind von diesen Ausgaben stärker belastet, da sie einen höheren Anteil ihres Einkommens dafür aufwenden müssen. Gleichzeitig schränken gesundheitliche Probleme Erwerbschancen ein oder machen die Beteiligung am Erwerbsleben ganz unmöglich und können so auch zu weniger Einkommen führen. Die Einkommenssituation ist durch EU-SILC belegbar, die Ausgaben-Seite wird durch die Erhebung nicht direkt erfasst.

In Übersicht 32 wird einerseits das Auftreten einer mindestens ein halbes Jahr andauernden Einschränkung bei Tätigkeiten des normalen Alltagslebens aufgrund von Krankheit oder Behinderung dargestellt, andererseits auch der Zusammenhang zwischen diesen gesundheitlichen Problemen und den Lebenslagen gezeigt.³⁴ Dabei wird zwischen Personen im Erwerbsalter und im Pensionsalter unterschieden, da das Auftreten gesundheitlicher Beeinträchtigung in den verschiedenen Altersstufen unterschiedlich häufig vorkommt. Auf die Ursache-Wirkungs-Mechanismen, insbesondere auf die Richtung des Zusammenhangs zwischen finanziellen Benachteiligungen und dem Gesundheitszustand kann aus dieser Darstellung nicht geschlossen werden.

34 Weitere Tabellen zum Gesundheitszustand sind im Tabellenband zu EU-SILC 2008 (Statistik Austria 2009d), Kapitel 4 enthalten.

Übersicht 32: Einschränkungen im Alltag durch Gesundheitsprobleme in Armutslagen

	Durch Gesundheitsprobleme im Alltag eingeschränkte Personen*)								
	Insgesamt			Erwerbsalter (20-64)			Pensionsalter (65+)		
	in 1.000	Anteil in %	Quote in %	in 1.000	Anteil in %	Quote in %	in 1.000	Anteil in %	Quote in %
Insgesamt	717	100	11	373	100	7	344	100	25
Kein Mangel	394	55	8	177	47	5	217	63	22
Einkommensmangel	47	6	12	23	6	9	23	7	19
Teilhabemangel	188	26	21	113	30	16	75	22	37
Manifeste Armut	89	12	24	60	16	21	29	9	34

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Personen ab 20 Jahren. - *) Einschränkungen durch Gesundheitsprobleme: mindestens ein halbes Jahr lang andauernde Einschränkung bei Tätigkeiten des normalen Alltagslebens aufgrund von Krankheit oder Behinderung.

Im Erwerbsalter sind insgesamt 7% der Personen durch Gesundheitsprobleme in ihrem Alltag eingeschränkt. Manifest arme Personen sind mit 21% drei Mal so häufig betroffen, Personen mit Teilhabemangel doppelt so häufig (16%). Gesundheitsprobleme treten also häufiger bei finanziell deprivierten Personen auf. Im Pensionsalter schwächen sich die Unterschiede etwas ab. Personen, die vom Mindestlebensstandard ausgeschlossen sind (Personen mit Teilhabemangel und manifest Arme) sind 1,5 Mal so häufig durch gesundheitliche Probleme eingeschränkt (37% bzw. 34%) wie der Bevölkerungsdurchschnitt (25%).

Von den Personen, die in ihrem Alltag durch gesundheitliche Probleme eingeschränkt sind, sind im Erwerbsalter rund die Hälfte von zusätzlichen Benachteiligungen betroffen. 16% sind manifest arm, 30% sind von Teilhabemangel betroffen und 6% von Einkommensmangel. Im Pensionsalter gehen gesundheitliche Probleme seltener mit den Armutslagen einher. Fast zwei Drittel der eingeschränkten Personen leiden nicht unter einem weiteren durch die Armutslagen erfassten Mangel. Es sind rund halb so viele Personen mit gesundheitlichen Problemen manifest arm (9%) als im Erwerbsalter, auch die Betroffenheit von Teilhabemangel ist niedriger (22%).

4.4. Wohnprobleme nach Armutslagen

Wohnen ist nicht nur ein Grundbedürfnis, sondern die Wohnung ist auch der räumliche Mittelpunkt des familiären und sozialen Lebens. Benachteiligungen in diesem Bereich und im Wohnungsumfeld sind daher besonders schwerwiegend und können weitreichende Auswirkungen haben. Folgende Merkmale werden in EU-SILC erhoben und für die Darstellung von Wohnungsproblemen und mangelhafter Ausstattung herangezogen:

- » Kein Bad oder WC in der Wohnung
- » Schimmel oder Feuchtigkeit
- » Dunkle Räume
- » Keine Waschmaschine

Probleme im Wohnumfeld liegen vor bei Auftreten von:

- » Lärmbelästigung
- » Luft- oder Wasserverschmutzung durch Verkehr oder Industrie
- » Kriminalität, Gewalt, Vandalismus

Zusätzlich sind auch die Platzverhältnisse in der Wohnung und die Leistbarkeit Indikatoren für Wohnprobleme. Überbelag wird auf Basis der Wohnnutzfläche, der Zahl der Wohnräume und der Personenanzahl in der Wohnung definiert (vgl. Erläuterungen und Definitionen). Die Leistbarkeit wird über den Anteil der Wohnkosten inklusive Energie- und Instandhaltungskosten am Haushaltseinkommen bewertet. Ein Wohnkostenanteil von mehr als 25% wird als hoch definiert.

Personen mit Einkommensmangel sind etwas häufiger von grundlegenden Wohnproblemen betroffen als Personen ohne Mangel, aber nicht so stark wie Personen mit Teilhabemangel - mit einem Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle - und manifest Arme (Übersicht 33). Feuchtigkeit und Schimmel ist mit 14% das am häufigs-

ten auftretende Problem. Bei Teilhabemangel und manifester Armut kommen diese gesundheitsgefährdenden Probleme mehr als doppelt so oft vor wie bei Personen ohne Mangel. Auch dunkle Räume sind für Personen mit Teilhabemangel fast in gleichem Maße problematisch wie für Personen in manifester Armut. 7% der manifest Armen leben in Wohnungen, in denen es kein Bad oder WC gibt. In den anderen Armutslagen müssen 4% der Haushalte mit diesem Problem leben.

Als prekäre Wohnqualität ist das Auftreten von mindestens zwei dieser Probleme definiert. Sowohl Einkommensmangel als auch finanzielle Deprivation gehen mit einer solchen Konzentration der Wohnprobleme einher. Jene Personen, bei denen kein Mangel auftritt, sind nur zu 2% von prekärer Wohnqualität betroffen, während in den anderen Gruppen 7 bis 8% betroffen sind. Das zeigt, dass niedriges Einkommen vermehrt mit einer deutlich benachteiligten Wohnsituation einhergeht. Aber auch bei einem Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle kann eine Gruppe identifiziert werden, die finanzielle Einschränkungen und eine prekäre Wohnsituation aufweisen. Für eine Beurteilung des Lebensstandards bedarf es neben der Berücksichtigung des laufenden Einkommens also auch der Einbeziehung zusätzlicher Faktoren, wie Vermögen, Schulden und lebenszyklischer Bedürfnisse. Mit der Erfassung von Deprivationsmerkmalen kann zumindest indirekt auf diese Kontextfaktoren hingewiesen werden.

Wie in Übersicht 33 ersichtlich ist, fühlt sich ein Fünftel der Personen in Privathaushalten in der Wohnumgebung durch Lärm beeinträchtigt, 11% durch Kriminalität und Vandalismus und 8% durch Luft- und Umweltverschmutzung. Die Unterschiede zwischen den Armutslagen sind nicht so ausgeprägt wie bei der Wohnqualität. Stärker belastet sind Personen mit Teilhabemangel und in manifester Armut. Unter Wohnumgebungsbelastung, also mindestens zwei dieser Probleme, leiden 15% der manifest Armen und 14% der von Teilhabemangel Betroffenen. Personen ohne Mangel bzw. mit Einkommensmangel sind zu 8% bzw. 10% betroffen.

Übersicht 33: Wohnprobleme nach Armutslagen

	Gesamt in %	Armutslagen			
		Kein Mangel	Einkommens- mangel	Teilhabe- mangel	Manifeste Armut
		in %			
Prekäre Wohnqualität (mind. 2 Probleme)	4	2	7	7	8
Feuchtigkeit, Schimmel	14	11	17	24	22
Dunkle Räume	7	5	8	13	14
Kein Bad/WC	2	1	4	3	7
Keine Waschmaschine	1	(0)	(1)	2	5
Wohnumgebungsbelastung (mind. 2 Probleme)	9	8	10	14	15
Lärmbelästigung	22	20	20	30	30
Kriminalität, Vandalismus	11	10	9	15	16
Luft-, Umweltverschmutzung	8	7	7	13	13
Überbelag ¹⁾	8	5	28	13	30
Wohnkostenanteil >25%	18	11	47	23	66

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - 1) Überbelag wird nur für Haushalte mit mehr als einer Person berechnet. - Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen <20 beruhen, werden nicht ausgewiesen.

Überbelag tritt in der Gesamtbevölkerung bei 8% der Personen auf. Personen mit niedrigem Einkommen leben zu mehr als einem Viertel in zu kleinen Wohnungen und damit rund sechsmal so häufig wie jene ohne Mangel (5%). Von Teilhabemangel betroffene Personen leben zu 13% in Wohnungen mit Überbelag.

Hohe Wohnkosten in Relation zum Haushaltseinkommen treten bei 11% der Personen auf, die unter keinem Mangel leiden. Personen mit Teilhabemangel sind rund doppelt so oft betroffen (23%). Eine erhebliche Belastung durch die Wohnkosten ist für die Hälfte aller Personen mit Einkommensmangel gegeben, bei manifest Armen sogar für zwei Drittel.

5. TRENDS, DAUERHAFTIGKEIT UND DYNAMIK DER ARMUTSGEFÄHRDUNG

Die Erhebung EU-SILC wird in Österreich seit dem Jahr 2003 durchgeführt, seit dem Jahr 2004 erfolgt die Erhebung mit einem integrierten Quer- und Längsschnittdesign. Das heißt drei Viertel der Haushalte werden im nächsten Jahr wieder befragt und ein Viertel kommt neu in die Stichprobe. Insgesamt verbleibt jeweils ein Viertel der Haushalte über vier Jahre in der Befragung. Somit können einerseits jährliche Querschnittsergebnisse repräsentativ für die Bevölkerung in Privathaushalten in Österreich und andererseits Längsschnittauswertungen über vier Jahre dargestellt werden. Erstmals können somit in dieser Publikation Längsschnittauswertungen für die Jahre 2004 - 2007 präsentiert werden.

Im ersten Abschnitt dieses Kapitels geben Zeitreihen einen Überblick über die zeitliche Entwicklung zentraler Kennwerte von EU-SILC. Datengrundlage sind die Querschnittdatensätze von EU-SILC 2004 bis 2008. Dabei wird auch auf notwendig gewordene nachträgliche Revisionen in den Datensätzen von EU-SILC 2004, 2005 und 2007 eingegangen.

Der zweite Abschnitt beschäftigt sich mit der Dauerhaftigkeit der Armutsgefährdung, also mit der Frage, wie oft bzw. wie lange Personen innerhalb von vier Jahren von Armutsgefährdung betroffen waren. Grundlage hierfür ist der EU-Indikator „Dauerhafte Armutsgefährdung“, der zum ersten Mal auf der Basis von EU-SILC für Österreich berechnet wurde. Die Analyse zur Dauerhaftigkeit der Armutsgefährdung beruht auf den Längsschnittdaten von EU-SILC 2004 - 2007³⁵.

Die Dynamik der Armutsgefährdung - also die Frage „Wer gerät wann (und aus welchen Gründen) in Armutsgefährdung?“ und: „Welche Faktoren gehen mit einem Ausstieg

³⁵ Der Längsschnitt bis zum Jahr 2008 kann noch nicht analysiert werden, weil das dafür benötigte Längsschnittgewicht noch nicht zur Verfügung steht.

einher?“ - wird im dritten Abschnitt behandelt. Die Analyse der Übertritte in und aus Armutsgefährdung erfolgt auf Basis der Jahre 2006 und 2007.

5.1. Trends 2004 - 2008

Der folgende Abschnitt stellt die Querschnittsergebnisse der Jahre 2004 - 2008 vergleichend dar.³⁶ Aufgrund von Zufallsschwankungen zwischen den Jahren sind kleinere Veränderungen meist nicht interpretierbar. Erst wenn Ergebnisse über mehrere Jahre einen Trend verzeichnen, kann von einer realen Veränderung gesprochen werden.

Die Querschnittsergebnisse sind nicht aus den jeweiligen Jahrespublikationen übernommen, da mit der Erhebung 2006 das Gewichtungskonzept für EU-SILC umgestellt und für EU-SILC 2007 eine Datenrevision vorgenommen wurde.

Die Veränderung der Gewichtung betrifft die Anpassung an die Randverteilungen der Grundgesamtheit (Kalibrierung). Im Jahr 2006 wurden erstmalig auch die Staatsbürgerschaft und der Bezug von Arbeitslosenleistungen für die Kalibrierung berücksichtigt.³⁷ Um für Trendauswertungen konsistente Gewichte für alle Jahre zu erhalten, wurden für die Jahre 2004 und 2005 die Querschnittsgewichte nach diesem Gewichtungskonzept neu berechnet. Dadurch verändern sich die Ergebnisse für EU-SILC 2004 und EU-SILC 2005 gegenüber den bisher publizierten.

Für die Daten von EU-SILC 2007 wurde folgende Änderung implementiert: Um den Vorgaben von Eurostat zu entsprechen, wurde die finanzielle Bewertung von Sachleistungen mit Ausnahme des privat genutzten Firmen-PKW bei unselbständiger Erwerbstätigkeit nicht mehr für die Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit berücksichtigt. Dadurch verringert sich die Höhe dieser Einkommen und auch die Haushaltseinkommen und

³⁶ Das Jahr 2003 wird nicht in die Trendanalyse einbezogen, da nicht alle Variablen direkt vergleichbar sind.

³⁷ Vgl. Bericht zu EU-SILC 2006 (Statistik Austria, 2008).

die darauf basierenden Indikatoren werden geringfügig verändert (vgl. Methoden und Vergleiche zu EU-SILC 2008, Statistik Austria 2009c).

In Übersicht 34 werden neben den vergleichbaren Werten für 2004 bis 2008 zu Haushaltseinkommen und Armutsgefährdung auch die Veränderungen durch die Gewichtung und die Revision 2007 vergleichend dargestellt. Durch die Neugewichtung sowie durch die Datenrevision 2007 ergibt sich eine leichte Verringerung der Äquivalenzeinkommen und Haushaltseinkommen gegenüber den in den jeweiligen Jahren publizierten Ergebnissen. Dadurch verringert sich ebenfalls der Wert der Armutsgefährdungsschwelle (60% des Medians des Äquivalenzeinkommens). Für die Jahre 2004 und 2005 erhöht sich die Armutsgefährdungsquote um 0,2 bzw. 0,4 Prozentpunkte, für das Jahr 2007 ergibt sich keine Veränderung der Armutsgefährdungsquote.

Übersicht 34: Zentrale Maßzahlen 2004 - 2008

		2004	2005	2006	2007	2008
Median des Äquivalenzeinkommens in EUR	Vor Revision	16.969	17.993		18.242	
	Nach Revision	16.856	17.750	17.852	18.153	19.011
Median des Haushaltseinkommens in EUR	Vor Revision	25.784	27.913		27.971	
	Nach Revision	25.514	27.577	27.371	27.819	28.592
Armutsgefährdungsschwelle in EUR	Vor Revision	10.182	10.796		10.945	
	Nach Revision	10.114	10.650	10.711	10.892	11.406
Armutsgefährdungsquote in %	Vor Revision	12,8	12,3		12,0	
	Nach Revision	13,0	12,7	12,6	12,0	12,4

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2008.

Nach aktueller Berechnung steigen die in EU-SILC erfassten Haushaltseinkommen zwischen 2004 und 2008 um 12%, die Äquivalenzeinkommen steigen im gleichen Zeitraum um 13%. Die jährliche Steigerung beträgt also im Durchschnitt in etwa 3%. Damit steigt auch die Armutsgefährdungsschwelle über den gesamten Zeitraum um etwa 13%. Für die Armutsgefährdungsquote lässt sich kein Trend beobachten, diese beträgt durchschnittlich über den gesamten Beobachtungszeitraum 12,5%.

Aufgrund der Steigerung der Äquivalenzeinkommen kann nicht direkt auf eine Steigerung des Lebensstandards geschlossen werden, da Inflation und Entwicklung der Lebenserhaltungskosten nicht berücksichtigt sind. Inwieweit verschiedene Bevölkerungsgruppen an dieser Einkommensentwicklung teilgenommen haben, kann durch einen Vergleich des Medians von Untergruppen zur Gesamtbevölkerung in jedem Jahr dargestellt werden.

Übersicht 35: Relativer Medianlebensstandard nach Geschlecht, Alter und Staatsbürgerschaft 2004-2008

	Median des Äquivalenzeinkommens				
	2004	2005	2006	2007	2008
	in EUR				
Insgesamt	16.856	17.750	17.852	18.153	19.011
	in %				
Insgesamt	100	100	100	100	100
Männer					
Zusammen	102	102	102	103	103
Bis 19 Jahre	91	90	91	91	92
20 bis 39 Jahre	104	106	104	105	104
40 bis 64 Jahre	108	108	110	110	110
65 Jahre +	101	105	102	101	100
Frauen					
Zusammen	98	98	98	98	97
Bis 19 Jahre	90	90	89	90	88
20 bis 39 Jahre	99	100	99	97	97
40 bis 64 Jahre	108	106	108	109	109
65 Jahre +	91	92	90	91	89
Staatsbürgerschaft					
Österreich	102	102	102	103	103
darunter eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	82	88	79	82	81
Nicht Österreich	79	80	79	82	79
davon EU/EFTA	87	98	101	95	97
davon sonstiges Ausland	77	75	76	75	73

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2008.

Übersicht 35 zeigt den Trend des relativen Lebensstandards für verschiedene Gruppen im Berichtszeitraum 2004 bis 2008. Insgesamt sind die Unterschiede der Veränderungen zwischen den Gruppen und über die Jahre relativ gering. Das heißt, jene Personen, die einen unterdurchschnittlichen bzw. überdurchschnittlichen Lebensstandard im Vergleich zur Gesamtbevölkerung verzeichnen, behalten diesen über die Jahre auch bei.

Relativ betrachtet liegt der Lebensstandard von Männern ab dem Erwerbsalter immer über jenem von Frauen. Eine Annäherung ist aus den Daten nicht abzulesen. Kinder und Jugendliche bis 19 Jahre und Frauen ab 65 Jahren verzeichnen ein unterdurchschnittliches Einkommen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung.

Einen besonders niedrigen Medianlebensstandard haben unverändert seit 2008 Personen mit Migrationshintergrund aus Nicht-EU-/EFTA-Ländern. Bei jenen, die im Zuge der Einbürgerung die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten haben, kann ein etwas höherer Lebensstandard beobachtet werden. Gemeinsam mit Ein-Eltern-Haushalten, alleinlebenden Frauen in Pension und Mehrpersonenhaushalten mit drei und mehr Kindern verzeichnen Personen mit Migrationshintergrund somit den niedrigsten Lebensstandard in Österreich.

Mit einem um rund ein Fünftel höheren Einkommen als im Durchschnitt haben Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder im gesamten Zeitverlauf einen deutlich überdurchschnittlichen Lebensstandard (Übersicht 36). Wenn Kinder im Mehrpersonenhaushalt leben, haben Haushalte mit zwei Kindern einen geringfügig unterdurchschnittlichen, mit einem Kind einen leicht überdurchschnittlichen Lebensstandard.

Übersicht 36: Relativer Medianlebensstandard nach Haushaltsform 2004 - 2008

	Median des Äquivalenzeinkommens				
	2004	2005	2006	2007	2008
	in EUR				
Insgesamt	16.856	17.750	17.852	18.153	19.011
	in %				
Insgesamt	100	100	100	100	100
Haushalt mit Pension					
Zusammen	95	96	95	94	92
Alleinlebende Männer	113	114	104	95	92
Alleinlebende Frauen	81	80	79	78	79
Mehrpersonenhaushalt	99	102	100	99	98
Haushalt ohne Pension					
Zusammen	101	101	101	102	102
Alleinlebende Männer	98	100	100	103	101
Alleinlebende Frauen	92	99	94	98	98
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	117	119	122	120	119
Haushalt mit Kindern (ohne Pension)					
Zusammen	96	93	93	94	96
Ein-Eltern-Haushalt	78	81	76	75	76
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	106	106	106	105	108
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	96	91	92	95	97
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	81	81	85	81	78

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2008. - Personen in Haushalten.

Auch hinsichtlich der Armutsgefährdungsquoten bleiben die Unterschiede zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Berichtszeitraum 2004 bis 2008 stabil (Übersicht 37). Abweichungen in einzelnen Jahren („Ausreißer“) können aufgrund statistischer Zufallsschwankungen nicht ohne weiteres als reale Veränderungen interpretiert werden. Personen aus EU-/EFTA-Staaten haben ein Armutsrisiko zwischen 19% und 14%. Ein möglicher Grund für diese Schwankungen kann in der sich ändernden Zusammensetzung dieser Personengruppe liegen.

Das bedeutet, dass weder in Bezug auf Alter, Geschlecht oder Herkunft eine Ab- oder Zunahme von Armutsgefährdung zwischen 2004 und 2008 beobachtet werden kann. Somit verbleiben Kinder, Pensionistinnen und Personen mit Migrationshintergrund über alle Jahre als jene Gruppen mit einem erhöhten Armutsrisiko.

Übersicht 37: Armutsgefährdungsquote nach Geschlecht, Alter und Staatsbürgerschaft 2004 - 2008

	Armutsgefährdungsquote in %					
	2004	2005	2006	2007	2008	Ø
Insgesamt	13	13	13	12	12	13
Männer						
Zusammen	12	12	11	11	11	11
Bis 19 Jahre	14	16	14	14	14	14
20 bis 39 Jahre	11	12	10	10	9	11
40 bis 64 Jahre	10	10	10	10	10	10
65 Jahre +	13	10	11	9	12	11
Frauen						
Zusammen	14	13	14	13	13	14
Bis 19 Jahre	16	15	15	14	16	15
20 bis 39 Jahre	13	13	14	14	12	13
40 bis 64 Jahre	11	11	10	10	11	10
65 Jahre +	19	17	20	18	17	18
Staatsbürgerschaft						
Österreich	12	11	11	11	11	11
darunter eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	21	21	21	22	21	21
Nicht Österreich	26	25	24	23	26	25
davon EU/EFTA	19	15	14	15	17	16
davon sonstiges Ausland	28	28	28	27	30	28

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2008.

Auch hinsichtlich der Haushaltszusammensetzung zeigen sich in den Armutsgefährdungsquoten nur wenige Veränderungen innerhalb des Zeitraums 2004 bis 2008 (Übersicht 38). Größere Schwankungen gibt es bei alleinlebenden Männern mit Pension, alleinlebenden Frauen ohne Pension, Ein-Eltern-Haushalten und Mehrpersonenhaushalten mit drei und mehr Kindern. Teilweise lassen sich diese Schwankungen wiederum auf die geringe Größe der Stichprobe zurückführen, zum Teil auch auf Veränderungen innerhalb der erfassten Personengruppe. So nimmt etwa der Anteil der Erwerbstätigen bei alleinlebenden Frauen ohne Pension von 65% im Jahr 2004 auf 73% im Jahr 2008 zu, und die Armutsgefährdung von 27 auf 20% ab. Der Anteil der Erwerbstätigen steigt auch bei alleinlebenden Männern ohne Pension und auch in dieser Personengruppe kann ein leichtes Sinken der Armutsgefährdungsquote zwischen 2004 und 2008 festgestellt werden.

Übersicht 38: Armutsgefährdungsquote nach Haushaltsform 2004 - 2008

	Armutsgefährdungsquote in %					
	2004	2005	2006	2007	2008	Ø
Haushalt mit Pension						
Zusammen	15	14	16	15	16	15
Alleinlebende Männer	(6)	(12)	(9)	11	16	11
Alleinlebende Frauen	24	24	28	26	24	25
Mehrpersonenhaushalt	12	10	12	11	13	11
Haushalt ohne Pension						
Zusammen	13	14	12	11	12	12
Alleinlebende Männer	20	12	19	15	16	17
Alleinlebende Frauen	27	24	22	22	20	22
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	9	10	8	6	6	7
Haushalt mit Kindern (ohne Pension)						
Zusammen	12	14	12	13	13	13
Ein-Eltern-Haushalt	25	27	27	32	29	28
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	8	10	8	8	9	8
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	9	11	11	9	10	10
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	24	20	16	19	20	20

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2008. - Personen in Haushalten.

Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen <20 beruhen, werden nicht ausgewiesen.

Erwerbstätigkeit wurde in den vergangenen Jahren als einer der wesentlichsten Mechanismen zur Vermeidung von Armutsgefährdung dargestellt. Nicht zuletzt deshalb gilt die besondere Aufmerksamkeit jenen Personen, die trotz Erwerbstätigkeit in Armutsgefährdung geraten, den so genannten „working poor“. In Übersicht 39 wird der Indikator „working poor“ von erwerbstätigen und armutsgefährdeten Personen im Erwerbsalter dargestellt (zur Definition „working poor“ vgl. auch Kapitel 3).

Im Berichtszeitraum 2004 bis 2008 liegt die Armutsgefährdung von Erwerbstätigen zu Beginn knapp unter 8%, im Jahr 2008 knapp unter 7%. Die Armutsgefährdung von männlichen Erwerbstätigen liegt in den Jahren 2004 und 2005 über der Armutsgefährdung von weiblichen Erwerbstätigen, in späteren Jahren darunter. Bei der Interpretation ist zu berücksichtigen, dass Frauen eine geringere Erwerbsquote haben und nicht erwerbstätige Frauen gar nicht mit eingerechnet werden. Insgesamt waren im Jahr

2004 277.000 erwerbstätige Personen von Armutsgefährdung betroffen, 2008 waren es mit 247.000 etwa 30.000 Personen weniger. Dies ist vor allem auf die sinkende Anzahl betroffener erwerbstätiger Männer zurückzuführen. Der Anteil der von Armutsgefährdung betroffenen erwerbstätigen Frauen steigt im Beobachtungszeitraum von rund 42% auf etwa 47%.

Übersicht 39: "Working Poor" 2004 – 2008

	Working poor									
	2004		2005		2006		2007		2008	
	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Insgesamt	277	7,8	257	7,2	243	6,8	231	6,4	247	6,7
Männer	162	8,1	158	7,7	134	6,7	127	6,4	132	6,5
Frauen	115	7,4	99	6,4	110	7,0	104	6,5	116	7,1

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2008. - Working poor: Personen im Erwerbsalter (20-64), die im Verlauf des Referenzjahres zumindest ein Monat Vollzeit oder Teilzeit erwerbstätig waren und armutsgefährdet sind. Ohne Personen, die im Referenzjahr mehr als sechs Monate arbeitslos waren.

5.2. Dauerhaftigkeit von Armutsgefährdung³⁸

Die Stichprobengröße im ersten Vier-Jahres-Panel der Erhebungen EU-SILC 2004 bis 2007 beträgt 3.118 Personen. Diese stammen aus 1.291 Haushalten. Diese Zahl umfasst all jene Personen, die vier Jahre in Folge befragt wurden und wo somit für jedes Erhebungsjahr Daten zu Armutsgefährdung vorliegend sind. Dies entspricht mit dem Gewicht für den Längsschnitt hochgerechnet 7.618.000 Personen oder 93% der Bevölkerung. Die Differenz zur Gesamtbevölkerung in Privathaushalten 2007 liegt bei rund 596.000 Personen. Im vierjährigen Panel nicht erfasst sind Personen, die zwischen 2003 und 2007 entweder erst geboren oder nach Österreich zugezogen sind. Auch Personen, die nach 2004 in die befragten Haushalte zugezogen sind, können nicht miteinbezogen werden. Weiters reduziert sich die Bevölkerungszahl um jene Personen, die in diesen vier Jahren verstorben, ins Ausland oder in einen Institutionshaushalt

³⁸ Der Beitrag ist entnommen dem Artikel Lamei, Nadja, Till-Tentschert, Ursula (2010). Dauerhafte Armutsgefährdung in Österreich 2004 bis 2007. In: Statistische Nachrichten 01/2010, Wien.

verzogen sind oder für ein Jahr abwesend waren. Personen, die innerhalb des vierjährigen Befragungszeitraums in einen anderen Privathaushalt in Österreich umziehen, werden im neuen Haushalt weiter befragt, sofern es sich nicht um unter 15-Jährige handelt, die bei einem Wegzug aus dem Ursprungshaushalt in der Erhebung nicht weiterverfolgt werden.

Die Bevölkerungsstruktur des Längsschnitts wurde mittels Gewichtung so weit wie möglich an die Querschnittsbevölkerung 2007 angepasst. Geringe Abweichungen der Längsschnittergebnisse zu den Querschnittsergebnissen können sich dennoch ergeben. Dies ist zum Beispiel im Bezug auf die Armutsgefährdung festzustellen: Für die Längsschnittpopulation werden die Armutsgefährdungsschwellen gemäß der Vorgabe des Indikators dauerhafte Armutsgefährdung auf Basis der reduzierten Stichprobe neu berechnet. In den Längsschnittergebnissen sind zwar nicht immer alle Personen des letzten Jahres (also 2007) eines Haushalts mit einberechnet (wenn diese nicht alle Jahre im Haushalt waren), für die Beurteilung des Lebensstandards wird aber ihr Haushaltseinkommen miteinbezogen und in der Bedarfsgewichtung berücksichtigt.

5.2.1. Die Relevanz der Längsschnittperspektive für die Armutsberichterstattung

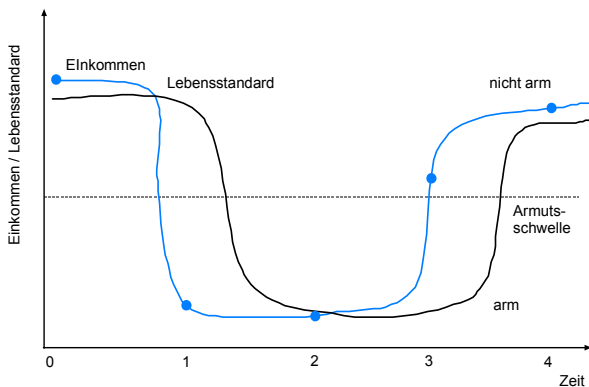
Der folgende Abschnitt beschäftigt sich mit der Dauerhaftigkeit der Armutsgefährdung, also mit der Frage, wie oft bzw. wie lange Personen innerhalb von vier Jahren von Armutsgefährdung betroffen waren. Der Indikator „dauerhafte Armutsgefährdung“, der als Primärindikator des Portfolios von sozialen Eingliederungsindikatoren hohen Stellenwert in der Armutsberichterstattung hat, kann anhand der Daten 2004 bis 2007 berechnet werden und wird im Folgenden vorgestellt.

Die Betrachtung des Jahreshaushaltseinkommens und der daraus ermittelten Armutsgefährdungsquoten entspricht einer kurzfristigen Perspektive, wie sie für rasch verfügbare politische Kennwerte unerlässlich ist. Es ist aber nachweisbar, dass der

Lebensstandard eines Haushalts, dessen Einkommen unter die Armutsgefährdungsschwelle sinkt, erst allmählich und bei längerfristigem Verbleib auf niedrigem Einkommensniveau fällt (vgl. Gordon et al. 2000). Sparsamkeit, Aufbrauchen von Rücklagen usw. können plötzliche Einkommensverluste für die erste Zeit abfedern. Andererseits dauert es bis zum „sozialen Aufstieg“ bei einer verbesserten finanziellen Situation eine Zeit, da gewisse Anschaffungen und Verhaltensweisen erst bei längerfristigem Verbleib auf dem neuen, höheren Einkommensniveau getätigt werden (können) und möglicherweise auch Schulden zurückzuzahlen sind.

Die Grafik verdeutlicht, dass die Einbeziehung des Faktors „Zeit“ in die Analyse zu einer besseren Abbildung von (niedrigem) Lebensstandard verhilft, als es die bloße punktuelle Betrachtung des Einkommens vermag. Zu den Zeitpunkten 0, 2 und 4 ist das Einkommen des Beispielhaushalts ein valider Indikator für dessen Lebensstandard (die beiden Kurven liegen eng beieinander). Im Zeitpunkt des Absinkens unter bzw. Aufstiegs über die Armutsschwelle (1, 3) fallen Einkommenssituation und Lebensstandard aber auseinander. Berücksichtigt man nur einzelne Messungen von Einkommen, kann keine adäquate Angabe zur sozialen Lage eines Haushaltes gemacht werden.

Grafik 6: Einkommen und Lebensstandard im Zeitverlauf für einen Beispielhaushalt



Q: Gordon et al. (2000)

5.2.2. Häufigkeit von Armutsgefährdung zwischen 2004 und 2007

Knapp drei Viertel der Panelpersonen³⁹ waren in keinem der vier Erhebungsjahre armutsgefährdet – das heißt umgekehrt, dass rund 27% in mindestens einem Jahr von Armutsrisiko betroffen waren. Diese Zahl liegt um mehr als das Doppelte über den für jeweils ein Erhebungsjahr berichteten Armutsgefährdungsquoten (12-13%) und deutet darauf hin, dass Einkommensarmut einer starken Dynamik unterliegt und bei der Beurteilung eine längerfristige Perspektive wesentlich ist.

In allen vier hier betrachteten Jahren waren knapp 3%, in einem einzigen Jahr 15% der Bevölkerung armutsgefährdet. Bei denjenigen, die zwei bzw. drei Jahre armutsgefährdet waren (6 bzw. 3%), kann das Armutsrisiko in aufeinanderfolgenden Jahren aufgetreten sein, es können aber auch ein oder zwei Jahre der finanziellen Entspannung eingetreten sein, bevor erneut Armutsrisiko vorlag. In der kumulierten Betrachtung (z.B. diejenigen, die drei Jahre armutsgefährdet waren, sind auch „zumindest ein Jahr“ und „zumindest zwei Jahre“ armutsgefährdet) stellt sich die Betroffenheit von Armutsgefährdung anhand der gleichen Zahlen noch drastischer dar: 27% der Bevölkerung waren in mindestens einem Jahr, 12% in mindestens zwei Jahren und 6% in mindestens drei Jahren armutsgefährdet.

³⁹ Eine Beschreibung der Stichprobe und Gewichtung des Panels 2004-2007 siehe Methoden und Vergleiche zu EU-SILC 2008 (Statistik Austria 2009c).

Übersicht 40: Häufigkeit des Auftretens von Armutsgefährdung 2004-2007

	Häufigkeit in 1.000	Prozent	Kumuliert	Prozent
nie	5.542	73	nie	73
in einem Jahr	1.172	15	zumindest 1 Jahr	27
in zwei Jahren	466	6	zumindest 2 Jahre	12
in drei Jahren	245	3	zumindest 3 Jahre	6
in vier Jahren	194	3	in vier Jahren	3
Gesamt	7.618	100		

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2007. - Nur Personen, die in allen vier Jahren im Panel waren.

5.2.3. Dauerhafte Armutsgefährdung 2004-2007

Als „dauerhafte Armutsgefährdung“ wird ein Armutsrisiko in mindestens drei von vier Jahren definiert. Gegenüber der oberen Betrachtung ist die Gruppe aber enger definiert, indem sie sich auf diejenigen beschränkt, die auch im letzten Jahr des Panels (2007) armutsgefährdet waren. Die jährlichen Armutsgefährdungsschwellen werden nach Berechnungsvorgabe von Eurostat für diesen Indikator auf Basis der Längsschnittpopulation in vier Jahren berechnet und unterscheiden sich somit von den oberhalb für die Querschnittsdaten ausgewiesenen Schwellenwerten.

Als dauerhaft armutsgefährdet wird also jener Prozentsatz der Bevölkerung ausgewiesen, der am Ende des Beobachtungszeitraums, das heißt im aktuellsten Jahr und in mindestens zwei von drei vorhergehenden Jahren, in Haushalten mit einem Äquivalenzeinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle des jeweiligen Jahres lebt. Einbezogen werden, wie eingangs beschrieben, nur Personen, die alle vier Jahre im Panel waren und erfolgreich befragt wurden.

Spricht man von dauerhaft armutsgefährdeten Personen, sind die in folgender Übersicht angeführten Kombinationsmöglichkeiten der Armutslagen in den betrachteten

vier Jahren möglich. T bezeichnet das aktuellste Jahr, in der vorliegenden Analyse also das Jahr 2007. Konzeptionell heißt das, dass dieser Indikator eine Teilmenge aller potentiell dauerhaft Armutsgefährdeten darstellt, indem das Jahr 2007 als Referenzpunkt festgelegt wird: Nicht einbezogen sind beispielsweise diejenigen, die in den ersten drei Jahren (2004-2006) armutsgefährdet waren und es nur im letzten Jahr (2007) nicht sind oder auch jene, die 2006 und 2007 armutsgefährdet waren und dies auch 2008, also nach Ende des Referenzjahres 2007, wurden.

Übersicht 41: Typen dauerhafter Armutsgefährdung

Dauer der Armuts- gefährdung	T	T-1	T-2	T-3
4 Jahre	armutsgefährdet	armutsgefährdet	armutsgefährdet	armutsgefährdet
3 Jahre	armutsgefährdet	armutsgefährdet	armutsgefährdet	nicht armutsgefährdet
3 Jahre	armutsgefährdet	armutsgefährdet	nicht armutsgefährdet	armutsgefährdet
3 Jahre	armutsgefährdet	nicht armutsgefährdet	armutsgefährdet	armutsgefährdet

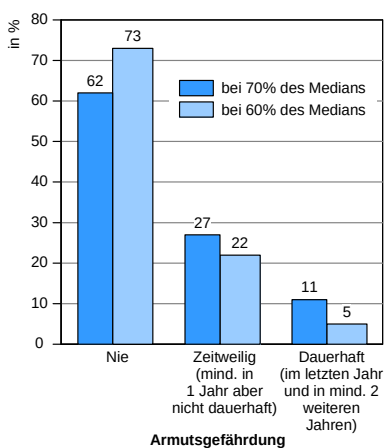
Rund 5% der hochgerechneten Panelpopulation sind nach dieser Definition dauerhaft armutsgefährdet. Die Zahl der insgesamt dauerhaft Gefährdeten ist auf die Bevölkerung in Privathaushalten hochgerechnet 389.000 Betroffene, wobei es sich wie erwähnt um eine etwas eingeschränkte Population handelt, die sich tatsächlich während vier Jahren im Panel befindet.⁴⁰

In Grafik 7 sind dauerhafte und zeitweilige Betroffenheit für die Armutsgefährdungsschwellen bei 60% und 70% des Medians gegenübergestellt. Als zeitweilig armutsgefährdet werden all jene Personen bezeichnet, die im Betrachtungszeitraum 2004 bis 2007 mindestens ein Jahr lang armutsgefährdet waren, aber nach der verwendeten Definition nicht dauerhaft armutsgefährdet sind.

40 Im Folgenden wird daher auf die Darstellung von Absolutzahlen verzichtet.

5% der hier erfassten Bevölkerung hatten im letzten Jahr und in zwei der vorhergehenden drei Jahre ein Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle von 60% des Medians, weitere 6% befanden sich nur knapp aber dauerhaft über der Armutsgefährdungsschwelle. Das heißt doppelt so viele (11%) befanden sich in dauerhafter Armutsgefährdung bei einer etwas höher angelegten Schwelle von 70% des Medians. Beim Vergleich der zeitweiligen Armutsgefährdung ist der Unterschied wesentlich geringer. Weitere 27% befinden sich zeitweilig unter der 70% Armutsgefährdungsschwelle, 22% unter der 60% Armutsgefährdungsschwelle.

Grafik 7: Dauerhafte und zeitweilige Armutsgefährdung bei 60 und 70% des Medians

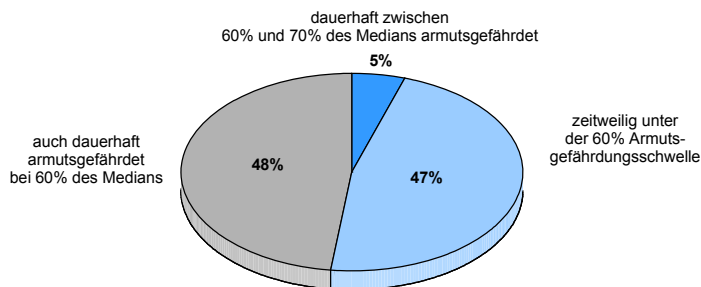


Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2007. - Nur Personen, die in allen vier Jahren im Panel waren.

In Grafik 8 unterhalb werden jene 11% dauerhaft Armutsgefährdeten bei 70% des Medians näher betrachtet. Wie schon in der vorigen Abbildung ersichtlich, ist rund die Hälfte auch dauerhaft bei 60% des Medians gefährdet. Für die andere Hälfte stellt sich die Frage, ob diese „nur“ eine Gruppe mit relativ niedrigem Einkommen aber einer stabilen Einkommenssituation repräsentiert oder es sich um Ein- und Austritte in die Armutsgefährdung handelt. Es zeigt sich, dass die meisten der nur bei 70% des Medians dauer-

haft Armutsgefährdeten zumindest einmal in vier Jahren auch ein Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle von 60% hatten. Nur 5% der bei 70% des Medians dauerhaft Armutsgefährdeten bleiben konstant über der Armutsgefährdungsschwelle von 60%. Die Ergebnisse legen nahe, bei der Messung von dauerhafter Armutsgefährdung auch auf jene Personen zu fokussieren, die sich nur knapp über bzw. zeitweilig unter der Armutsgefährdungsschwelle befinden.

Grafik 8: Dauerhafte Armutsgefährdung bei 70% des Medians nach Armutsgefährdung bei 60% des Medians



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2007.- Nur Personen, die in allen vier Jahren im Panel waren.

ZEITWEILIGE UND DAUERHAFTE BETROFFENHEIT VON ARMUTSGEFÄHRDUNG FÜR VERSCHIEDENE GRUPPEN

In der folgenden Übersicht sind die Quoten von zeitweiliger und dauerhafter Betroffenheit von Armutsgefährdung nach zentralen soziodemographischen Merkmalen dargestellt und der Anteil jener, der nie von Armutserfahrungen betroffen war. Die Typen „dauerhaft“ und „zeitweilig“ betroffen lassen sich zur Kategorie „jemals von Armutsrisiko betroffen“ aufsummieren, was vor allem bei kleinen Gruppen von analytischem Vorteil sein kann. Die Gliederungsmerkmale beziehen sich jeweils auf das aktuellste Erhebungsjahr, in diesem Fall 2007. Dies ist bei veränderlichen Merkmalen wie Haushaltszusammensetzung oder Haupteinkommensquelle zu bedenken.

Übersicht 42: Dauerhaftigkeit von Armutsgefährdung nach soziodemographischen Merkmalen

Soziodemographische Merkmale 2007	Betroffenheit von Armutsgefährdung 2004-2007			
	Nie	Zeitweilig	Dauerhaft	Jemals (=Summe zeitweilig + dauerhaft)
	in %			
Insgesamt	73	22	5	27
Geschlecht				
Männer	76	21	3	24
Frauen	70	23	7	30
Alter				
Bis 19 Jahre	68	28	4	32
20 bis 39 Jahre	70	25	6	30
40 bis 64 Jahre	79	19	3	21
65 Jahre und älter	71	18	10	29
Höchster Bildungsabschluss (Pers. ab 16 Jahren)				
Max. Pflichtschule	59	28	12	41
Lehre/mittlere Schule	77	20	3	23
Matura	78	18	(4)	22
Universität	82	16	(2)	18
Staatsbürgerschaft				
Österreich	74	21	5	26
darunter Eingebürgerte (Nicht EU/EFTA)	51	39	(10)	49
Nicht Österreich	55	36	(9)	45
davon EU/EFTA	(66)	(21)	(13)	(34)
davon sonstiges Ausland	51	42	(7)	49

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2007. - Nur Personen, die in allen vier Jahren im Panel waren. – Lesebeispiel: In den Jahren 2004 bis 2007 waren 73% der Personen insgesamt nie, 22% zeitweilig und 5% dauerhaft armutsgefährdet. Die 22% zeitweilig und 5% dauerhaft Armutsgefährdeten, ergeben 27%, die jemals armutsgefährdet waren. - Nie= keine Armutsgefährdung in den Jahren 2004 bis 2007, zeitweilig= mindestens ein Jahr mit Armutsgefährdung aber nicht dauerhaft; dauerhaft= 2007 und in mindestens zwei der vorangehenden Jahre armutsgefährdet. - Die Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Nach dem Alter zeigt sich vor allem ein durch die Erwerbstätigkeit vermittelter Effekt: Jüngere und ältere Personen haben in der reinen Querschnittsbetrachtung überdurchschnittliche Armutsgefährdungsquoten, im mittleren bis späten Erwerbsalter (40 bis 64 Jahre) ist der besten Schutz vor Armutsrisiken gegeben. Während es bei den Personen unter 20 Jahren vielfach nur zeitweilige Armutsepisoden sind (28% zeitweilige und 4% dauerhafte Armutsgefährdung), also die Dynamik der Armut hier hoch ist, haben ältere Personen ab 65 Jahren viel eher dauerhafte Armutslagen zu vergegenwärtigen (10%). Ein Hauptgrund ist, dass sie wegen ihrem Ausstieg aus dem Erwerbsleben in den

meisten Fällen keinen Einkommensanstieg mehr zu erwarten haben. Bei den Jungen ist hingegen ein Ausstiegsszenario durch Aufnahme einer neuen oder besser bezahlten Erwerbstätigkeit wahrscheinlicher.

Wie in den Querschnittsanalysen aus EU-SILC bereits vielfach belegt, hat Bildung einen großen Einfluss auf Erwerbschancen, Qualität und Bezahlung der Erwerbsarbeit. Der Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und Armutsgefährdung ist auch in der Längsschnittbetrachtung eindeutig: Den größten Anteil dauerhafter Armutsgefährdung haben Personen, die maximal über einen Pflichtschulabschluss verfügen (12%), während bereits nach Abschluss einer Lehrausbildung die Quote dauerhafter Armutsgefährdung unter den Durchschnitt sinkt und bei 3% liegt. Eine weitere Differenzierung im höheren Bildungsbereich ist auf Grund der kleinen Fallzahlen nur bedingt möglich, es ist aber ersichtlich, dass Universitätsabgängerinnen und –abgänger mit 18% den geringsten Anteil von jemals Betroffenen aufweisen.

Eingebürgerte und nicht-österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger aus anderen als EU- und EFTA-Staaten haben deutlich höhere Quoten bei zeitweiliger Betroffenheit (39 bzw. 42%) als Österreicherinnen und Österreicher (21%).

Übersicht 43: Dauerhaftigkeit von Armutsgefährdung nach Haushaltstyp

Haushaltstyp 2007	Betroffenheit von Armutsgefährdung 2004-2007			
	Nie	Zeitweilig	Dauerhaft	Jemals (=Summe zeitweilig + dauerhaft)
	in %			
Insgesamt	73	22	5	27
Haushalt mit Pension ¹⁾				
Zusammen	73	17	10	27
Alleinlebende Männer	(80)	(20)	(0)	(20)
Alleinlebende Frauen	56	23	21	44
Mehrpersonenhaushalte	79	14	7	21
Haushalt ohne Pension ²⁾				
Zusammen	73	24	4	27
Alleinlebende Männer	72	(23)	(5)	(28)
Alleinlebende Frauen	54	27	(19)	46
Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder	80	18	(2)	20
Haushalt mit Kindern (ohne Pension)				
Zusammen	70	26	4	30
Ein-Eltern-Haushalt	41	43	(16)	59
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	80	20	(0)	20
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	76	21	(4)	24
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	61	37	(2)	39

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2007. - Nur Personen, die in allen vier Jahren im Panel waren. - Lesebeispiel: In den Jahren 2004 bis 2007 waren 73% der Personen insgesamt nie, 22% zeitweilig und 5% dauerhaft armutsgefährdet. Die 22% zeitweilig und 5% dauerhaft Armutsgefährdeten ergeben 27%, die jemals armutsgefährdet waren. - Nie: keine Armutsgefährdung in den Jahren 2004 bis 2007. Zeitweilig: mindestens ein Jahr mit Armutsgefährdung aber nicht dauerhaft. Dauerhaft: 2007 und in mindestens zwei der vorangehenden Jahre armutsgefährdet. - 1) mindestens 50% des Haushaltseinkommens sind Pensionen. - 2) weniger als 50% des Haushaltseinkommens sind Pensionen. - Die Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Armutsgefährdung wird aus dem Haushaltseinkommen ermittelt und damit implizit angenommen, dass alle Mitglieder des Haushalts den gleichen Lebensstandard teilen - dass also einerseits das Einkommen allen gleichermaßen zugute kommt und andererseits Armutsgefährdung alle in gleichem Maße betrifft. Aus diesem Grund sind individuelle Merkmale immer im Haushaltskontext zu verstehen. Das trifft zum Beispiel auf das Merkmal Geschlecht zu: Geschlechterunterschiede zu Ungunsten der Frauen spiegeln vor allem eine höhere Betroffenheit von zeitweiliger und dauerhafter Armutsgefährdung bei alleinlebenden Frauen wider. Die dauerhafte Armutsgefährdungsquote bei alleinstehenden Pensionistinnen etwa ist mit fast 21% vier Mal so hoch wie für die Bevölkerung im

Durchschnitt (5%). Die Ausgleichszulage für die Mindestpension liegt immer rund 10% unter der Armutsgefährdungsschwelle. Ein Einkommensanstieg aufgrund geänderter Lebensumstände ist bei dieser Gruppe nicht zu erwarten. Eine Reduktion der dauerhaften Armutsgefährdung kann somit nur durch eine Erhöhung der Ausgleichszulage über das Niveau der Armutsgefährdungsschwelle erzielt werden.

Beinahe die Hälfte (44%) aller alleinlebenden Frauen ohne Pension war mindestens in einem Jahr von Armutsgefährdung betroffen. Die benachteiligte Einkommenssituation von Frauen wird auch bei einer Betrachtung nach dem Geschlecht der hauptverdienenden Person im Haushalt ersichtlich. Personen in Haushalten mit einer Frau als Hauptverdienerin sind mit 13% wesentlich häufiger dauerhaft armutsgefährdet als Männer (2%) und befinden sich auch deutlich öfter zeitweilig (29% zu 20%) in Armutsgefährdung.

Nach der Art der Haushaltszusammensetzung muss zunächst nach der Haupteinkommensquelle differenziert werden: Zwar zeigen Haushalte, wo Pensionen weniger als die Hälfte des Haushaltseinkommens ausmachen, mit 24% eine höhere zeitweilige Armutsgefährdung als Haushalte mit hauptsächlich Pension (17%), es ist aber bei 10% der Pensionshaushalte eine längerfristige Armutsgefährdung zu konstatieren – bei den anderen Haushalten nur zu 4%.

Die schwierige soziale Lage von Ein-Eltern-Haushalten wird in der Quote der zeitweiligen Betroffenheit sichtbar (43%). Mehr als die Hälfte (59%) aller Kinder und Erwachsenen in dieser Haushaltskonstellation hat in den vergangenen vier Jahren schon einmal mit Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle leben müssen. Für die dauerhafte Armutsgefährdung sind die Daten statistisch nicht gesichert, sie deuten aber auf eine etwa drei Mal so hohe Quote verglichen mit dem Durchschnitt hin. In Haushalten mit mehreren Erwachsenen und einem oder zwei Kindern liegt die dauerhafte Armutsgefährdung wie auch das zeitweilige Auftreten von Armutsrisiken unter dem Durchschnitt. Bei Familien mit drei oder mehr Kindern ist das Risiko, im Betrachtungszeitraum dauerhaft in Armut geraten zu sein, mit 39% deutlich erhöht.

Übersicht 44: Dauerhaftigkeit von Armutsgefährdung nach Haushaltsmerkmalen

Haushalts-Merkmale 2007	Betroffenheit von Armutsgefährdung 2004-2007			
	Nie	Zeitweilig	Dauerhaft	Jemals (=Summe zeitweilig + dauerhaft)
	in %			
Insgesamt	73	22	5	27
Haupteinkommensquelle ¹⁾				
Unselbständige Arbeit	77	21	2	23
Selbständige Arbeit	75	25	(1)	24
Sozialleistungen	40	44	16	60
Pensionen	73	18	9	27
Private Einkommen	(41)	(38)	(21)	(59)
Haushalt mit				
männlichem Hauptverdiener	78	20	2	22
weiblicher Hauptverdienerin	59	29	13	41
Erwerbsintensität des Haushalts ²⁾				
Keine Erwerbstätigkeit	62	23	15	38
Teilweise Erwerbstätigkeit	68	29	4	32
Volle Erwerbstätigkeit	81	18	(1)	17

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2007. - Nur Personen, die in allen vier Jahren im Panel waren. - Lesebeispiel: In den Jahren 2004 bis 2007 waren 73% der Personen insgesamt nie, 22% zeitweilig und 5% dauerhaft armutsgefährdet. Die 22% zeitweilig und 5% dauerhaft Armutsgefährdeten ergeben 27%, die jemals armutsgefährdet waren. - Nie: keine Armutsgefährdung in den Jahren 2004 bis 2007. Zeitweilig: mindestens ein Jahr mit Armutsgefährdung aber nicht dauerhaft. Dauerhaft: 2007 und in mindestens zwei der vorangehenden Jahre armutsgefährdet. - 1) Die Einkommensquelle, die den größten Beitrag zum Haushaltseinkommen leistet. - 2) Anteil erwerbstätiger Personen nach Anzahl im Referenzjahr 2006 erwerbstätiger Monate an allen Personen im Erwerbsalter (20-64 Jahre) unter Berücksichtigung von Voll- oder Teilzeit. - Die Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Den besten Schutz vor Armutsgefährdung – sei sie zeitweilig oder dauerhaft – stellt Erwerbsarbeit dar: Personen in Haushalten mit der Haupteinkommensquelle aus unselbständiger Erwerbsarbeit weisen die geringste dauerhafter Armutsgefährdung auf (2%), über drei Viertel waren in den letzten vier Jahren nie armutsgefährdet. Haushalte mit voller Erwerbsbeteiligung aller Personen im Erwerbsalter (20 bis 64 Jahre) haben kurz- und langfristig gesehen geringe Armutsrisiken. Bei Personen, die hauptsächlich auf Sozialleistungen angewiesen sind, ist ein Verweilen in Armutsgefährdung über drei oder mehr Jahre zu 16% anzunehmen. Pensionen als Haupteinkommensquelle sind wie bereits dargelegt mit einer geringen Dynamik im Einkommen gekennzeichnet, etwa drei Viertel (73%) haben in den letzten Jahren keine Armutserfahrung gemacht,

diejenigen, die eine niedrige Pension beziehen, verweilen aber über mehrere Jahre unter der Armutsgefährdungsschwelle (9% dauerhafte Armutsgefährdung).

MANGELNDE TEILHABECHANCEN IM ZUSAMMENHANG MIT DAUER DER ARMUTSGEFÄHRDUNG

Wie eingangs beschrieben hängt der materielle Lebensstandard, der Besitz bestimmter Konsumgüter aber auch die Teilhabe an gebräuchlichen Praktiken des sozialen Lebens mit dem Einkommen zusammen. Längerfristiger Einkommensmangel schlägt sich in der Nichtleistbarkeit von vielen Dingen des „normalen“ Alltagslebens nieder.

Übersicht 45: Teilhabemängel nach Dauerhaftigkeit der Armutsgefährdung

	Betroffenheit von Armutsgefährdung 2004-2007			
	Gesamt	Nie	Zeitweilig	Dauerhaft
	in %			
Insgesamt	100	100	100	100
Kann sich nicht leisten...				
Urlaub zu machen	21	14	34	61
jeden 2.Tag Fleisch, Fisch zu essen	7	4	13	23
neue Kleider zu kaufen	3	2	6	(12)
die Wohnung angemessen warm zu halten	2	1	(2)	(10)
unerwartete Ausgaben zu tätigen	26	18	45	71
notwendigen Arztbesuch	1	(1)	(1)	(4)
1x pro Monat Freunde od. Verwandte einzuladen	9	6	13	36
Ist mit Zahlungen im Rückstand	2	(0)	(4)	(12)
Kann sich nicht leisten...				
Telefon	3	2	5	(6)
Handy	1	(1)	(1)	(4)
PC	4	2	6	(18)
Internet	6	4	8	(20)
DVD	3	2	(5)	(4)
Geschirrspülmaschine	4	2	10	(10)
PKW	3	(1)	7	(18)

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2007. - Nur Personen, die in allen vier Jahren im Panel waren. - Lesebeispiel: Für 21% der Personen insgesamt trifft zu, dass sich ihr Haushalt keinen Urlaub leisten kann; für Personen in Haushalten, die zwischen 2004 und 2007 nie armutsgefährdet waren, trifft dies auf 14%, für Personen in zeitweilig armutsgefährdeten Haushalten zu 34% und für Personen in dauerhaft armutsgefährdeten Haushalten zu 61% zu. - Nie: keine Armutsgefährdung in den Jahren 2003 bis 2007. Zeitweilig: mindestens ein Jahr mit Armutsgefährdung aber nicht dauerhaft. Dauerhaft: 2007 und in mindestens zwei der vorangehenden Jahre armutsgefährdet. - Die Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

So können sich Personen in längerfristig von Armut bedrohten Haushalten in der Regel keinen Urlaub leisten (61%), bei den zeitweilig von Armut bedrohten Personen sind es 34%. Bei denen, die sich in den vergangenen vier Jahren nie unter der Armutsschwelle befunden haben, sind es dagegen 14%. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei der Nicht-leistbarkeit von Fleisch oder Fisch an jedem zweiten Tag, beim Ersetzen abgetragener Kleidung, beim Heizen – dauerhafte Armutsgefährdung geht mit wesentlich höheren Deprivationsquoten einher als kurzfristige Armutslagen. Die angespannte finanzielle Lage in dauerhaft armutsgefährdeten Haushalten bedingt, dass unerwartete Ausgaben nicht bewältigt werden können (71%) und Zahlungsrückstände wesentlich häufiger auftreten als bei kurzfristig oder nicht Armutsgefährdeten. Auch im sozialen Bereich wird eine Benachteiligung sichtbar: Die Frage, ob sie wenigstens einmal im Monat Freunde oder Verwandte zu sich zum Essen einladen können, muss gut ein Drittel der dauerhaft Armutsgefährdeten verneinen.

Übersicht 46: Wohnbedingungen und Gesundheit nach Dauerhaftigkeit der Armutsgefährdung

	Betroffenheit von Armutsgefährdung 2004-2007			
	Gesamt	Nie	Zeitweilig	Dauerhaft
	in %			
Insgesamt	100	100	100	100
Rechtsverhältnis an der Wohnung				
Hauseigentum	51	55	45	23
Wohnungseigentum	10	11	6	(3)
Gemeindewohnung	6	5	5	(22)
Genossenschaftswohnung	12	12	12	15
Sonst. Haupt-/Untermiete	15	11	25	(22)
Mietfreie Wohnung/Haus	6	6	6	15
Wohnkostenbelastung				
Starke Belastung	11	7	21	31
Wohnkostenanteil >25%	18	11	33	67
Wohnprobleme				
Überbelag	7	4	13	18
Feuchtigkeit, Schimmel	9	6	13	20
Dunkle Räume	5	3	7	(13)
Lärm	20	18	23	24
Luft-, Umweltverschmutzung	7	7	7	(12)
Kriminalität, Vandalismus	15	16	14	(15)
Gesundheitsprobleme				
In schlechtem/sehr schlechtem Gesundheitszustand	6	5	9	(8)
Chronisch krank	19	18	17	25
Stark beeinträchtigt durch Behinderung	8	7	10	(11)

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2007. - Nur Personen, die in allen vier Jahren im Panel waren. - Lesebeispiel: Für 51% der Personen insgesamt trifft zu, dass der Haushalt ein Haus in Eigentum bewohnt; für Personen in Haushalten, die zwischen 2004 und 2007 nie armutsgefährdet waren, trifft dies auf 55%, für Personen in zeitweilig armutsgefährdeten Haushalten zu 45% und für Personen in dauerhaft armutsgefährdeten Haushalten zu 23% zu. - Nie: keine Armutsgefährdung in den Jahren 2003 bis 2007. Zeitweilig: mindestens ein Jahr mit Armutsgefährdung aber nicht dauerhaft. Dauerhaft: 2007 und in mindestens zwei der vorangehenden Jahre armutsgefährdet. - Die Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Wohnkosten werden in EU-SILC nicht vom verfügbaren Einkommen abgezogen. Umso wichtiger ist es, zumindest die subjektive Belastung des Haushaltsbudgets durch Wohnkosten zu berücksichtigen. Es ist ein sehr deutlicher Zusammenhang zwischen dem Rechtsverhältnis an der Wohnung, der subjektiven Wohnkostenbelastung und der Armutsgefährdung ersichtlich. Dauerhafte Armutsrisiken gehen sehr häufig mit

Mietverhältnissen einher. Nur knapp ein Viertel der dauerhaft Gefährdeten besitzt seine Wohnung oder sein Haus, während diejenigen, die in allen vier Jahren ein Einkommen über der Armutsschwelle hatten, eher Haus- oder Wohnungseigentum haben (61%). Bedenkt man also, dass dauerhaft armutsgefährdete Haushalte auch noch zu einem großen Teil relativ zu ihrem Einkommen von hohen Wohnkosten betroffen sind, verschärft sich das Bild von sozialer Benachteiligung. Zwei Drittel (67%) aller dauerhaft Armutsgefährdeten müssen mehr als ein Viertel ihres gesamten Haushaltseinkommens für das Wohnen aufwenden, 31% empfinden die Wohnkosten als starke Belastung. Bei den nie Armutsgefährdeten sind es nur 11% mit hohem Wohnkostenanteil bzw. 7% mit subjektiv hoher Belastung. Die nachteiligen Wohnverhältnisse von Menschen mit niedrigem Haushaltseinkommen setzen sich auch in Faktoren wie Überbelag oder feuchten Räumen fort.

Bei der Betrachtung des Gesundheitszustands ist immer das Alter mitzuberücksichtigen. Wie gezeigt ist bei älteren Menschen dauerhafte Armutsgefährdung häufiger anzutreffen, diese sind auch eher chronisch krank oder durch Behinderungen beeinträchtigt.

Wirft man abschließend einen Blick auf das subjektive Wohlbefinden, muss man feststellen, dass Armutsgefährdung vor allem in ihrer persistenten Form eine geringere Lebenszufriedenheit bedeutet. Im Mittel einer sechsstufigen Skala zu Zufriedenheit geben dauerhaft Armutsgefährdete mit 4,5 einen signifikant niedrigeren Wert als in der Gesamtbevölkerung an (5,1). Kein überraschendes Ergebnis zwar, aber ein Hinweis darauf, dass der hier vorgestellte und zum ersten Mal mit Daten aus EU-SILC berechnete Indikator dauerhafte Armutsgefährdung hohe Relevanz für die Erfassung von marginalisierten Lebensbedingungen hat.

5.3. Übertritte in und aus Armutsgefährdung

Im vorhergehenden Abschnitt konnte gezeigt werden, dass Armutsgefährdung kein statisches Phänomen ist, sondern je nach Lebenslage entweder zeitweilig auftritt oder dauerhaft ist. Der folgende Abschnitt analysiert nun die Dynamik von Armutsgefährdung zwischen 2006 und 2007, indem Veränderungen, die sich für eine Person bzw. einen Haushalt zwischen diesen beiden Jahren ergeben, dargestellt werden. Es handelt sich bei diesen Analysen um „echte“ Längsschnittbetrachtungen, bei denen individuelle Informationen für die zwei Erhebungsjahre verglichen werden.

Für die Analyse kommen nur jene Haushalte und Personen in Betracht, die in beiden Jahren tatsächlich in der Stichprobe vorhanden waren und erfolgreich befragt wurden. Ausgeschlossen werden dadurch Personen, die zwischen den beiden Erhebungszeitpunkten geboren wurden, verstorben sind oder aus Österreich ausgewandert bzw. nach Österreich eingewandert sind.

Die hochgerechneten Ergebnisse beziehen sich somit nur auf Personen, die sowohl 2006 als auch 2007 in Österreich aufhältig waren („Längsschnittbevölkerung“). Dies sind mit 7,96 Millionen Personen um rund 250.000 Personen weniger als in der „Querschnittsbevölkerung“ von EU-SILC 2007.

Für die Analyse der Übertritte in und aus Armutsgefährdung im Jahr 2007 wird der Status von Personen in Haushalten im Jahr 2006 mit dem von 2007 verglichen. War ein Haushalt im Jahr 2006 nicht armutsgefährdet hat aber im Jahr 2007 ein Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle, so spricht man von einem „Eintritt in Armutsgefährdung“. Gelingt es im Jahr 2007 eine 2006 bestehende Armutsgefährdung zu überwinden, so spricht man von einem „Austritt aus Armutsgefährdung“.

Von den 13% Armutsgefährdeten im Jahr 2006 kann bei 48% im Jahr 2007 ein Austritt aus der Armutsgefährdung beobachtet werden. Umgekehrt wurden von den 87% Nicht-Armutsgefährdeten aus dem Jahr 2006 6% im Jahr 2007 armutsgefährdet. Zusammen mit den 6%, die in beiden Jahren armutsgefährdet sind, ergibt dies 12% Armutsgefährdete im Jahr 2007.⁴¹

Vergleicht man den Prozentanteil der Eintritte bzw. Austritte für verschiedene Bevölkerungsgruppen in Relation zur Gesamtbevölkerung, so lassen sich Aussagen zum „relativen Eintrittsrisiko“ bzw. der „relativen Austrittschance“ treffen. Dafür wird der Übertrittsanteil der Gesamtbevölkerung mit dem Wert 100 festgelegt, und die Anteilswerte für Untergruppen relativ dazu angegeben. Liegt dieser Indexwert unter 100, treten bei der Untergruppe weniger Übertritt auf als im Bevölkerungsdurchschnitt, liegt er über 100, so sind mehr Übertritte zu verzeichnen.

Die Ein- und Austritte können allerdings nur bedingt miteinander verglichen werden. Dies hängt mit der unterschiedlichen Größe der Ausgangsbevölkerung zusammen. Die Chance, die Armutsgefährdung 2007 zu überwinden, berechnet sich an der Gesamtheit der Armutsgefährdeten 2006: In dieser Gruppe gelingt etwa der Hälfte ein Austritt aus Armutsgefährdung (dies entspricht 6% der Gesamtbevölkerung). Die Chance des Überwindens der Armutsgefährdung ist demnach relativ gesehen groß. Im Gegensatz dazu ist der Eintritt in Armutsgefährdung von 2006 auf 2007, gemessen an der nicht armutsgefährdeten Bevölkerung 2006, ein relativ seltenes Ereignis, obwohl wiederum etwa 6% der Gesamtbevölkerung davon betroffen sind.

In Übersicht 47 wird das relative Risiko, in Armutsgefährdung zu geraten, dargestellt. Die ersten beiden Spalten geben Auskunft über jene, die 2006 nicht armutsgefährdet waren und es 2007 nicht werden. In der dritten und vierten Spalte wird der Anteil jener,

⁴¹ Tatsächlich gab es von 2006 auf 2007 einen Rückgang in der Armutsgefährdungsquote von 12,6 auf 12,0. Diese Veränderung ist bei einer 95%-Vertrauenswahrscheinlichkeit nicht signifikant.

die in Armutsgefährdung eintreten, und das relative Risiko des Eintritts in Relation zur Gesamtbevölkerung ausgewiesen.

Frauen haben ein leicht überdurchschnittliches, Männer ein leicht unterdurchschnittliches Eintrittsrisiko in die Armutsgefährdung. Nach Alter betrachtet haben insbesondere junge Leute bis 19 Jahre ein überdurchschnittliches Risiko, Personen zwischen 40 und 64 Jahre hingegen – unabhängig vom Geschlecht – ein unterdurchschnittliches Risiko, armutsgefährdet zu werden. Für Personen über 64 Jahre zeigt sich ein deutlicher Unterschied nach dem Geschlecht: Frauen diesen Alters haben ein um 29% höheres relatives Risiko, Männer ein um 29% geringeres relatives Risiko als die Gesamtbevölkerung eines Übertritts in Armutsgefährdung.

Nach der Staatsbürgerschaft betrachtet sieht man, dass relativ zur Gesamtbevölkerung in Österreich Personen aus Nicht-EU-/EFTA-Staaten mehr als doppelt so oft in Armutsgefährdung geraten. Für eingebürgerte Personen aus diesen Herkunftsländern ist ein eineinhalb Mal so hohes Risiko festzustellen.

Übersicht 47: Eintritte in Armutsgefährdung und relatives Eintrittsrisiko nach Geschlecht, Alter und Staatsbürgerschaft 2007

	Nicht armutsgefährdet 2006			
	2007 Nicht armutsgefährdet		2007 Armutsgefährdet	
	in %	Index	in %	Index
Insgesamt	94	100	6	100
Männer				
Zusammen	95	101	5	88
Bis 19 Jahre	92	97	8	142
20 bis 39 Jahre	96	102	4	66
40 bis 64 Jahre	96	101	4	78
65 Jahre +	96	102	4	71
Frauen				
Zusammen	94	99	6	112
Bis 19 Jahre	91	97	9	156
20 bis 39 Jahre	93	99	7	120
40 bis 64 Jahre	96	101	4	75
65 Jahre +	93	98	7	129
Staatsbürgerschaft				
Österreich	95	101	5	91
darunter eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	91	97	9	157
Nicht Österreich	89	94	11	201
davon EU/EFTA	92	98	8	136
davon sonstiges Ausland	87	92	13	229

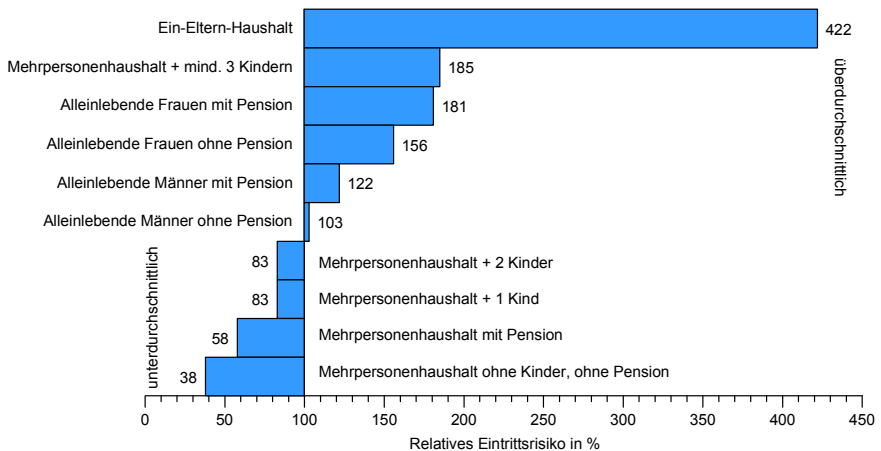
Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2006-2007.

Die folgende Grafik stellt das relative Eintrittsrisiko nach der Haushaltsform dar. Alle Personen in Mehrpersonenhaushalten, mit Ausnahme von Mehrpersonenhaushalten mit drei und mehr Kindern und Ein-Eltern-Haushalten, weisen ein geringeres relatives Risiko des Eintritts in Armutsgefährdung auf als die Gesamtbevölkerung. Bei Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder und ohne Pension als Haupteinkommensquelle ist das relative Risiko weniger als halb so groß wie für die Gesamtbevölkerung.

In Ein-Eltern-Haushalten ist das Risiko, von 2006 auf 2007 in Armutsgefährdung zu geraten, vier mal so hoch wie für den Bevölkerungsdurchschnitt. Die zweithöchste

Eintrittswahrscheinlichkeit haben Mehrpersonenhaushalte mit drei und mehr Kindern. Bei alleinlebenden Personen weisen Frauen ein höheres relatives Risiko auf als Männer. Haushalte mit Pension (und ohne Kinder) als Haupteinkommensquelle haben höhere Eintrittsrisiken als Haushalte mit einer anderen Haupteinkommensquelle.

Grafik 9: Relatives Eintrittsrisiko in Armutsgefährdung nach Haushaltsform 2007



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2006-2007. - Personen in Haushalten.

Analog zum relativen Risiko, in Armutsgefährdung zu geraten, können auch die relativen Chancen des Austritts aus Armutsgefährdung dargestellt werden. Das heißt, dass Personen, die im Jahr 2006 von Armutsgefährdung betroffen waren, im darauf folgenden Jahr diese überwinden konnten. In Relation zur Gesamtbevölkerung werden wieder indexiert die relativen Austrittschancen berechnet.

Männer weisen im Vergleich zu Frauen eine etwas größere relative Chance auf, die Armutsgefährdung im Folgejahr zu verlassen. Im Vergleich der Altersgruppen haben jüngere Personen eine relative höhere Chance als Ältere, über die Armutsgefährdungsschwelle zu kommen. Die geringsten relativen Chancen weisen Personen über 64 Jahre

auf. Die größte Dynamik in Bezug auf Armutsgefährdung zeigt sich somit bei Kindern und Jugendlichen unter 19 Jahren, die sowohl ein überdurchschnittliches Eintrittsrisiko als auch höhere Austrittschancen aus Armutsgefährdung haben. Für Frauen ab 65 Jahren ist das Risiko, in Armutsgefährdung zu verbleiben, um 36% höher als für die Gesamtbevölkerung. Zusätzlich haben sie ein überdurchschnittliches Eintrittsrisiko. Das stimmt auch mit dem im vorhergehenden Abschnitt präsentierten Befund überein, dass Frauen im Pensionsalter häufiger von dauerhafter Armutsgefährdung betroffen sind.

Personen aus Nicht-EU-/EFTA-Staaten haben eine unterdurchschnittliche Chance der Überwindung der Armutsgefährdung, unabhängig davon, ob sie eingebürgert wurden oder nicht. Deutlich überdurchschnittlich ist die Wahrscheinlichkeit des Verlassens von Armutsgefährdung für Personen aus dem EU-/EFTA-Raum. Diese haben allerdings auch ein überdurchschnittliches Risiko, in Armutsgefährdung zu geraten. Bei dieser Personengruppe kann angenommen werden, dass Armutsgefährdung vor allem ein zeitlich vorübergehender Zustand ist - im Gegensatz zur Situation von Ausländern und Ausländerinnen aus dem Nicht-EU-/EFTA-Raum, die, auch wenn sie schon längere Zeit in Österreich sind oder die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten haben, ein erhöhtes Risiko haben in Armutsgefährdung zu verbleiben.

Übersicht 48: Austritt aus Armutsgefährdung und relative Austrittschance nach Geschlecht, Alter und Staatsbürgerschaft 2007

	Armutsgefährdet 2006			
	2007 Armutsgefährdet		2007 Nicht armutsgefährdet	
	in %	Index	in %	Index
Insgesamt	52	100	48	100
Männer				
Zusammen	50	95	50	106
Bis 19 Jahre	47	91	53	110
20 bis 39 Jahre	40	76	60	127
40 bis 64 Jahre	54	104	46	96
65 Jahre +	62	118	38	80
Frauen				
Zusammen	54	104	46	96
Bis 19 Jahre	40	76	60	126
20 bis 39 Jahre	48	92	52	109
40 bis 64 Jahre	53	100	47	99
65 Jahre +	71	136	29	61
Staatsbürgerschaft				
Österreich	53	101	47	99
darunter eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	57	109	43	90
Nicht Österreich	51	97	49	103
davon EU/EFTA	35	67	65	136
davon sonstiges Ausland	56	107	44	93

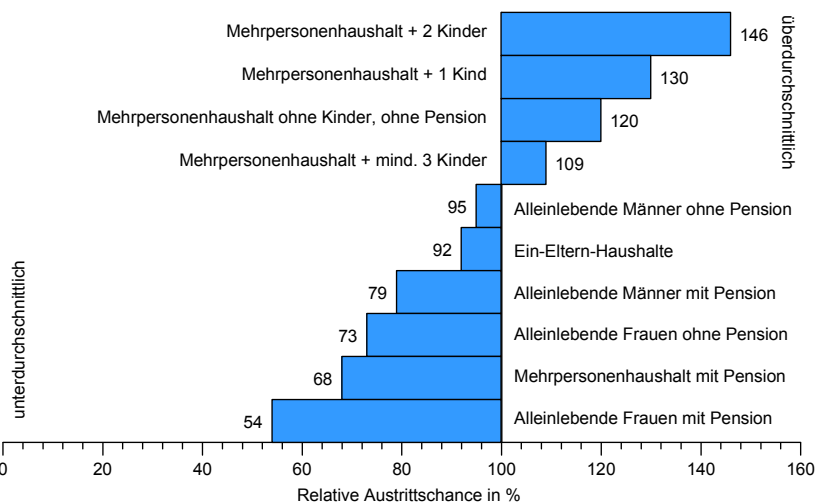
Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2006-2007.

In Grafik 10 wird die relative Austrittschance aus Armutsgefährdung nach Haushaltsform dargestellt. Unterdurchschnittlich häufig verbleiben Personen in Haushalten mit Pension als Haupteinkommensquelle und ohne Kinder, Ein-Eltern-Haushalte und alleinlebende Personen in Armutsgefährdung. Alleinlebende Personen und Ein-Eltern-Haushalte weisen somit ein höheres relatives Risiko auf, in Armutsgefährdung zu geraten, bei gleichzeitig unterdurchschnittlicher Chance, diese auch wieder zu verlassen. Dies trifft vor allem für Frauen zu. Eine höhere Chance, die 2006 aufgetretene Armutsgefährdung im darauffolgenden Jahr zu überwinden, haben Mehrpersonenhaushalte ohne Pension sowohl mit als auch ohne Kinder.

Etwas veränderlicher zeigt sich das Armutsrisiko für Haushalte mit drei und mehr Kindern: Die Armutsgefährdung ist für diese Gruppe immer überdurchschnittlich hoch⁴², scheint jedoch eher ein vorübergehender Zustand zu sein. Das überdurchschnittliche Risiko des Eintritts in Armutsgefährdung geht mit einer überdurchschnittlichen Chance einher, diese auch wieder zu verlassen.

Für Mehrpersonenhaushalte ohne Pension und ohne bzw. mit ein bis zwei Kindern verbindet sich ein unterdurchschnittliches Risiko, in Armutsgefährdung zu geraten, mit einer hohen Chance, diese im Folgejahr wieder zu überwinden.

Grafik 10: Relative Austrittschance aus Armutsgefährdung nach Haushaltsform 2007



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2006-2007. - Personen in Haushalten.

42 Zuletzt 20%, vgl. dazu Kapitel 3.

6. VERSCHULDUNG, ÜBERSCHULDUNG UND FINANZIELLE AUSGRENZUNG⁴³

Im Rahmen von EU-SILC werden seit 2003 Basisinformationen zur Verschuldung österreichischer Privathaushalte erhoben. Die bisherigen Fragenprogramme fokussierten auf Zahlungsrückstände und laufende Kreditverbindlichkeiten für Wohnraum oder Konsum. Mittels umfangreicherer Daten aus dem EU-SILC-Sondermodul 2008 „Überschuldung und finanzielle Ausgrenzung“ ist erstmals eine differenzierte Analyse zur Verschuldung österreichischer Haushalte auf Basis von Mikrodaten möglich.⁴⁴

Aufgrund der Mehrdimensionalität und Interdisziplinarität des Themas existiert eine Vielzahl von Definitionen für Ver- und Überschuldung. Für den folgenden Beitrag wird Verschuldung definiert, „wenn ein Haushalt Schulden hat“ (Streuli 2003, S. 294).

Ein Unterbegriff von Verschuldung ist Überschuldung, womit eine problematische Verschuldungssituation bezeichnet werden kann, die eine finanzielle Belastung eines Akteurs oder Haushalts bedeutet. Im Zentrum vorhandener Definitionen zur Überschuldung steht der Aspekt der Liquidität (vgl. Streuli 2003). Überschuldung meint dann, „daß der monatlich verbleibende freie Einkommensrest geringer ist als die zur Begleichung der monatlichen Verbindlichkeiten notwendige Summe“ (Backert 2001, S. 243). Eine Folge bzw. ein weiteres Merkmal der Überschuldung sind Zahlungsrückstände (vgl. European Commission 2008a).

Mittels des EU-SILC-Sondermoduls 2008 kann über die Erhebung von (i) Zahlungsrückständen eine objektivquantitative und mittels der Variablen zu den (ii) finanziellen Schwierigkeiten und zur finanziellen Belastung eine subjektive, d.h. der Perspektive des Individuums entsprechende, Operationalisierung von Überschuldung angewendet werden.

⁴³ Der Beitrag ist entnommen dem Artikel Angel, Stefan; Einböck, Marina; Heitzmann, Karin (alle Institut für Sozialpolitik der Wirtschaftsuniversität Wien) und Till-Tentschert, Ursula (Statistik Austria) (2009). Verschuldung, Überschuldung finanzielle Ausgrenzung österreichischer Privathaushalte. Ergebnisse aus EU-SILC 2008. In: Statistische Nachrichten 12/2009, Wien.

⁴⁴ Weitere empirische Studien zur Privatverschuldung in Österreich auf Basis von Mikrodaten wurden u.a. von Böhm (1987), Schönbauer (1990), Brandner/Mooslechner (1992) und Beer/Schürz (2007) durchgeführt.

Die Angaben im Kapitel zu Verschuldung beziehen sich zunächst auf Personen bzw. Haushalte mit Kreditverbindlichkeiten. Gemäß den oben angeführten Konzepten von Verschuldung gelten jedoch auch Personen mit Zahlungsrückständen als verschuldet. Als „SchuldnerInnen“ werden deshalb darauffolgend erstens Personen bzw. Haushalte mit Kreditverbindlichkeiten und zweitens zusätzlich Personen bzw. Haushalte ohne Kreditverbindlichkeiten aber mit Zahlungsrückständen bezeichnet (siehe auch Erläuterungen und Definitionen).

Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu berücksichtigen, dass mit EU-SILC die Bestandsgröße des Vermögens nicht erhoben wird, sondern nur die aus dem Vermögen erwachsenden Einkommen (Dividenden, Zinsen etc.). Aussagen über das Nettovermögen (Schulden – Vermögen) und damit über das Reservepotential der Haushalte, Schulden zu begleichen, sind dadurch de facto kaum möglich. Unter der Annahme, dass Haushalte ihren laufenden Schuldenstand mit dem laufenden Einkommen und Vermögen vergleichen, können die Fragen zur subjektiven Belastung durch Rückzahlungsverpflichtungen sowie zu finanziellen Schwierigkeiten jedoch zumindest als Proxy-Variablen für die Beurteilung dieses Reservepotentials herangezogen werden.

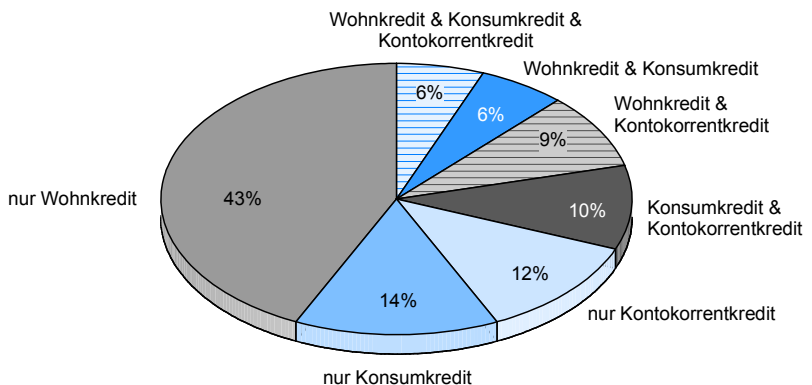
6.1. Verschuldung

Insgesamt waren im Jahr 2008 38% der Haushalte verschuldet, bzw. lebten 46% der Wohnbevölkerung in verschuldeten Haushalten. Verschuldung bezieht sich hierbei auf das Vorhandensein von entweder Kreditverbindlichkeiten für Wohnraum oder von sonstigen Rückzahlungsverpflichtungen („Konsum“). Werden auch jene Haushalte inkludiert, in denen zumindest ein Mitglied sein Konto überzogen hat, erhöht sich der Anteil der Personen in verschuldeten Haushalten auf 51%. Am häufigsten verbreitet sind Kreditschulden für Eigentum. 48% der Bewohnerinnen und Bewohner von eigenen Häusern bzw. Eigentumswohnungen (entspricht 30% der gesamten Wohnbevölkerung) leben in Haushalten mit laufenden Krediten für diesen Wohnraum. Insgesamt lässt

sich somit festhalten, dass die Hälfte der Personen mit Eigentum ihren Wohnraum derzeit mit Fremdkapital finanziert. Die zweithäufigste bzw. dritthäufigste Form der Verschuldung stellen Konsumkredite mit einem Anteil von 19% der Wohnbevölkerung und Kontokorrentkredite (Kontoüberziehung) mit einem Anteil von 18% dar. Auch für die Finanzierung (Schaffung/Sanierung) von Mietwohnungen mussten 11% der Mieterinnen und Mieter Kredite aufnehmen, was 4% der gesamten Wohnbevölkerung entspricht.

Innerhalb der Gruppe der Verschuldeten kann zwischen Haushalten mit unterschiedlichen Kombinationen von Kreditverbindlichkeiten differenziert werden. Eine Kombination mehrerer unterschiedlicher Kreditarten tritt bei insgesamt 31% der verschuldeten Haushalte auf, wobei 6% gleichzeitig sowohl Wohnkredite, Konsumkredite und Kontokorrentkredite aufweisen (Grafik 11).

Grafik 11: Kreditstruktur verschuldeter Haushalte



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Privathaushalte in Österreich.

Eine Aufschlüsselung der Verschuldungshäufigkeit für spezifische sozioökonomische und soziodemographische Gruppen liefert Hinweise für inhaltliche Zusammenhänge und bedingte Verschuldungswahrscheinlichkeiten. Die Verbreitung von Verschuldung bei bestimmten Gruppen spiegelt einerseits den Liquiditätsbedarf, aber andererseits auch den Zugang zu Kreditinstrumenten wider.

Übersicht 49 veranschaulicht, dass der Anteil von Personen in verschuldeten Haushalten mit dem Lebensalter abnimmt. Darüber hinaus ist auch der Anteil von Personen in verschuldeten Haushalten mit Pension deutlich geringer als in Haushalten ohne Pension. 52% bzw. 57% (inkl. Kontokorrentkredit) der 20- bis 39-Jährigen lebten 2008 in Haushalten mit Kreditverbindlichkeiten, während dies nur auf 15% der Personen im Alter von 65 und darüber zutrifft. Eine Diskrepanz zeigt sich vor allem bei den Krediten für Eigentum: Der Unterschied beim relativen Anteil von Personen in verschuldeten Haushalten an der Gesamtbevölkerung zwischen der jüngsten (jünger als 19 Jahre) und der ältesten Bevölkerungsgruppe (65 Jahre und älter) beträgt bei Kreditverbindlichkeiten für Eigentum 53 Prozentpunkte und bei Konsumkrediten 19 Prozentpunkte.

Übersicht 49: Kreditverbindlichkeiten in Österreich (Personen in Privathaushalten) nach Alter, Staatsbürgerschaft und Haushaltstyp

Soziodemographische Merkmale	Gesamt (=100%) in 1.000	Personen in Haushalten mit ...											
		Kredit		Kredit (inkl.Konto- überziehung)		Kredit für Eigen- tum)		Kredit für Miet- wohnung)		Konsumkredit		Konto überzo- gen)	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Insgesamt	8.242	3.778	46	4.197	51	2.483	48	325	11	1.552	19	1.509	18
Alter													
Bis 19 Jahre	1.816	1.118	62	1.214	67	743	67	111	16	455	25	450	25
20 bis 39 Jahre	2.153	1.114	52	1.228	57	675	57	112	11	502	23	464	22
40 bis 64 Jahre	2.897	1.337	46	1.502	52	921	48	86	9	529	18	513	18
65 Jahre und älter	1.376	209	15	253	18	145	14	(16)	(5)	66	5	82	6
Staatsbürgerschaft													
Österreich	7.367	3.401	46	3.742	51	2.362	47	271	11	1.298	18	1.268	17
davon eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	263	115	44	147	56	47	62	18	9	71	27	87	33
Nicht Österreich	874	377	43	455	52	121	57	54	8	254	29	241	28
davon EU/EFTA	270	117	43	135	50	53	53	27	16	55	20	57	21
davon sonstiges Ausland	604	260	43	320	53	68	61	27	6	200	33	185	31
Haushaltstyp													
Haushalt mit Pension	1.640	270	16	321	20	195	16	25	6	77	5	93	6
Alleinlebende Männer	128	16	13	21	17	(7)	(9)	(3)	(5)	(8)	(6)	(8)	(7)
Alleinlebende Frauen	415	39	10	57	14	24	10	(5)	(3)	(12)	(3)	25	6
Mehrpersonenhaushalt	1.096	214	20	243	22	164	19	(18)	(7)	58	5	59	5
Haushalt ohne Pension	6.602	3.508	53	3.876	59	2.289	57	300	12	1.475	22	1.416	21
Alleinlebende Männer	412	158	38	186	45	71	47	(13)	(5)	86	21	74	18
Alleinlebende Frauen	305	86	28	104	34	45	42	16	8	31	10	42	14
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	1.957	867	44	987	50	555	43	52	8	400	20	372	19
Haushalt mit Kindern (ohne Pension)	3.927	2.397	61	2.599	66	1.617	65	219	15	958	24	928	24
Ein-Eltern-Haushalt	320	152	47	181	57	77	64	30	15	60	19	87	27
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	1.351	794	59	874	65	539	61	70	15	325	24	316	23
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	1.502	1.000	67	1.048	70	715	68	74	16	373	25	320	21
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	754	452	60	495	66	287	66	45	14	201	27	205	27

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - 1) prozentuiert nur auf EigentümerInnen Wohnung und Haus. - 2) prozentuiert nur auf MieterInnen. - 3) Kontokorrentkredit. - Die Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zeile weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammt.

Personen in Haushalten mit Kindern und ohne Pension haben um ca. acht Prozentpunkte häufiger Kreditverbindlichkeiten als Haushalte ohne Kinder bzw. um 45 Prozentpunkte häufiger als Haushalte mit Pension. Ordnet man die Haushaltstypen jeweils nach der Häufigkeit von Krediten für Wohnraum und Konsum an, ergeben sich kaum Unterschiede in der Reihenfolge zwischen diesen beiden Kreditformen. Am wenigsten oft sind alleinlebende Frauen (28%), gefolgt von alleinlebenden Männern (38%) mit Schulden konfrontiert. Personen in Mehrpersonenhaushalten mit zwei Kindern sind am häufigsten verschuldet. Ein-Elternhaushalte weisen allerdings deutlich weniger oft Kreditverbindlichkeiten auf als Mehrpersonenhaushalte mit Kindern. Dies kann mit einem schlechteren Zugang zu Kreditdienstleistungen sowie mit geringeren finanziellen Möglichkeiten zur Kredittilgung zusammenhängen. Das zeigt sich auch darin, dass Ein-Elternhaushalte mit 27% am häufigsten ihr Konto überzogen haben.

Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft verzeichnen sowohl bei Krediten für Eigentum als auch bei Konsumkrediten größere relative Häufigkeiten als Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft. Der Unterschied beträgt jeweils ca. zehn Prozentpunkte. Insgesamt leben Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft jedoch geringfügig häufiger in verschuldeten Haushalten (46%) als Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft (43%).⁴⁵

Für die niedrigen Einkommensgruppen mit 28% ist in Übersicht 49 eine geringere Verbreitung von Krediten (ohne Kontoüberziehung) ausgewiesen als für mittlere bzw. hohe Einkommensgruppen, von denen 48% bzw. 50% Kreditverbindlichkeiten aufgenommen haben. Andererseits kommt es bei den niedrigen Einkommensgruppen (bzw. Armutsgefährdeten) mit 23% häufiger zu Kontoüberziehungen als bei Personen aus der höchsten Einkommensgruppe (13%), deren Äquivalenzeinkommen bei mehr als 180% des Medians liegt. Es kann angenommen werden, dass Haushalte bzw.

⁴⁵ Dies ist dadurch erklärbar, dass Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft häufiger sowohl für Konsum als auch für Eigentum verschuldet sind und dadurch weniger Personen in die Zählung der Gesamtzahl eingehen.

Personen mit niedrigen Einkommen weniger stark mit zukünftigen Mehreinkünften rechnen und deshalb weniger häufig zur Kreditverschuldung neigen. Zweitens spiegelt die geringere Häufigkeit bei den niedrigen Einkommensgruppen möglicherweise Restriktionen bei der Vergabe von Krediten wider. Eine Aufschlüsselung nach den Kreditformen zeigt, dass die Differenzen zwischen den Einkommensgruppen vor allem bei den Wohnraumverbindlichkeiten auftreten, wohingegen die Unterschiede bei den Konsumkrediten gering ausfallen. Eine häufigere Verschuldung bei den hohen Einkommensgruppen kann somit auch auf eine größere Anzahl von Wohn- und Hauseigentum in dieser Gruppe zurückzuführen sein. Verschuldung kommt bei Personen, die von einem Teilhabemangel betroffen sind, mehr als doppelt so häufig vor (57%) wie bei Personen mit Einkommensmangel (23%). Betrachtet man ausschließlich die Konsumkreditverbindlichkeiten, so sind Personen mit Teilhabemangel dreimal so oft verschuldet wie Personen mit Einkommensmangel.

Übersicht 50: Kreditverbindlichkeiten nach Einkommensgruppen und Lebenslagen

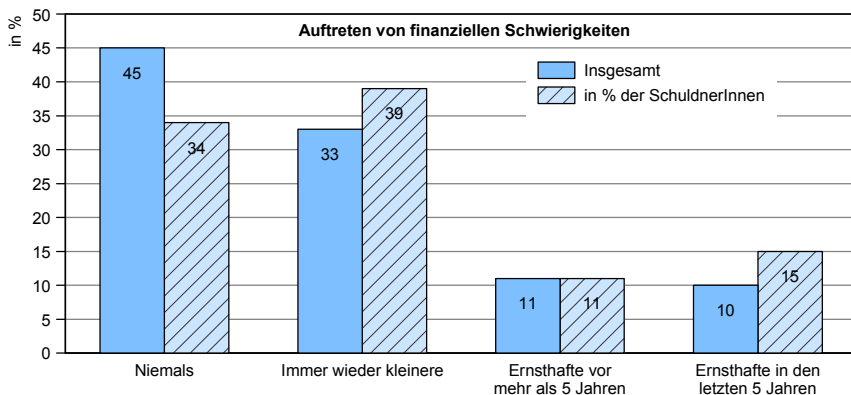
Sozioökonomische Merkmale	Gesamt (=100%) in 1.000	Personen in Haushalten mit ...											
		Kredit		Kredit (inkl. Konto- überziehung)		Kredit für Eigentum ¹⁾		Kredit für Mietwoh- nung ²⁾		Konsumkredit		Konto überzo- gen ³⁾	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Insgesamt	8.242	3.778	46	4.197	51	2.483	48	325	11	1.552	19	1.509	18
Einkommensgruppen⁴⁾													
Niedrig (= armutsgefährdet)	1.018	289	28	412	40	122	27	30	5	163	16	239	23
Mittel	6.474	3.116	48	3.397	52	2.085	50	277	12	1.252	19	1.172	18
Hoch	749	373	50	387	52	276	50	18	9	137	18	98	13
Lebenslagen													
Kein Mangel	6.076	2.834	47	3.024	50	2.042	48	217	12	998	16	772	13
Einkommensmangel	529	124	23	177	34	69	24	17	7	50	10	91	17
Teilhabemangel	1.147	655	57	760	66	320	60	78	13	391	34	498	43
Manifeste Armut	489	165	34	235	48	53	31	13	4	113	23	148	30

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - 1) prozentuiert nur auf EigentümerInnen Wohnung und Haus. - 2) prozentuiert nur auf MieterInnen. - 3) Kontokorrentkredit. - 4) Äquivalenzeinkommen: niedrig:<60% Median, mittel:>=60%-180% des Medians, hoch: >180% des Medians.

6.2. Finanzielle Schwierigkeiten

Die Daten von EU-SILC 2008 zeigen, dass in Österreich 2008 55% der Bevölkerung in Privathaushalten lebten, die in der Vergangenheit ernsthafte oder immer wieder kleinere finanzielle Schwierigkeiten hatten. Dabei existieren beträchtliche Unterschiede zwischen sozioökonomischen Gruppen. 71% der Personen mit hohem Einkommen (>180% des medianen Äquivalenzeinkommens) waren noch niemals mit finanziellen Schwierigkeiten konfrontiert, während dies bei niedrigen Einkommensgruppen nur auf jeden vierten Haushalt zutrifft. Ebenso hatten 19% der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians, das heißt einem Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle in den letzten fünf Jahren⁴⁶ „ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten“, während dies nur bei 5% der Personen mit hohem Einkommen der Fall war. 24% der Ein-Elternhaushalte gegenüber 13% der Mehrpersonenhaushalte mit einem Kind berichteten von ernsthaften finanziellen Schwierigkeiten im selben Zeitraum.

Grafik 12: Finanzielle Schwierigkeiten



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Personen in Haushalten mit finanziellen Schwierigkeiten.

⁴⁶ Fünf Jahre vor dem Befragungszeitpunkt 2008.

Wenn Verschuldung und finanzielle Schwierigkeiten gleichzeitig auftreten, kann dies ein Ausdruck von Liquiditätsproblemen sein und in eine problematische Verschuldungslage führen. Bleibt dieser Zustand längere Zeit aufrecht, wird die Verfestigung einer Überschuldungslage begünstigt. 15% (642.000 Personen) bzw. 11% hatten in den letzten fünf Jahren zumindest einmal oder vor mehr als fünf Jahren ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten (Grafik 12). Knapp 40% standen immer wieder kleineren Problemen gegenüber. 34% aller Schuldner und Schuldnerinnen waren niemals mit finanziellen Schwierigkeiten konfrontiert. Bei einer disaggregierten Betrachtung einzelner Schuldnergruppen zeigt sich, dass 29% der Personen in verschuldeten Ein-Eltern-Haushalten in den letzten fünf Jahren ernsthafte Schwierigkeiten hatten, gefolgt von verschuldeten alleinstehenden Männern ohne Pension (26%). Am seltensten traf dies auf verschuldete Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder (14%) sowie auf Mehrpersonenhaushalte mit zwei oder mehr Kindern zu (13%). Bei Berücksichtigung der Einkommenshöhe zeigt sich ein starker Zusammenhang mit dem Auftreten von finanziellen Schwierigkeiten. 63% der Personen aus der hohen Einkommensgruppe leben in verschuldeten Haushalten, die niemals mit finanziellen Schwierigkeiten konfrontiert waren, während dies nur auf 11% der Personen in der niedrigen Einkommensgruppe zutrifft.

Zur Bewältigung finanzieller Schwierigkeiten im Falle von Verschuldung können die betroffenen Haushalte unterschiedliche Strategien verfolgen und informelle/private sowie formelle/öffentliche Hilfsquellen heranziehen. Wird der Zugang zu bzw. die Nutzung von entsprechenden Unterstützungsangeboten differenziert betrachtet, gewinnt die Thematik auch an sozialpolitischer Relevanz. Übersicht 51 bezieht sich auf Personen in verschuldeten Haushalten mit immer wieder kleineren oder in der Vergangenheit ernsthaften finanziellen Schwierigkeiten. 41% der Schuldnerinnen und Schuldner haben mindestens einmal beim Auftreten von finanziellen Schwierigkeiten Geld von Freundinnen, Freunden oder Verwandten erhalten (geliehen oder geschenkt). Umschuldungen oder sonstige Vereinbarungen mit Geldinstituten wurden von 42% der Verschuldeten versucht. Weitaus seltener suchten verschuldete Personen mit finan-

ziellen Schwierigkeiten schon einmal eine Beratungsstelle (z. B. Schuldnerberatung) auf (7%). Letzteres Angebot wurde bzw. wird vor allem in Wien (14% der Verschuldeten mit finanziellen Schwierigkeiten im Vergleich zu 4% in Regionen mit weniger als 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern) in Anspruch genommen. Verschuldete Personen aus der niedrigsten Einkommensgruppe suchen im Falle finanzieller Schwierigkeiten weitaus häufiger im Freundes- oder Verwandtenkreis um finanzielle Unterstützung (52%) als Personen aus der höchsten Einkommensgruppe (35%). Ein ähnliches Muster zeigt sich auch bei der Inanspruchnahme von Beratungsstellen, wobei die Differenzen zwischen den Einkommensgruppen hier geringer ausfallen. Finanzielle Schwierigkeiten mithilfe eines Geldinstitutes zu regeln, wird von den ausgewiesenen Einkommensgruppen allerdings im gleichen Ausmaß versucht. 48% der verschuldeten Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft wenden sich bei finanziellen Schwierigkeiten an Freunde oder Verwandte, wohingegen dies auf 40% der verschuldeten Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft zutrifft.

Übersicht 51: Umgang mit finanziellen Schwierigkeiten von Schuldnern und Schuldnerinnen

Soziodemographische und ökonomische Merkmale	Gesamt (=100%) in 1.000	Verschuldeter Haushalt hat schon mind. 1x wegen finanzieller Probleme...							
		Geld im Freundes-/Verwandtenkreis geliehen		Vereinbarung mit Bank versucht		Beratungsstelle aufgesucht		Nichts davon trifft zu	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Insgesamt	2.803	1.160	41	1.178	42	200	7	963	34
Einwohnerzahl in der Region									
Wien	539	293	54	246	46	74	14	135	25
>100.000	264	162	61	75	29	27	10	66	25
>10.000	446	180	40	222	50	35	8	142	32
<=10.000	1.554	525	34	635	41	64	4	620	40
Staatsbürgerschaft									
Österreich	2.417	976	40	1.015	42	166	7	855	35
davon eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	117	63	54	69	59	21	18	24	21
Nicht Österreich	386	184	48	163	42	34	9	108	28
davon EU/EFTA	95	54	56	38	40	(8)	(9)	27	29
davon sonstiges Ausland	291	131	45	125	43	26	9	80	28
Haushaltstyp									
Haushalt ohne Pension	2.599	1.093	42	1.094	42	191	7	886	34
Alleinlebende Männer	135	74	55	70	52	(14)	(11)	28	21
Alleinlebende Frauen	74	37	51	23	31	(7)	(9)	23	31
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	652	232	36	317	49	39	6	222	34
Haushalt mit Kindern	1.737	750	43	684	39	130	7	613	35
Ein-Eltern-Haushalt	154	100	65	65	42	15	10	38	24
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	591	234	40	237	40	33	6	225	38
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	621	260	42	239	39	49	8	222	36
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	371	156	42	143	39	33	9	128	35
Einkommensgruppen¹⁾									
Niedrig (= armutsgefährdet)	384	198	52	154	40	74	19	106	28
Mittel	2.277	912	40	965	42	119	5	799	35
Hoch	143	49	35	59	41	(7)	(5)	58	41

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Personen in Haushalten mit finanziellen Schwierigkeiten. SchuldnerIn: zumindest 1 Kredit für Haus, Wohnung, sonstiges oder aktuell Rückstände bei fälligen Zahlungen oder Konto überzogen. - 1) Äquivalenzeinkommen: niedrig: <60% Median; mittel: >=60%-180% des Medians; hoch: >180% des Medians. - Die Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Bezogen auf den Haushaltstyp ergeben sich die größten Gruppenunterschiede bei der Möglichkeit, sich Geld im Freundes- oder Verwandtenkreis auszuborgen. Dies stellt vor allem für verschuldete Ein-Eltern-Haushalte eine verbreitete Strategie im Umgang mit finanziellen Schwierigkeiten dar und wird doppelt so häufig genutzt wie von verschuldeten Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder. Von den betrachteten Haushaltstypen nehmen verschuldete Ein-Eltern-Haushalte auch am häufigsten das Hilfsangebot von Beratungsstellen in Anspruch.

6.3. Überschuldung

Überschuldung, als problematische Verschuldungssituation kann – wie oben erläutert – unter anderem über Variablen zu Zahlungsrückständen operationalisiert werden. 9% der österreichischen Bevölkerung lebten in Haushalten, die zum Zeitpunkt der Befragung und/oder während der davorliegenden zwölf Monate zumindest einmal Zahlungsrückstände aufwiesen (Übersicht 52). 6% waren mit nur einer Zahlung in Verzug, 3% mit mindestens zwei Zahlungen. Die meisten der erfassten Personen wiesen Zahlungsrückstände für laufende Wohnkosten aus (447.000 oder 5%). Immerhin 112.000 Personen konnten Zahlungen für die Wohnraumbeschaffung nicht mehr leisten, bei 456.000 Personen sind sonstige Rechnungen oder Kredite offen.

Übersicht 52: Überschuldung durch Zahlungsrückstände (aktuell oder in den letzten 12 Monaten)

Soziodemographische Merkmale	Gesamt (=100%) in 1.000	Haushalt mit Zahlungs- gen im Rückstand ¹⁾		für Wohnkredit		bei laufenden Wohnkosten		bei sonstigen Rechnungen und Krediten		mit 1. Zahlung		mit 2 und mehr Zahlungen	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Insgesamt	8.242	748	9	112	1	447	5	456	6	500	6	249	3
Alter													
Bis 19 Jahre	1.816	206	11	34	2	129	7	127	7	129	7	77	4
20 bis 39 Jahre	2.153	253	12	30	1	146	7	156	7	178	8	75	3
40 bis 64 Jahre	2.897	256	9	42	1	152	5	157	5	167	6	88	3
65 Jahre und älter	1.376	33	2	(6)	(0)	20	1	15	1	26	2	(8)	(1)
Staatsbürgerschaft													
Österreich	7.367	581	8	107	1	332	5	359	5	382	5	199	3
Nicht Österreich	874	168	19	(5)	(1)	116	13	97	11	118	13	50	6
davon EU/EFTA	270	35	13	(3)	(1)	26	10	17	6	24	9	(11)	(4)
davon sonstiges Ausland	604	133	22	(1)	(0)	90	15	81	13	93	15	39	7
Haushaltstyp													
Haushalt mit Pension	1.640	43	3	(9)	(1)	27	2	18	1	32	2	(10)	(1)
Haushalt ohne Pension	6.602	706	11	102	2	420	6	438	7	467	7	238	4
darunter Haushalt mit Kindern	3.927	417	11	76	2	261	7	253	6	258	7	159	4
Ein-Eltern-Haushalt	320	70	22	9	3	46	14	39	12	48	15	22	7
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	1.351	121	9	30	2	66	5	78	6	70	5	50	4
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	1.502	128	9	28	2	79	5	77	5	78	5	50	3
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	754	98	13	9	1	69	9	58	8	62	8	36	5

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Personen in Haushalten. - 1) Ist aktuell oder war in den letzten 12 Monaten mit Zahlungen im Rückstand. - Die Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zeile weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen < 20 beruhen, werden nicht ausgewiesen.

Mit Blick auf die Staatsbürgerschaft zeigt sich ein im Vergleich zu Österreicherinnen und Österreichern (8%) knapp dreimal so hohes Überschuldungsrisiko von Drittstaatsangehörigen (22%). Etliche von ihnen können Zahlungen für laufende Wohnkosten (15%) bzw. für sonstige Rechnungen oder Kredite (13%) nicht vornehmen. Zudem sind sie – im Vergleich zur Durchschnittsbevölkerung – mehr als doppelt so häufig mit mindestens zwei Zahlungen im Verzug.

Das Verschuldungsrisiko variiert stark mit dem sozioökonomischen Status. So geht ein höherer Bildungsabschluss mit einer geringeren Überschuldungswahrscheinlichkeit einher: 12% aller Personen mit Pflichtschulabschluss, die mit Zahlungen im Verzug waren, stehen 4% mit Universitätsabschluss gegenüber. Bei voller Erwerbstätigkeit aller Haushaltsmitglieder im Erwerbsalter (20 bis 64 Jahre) beträgt die Überschuldungsquote 8%, bei teilweiser Erwerbstätigkeit bereits 11%. Ist keiner der Erwachsenen erwerbstätig, beläuft sich das Überschuldungsrisiko auf 17%. Besonders drastisch ist die Situation für Haushalte, deren Haupteinkommensquelle aus Sozialtransfers (ohne Pensionen) besteht: 28% der Personen in einem derartigen Haushalt sind überschuldet. Zusätzlich zeigt sich, dass bei 10% der Personen der Haushalt mit zumindest zwei Zahlungen im Rückstand war (im Vergleich zu 3% in der Gesamtbevölkerung). Der überproportional hohe Anteil an Zahlungsrückständen für laufende Wohnkosten (19%) und für sonstige Zahlungen und Kredite (18%) unterstreicht die prekäre Lage dieser Personengruppe.

Waren 4% der Personen mit sehr hohen Einkommen zum Befragungszeitpunkt und/oder den vorhergehenden zwölf Monaten mit Zahlungen im Rückstand, so war das entsprechende Risiko bei armutsgefährdeten Personengruppen mit 20% fünfmal so hoch. Diese Gruppe ist auch mehr als doppelt so häufig wie der Durchschnitt mit mindestens zwei Zahlungen in Verzug. Bei länger andauernden Einkommensverhältnissen unter der Armutsgefährdungsschwelle kann es auch zu einer Verfestigung der Armutslage kommen. Von manifester Armut wird gesprochen, wenn zusätzlich zu einem niedrigen Einkommen Einschränkungen in zentralen Lebensbereichen auftreten,

wenn z.B. Heizen oder dringende Ausgaben nicht mehr leistbar sind. Unter den Armutsgefährdeten weisen manifest arme Personen mit 39% ein noch einmal verdoppeltes Überschuldungsrisiko auf. Bemerkenswert ist zudem der hohe Anteil von manifest armen Personen, die mit Zahlungen für die Wohnraumbeschaffung im Rückstand sind (3%). Dabei handelt es sich um eine äußerst heikle Form der Überschuldung, die nicht zuletzt zum Verlust der Wohnung und zur Delogierung führen könnte. Bedenklich ist zudem, dass immerhin 15% der manifest armen Personen mit mindestens zwei Zahlungen im Rückstand waren (ein fünfmal höherer Anteil als in der Bevölkerung insgesamt).

Während eine gruppenspezifische Analyse der Verbreitung von Zahlungsrückständen einen Hinweis auf die Verteilung des Überschuldungsproblems in der österreichischen Bevölkerung gibt, kann die relative Höhe der Überschuldung einen Hinweis auf die Intensität des Problems geben. Im Rahmen der EU-SILC-Befragung gaben Haushalte Auskunft über die Höhe ihrer aktuellen Zahlungsrückstände sowie über die Höhe eines eventuell überzogenen Kontos.

5% oder 380.000 Personen leben in Haushalten, in denen zum Befragungszeitpunkt Zahlungsrückstände vorlagen (Übersicht 54). Der mittlere Anteil (Median) des aktuellen Zahlungsrückstandes belief sich dabei auf 65% des gesamten verfügbaren monatlichen Haushaltseinkommens. Mit anderen Worten: Bei der Hälfte der überschuldeten Privathaushalte machten die Zahlungsrückstände mehr als 65% ihres laufenden Einkommens aus, bei der anderen Hälfte weniger.

Übersicht 53: Überschuldung durch Zahlungsrückstände (aktuell oder in den letzten 12 Monaten) nach sozioökonomischem Status

Sozioökonomische Merkmale	Gesamt (=100%) in 1.000	Haushalt mit Zahlungen im Rückstand ¹⁾		Darunter									
				für Wohnkredit		bei laufenden Wohn- kosten		bei sonstigen Rechnungen und Krediten		mit 1 Zahlung		mit 2 und mehr Zahlungen	
						in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Höchster Bildungsabschluss													
Max. Pflichtschule	1.657	192	12	26	2	122	7	117	7	127	8	65	4
Lehre/mittlere Schule	3.308	270	8	41	1	157	5	165	5	182	5	89	3
Matura	1.228	101	8	14	1	53	4	61	5	77	6	24	2
Universität	679	26	4	(9)	(1)	(11)	(2)	14	2	18	3	(7)	(1)
Erwerbsintensität des Haushalts													
Keine Person im erwerbsfähigen Alter im HH	1.014	20	2	(5)	(0)	13	1	(8)	(1)	15	1	(5)	(1)
Keine Erwerbstätigkeit	772	129	17	10	1	98	13	70	9	81	10	48	6
Teilweise Erwerbstätigkeit	3.019	332	11	61	2	197	7	205	7	214	7	118	4
Volle Erwerbstätigkeit	3.437	267	8	36	1	140	4	173	5	190	6	77	2
Haupteinkommensquelle des Haushalts													
Unselbständige Arbeit	5.131	426	8	71	1	241	5	264	5	288	6	139	3
Selbständige Arbeit	606	84	14	20	3	48	8	50	8	55	9	29	5
Sozialleistungen	641	179	28	10	2	120	19	118	18	112	18	67	10
Pensionen	1.754	52	3	(11)	(1)	33	2	21	1	40	2	(12)	(1)
Private Einkommen	109	(6)	(6)	(0)	(0)	(5)	(5)	(3)	(3)	(5)	(4)	(2)	(2)

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Personen in Haushalten. - Bildung: nur Personen ab 16 Jahren. -1) Ist aktuell oder war in den letzten 12 Monaten mit Zahlungen im Rückstand. - 2) Äquivalenzeinkommen: niedrig: <60% Median; mittel: >=60%-180% des Medians; hoch: >180% des Medians. - Die Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Im Hinblick auf die soziodemographische Zusammensetzung jener Gruppen, die – im Vergleich zur Durchschnittsbevölkerung – einen höheren Überschuldungsgrad aufwiesen, ergeben sich überraschende Erkenntnisse: So sind zum Teil jene Gruppen, die eine überproportional hohe Überschuldungswahrscheinlichkeit haben, in geringerem Ausmaß überschuldet als Personen, deren Überschuldungsrisiko geringer ist. Beispielsweise entspricht der mittlere Anteil des aktuellen Zahlungsrückstandes am Haushaltseinkommen bei jungen Personen dem Durchschnitt (64% bei den bis 19-Jährigen) bzw. ist er sogar unterdurchschnittlich (53% bei den 20- bis 39-Jährigen). Personen, die in Haushalten mit hauptsächlich Pensionseinkommen haben mit 1% am seltensten Rückstände, das Überschuldungsausmaß ist aber deutlich höher als in der Gesamtbevölkerung. Auch bei spezifischen Familienformen zeigen überproportional überschuldete Haushalte, wie Ein-Eltern-Haushalte, unterdurchschnittliche Werte im Hinblick auf die (mittlere) Überschuldungshöhe, wohingegen Familien mit zwei Kindern Zahlungsrückstände aufwiesen, die ihr Haushaltseinkommen um das Dreifache überstiegen. Auch im Hinblick auf die Staatsbürgerschaft zeigt sich, dass das Ausmaß der Überschuldung von Drittstaatsangehörigen (48%) doch deutlich geringer als jenes von Österreicherinnen und Österreichern ist (67%). Ebenso sind Personen mit maximal Pflichtschulabschluss mit einem Überschuldungsgrad von 58%, gemessen am gesamten verfügbaren monatlichen Haushaltseinkommen, unterdurchschnittlich belastet.

Übersicht 54: Anteil der aktuellen Zahlungsrückstände am aktuellen monatlichen Haushaltseinkommen

Soziodemographische und - ökonomische Merkmale	Gesamt (=100%) in 1.000	Haushalt ist aktuell mit Zahlungen im Rückstand		Haushalt hat Konto überzogen		Anteil der Rück- stände am Haushalts- einkommen in %	Anteil neg. Kontostand am Haushalts- einkommen in %
		in 1.000	in %	in 1.000	in %		
Insgesamt	8.242	380	5	1.509	18	65	51
Alter							
Bis 19 Jahre	1.816	110	6	450	25	64	50
20 bis 39 Jahre	2.153	127	6	464	22	53	53
40 bis 64 Jahre	2.897	133	5	513	18	92	55
65 Jahre und älter	1.376	(10)	(1)	82	6	.	.
Staatsbürgerschaft							
Österreich	7.367	272	4	1.268	17	67	52
Nicht Österreich	874	109	12	241	28	56	50
Davon EU/EFTA	270	(13)	(5)	57	21	.	.
Davon sonstiges Ausland	604	96	16	185	31	48	50
Haushaltstyp							
Haushalt mit Pension	1.640	14	1	93	6	(120)	(41)
Haushalt ohne Pension	6.602	366	6	1.416	21	65	53
darunter Haushalt mit Kindern	3.927	224	6	928	24	65	50
Ein-Eltern-Haushalt	320	29	9	87	27	68	85
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	1.351	61	5	316	23	47	41
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	1.502	68	5	320	21	304	47
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	754	66	9	205	27	65	55
Erwerbsintensität des Haushalts							
Keine Person im erwerbsfähigen Alter im HH	1.014	(7)	(1)	55	5	.	.
Keine Erwerbstätigkeit	772	78	10	110	14	100	57
Teilweise Erwerbstätigkeit	3.019	162	5	665	22	65	57
Volle Erwerbstätigkeit	3.437	134	4	680	20	38	48
Einkommensgruppen							
Niedrig (= armutsgefährdet)	1.018	126	12	239	23	100	63
Davon Manifeste Armut	489	124	25	148	30	100	80
Mittel	6.474	246	4	1.172	18	45	50
Hoch	749	(8)	(1)	98	13	.	.

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Personen in Haushalten. - Als Anteil der Zahlungsrückstände wird der mittlere Anteil (Median) ausgewiesen. - Erwerbsintensität: Anteil erwerbstätiger Monate an maximal möglichen Erwerbsmonaten aller Personen im Erwerbsalter im Haushalt im Jahr 2007. Teilzeit erwerbstätige Monate werden als halbe Erwerbsmonate gerechnet. Volle Erwerbstätigkeit: Mehr als 75%. Teilweise: bis zu 75%. Keine: null Erwerbsmonate im Haushalt. - Die Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen < 20 beruhen, werden nicht ausgewiesen.

Im Hinblick auf sozioökonomische Merkmale gibt es zwischen den überproportionalen Überschuldungsrisiken und der Überschuldungshöhe allerdings sehr wohl einen Zusammenhang. Das zeigt sich etwa im Hinblick auf die Erwerbsintensität. Bei voller Erwerbstätigkeit aller Personen im erwerbsfähigen Alter beträgt der mittlere Anteil des aktuellen Zahlungsrückstands am gesamten verfügbaren monatlichen Haushaltseinkommen lediglich 38%, bei keiner Erwerbstätigkeit entspricht er dem laufenden Einkommen. Auch armutsgefährdete Personen in Privathaushalten weisen ein überproportional hohes Überschuldungsausmaß auf, das sich in der Höhe ihres aktuellen Haushaltseinkommens bewegt.

18% oder 1,5 Millionen Menschen lebten in Privathaushalten, in denen zumindest ein Haushaltsmitglied sein Konto überzogen hatte. Der mittlere Anteil des Kontoüberzugs, wieder gemessen am verfügbaren gesamten monatlichen Haushaltseinkommen, betrug 51%. In der Regel knüpfen Banken bzw. Finanzdienstleister sowohl die Möglichkeit zur Kontoüberziehung als auch ihre maximale Höhe an das Einkommenspotenzial ihrer Kundinnen und Kunden: Insofern ist der potenziellen Höhe des Kontoüberzugs eine Grenze gesetzt. Dessen ungeachtet gibt es einige Bevölkerungsgruppen, bei denen der mittlere Anteil des Kontoüberzugs doch deutlich höher als im Durchschnitt ist. Auffallend ist dies insbesondere bei Personen in Ein-Eltern-Haushalten (85%).

6.4. Finanzielle Exklusion

Finanzielle Exklusion bedeutet, keinen oder nur erschwerten Zugang zu wesentlichen Finanzdienstleistungen in einer Gesellschaft zu haben. Als Teilbereich der sozialen Ausgrenzung sind davon Personen bzw. Personengruppen betroffen, die durch die Exklusion von finanziellen Produkten und Dienstleistungen nur erschwert ein normales, d. h. dem durchschnittlichen Lebensstandard eines Landes entsprechendes Leben führen können (vgl. European Commission 2008b, S. 9). Der Zugang zu einem Basis-konto ist zentral, um Überweisungen tätigen und Zahlungsdienste in Anspruch nehmen

zu können. Finanzielle Ausgrenzung ist besonders hier zu beobachten: Kein Konto zu besitzen erschwert es, Gehalt oder andere Einkünfte zu empfangen. Personen ohne Konten sind außerdem Benachteiligungen im täglichen Leben ausgesetzt. So können regelmäßige Zahlungen wie Miete, Heizung, Internet, Fernsehen oder Versicherungen nicht per Überweisung über das Konto erfolgen. Zusätzlich sind diese Personen auch einem höheren Kosten- und Zeitaufwand ausgesetzt: Jede einzelne ihrer Zahlungsverpflichtungen muss per Zahlschein eingezahlt bzw. bar ausbezahlt werden. Auch für den Zugang zu formellen Sparmöglichkeiten ist ein Konto relevant. Keinen Zugang zu einem Konto zu haben, erschwert somit Geld für geplante Ausgaben zu sparen.

Jede 55. Person in Österreich (2% der Bevölkerung in Privathaushalten) lebt in einem Haushalt ohne Konto (Übersicht 55). Am häufigsten davon betroffen sind Armutsgefährdete (6%) und Personen in der Altersgruppe 65+ (5%). So besitzen 59.000 Personen aus der niedrigen Einkommensgruppe (i.e. armutsgefährdete Personen) und 30.000 alleinlebende Frauen mit Pension kein Konto (7%). Ein nicht vorhandenes Konto tritt häufiger bei Personen in Haushalten ohne Erwerbstätigkeit (5%) auf als bei Personen, in deren Haushalt zumindest teilweise Erwerbstätigkeit (1%) gegeben ist. Gerade armutsgefährdete Personengruppen sind jene, die am häufigsten kein Konto besitzen: Unter den manifest Armen, also jenen Personen, die sowohl einem niedrigen Einkommen als auch einem niedrigen Lebensstandard ausgesetzt sind, gaben 8% an, kein Konto zu besitzen.

Übersicht 55: Finanzielle Exklusion

Soziodemographische und -ökonomische Merkmale	Gesamt (=100%) in 1.000	Kein Konto im Haushalt		Keine Haushalts- versicherung		Keine Kreditkarte im Haushalt	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Insgesamt	8.242	150	2	461	6	3.882	47
Alter							
Bis 19 Jahre	1.816	24	1	126	7	844	46
20 bis 39 Jahre	2.153	25	1	133	6	938	44
40 bis 64 Jahre	2.897	36	1	159	5	1.225	42
65 Jahre und älter	1.376	64	5	43	3	875	64
Staatsbürgerschaft							
Österreich	7.367	133	2	273	4	3.382	46
Davon eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	263	(6)	(2)	61	23	173	66
Nicht Österreich	874	17	2	188	21	500	57
Davon EU/EFTA	270	(5)	(2)	19	7	98	36
Davon sonstiges Ausland	604	13	2	169	28	402	67
Haushaltstyp							
Haushalt mit Pension	1.640	71	4	59	4	998	61
Alleinlebende Männer	128	(6)	(5)	(11)	(9)	87	68
Alleinlebende Frauen	415	30	7	28	7	325	78
Mehrpersonenhaushalt	1.096	34	3	20	2	586	53
Haushalt ohne Pension	6.602	79	1	402	6	2.884	44
Alleinlebende Männer	412	(14)	(3)	35	9	206	50
Alleinlebende Frauen	305	(4)	(1)	22	7	145	48
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	1.957	(15)	(1)	84	4	813	42
Haushalt mit Kindern (ohne Pension)	3.927	46	1	260	7	1.719	44
Ein-Eltern-Haushalt	320	(6)	(2)	40	13	204	64
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	1.351	(13)	(1)	74	5	561	42
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	1.502	12	1	63	4	605	40
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	754	15	2	83	11	350	46
Einkommensgruppen							
Niedrig (= armutsgefährdet)	1.018	59	6	215	21	723	71
Mittel	6.474	91	1	245	4	3.039	47
Hoch	749	(0)	(0)	(1)	(0)	120	16
Armutslagen							
Kein Mangel	6.076	65	1	109	2	2.410	40
Einkommensmangel	529	19	4	62	12	342	65
Teilhabemangel	1.147	26	2	137	12	749	65
Manifeste Armut	489	39	8	153	31	381	78

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Haushaltsmerkmal, Personen in Haushalten. Keine Haushaltsversicherung aus finanziellen Gründen. - Die Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammt.

Als zweiter Indikator zur finanziellen Ausgrenzung in Österreich wurde im Rahmen der EU-SILC-Befragung als wesentliche Finanzdienstleistung die „Nicht-Leistbarkeit“ einer Haushaltsversicherung gewählt. Eine Haushaltsversicherung schützt gegen das Risiko des Verlustes von materiellen Gütern in der Wohnung bzw. im Haus durch Feuer, Sturm, Einbruch, Wasserschäden etc. Oftmals ist auch eine Haftschutzversicherung integriert, die gegen Schäden, die man anderen Personen zufügt, versichert. Insgesamt besitzen 940.000 Personen (11%) in Österreich keine Haushaltsversicherung. Rund die Hälfte gibt an, dass ihr Haushalt aus finanziellen Gründen diese nicht abschließen kann. Das entspricht rund 461.000 Personen in Privathaushalten in Österreich (6%).

Während die Staatsbürgerschaft keinen Unterschied beim Zugang zu einem Konto erkennen lässt, zeigt sich beim Abschluss einer Haushaltsversicherung ein anderes Bild: 4% der Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft können sich keine Haushaltsversicherung leisten, bei Personen nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft sind dies 21%. Unterschiede ergeben sich auch innerhalb der Gruppe mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft: 28% der Drittstaatsangehörigen können aus finanziellen Gründen keine Haushaltsversicherung abschließen, während nur 7% der Personen aus EU/EFTA Ländern aus diesem Grund nicht versichert sind. Die Höhe des Einkommens weist einen deutlichen Zusammenhang mit der Möglichkeit eine Haushaltsversicherung abzuschließen auf: 21% der Armutsgefährdeten können sich keine Haushaltsversicherung leisten, während dies Haushalte mit einem mittlerem Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle nur mehr zu 4% angeben. 14% der Personen ohne erwerbstätige Person im Haushalt haben keinen Zugang zu einer Haushaltsversicherung. Bei zumindest teilweiser Erwerbstätigkeit im Haushalt halbiert sich der Anteil auf 7%. Die Gruppe manifest Armer weist mit 31% einen überproportional hohen Anteil ohne Haushaltsversicherung im Vergleich zur Gesamtbevölkerung aus. Bezogen auf den Haushaltstyp zeigt sich, dass Ein-Eltern-Haushalte und Mehrpersonenhaushalte mit mindestens drei Kindern mit 13% bzw. 11% überdurchschnittlich häufig keine Haushaltsversicherung aus finanziellen Gründen abgeschlossen

haben. Als dritter Indikator für finanzielle Ausgrenzung ist der Zugang zu adäquaten Kreditmöglichkeiten zu nennen. Weniger als 1% der befragten Haushalte gaben an, trotz Notwendigkeit keinen Kredit erhalten zu haben. Aufgrund der geringen Fallzahlen kann darüber keine Hochrechnung erstellt werden. Als weitere Einschränkung der Kreditmöglichkeiten kann daher in Folge nur der Zugang zu einer Kreditkarte im Haushalt dargestellt werden. Kredite in ihren unterschiedlichen Formen ermöglichen es dem Haushalt, temporäre Zahlungsschwierigkeiten auszugleichen, Einkommenschocks zu überbrücken und Zugang zu Produkten bzw. Investitionen zu eröffnen, die weitere Einkommensmöglichkeiten bieten (vgl. European Commission 2008b, S. 13; Weltbank 2005, S. 5).

Während rund 2% der österreichischen Bevölkerung kein Konto und 11% keine Haushaltsversicherung haben, lebt fast die Hälfte (47%) der österreichischen Bevölkerung in Haushalten ohne Kreditkarte. Damit hat der Nicht-Besitz einer Kreditkarte eine deutlich geringere Bedeutung für finanzielle Ausgrenzungen. In Österreich besitzen häufiger ältere Personen aber auch armutsgefährdete Personen und Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft keine Kreditkarte. 64% der Personen in der Gruppe der über 65-Jährigen besitzen keine Kreditkarte. Unterschiede ergeben sich wiederum mit Bezug auf die Staatsbürgerschaft: Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft besitzen häufiger eine Kreditkarte (64%) als jene mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft (43%). Betrachtet man den Haushaltstyp, so besitzen Ein-Eltern-Haushalte am seltensten Kreditkarten (36%), während 60% der Mehrpersonenhaushalte mit zwei Kindern eine Kreditkarte besitzen. Bei einem Vergleich der Einkommensgruppen zwischen den Haushalten zeigt sich, dass 71% der armutsgefährdeten Personen keine Kreditkarte besitzen. Im Gegensatz dazu gaben nur 16% der Personen in der hohen Einkommensgruppe an, keine zu besitzen. Auch beim dritten Indikator für finanzielle Ausgrenzung sind gerade von Armut betroffene Haushalte stark vertreten: 78% der manifest Armen, 65% der Personen mit Teilhabemangel und 65% der Personen, die einem Einkommensmangel ausgesetzt sind, verfügen über keine Kreditkarte.

7. INDIKATOREN ZU ARMUT UND SOZIALER EINGLIEDERUNG

7.1. Der politische Hintergrund

Seit dem Inkrafttreten des Vertrages von Amsterdam im Jahr 1999 ist Soziales formell stärker in die politische Agenda der europäischen Union eingebunden, indem das Abkommen über Sozialpolitik in den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft integriert wurde. Auch de facto wurden seit damals die Anstrengungen zu einer gemeinsamen Sozialpolitik verstärkt, was sich in einem erhöhten Bedarf an Informationen zur sozialen Lage in den Mitgliedstaaten niederschlug.

Im März 2000 hat der Europäische Rat von Lissabon festgestellt, dass das Ausmaß von Armut und sozialer Ausgrenzung nicht hingenommen werden kann und deshalb Schritte unternommen werden müssen, um bis 2010 die Beseitigung von Armut entscheidend voranzubringen. Beim Rat von Nizza im Dezember 2000 wurde dieses Ziel bestätigt und die Umsetzung im Rahmen der Offenen Methode der Koordinierung (OMK) beschlossen. Kernelemente sind gemeinsame Ziele der Sozialpolitik in der EU, die Entwicklung nationaler Aktionspläne sowie die periodische Berichterstattung über den Fortschritt.

7.2. Indikatoren zur Messung der Ziele der sozialpolitischen Agenda der EU

Um den Erfolg der Staaten hinsichtlich der Beseitigung von Armut vergleichend messbar zu machen, wurde vom Europäischen Rat von Laeken im Dezember 2001 ein erstes Set aus 18 gemeinsamen statistischen Indikatoren zur sozialen Eingliederung beschlossen, das die vier Bereiche finanzielle Armut, Beschäftigung, Gesundheit und Bildung abdeckte und so auch die Multidimensionalität von sozialer Exklusion deutlich machte. Die Untergruppe Indikatoren (Indicators Sub-Group, ISG) des Ausschusses für Sozialschutz (Social Protection Committee, SPC) hat seitdem an der Weiterentwicklung

und Zusammenführung der Indikatoren gearbeitet und eine revidierte Fassung der Indikatorenliste wurde im Juli 2003 im Sozialschutzausschuss beschlossen. Im Juni 2006 verabschiedete der Ausschuss für Sozialschutz einen Satz gemeinsamer Indikatoren für den Koordinierungsprozess in den Bereichen Sozialschutz und soziale Eingliederung. Er besteht aus 14 umfassenden Indikatoren (die sogenannten „Overarching Indicators“) und 11 kontextuellen Indikatoren, mit denen die übergreifenden Ziele (a) „sozialer Zusammenhalt“ und (b) „Interaktion mit den strategischen Wachstums- und Beschäftigungszielen von Lissabon“ erfasst werden sollen, sowie den Indikatoren der drei Aktionsbereiche „soziale Eingliederung“, „Renten“ sowie „Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege“.

Die Indikatorenliste zur sozialen Eingliederung ist eine andere Weiterentwicklung der ursprünglichen Laeken-Indikatoren und besteht derzeit aus 11 Primär-, 3 Sekundär- und 11 Kontextindikatoren. Einige der ursprünglichen Laeken-Primärindikatoren sind nun Sekundärindikatoren, andere sind ins Portfolio der umfassenden Indikatoren verschoben worden, weil sie besser als Überblicksindikatoren für sozialen Zusammenhalt genutzt werden können, einige wurden als redundant erkannt und gestrichen⁴⁷. Indikatoren, die sowohl für soziale Eingliederung als auch in der Interaktion mit dem Bereich Beschäftigung und Wachstum relevant sind, sind sowohl im Portfolio der umfassenden als auch der Sozialen Eingliederungsindikatoren enthalten.

Die Indikatorenlisten sowie die jeweiligen Werte können bei Eurostat unter folgender Website eingesehen werden: OMC (Open Method of Coordination on Social Inclusion and Social Protection)⁴⁸, dort sind auch Zeitreihen für alle EU-Staaten verfügbar.

⁴⁷ Aus EU-SILC gestrichen: dauerhafte Armutsgefährdung bei 50% des Medians.

⁴⁸ http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/employment_and_social_policy_indicators/omc_social_inclusion_and_social_protection (12.10.2009)

7.3. Indikatoren aus EU-SILC für Österreich

In der folgenden Tabelle werden die mit EU-SILC für Österreich berechneten Indikatoren zu Armut und sozialer Eingliederung für die Jahre 2007 und 2008 dargestellt. Die Liste entspricht den in früheren Publikationen an dieser Stelle erscheinenden Laeken-Indikatoren, ist aber in der Nummerierung an die Listen der umfassenden Indikatoren (OV + Nummer) bzw. der Sozialen Eingliederungsindikatoren (SP + Nummer) angepasst. Zusätzlich zu den Werten für 2008 sind Kennziffern der Schwankungsbreite angegeben: der Standardfehler sowie ein Konfidenzintervall bei 95%iger Sicherheit (=Irrtumswahrscheinlichkeit von 5%). Diese Varianzschätzungen basieren auf der von Eurostat empfohlenen Methode der Linearisierung. Eine Dokumentation der Methodik der Varianzschätzungen findet sich im Bericht des Jahres 2004. Die von Eurostat vorgegebene Berechnung der Gliederungsmerkmale ist im Kapitel Erläuterungen und Definitionen beschrieben.

Übersicht 56: Ausgewählte Indikatoren zu Armut und sozialer Eingliederung

Indikatoren			2007*	2008	Absolutzahl 2008 in 1.000	Schwankungsbreite 2008		
						Standard- fehler	95% Konfidenzintervall untere Grenze	obere Grenze
OV-1a	SI-P1	Armutsgefährdungsquote nach Sozialtransfers, in %	12,0	12,4	1.018	0,5	11,4	13,3
		nach Alter und Geschlecht						
		Männer gesamt	10,6	11,2	451	0,5	10,2	12,2
		Frauen gesamt	13,4	13,5	568	0,5	12,4	14,5
		Gesamt 0-17 Jahre	14,8	14,9	239	1,1	12,8	17,0
		Gesamt 18-24 Jahre	12,5	11,2	84	1,0	9,1	13,2
		Gesamt 25-49 Jahre	10,2	10,7	321	0,6	9,6	11,8
		Gesamt 50-64 Jahre	10,7	11,1	169	0,7	9,6	12,6
		Gesamt 65+ Jahre	14,2	15,0	206	1,0	13,1	16,9
		Gesamt 18+ Jahre	11,4	11,7	780	0,4	10,9	12,6
		Gesamt 18-64 Jahre	10,7	10,9	573	0,5	10,0	11,8
		Gesamt 0-64 Jahre	11,6	11,8	812	0,5	10,8	12,9
		Männer 18-24 Jahre	9,4	10,9	43	1,3	8,4	13,5
		Männer 25-49 Jahre	9,1	9,7	144	0,6	8,5	10,8
		Männer 50-64 Jahre	10,2	10,8	81	0,9	9,1	12,5
		Männer 65+ Jahre	9,5	11,7	68	1,1	9,7	13,8
		Männer 18+ Jahre	9,4	10,5	335	0,4	9,6	11,3
		Männer 18-64 Jahre	9,4	10,2	267	0,5	9,2	11,1
		Männer 0-64 Jahre	10,8	11,1	383	0,6	10,0	12,2
		Frauen 18-24 Jahre	15,7	11,4	41	1,4	8,6	14,2
		Frauen 25-49 Jahre	11,2	11,8	177	0,6	10,5	13,0
		Frauen 50-64 Jahre	11,2	11,4	88	0,9	9,7	13,1
		Frauen 65+ Jahre	17,6	17,3	139	1,1	15,1	19,6
		Frauen 18+ Jahre	13,2	12,9	445	0,5	12,0	13,9
		Frauen 18-64 Jahre	11,9	11,6	306	0,5	10,6	12,6
		Frauen 0-64 Jahre	12,4	12,5	429	0,6	11,4	13,7
	SI-S1a	nach Haushaltstyp						
		Alleinlebend < 65 Jahre	18,0	17,8	94	1,1	15,6	20,0
		Alleinlebend 65+ Jahre	24,1	22,7	106	1,7	19,4	26,1
		Alleinlebend Männer	14,4	16,2	88	1,3	13,6	18,9
		Alleinlebend Frauen	24,5	22,2	160	1,3	19,6	24,8
		Alleinlebend gesamt	20,3	19,6	248	1,0	17,8	21,5
		2 Erwachsene, keine Kinder, beide < 65	10,3	8,3	86	0,8	6,6	9,9
		2 Erwachsene, keine Kinder, zumindest eine Person 65+	9,3	12,4	100	1,2	10,0	14,9
		Andere Haushalte ohne Kinder	4,5	6,5	68	1,3	3,9	9,1
		Ein-Eltern-Haushalt, zumindest ein Kind	31,1	26,3	91	3,2	19,9	32,6
		2 Erwachsene, 1 Kind	9,0	9,3	85	1,2	7,0	11,6
		2 Erwachsene, 2 Kinder	10,4	10,8	134	1,3	8,3	13,4
		2 Erwachsene, mind. 3 Kinder	19,3	21,3	135	2,8	15,9	26,8
		Andere Haushalte mit Kindern	7,0	7,6	72	1,4	4,7	10,4
		Haushalte ohne Kinder	11,6	12,1	501	0,5	11,0	13,1
		Haushalte mit Kindern	12,5	12,7	518	0,8	11,1	14,2
	SI-S1b	nach Erwerbsintensität (w) des Haushalts						
		Haushalte ohne Kinder, w = 0	23,3	24,1	141	1,8	20,5	27,7
		Haushalte ohne Kinder, 0 < w < 1	7,1	10,4	125	1,1	8,2	12,7
		Haushalte ohne Kinder, w = 1	4,5	3,5	48	0,5	2,6	4,5
		Haushalte mit Kindern, w = 0	55,6	60,9	124	5,4	50,3	71,5
		Haushalte mit Kindern, 0 < w < 0,5	27,7	29,6	78	5,4	19,1	40,1
		Haushalte mit Kindern, 0,5 <= w < 1	12,2	12,5	219	1,4	9,8	15,2
		Haushalte mit Kindern, w = 1	5,8	5,1	96	0,7	3,7	6,6
	SI-S1c	nach Hauptaktivität und Geschlecht						
		Beschäftigt	6,1	6,3	228	0,4	5,6	7,1
		Arbeitslos	41,6	41,0	94	3,2	34,6	47,3
		In Pension	12,1	13,1	230	0,7	11,7	14,6

Indikatoren			2007*	2008	Absolutzahl 2008 in 1.000	Schwankungsbreite 2008		
						Standard- fehler	95% Konfidenzintervall	
							untere Grenze	obere Grenze
		Andere Inaktive	20,6	21,9	214	1,2	19,6	24,1
		Männer beschäftigt	6,3	6,3	128	0,4	5,4	7,2
		Männer arbeitslos	42,1	49,0	62	4,6	39,9	58,1
		Männer in Pension	9,7	11,6	93	0,9	9,8	13,4
		Männer andere Inaktive	14,8	22,9	46	2,4	18,3	27,5
		Frauen beschäftigt	5,7	6,4	100	0,5	5,4	7,4
		Frauen arbeitslos	41,1	31,0	32	4,1	23,0	39,0
		Frauen in Pension	14,1	14,4	137	0,9	12,6	16,2
		Frauen andere Inaktive	22,0	21,6	168	1,2	19,2	24,0
	SI-S1d	nach Rechtsverhältnis an der Wohnung						
		Eigentümer oder mietfrei	8,9	8,8	460	0,5	7,8	9,8
		Mieter	17,8	18,5	559	1,0	16,5	20,4
OV-1a	SI-P1	Armutsgefährdungsschwelle (illustrative Werte), in Euro						
		Einpersonenhaushalt	10.892	11.406		95	11.220	11.593
		2 Erwachsene, 2 Kinder	22.873	23.953		200	23.562	24.345
OV-2	SI-C1	Ungleichheit der Einkommensverteilung, Anteilsverhältnis der Einkommensquintile						
		S80/S20	3,8	3,7	8.242	0,2	3,3	4,1
OV-1b	SI-P3	Relativer Medianwert der Armutsgefährdungslücke nach Alter und Geschlecht, in %						
		Gesamt	17,0	15,3	1.018	0,8	13,7	16,8
		Männer gesamt	18,7	15,7	451	1,0	13,8	17,6
		Frauen gesamt	15,9	15,2	568	0,7	13,8	16,6
		Gesamt 0-17 Jahre	18,7	16,3	239	1,6	13,2	19,3
		Gesamt 18-64 Jahre	21,4	17,5	573	1,1	15,3	19,7
		Gesamt 65+ Jahre	12,0	13,8	206	0,8	12,2	15,4
		Gesamt 18+ Jahre	16,0	15,2	780	0,7	14,0	16,5
		Männer 18-64 Jahre	22,4	19,8	267	1,5	16,9	22,7
		Männer 65+ Jahre	11,7	13,8	68	1,4	10,9	16,6
		Männer 18+ Jahre	19,2	15,9	335	0,9	14,1	17,8
		Frauen 18-64 Jahre	19,8	16,0	306	1,1	13,8	18,2
		Frauen 65+ Jahre	12,1	13,9	139	0,9	12,2	15,5
		Frauen 18+ Jahre	14,9	14,9	445	0,6	13,6	16,1
	SI-S1e	Streuung um die Armutsgefährdungsschwelle, in %						
		40% des Medians	3,4	2,4	201	0,2	2,0	2,9
		50% des Medians	6,1	5,8	474	0,4	5,0	6,5
		70% des Medians	19,5	20,1	1.654	0,6	18,9	21,2
OV-9	SI-C5	Armutsgefährdungsquote bei zeitlicher Verankerung der Armutsgefährdungsschwelle, in %						
			13,3	12,8	1.058	0,5	11,8	13,8
OV-C11	SI-C6	Armutsgefährdungsquote vor Sozialtransfers nach Alter und Geschlecht, in %						
		Alters- und Hinterbliebenenleistungen zählen nicht als Sozialtransfers						
		Gesamt	24,8	24,5	2.016	0,6	23,2	25,7
		Männer gesamt	23,5	23,4	940	0,7	22,1	24,6
		Frauen gesamt	26,0	25,5	1.076	0,7	24,2	26,8
		Gesamt 0-17 Jahre	36,1	36,1	579	1,4	33,4	38,8
		Gesamt 18-64 Jahre	23,3	22,9	1.203	0,6	21,7	24,0
		Gesamt 65+ Jahre	17,2	17,0	233	1,0	15,0	18,9
		Gesamt 18+ Jahre	22,1	21,6	1.437	0,5	20,6	22,7
		Männer 18-64 Jahre	22,0	22,1	581	0,6	20,9	23,4
		Männer 65+ Jahre	12,3	12,6	72	1,1	10,5	14,7
		Männer 18+ Jahre	20,3	20,4	654	0,5	19,3	21,5
		Frauen 18-64 Jahre	24,6	23,6	622	0,7	22,3	24,9
		Frauen 65+ Jahre	20,7	20,1	161	1,2	17,8	22,4
		Frauen 18+ Jahre	23,7	22,8	783	0,6	21,6	23,9
		Alters- und Hinterbliebenenleistungen zählen als Sozialtransfers						
		Gesamt	43,6	42,5	3.504	0,7	41,1	43,9
		Männer gesamt	40,2	39,5	1.588	0,7	38,1	40,9
		Frauen gesamt	46,8	45,4	1.915	0,8	43,9	46,9

Indikatoren			2007*	2008	Absolutzahl 2008 in 1.000	Schwankungsbreite 2008		
						Standard- fehler	95% Konfidenzintervall	
							untere Grenze	obere Grenze
		Gesamt 0-17 Jahre	39,0	38,8	622	1,4	36,0	41,6
		Gesamt 18-64 Jahre	33,2	31,9	1.680	0,7	30,6	33,2
		Gesamt 65+ Jahre**	89,1	87,3	1.201	0,9	85,6	89,0
		Gesamt 18+ Jahre	44,7	43,4	2.881	0,6	42,2	44,6
		Männer 18-64 Jahre	30,4	29,5	775	0,7	28,2	30,9
		Männer 65+ Jahre	87,8	86,8	500	1,1	84,6	89,0
		Männer 18+ Jahre	40,5	39,8	1.275	0,6	38,6	41,1
		Frauen 18-64 Jahre	36,1	34,3	905	0,7	32,9	35,7
		Frauen 65+ Jahre**	90,0	87,7	701	1,0	85,7	89,7
		Frauen 18+ Jahre	48,5	46,7	1.606	0,6	45,5	48,0
	SI-C2	Ungleichheit der Einkommensverteilung, Gini-Koeffizient						
		Gini-Koeffizient	26,1	26,1	8.242	0,6	24,9	27,3
OV-11	SI-C8	Armutsgefährdungsquote von Erwerbspersonen, in %						
		Gesamt	5,8	5,9	198	0,4	5,2	6,6
		Vollzeit	5,3	5,6	151	0,4	4,8	6,3
		Teilzeit	8,1	7,3	47	0,8	5,7	8,9
	SI-P2	Dauerhafte Armutsgefährdung						
		2004-2007***	5,1					

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2007 und 2008, Stand 25. September 2009. - OV...Overarching Indicator, SI...Social Inclusion Indicator (P bezeichnet Primär-, S Sekundär- und C Kontextindikatoren). - * Gegenüber den bisher für 2007 publizierten Ergebnissen ergeben sich geringfügige Abweichungen: Gemäß geänderten Eurostat-Vorgaben werden Sachleistungen (mit Ausnahme Firmen-PKW) nicht mehr im Unselbständigeneinkommen berücksichtigt. Näheres ist im Kapitel 5 nachzulesen. - ** Varianzschätzung mit Bootstrap anstatt Linearisierung. - *** Derzeit ist noch keine Varianzschätzung für den Längsschnittindikator verfügbar.

8. LITERATUR

VERWENDETE LITERATUR

Backert, W. (2001). Armutsrisiko: Überschuldung, in: Barlösius, E./Ludwig-Mayerhofer, W. (Hrsg.): Die Armut der Gesellschaft. Opladen. S. 243 – 261.

Beer, C./Schürz, M. (2007). Charakteristika der Verschuldung der privaten Haushalte in Österreich. Ist die Verschuldung ein Problem für die Finanzmarktstabilität? In: OENB (Hrsg.): Geldpolitik und Wirtschaft Quartal 02 2007. Wien. S. 62 – 83.

Böhm, R. (1987). Salzburger Haushalte in den roten Zahlen: ein Jahr Schuldnerberatung in der Konsumentenberatung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg. Salzburg

Brandner, P./Mooslechner, P. (1992). Ökonomische Aspekte der Verschuldung privater Haushalte. WIFO Wien. Wien.

European Commission (2008a). Towards a common operational European Definition of Over-indebtedness.

European Commission (2008b). Financial Service Provision and Prevention on Financial Exclusion.

Expert Group on Household Income Statistics (2001). Canberra Group: Final Report and Recommendations. Ottawa.

Gordon, D. et al (2000). Poverty and Social Exclusion in Britain. Joseph Rowntree Foundation. York.

Lamei, N./Till-Tentschert, U. (2005). Messung von Armutsgefährdung und Deprivation. In: Statistische Nachrichten 4/2005. Wien. S. 349-359.

Rechnungshof (2008). Bericht des Rechnungshofes über die durchschnittlichen Einkommen der Bevölkerung gemäß Artikel 1 § 8 Bezügebegrenzungs-gesetz, BGBl. I Nr.64/1997 2006 und 2007. (Allgemeiner Einkommensbericht 2008). Wien.

Schönbauer, U. (1990). Konsumentenkredite: zwischen Wunderwelt und Offenbarungseid. Institut für Gesellschaftspolitik. Wien

Statistik Austria (2005). Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2003 in Österreich. Wien.

Statistik Austria (2006). Verdienststrukturerhebung. Struktur und Verteilung der Verdienste in Österreich. Wien.

Statistik Austria (2007). Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2005 in Österreich. Wien.

Statistik Austria (2008). Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2006 in Österreich. Wien.

Statistik Austria (2009a). Arbeitsmarktstatistik. Jahresergebnisse 2008. Mikrozensus Arbeitskräfteerhebung. Schnellbericht 5.8. Wien.

Statistik Austria (2009b). Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2007 in Österreich. Wien.

Statistik Austria (2009c). Methoden und Vergleiche zu EU-SILC 2008. Wien.
www.statistik.at unter Statistiken - Soziales - Armut und soziale Eingliederung

Statistik Austria (2009d). Tabellenband zu EU-SILC 2008. Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Wien. www.statistik.at unter Statistiken - Soziales - Armut und soziale Eingliederung

Streuli, E. (2003). In Ermangelung finanzieller Ressourcen: Privatverschuldung in der Schweiz. In: Swiss Journal of Sociology, Jg. 29, Heft 2. Zürich. S. 293 – 317

Till-Tentschert, U./Weiss, H. (2008). Merkmale deprivierter Lebensführung in Österreich. Armutslagen und Chancen für Eingliederung in Österreich. Arbeitspapier 1. Wien.

Townsend, P. (1979). Poverty in the United Kingdom. A Survey of Household Resources and Standards of Living. Berkeley, University of California.

Verma, V. (2001). EU-SILC Sampling Guidelines. Macro International Inc. London.

Weltbank (2005). Indicators of Financial Access – Household – Level Surveys.
http://siteresources.worldbank.org/FINANCIALSECTOR/539914-1118439900885/20700929/Indicators_of_Financial_Access_Household_Level_Surveys.pdf (27.11.2009)

JÄHRLICHE BERICHTE DER STATISTIK AUSTRIA ZU EU-SILC 2003 BIS 2007

Die jährlichen Publikationen „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC“ sind abrufbar unter:

http://www.statistik.at/web_de/frageboegen/private_haushalte/eu_silc/index.html#index10 (27.11.2009)

Die Standard-Dokumentationen mit Metainformationen (Definitionen, Erläuterungen, Methoden, Qualität) zu EU-SILC sind abrufbar unter:

http://www.statistik.at/web_de/dokumentationen/Soziales/index.html (30.10.2009).

BERICHTE UND PUBLIKATIONEN ZU EU-SILC

Angel, S. (2008). Sozioökonomische und soziodemographische Aspekte der Verschuldung privater Haushalte in Österreich. Diplomarbeit. Wirtschaftsuniversität Wien. Wien.

Angel, S./Einböck, M./Heitzmann, K./Till-Tentschert, U. (2009). Verschuldung, Überschuldung und finanzielle Ausgrenzung österreichischer Privathaushalte. Ergebnisse aus EU-SILC 2008. In: Statistische Nachrichten 12/2009. Wien.

Bauer, M./Lamei, N. (2005). EU-SILC – die neue Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen. In: Statistische Nachrichten 3/2005. Wien. S. 224-231.

Berger, J./Hanappi, T./Hofer, H./Müllbacher, S./Schuh, U./Schwarzbauer, W./Strohner, L./Weyerstraß, K. (2009). Konjunkturbelebende Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung und der Bundesländer. Abschätzung der volkswirtschaftlichen Effekte. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend.

Institut für höhere Studien. Projektbericht.

Biffl, G. (2006). Gender and the Labour Market: Comparing Austria and Japan. WIFO Working paper No 279. Wien.

Biffl, G. (2007). Development of the Distribution of Household Income in Austria. WIFO Working paper No 293. Wien.

Czasny, K./Stocker, E. (2007). Wohnzufriedenheit im heimischen Wohnungswesen. Jahrbuch Wohnbauförderung 2007. Wien.

Datler, G./Skina, M./Till, M. (2008). EU-SILC 2006 Sonderauswertung zur sozialen Lage älterer Menschen in Österreich. Modul 1: Ausgangslage und tabellarischer Arbeitsbehelf. Wien.

Datler G./Mahidi M. (2009). Armutsgefährdung und Wohnsituation. Modul zur Wohnsituation in EU-SILC 2007. In: Statistische Nachrichten 6/2009. Wien. S. 458-473.

Dearing, H. (2008). Mikrosimulationsstudie über das Arbeitsangebotsverhalten von Müttern mit kleinen Kindern. Diplomarbeit. Universität Wien. Wien.

Dearing, H./Hofer, H./Lietz, Ch./Winter-Ebmer, R./Wrohlich, K. (2007). Why are Mothers Working Longer in Austria than in Germany? A Comparative Microsimulation Analysis. In: Fiscal Studies, vol. 28 no. 4, S. 463-495.

Eurostat (2007). Comparative EU statistics on Income and Living Conditions: Issues and Challenges. Proceedings of the EU-SILC conference (Helsinki, 6-8 November 2006).

Felderer, B./Gstrein, M./Nagaev, S./Schuh, U, (2005). Familienleistungen in Österreich.

Investitionen in die Familie. Studie im Auftrag des BMSGK. IHS. Wien.

Fuchs, M. (2007). Social Assistance – no, thanks? Empirical Analysis of Non-Take-Up in Austria 2003. Euromod Working Paper No. EM4/07

Fuchs, M. (2009). Nicht-Inanspruchnahme von Sozialleistungen am Beispiel der Sozialhilfe. In: Dimmel, N.; Heitzmann, K.; Schenk, M.: Handbuch Armut in Österreich. Innsbrucker Studienverlag. Innsbruck.

Fuchs, M./Lietz, Ch. (2007). Effects of Changes in Tax/Benefit Policies in Austria 2003-2005. In: Czech Sociological Review 2007/3, S. 611-636

Fuchs, M./Lietz, Ch. (2007). Effects of Chances in Tax/Benefit Policies in Austria 1998-2005. Euromod Working Paper No. EM3/07

Guger, A./Marterbauer, M. (2007). Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich - ein Update. Die Verteilung von Einkommen und Vermögen. WIFO Working paper No 307. Wien.

Heitzmann, K./Till-Tentschert, U. (2009). Armutsgefährdung und manifeste Armut in Österreich. In: Dimmel, N./Heitzmann, K./Schenk, M.: Handbuch Armut in Österreich. Innsbrucker Studienverlag. Innsbruck.

Henke, J./Till, M./Schrittwieser, K./Wagner-Pinter, M. (2008). Armutslagen und Chancen für Eingliederung in Österreich. Arbeitspapier 3. Eingliederungsbilanzen: Kontextveränderungen und sozialpolitische Intervention. Wien.

Heuberger, R./Lamei, N. (2006). Das Datenmanagement in EU-SILC – von der Befragung zu Sozialindikatoren. In: Statistische Nachrichten 11/2006. Wien. S. 1054-1061.

Heuberger, R./Kafka, E. (2008a). EU-SILC Impact Study on Comparability of National Implementations. Final Report. Part 1: Analysis of the CATI test. Wien.

Heuberger, R./Kafka, E. (2008b). EU-SILC Impact Study on Comparability of National Implementations. Final Report. Part 2: Computation of imputed rents. Wien.

Kaiser, M./ Stadler M. (2007a). Einkommen und Armut in Tirol. Ergebnisse einer Analyse der EU-SILC Erhebungen 2003 und 2004. Amt der Tiroler Landesregierung. Innsbruck.

Kaiser, M./Stadler M. (2007b). Einkommen und Armut in Tirol. Vergleich der EU-SILC Analyse 2003/2004 mit den Ergebnissen 2005. Amt der Tiroler Landesregierung. Innsbruck.

Kaiser, M./ Stadler M. (2008). Einkommen und Armut in Tirol. Ergebnisse aus EU-SILC 2006. Amt der Tiroler Landesregierung. Innsbruck.

Kaiser, M./ Stadler M. (2009). Einkommen und Armut in Tirol. Ergebnisse aus EU-SILC 2007. Amt der Tiroler Landesregierung. Innsbruck.

Kernbeiß, G./Lehner, U./Wagner-Pinter, M. (2008). Armutslagen und Chancen für Eingliederung in Österreich. Arbeitspapier 2. Armut im Lichte des Haushaltspanels. Wien.

Kranzinger, A. (2005). Armut - Institutionen und Inzidenz in Österreich. Diplomarbeit. Universität Linz. Linz.

Lamei, N./Till-Tentschert, U. (2010). Dauerhafte Armutsgefährdung in Österreich 2004 bis 2007. In: Statistische Nachrichten 01/2010. Wien.

Prean, N. (2008). Fertility Timing and Income - Insights from the EU-SILC for Austria. Diplomarbeit. Wirtschaftsuniversität Wien. Wien.

Sterner, C./Mayer, M. (2006). Armut und Lebensbedingungen. Steirische Statistiken, Heft 9/2006. Amt der Steiermärkischen Landesregierung. Graz.

Till M. (2006). Jahreseinkommen und erwartete Lebensstandardpositionen von Personen in Privathaushalten. In: Statistische Nachrichten 4/2006. Wien. S. 250-260.

Till, M./Till-Tentschert, U. /AIAS (Hrsg.) (2006). Armutslagen in Wien. Empirische Befunde zur Arbeits-, Geld- und Wohnsituation sowie spezifischen Disparitäten nach Migrationshintergrund und Geschlecht. Schriftenreihe des Instituts für Soziologie Band 40. Wien.

Till, M. (2007). Aggregate Wealth and Regional Poverty – A New Perspective on Income Poverty Lines in Europe. 34th CEIES Seminar. Helsinki.

Till, M./Till-Tentschert, U. (2007). Niedriges Einkommen + materielle Deprivation = soziale Ausgrenzung? – die konventionelle Armutsberichterstattung und ihre Beschränkungen. In: Angewandte Sozialforschung AIAS Jg. 25/Heft 2. S. 47-65.

Till, M./Henke, J./Schrittwieser, K. (2008). Armutslagen und Chancen für Eingliederung in Österreich. Arbeitspapier 4. Indikatorenkatalog. Wien.

Till, M./ Wagner-Pinter, M./Henke, J./Schrittwieser, K. (2008). Indikatoren für ein Monitoring des Strategieberichtes zu Sozialschutz und Soziale Eingliederung. Endbericht. Wien.

Till, M./Datler, G./Glaser, T./Heuberger, R./Kafka, E./Lamei, N./Skina, M. (2009). Armutsgefährdung. In: Sozialbericht 2007-2008. Ressortaktivitäten und sozialpolitische Analysen. Wien. BMASK. S. 237-258.

Till-Tentschert, U./Lamei, N./Bauer, M. (2005). Armut und Armutsgefährdung in Österreich 2003. In: Bericht über die soziale Lage 2003-2004. Wien: BMSG. S. 207-232.

Till-Tentschert, U. (2007). Was ist Armut? In: Tomandl, Th./Schrammel, W. (Hrsg.): Sicherung von Grundbedürfnissen. Wiener Beiträge zum Arbeits- und Sozialrecht. Wien. S.1-20.

Till-Tentschert, U./Lamei, N. (2007). Verfügbare Einkommen und Armutsgefährdung in Österreich 2005. In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 2006. Wien. S. 389-413.

Till-Tentschert, U./Weiss, H. (2008). Armutslagen und Chancen für Eingliederung in Österreich. Arbeitspapier 1. Merkmale deprivierter Lebensführung in Österreich. Universität Wien. Wien.

Till-Tentschert, U./ Vana, I. (2009) (Hg.). In Armut aufwachsen. Empirische Befunde zu Armutslagen von Kindern und Jugendlichen in Österreich. Universität Wien. Wien

Wally, J. (2007): Erster EU-SILC Workshop. In: Statistische Nachrichten 3/2007. Wien. S. 180-183.

Wernhart, G. /Neuwirth, N. (2007). Haushaltseinkommen und Einkommenselastizität der Erwerbsbeteiligung von Müttern. Ergebnisse aus dem EU-SILC 2004. Österreichisches Institut für Familienforschung. Working paper. Wien.

9. ERLÄUTERUNGEN UND DEFINITIONEN

METHODISCHE ERLÄUTERUNGEN

Quelle: Sämtliche Auswertungen basieren auf der Erhebung EU-SILC – Statistics on Income and Living Conditions für das Erhebungsjahr 2008. Vergleichswerte für 2007 stammen aus EU-SILC 2007. Andere Quellen sind angeführt.

Zeitlicher Bezug: Referenzjahr: Angaben zum Jahreseinkommen und damit zur Armutsgefährdung beziehen sich auf das Jahr 2007, ebenso Angaben, die den „Haupttätigkeitenkalender“ (Nennung der Haupttätigkeit pro Kalendermonat im Jahr 2007) zur Grundlage haben: Erwerbsstatus, Erwerbsintensität und Dauer der Arbeitslosigkeit. Erhebungszeitpunkt: Informationen über Haushaltszusammensetzung, aktuelle Haupttätigkeit, aktuelle Erwerbstätigkeit, aktuelles Monatseinkommen Unselbständiger, Ausstattung mit Konsumgütern usw. beziehen sich hingegen auf das Jahr 2008.

Klammerung: Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen von weniger als 20 beruhen, werden nicht ausgewiesen.

Bundesländerergebnisse: EU-SILC weist auch Ergebnisse nach Bundesländern aus. Es wird darauf hingewiesen, dass die Stichprobe für EU-SILC repräsentativ für Österreich gezogen wurde und daher Auswertungen auf Bundesländerebene mit einer höheren Schwankungsbreite der Ergebnisse behaftet sind. Eine Interpretation der Werte und etwaiger Differenzen darf nur unter Berücksichtigung der Stichprobengröße und des daraus resultierenden Stichprobenfehlers erfolgen.

Zufriedenheit: Befragt wurden nur Personen ab 16 Jahren, fehlende Werte wurden nicht imputiert. In Proxy-Interviews wurden keine Zufriedenheitsfragen gestellt (d.h. nur Selbstauskünfte), daher schwanken die Fallzahlen. Auswertungen beziehen sich jeweils nur auf die gültigen Fälle.

Gesundheit: Fehlende Werte wurden nicht imputiert, daher schwanken die Fallzahlen. Auswertungen beziehen sich jeweils nur auf die gültigen Fälle.

VERÄNDERUNGEN IM FRAGEBOGEN 2007/2008

Zahlungsrückstände bei Miete, Krediten, Betriebskosten: Änderung der Antwortcodes. Die Antwortcodes „Ja“ bzw. „Nein“ werden ab 2008 durch die Codes „Ja, einmal“, „Ja, zweimal oder öfter“ und „Nein“ ersetzt. Änderungen dieser Fragen fließen über das Merkmal „Rechtzeitiges Begleichen regelmäßiger Zahlungen“ in den Indikator finanzielle Deprivation ein.

Fragen zur Gesundheit: Geänderte Fragestellungen zwecks Harmonisierung mit der österreichischen Gesundheitsbefragung (AT-HIS). Änderungen dieser Fragen betreffen auch die Messung von Deprivation im Bereich Gesundheit.

Subjektive Gesundheit: Fragestellung 2007: „Wie ist Ihr allgemeiner Gesundheitszustand?“ Fragestellung 2008: „Wie ist Ihre Gesundheit im Allgemeinen?“

Chronische Krankheit: Fragestellung 2007: „Haben Sie eine chronische Krankheit?“ Fragestellung 2008: „Haben Sie eine chronische, also dauerhafte Krankheit oder ein chronisches, also dauerhaftes gesundheitliches Problem?“

Behinderung: Fragestellung 2007: „Sind Sie seit zumindest einem halben Jahr durch eine Behinderung oder eine sonstige gesundheitliche Beeinträchtigung bei der Verrichtung alltäglicher Arbeiten beeinträchtigt?“ Fragestellung 2008: „Sind Sie seit zumindest

einem halben Jahr durch ein gesundheitliches Problem bei Tätigkeiten des normalen Alltagslebens eingeschränkt?“

Nichtinanspruchnahme von ärztlichen/zahnmedizinischen Untersuchungen oder Behandlungen: Fragestellung umformuliert: Fragestellung 2007: „Kam es in den letzten 12 Monaten einmal oder mehrmals vor, dass Sie dringend eine zahnmedizinische Untersuchung oder Behandlung / eine sonstige medizinische Untersuchung oder Behandlung benötigt hätten und aus irgendeinem Grund nicht in Anspruch genommen haben?“ Fragestellung 2008: „Haben Sie in den vergangenen 12 Monaten jedes Mal, wenn Sie eine zahnmedizinische/eine sonstige medizinische Untersuchung oder Behandlung dringend benötigt haben, diese auch in Anspruch genommen?“

DEFINITIONEN

EINKOMMEN

Primäreinkommen: Faktoreinkommen + Altersleistungen ab Erreichen des Pensionsalters (Frauen 60, Männer 65 Jahre) vor Steuern und Abgaben + Einkünfte aus Kapital und Vermögen, wenn diese weniger als 100 Euro pro Jahr oder weniger als 1% des Haushaltseinkommens ausmachen.

Faktoreinkommen (=Brutto-Markteinkommen): Arbeitseinkommen + Kapitaleinkommen.
Arbeitseinkommen (=Erwerbseinkommen): Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit (inkl. Gelegenheitsarbeit, Trinkgelder, Sonderzahlungen und Zulagen wie Abfertigungen, Urlaubsentschädigungen, Abfindungen, Familienzulagen, Mitarbeiterbeteiligungen, Überstundenzahlungen, Provisionen, Prämien, Sacheistungen, Firmenwagen etc. und Selbständigeneinkommen (Werkvertrags- und freie Dienstnehmer, Freiberufler, Landwirte, Gewerbetreibende inkl. Entnahmen und Deputate).

Kapitaleinkommen: Einkommen aus Zinsen, Dividenden, Kapitalbeteiligungen und sonstige Vermögenserträge, Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung vor Steuern und Abgaben.

Altersleistungen (=Pensionen): Leistungen für Personen im Pensionsalter (Frauen 60, Männer 65 Jahre); neben Eigen- und Hinterbliebenenpensionen auch Unfallrente, Invaliditätspension und Pflegegeld (ab Erreichen des Pensionsalters).

Sekundäreinkommen: Primäreinkommen + Sozialleistungen (inkl. Altersleistungen vor Erreichen des gesetzlichen Pensionsalters) - Abgaben (Steuern, Sozialversicherungsbeiträge).

Sozialleistungen: Sozialleistungen durch die öffentliche Hand: Familienleistungen (Familienbeihilfe, Wochengeld, Kinderbetreuungsgeld, staatliche Unterhaltsvorschüsse, Hinterbliebenenleistungen), Arbeitslosenleistungen (Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Altersteilzeit - Betrag vom AMS, Leistung zur Deckung des Lebensunterhalts, vorzeitige Alterspension wegen Arbeitslosigkeit, Gesundheitsleistungen (Krankengeld; Unfallrente, Pflegegeld, Invaliditätspension vor Erreichen des gesetzlichen Pensionsalters; sonstige Unfall- und Krankenleistungen), Bildungsleistungen (Stipendien und Studienbeihilfen, Studiengebührenrückerstattung, sonstige Bildungsleistungen), Wohnbeihilfen und Sozialhilfe.

Verfügbares Haushaltseinkommen: Sekundäreinkommen + erhaltene Privattransfers – geleistete Privattransfers. Netto-Jahreseinkommen eines Haushaltes 2007.

Privattransfers: Alimente und Unterhaltszahlungen und freiwillige Unterstützungen zwischen Haushalten.

Private Einkommen: Regelmäßig erhaltene Privattransfers, Kapitaleinkommen, Einkommen aus Vermietung oder Verpachtung.

Monatliches Erwerbseinkommen brutto: Zum Befragungszeitpunkt 2008 aktuelles Bruttomonatseinkommen unselbständig Erwerbstätiger.

Haushaltsbudget: Verfügbares Haushaltseinkommen - Wohnkosten.

Aktuelles monatliches Haushaltseinkommen: Selbsteinschätzung des gesamten monatlichen Nettohaushaltseinkommen (inkl. Erwerbseinkommen, Pensionen, Sozialleistungen, Privattransfers aller Haushaltsmitglieder) zum Befragungszeitpunkt.

EU-Skala (=modifizierte OECD-Skala): Für jeden Haushalt wird ein Grundbedarf angenommen, der 100% des Bedarfs eines Erwachsenen entspricht (0,5 Konsumäquivalente), weiters erhält jede erwachsene Person ein Gewicht von 0,5 und Kinder unter 14 ein Gewicht von 0,3 (60% eines Erwachsenenäquivalents).

Äquivalenzeinkommen: Gewichtetes verfügbares Haushaltseinkommen. Die Gewichtung wird auf Basis der EU-Skala berechnet und das verfügbare Haushaltseinkommen wird durch die Summe der Gewichte je Haushalt dividiert.

Haupteinkommensquelle des Haushalts: Jene Einkommensquelle nach obiger Definition, die den größten Beitrag zum Haushaltseinkommen leistet.

Hauptverdiener bzw. Hauptverdienerin: Diejenige Person im Haushalt mit dem größten Beitrag zum Haushaltseinkommen.

Zweitverdiener bzw. Zweitverdienerin: Person mit dem zweithöchsten Einkommen (bezogen auf eine bestimmte Einkommensart) im Haushalt.

Weitere Verdienere und Verdienereinnen: In Haushalten mit drei oder mehr Personen, diejenigen, die nach dem/der Hauptverdienenden und dem/der Zweitverdienenden auch noch ein Einkommen beziehen. Deren Einkommen werden kumuliert ausgewiesen.

VERTEILUNGS- UND UNGLEICHHEITSKENNZIFFERN

Median: Wert, der die Einkommensverteilung in zwei gleich große Hälften teilt. Genau 50% liegen unterhalb, die übrigen 50% oberhalb des Wertes.

Quartile (Einkommensviertel): Werte, die die Verteilung in vier gleich große Teile teilen. 25% liegen unterhalb des ersten Quartils, das zweite Quartil entspricht dem Median, 75% liegen unterhalb und 25% oberhalb des dritten Quartils.

Dezile (Einkommenszehntel): Werte, die die Verteilung in zehn gleich große Teile teilen. 10% liegen unterhalb des Wertes des ersten Dezils, 90% liegen unterhalb und 10% oberhalb des Wertes des neunten Dezils.

S80/S20: Summe der Äquivalenzeinkommen des obersten Einkommensfünftels (80% niedriger als ...) dividiert durch Summe der Äquivalenzeinkommen des untersten Einkommensfünftels (20% niedriger als ...).

P90/P10: Wert des neunten Dezils (90% niedriger als ...) dividiert durch Grenze des ersten Dezils (10% niedriger als ...).

Gini-Koeffizient: Kennzahl für Einkommenskonzentration (totale Gleichverteilung = 0%, totale Konzentration auf einen Einzelfall = 100%).

Einkommensgruppen: Gemessen am Medianeinkommen (19.011 Euro): Niedrige Einkommen (unter 60% des äquivalisierten Medianeinkommens – unter 11.406 Euro; das entspricht der Gruppe der Armutsgefährdeten), mittlere Einkommen (60-180%

des äquivalisierten Medianeinkommens – zwischen 11.407 und 34.220 Euro), hohe Einkommen (über 180% des äquivalisierten Medianeinkommens – über 34.220 Euro).

ARMUTSGEFÄHRDUNG

Armutsgefährdungsschwelle: Der Betrag des äquivalisierten Haushaltseinkommens, der die Grenze für Armutsgefährdung bildet. Bei äquivalisierten Haushaltseinkommen unter diesem Schwellenwert wird Armutsgefährdung angenommen. Wenn nicht anders ausgewiesen, handelt es sich um die Festlegung der Armutsgefährdungsschwelle nach Eurostat-Definition bei 60% des Medians des äquivalisierten Haushaltseinkommens. Der Betrag für diese Schwelle liegt 2008 bei 951 Euro (äquivalisiertes Haushaltseinkommen, d.h. für einen Einpersonenhaushalt gerechnet) pro Monat oder 11.406 Euro pro Jahr.

Armutsgefährdung (nach Sozialleistungen): Alle Personen, deren äquivalisiertes Haushaltseinkommen unterhalb eines festgelegten Schwellenwertes (Armutsgefährdungsschwelle = 60% des Medians) liegt, gelten als armutsgefährdet. Ist von „Armutsgefährdung“ oder „Armutsrisiko“ ohne Zusatz die Rede, ist immer die Armutsgefährdung nach Sozialleistungen gemeint.

Armutsgefährdung vor Sozialleistungen und Pensionen: Armutsgefährdung bei Abzug der Sozialtransfers und Pensionen vom Haushaltseinkommen unter Beibehaltung der Armutsgefährdungsschwelle von 60% des Medians des Äquivalenzeinkommens inkl. Pensionen und Sozialleistungen.

Armutsgefährdung vor Sozialleistungen: Armutsgefährdung bei Abzug der Sozialtransfers vom Haushaltseinkommen unter Beibehaltung der Armutsgefährdungsschwelle von 60% des Medians des Äquivalenzeinkommens inkl. Pensionen und Sozialleistungen.

Armutsgefährdungsquote: Maß für die Häufigkeit der Armutsgefährdung definiert als

Anteil der Personen, deren äquivalisiertes Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt, an der Gesamtbevölkerung.

Anteil an Armutsgefährdeten: Prozentanteil der Armutsgefährdeten einer bestimmten Gruppe an allen Armutsgefährdeten.

Armutsgefährdungslücke: Maß für die Intensität der Armutsgefährdung definiert als durchschnittliche Abweichung des medianen Äquivalenzeinkommens der Armutsgefährdeten von der Armutsgefährdungsschwelle in Prozent dieser Schwelle.

Dauerhafte Armutsgefährdung: Armutsgefährdung am Ende des Beobachtungszeitraumes, dass heißt im aktuellsten Jahr und in mindestens zwei von drei vorhergehenden Jahren.

DEPRIVATION

Mit der Berichterstattung 2007 erfolgte eine Umstellung des Konzepts zur Messung von Deprivation. Das Konzept der primären Deprivation wurde durch die Messung der Teilhabe am Mindestlebensstandard ersetzt. Deprivation: Mangelnde Teilhabe am Mindestlebensstandard (finanzielle Deprivation), bei der Ausstattung mit Konsumgütern (sekundäre Deprivation), bei Gesundheit, Wohnen oder im Wohnumfeld.

Finanzielle Deprivation: Das Unvermögen, aus finanziellen Gründen am definierten Mindestlebensstandard teilzuhaben.

Auftreten von zumindest zwei der folgenden Probleme:

Der Haushalt kann es sich nicht leisten

- » Die Wohnung angemessen warm zu halten
- » Regelmäßige Zahlungen (Miete, Betriebskosten, Kreditrückzahlungen, Wohn-

nebenkosten, Gebühren für

- » Wasser-, Müllabfuhr und Kanal, sonstige Rückzahlungsverpflichtungen) in den letzten 12 Monaten rechtzeitig zu begleichen
- » Notwendige Arzt- oder Zahnarztbesuche in Anspruch zu nehmen
- » Unerwartete Ausgaben bis zu 900€ zu finanzieren (z.B. für Reparaturen; der Betrag entspricht der gerundeten monatlichen Armutsgefährdungsschwelle aus EU-SILC 2006)
- » Neue Kleidung zu kaufen
- » Jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch (oder entsprechende vegetarische Speisen) zu essen
- » Freunde oder Verwandte einmal im Monat zum Essen einzuladen.

Die Merkmale entsprechen größtenteils dem bis zur Berichterstattung 2006 angewandten Konzept der „primären Deprivation“, ergänzt wurde die Leistbarkeit von Treffen mit Freunden und Verwandten und die Leistbarkeit von Arztbesuchen, nicht mehr inkludiert ist die Möglichkeit, eine Woche Urlaub an einem anderen Ort zu machen.

Mit regelmäßigen Zahlungen im Rückstand: Zusätzlich zu Zahlungsrückständen bei Kreditrückzahlungen für Haus oder Wohnung, für Miete (inkl. Betriebskosten), für Wohnnebenkosten und für sonstige Rückzahlungen werden ab 2008 auch Zahlungsrückstände für Betriebskosten von Wohnungseigentümern und Bewohnern mietfreier Wohnungen sowie Zahlungsrückstände für Wasser-, Müllabfuhr- und Kanalgebühr ausgewiesen.

Sekundäre Deprivation: Der erzwungene Verzicht auf als erstrebenswert geltende Güter. Zumindest drei der folgenden Gebrauchsgüter im Haushalt können aus finanziellen Gründen nicht angeschafft werden:

- » PC

- » Handy
- » Internet-Anschluss
- » DVD-Player
- » Geschirrspülmaschine
- » PKW.

Gesundheitliche Beeinträchtigung: Zumindest zwei der folgenden Probleme treten auf:

- » Hat einen sehr schlechten Gesundheitszustand
- » Ist seit zumindest einem halben Jahr durch ein gesundheitliches Problem stark eingeschränkt
- » Hat eine chronische Krankheit oder ein dauerhaftes gesundheitliches Problem.

Prekäre Wohnqualität: Zumindest zwei der folgenden Probleme treten auf:

- » kein Bad/Dusche oder kein WC in der Wohnung
- » Schimmel oder Feuchtigkeit
- » Dunkle Räume
- » keine Waschmaschine.

Wohnumgebungsbelastung: Zumindest zwei der folgenden Probleme treten auf: Hat Probleme in der Wohngegend:

- » Lärmbelästigung
- » Luft- oder Wasserverschmutzung durch Verkehr oder Industrie
- » Kriminalität, Gewalt, Vandalismus.

LEBENSLAGEN

Manifeste Armut: Finanzielle Deprivation und Armutsgefährdung treten gemeinsam auf.

Einkommensmangel: Armutsgefährdung ohne feststellbare Merkmale finanzieller Deprivation.

Teilhabemangel: Finanzielle Deprivation ist feststellbar, keine Armutsgefährdung.

Kein Mangel: Weder Armutsgefährdung noch finanzielle Deprivation lassen eine Benachteiligung erkennen.

Im Unterschied zur Berichterstattung bis 2006 werden im nun angewandten Konzept Armutslagen als Zusammenwirken von Armutsgefährdung und finanzieller Deprivation definiert. Von 2003 bis 2006 wurden Armutslagen als Ergänzung von Deprivation in zumindest einem Bereich (primäre Deprivation, sekundäre Deprivation, Deprivation in den Bereichen Gesundheit, Wohnen oder Wohnumgebung) und Armutsgefährdung verstanden.

REGIONALE GLIEDERUNG

Einwohnerzahl in der Region nach Gemeindegrößenklassen: Wien; >100.000: Gemeinden mit mehr als 100.000 Einwohnern, ohne Wien (Graz, Linz, Salzburg, Innsbruck), <10.000: Gemeinden mit mehr als 10.000 und weniger als 100.000 Einwohnern; <= 10.000: Gemeinden mit höchstens 10.000 Einwohnern.

ALTER

Das ausgewiesene Alter ist jenes zum 1.1. des Erhebungsjahres.

Erwerbsalter: 20 bis 64 Jahre.

Pensionsalter: 65+ Jahre.

STAATSBÜRGERSCHAFT

Österreich: Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft

Eingebürgerte (nicht EU/EFTA): Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft, die vormals keine EU-27- oder EFTA-Staatsbürgerschaft hatten.

Nicht Österreich: Personen ohne österreichischer Staatsbürgerschaft.

Ausländerinnen und Ausländer (aus Nicht-EU-/EFTA-Staaten): Mindestens eine Person im Haushalt hat keine EU-27-/EFTA-Staatsbürgerschaft.

EU/EFTA: Als EU-Staatsbürgerschaft wird die Staatsbürgerschaft eines Landes der EU-27 angesehen. EFTA: Schweiz, Norwegen und Island.

Sonstiges Ausland: Personen ohne EU/EFTA-Staatsbürgerschaft.

HÖCHSTER BILDUNGSABSCHLUSS

Für Personen ab 16 Jahren.

Maximal Pflichtschule: Die befragte Person verfügt über keinen Schulabschluss oder

hat höchstens die Pflichtschule abgeschlossen.

Lehre/mittlere Schule: Abschluss einer Lehrausbildung, Meister-/Werkmeisterausbildung oder einer berufsbildenden mittleren Schule, Krankenpflegeschule.

Matura: Abschluss einer Matura (BHS, AHS, extern) inkl. Kolleg, Abiturientenlehrgang.

Universität: Abschluss eines Studiums an einer Universität, Akademie oder Fachhochschule.

Höchste abgeschlossene Bildung im Haushalt: Höchster Bildungsabschluss eines Haushaltsmitglieds.

HAUSHALTSTYPEN

In den Tabellen werden immer Personen in Haushalten ausgewiesen. Kontextabhängig ergeben sich unterschiedliche Definitionen für Kinder.

Haushalt mit/ohne Pension: Als Haushalte mit Pension (zur Definition von Altersleistungen/Pension s. Einkommen) werden jene definiert, deren Einkommen zu mindestens 50% aus Pensionen stammt, als Haushalte ohne Pension entsprechend jene, wo Pensionen weniger als 50% des Einkommens ausmachen.

Haushalt mit Kindern: Haushalte ohne Pension, in dem Kinder, Jugendliche und abhängige junge Erwachsene unter 27 Jahren leben.

Kind: Kinder, Jugendliche und abhängige junge Erwachsene unter 27 Jahren. Kinder sind neben unter 16- Jährigen auch Personen unter 27, die mit mindestens einem Elternteil zusammenleben und nicht erwerbstätig sind. Diese Definition entspricht den

Voraussetzungen zum Bezug der Familienbeihilfe in Österreich.

Kinder unter 20 Jahren: Reine Altersdefinition: Kindesalter (< 20) in Abgrenzung zu Erwerbsalter (20-64) und Pensionsalter (65+)

Kinder in Altersgruppen: Reine Altersdefinition mit unterschiedlichem Höchstalter.

Kinder unter 18 oder unter 24 Jahren: In der Eurostat Definition für die Indikatoren gelten unter 18-Jährige in jedem Fall als Kinder. 19- bis 24-Jährige gelten dann als Kinder, wenn sie in Haushalten mit einem Elternteil leben und weder erwerbstätig noch arbeitslos oder arbeitsuchend sind (s. Kapitel 7).

Kinder unter 16 Jahren: Kinder unter 16 Jahren werden in der Erhebung nicht selbst befragt. Eine Auskunftsperson erteilt Informationen über Betreuung und Bildung. Merkmale von Personen (Zufriedenheit, Gesundheit) werden daher nur für Personen über 16 Jahren ausgewiesen.

Alleinlebend: Einpersonenhaushalt

Mehrpersonenhaushalt (MPH): Mindestens zwei Personen leben im Haushalt.

Ein-Eltern-Haushalt: Der Haushalt setzt sich zusammen aus einer erwachsenen Person und mindestens einem Kind.

Haushalte mit männlichem Hauptverdiener/weiblicher Hauptverdienerin: Gliederung nach Geschlecht der Person im Haushalt mit dem größten Beitrag zum Haushaltseinkommen.

ARBEIT, ERWERBSINTENSITÄT, PREKÄRE BESCHÄFTIGUNG

Ausgewiesen wird sowohl die aktuelle Haupttätigkeit zum Befragungszeitpunkt 2008, als auch über die Haupttätigkeit im Referenzjahr der Erwerbsstatus 2007.

Aktuelle Haupttätigkeit 2008

Selbsteinschätzung der aktuellen Haupttätigkeit von Personen ab 16 Jahren. Erwerbstätigkeit: selbständige und unselbständige Erwerbstätigkeit, gegliedert nach Teil- und Vollzeit. Präsenz- u. Zivildienstler werden aufgrund der geringen Fallzahl den Erwerbstätigen zugeordnet. Personen mit Haushaltstätigkeit und Betreuungsaufgaben und sonstige nicht Erwerbstätige sind unter der Kategorie „Haushalt“ zusammengefasst.

Erwerbstätig: Aktuell erwerbstätige Personen laut Selbsteinschätzung der Haupttätigkeit 2008: ArbeitnehmerIn (auch Lehrling), Selbständig oder mithelfend im Familienbetrieb (aber nicht angestellt)-im Erwerbsalter. Präsenz- und Zivildienstler werden auf Grund geringer Fallzahlen auch den Erwerbstätigen zugerechnet.

Teilzeit erwerbstätig: weniger als 35 Stunden pro Woche erwerbstätig.

Vollzeit erwerbstätig: mind. 35 Stunden pro Woche erwerbstätig.

Zufriedenheit mit der Haupttätigkeit: Subjektive Einschätzung der Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Haupttätigkeit. 6= sehr zufrieden, 1= sehr unzufrieden; nur Selbstauskünfte von Personen ab 16 Jahren.

Berufliche Stellung: Klassifikation nach beruflicher Funktion in der aktuellen Haupterwerbstätigkeit für Personen im Erwerbsalter.

Haupttätigkeit im Referenzjahr (2007)

Erwerbsstatus 2007: Die Zuordnung basiert auf dem „Haupttätigkeitskalender“ (Haupttätigkeit pro Kalendermonat im Jahr 2007, Selbsteinschätzung). Personen werden dann einer vorwiegenden Haupttätigkeit zugeordnet, wenn sie diese mind. 6 Monate ausgeübt haben. Personen, mit mehrmals wechselnden Haupttätigkeiten werden in der Kategorie „Sonstige Mischformen“ zusammengefasst. Wenn zwei Tätigkeiten jeweils sechs Monate ausgeübt wurden, wird der Status angeführt, den die Person zuletzt hatte.

Erwerbsaktiv: Die Person war 2007 mindestens ein Monat erwerbstätig oder arbeitslos. Präsenz- u. Zivildienstler werden aufgrund der geringen Fallzahl den Erwerbstätigen zugeordnet.

Ganzjährig erwerbstätig: Die Person war 2007 12 Monate erwerbstätig. Differenziert wird nach Selbsteinschätzung in vorwiegend Vollzeit und vorwiegend Teilzeit.

Nicht ganzjährig erwerbstätig: Die Person war 2007 weniger als 12 Monate erwerbstätig, aber mindestens 6 Monate Vollzeit oder Teilzeit erwerbstätig oder im Haushalt tätig waren.

Arbeitslos: Die Person war 2007 mindestens 6 Monate arbeitslos.

Nicht erwerbsaktiv: Die Person war 2007 kein Monat erwerbstätig oder arbeitslos.

Erwerbsintensität der Person: Anteil erwerbstätiger Monate einer Person im Jahr 2007. Monate mit Teilzeiterwerbstätigkeit werden als halbe Erwerbsmonate gerechnet. Wurden mehr als 75% der maximalen Erwerbsmonate erreicht, zählt das als volle Erwerbstätigkeit, bis zu 75% zählt als teilweise Erwerbstätigkeit, keine Erwerbstätigkeit bei null Erwerbsmonaten.

Erwerbsintensität des Haushalts: Anteil erwerbstätiger Monate an maximalen Erwerbsmonaten aller Personen im Erwerbsalter im Haushalt im Jahr 2007 unter Berücksichtigung von Voll- oder Teilzeit. Monate mit Teilzeiterwerbstätigkeit werden als halbe Erwerbsmonate gerechnet. Wurden mehr als 75% der maximalen Erwerbsmonate im Haushalt erreicht, zählt das als volle Erwerbsintensität, bis zu 75% zählt als teilweise Erwerbsintensität, keine Erwerbsintensität bei null Erwerbsmonaten. Ausgewiesen werden nur Personen in Haushalten mit mindestens einer Person im Erwerbsalter.

PREKÄRE BESCHÄFTIGUNG

Teilzeit <12h: Aktuelle Erwerbstätigkeit im Ausmaß von weniger als 12 Wochenstunden.

Nicht ganzjährig beschäftigt: Beschäftigungsdauer im Jahr 2007 betrug laut Haupttätigkeitskalender weniger als 10 Monate.

Werk-/Dienstvertragsnehmer bzw. Werk-/Dienstvertragsnehmerin: Aktuelle Erwerbstätigkeit ist durch Werkvertrag oder freien Dienstvertrag geregelt oder es wurde 2007 ein Einkommen aus Werk-/Dienstverträgen bezogen.

Befristeter oder kein Vertrag : Unselbständig Erwerbstätige mit befristetem oder ohne Arbeitsvertrag.

Niedriglohnbeschäftigung: Alle unselbständig beschäftigten Personen (ohne Lehrlinge) mit einer Normalarbeitszeit von über 12 Stunden pro Woche, deren Stundenlohn brutto weniger als 5,77 Euro beträgt. Selbst bei Vollzeitbeschäftigung (40h) würde mit diesem Stundenlohn kein Monatslohn von 1.000 brutto € erreicht. Ausgewiesen wird zusätzlich die Subgruppe der Personen mit Niedriglohnbeschäftigung, deren Normalarbeitszeit über 34h liegt.

Working Poor

EU-SILC Definition ab 2007: Personen im Erwerbsalter (20-64), die im Referenzjahr laut Haupttätigkeitskalender zumindest ein Monat erwerbstätig waren und deren äquivalisiertes Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt. Personen, die im Referenzjahr mehr als sechs Monate arbeitslos waren sind nicht berücksichtigt. Bis 2007 wurden Personen im Erwerbsalter (20-64), die im Erhebungsjahr erwerbstätig sind und deren äquivalisiertes Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt als „working poor“ definiert.

ARBEITSLOSIGKEIT

Aktuelle Haupttätigkeit arbeitslos: Selbsteinschätzung zum Befragungszeitpunkt (2008).

Arbeitslos: Person war laut Haupttätigkeitskalender 2007 mindestens ein Monat arbeitslos.

Erwerbsstatus arbeitslos: Person war 2007 mindestens 6 Monate arbeitslos.

KONSUMGÜTER

Vorhandensein von Konsumgütern: Es wird ausgewiesen, ob sich die folgenden Konsumgüter im Haushalt befinden, egal, ob sie in dessen Besitz, geliehen oder gemietet sind: Internetanschluss, DVD-Player, PC, Geschirrspülmaschine, privater PKW, Festnetztelefon, Handy.

Aus finanziellen Gründen fehlende Konsumgüter: Im Haushalt fehlt/fehlen eines/mehrere der oben genannten Konsumgüter, weil es sich der Haushalt nicht leisten kann.

WOHNSITUATION

Überbelag: Orientiert sich am Kriterium der Gemeinde Wien bei der Vergabe von Gemeindewohnungen. Als überbelegt zählt ein Haushalt, wenn die Wohnfläche weniger als 16m² beträgt, im Mittel weniger als 8 m² pro Wohnraum zur Verfügung stehen oder die Anzahl der Wohnräume im Verhältnis zur Zahl der Personen im Haushalt zu gering ist: weniger als 2 Räume für 2 Personen, weniger als 3 Räume für 3 oder 4 Personen, weniger als 4 Räume für 5 oder 6 Personen, weniger als 5 Räume für 7 oder 8 Personen, weniger als 6 Räume für mehr als 8 Personen.

Wohnzufriedenheit: Subjektive Einschätzung der Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Wohnsituation. 6=sehr zufrieden, 1=sehr unzufrieden; nur Selbstauskünfte von Personen ab 16 Jahren.

Wohnkosten: Nach EU-Skala äquivalisierte Kosten pro Jahr für alle Rechtsverhältnisse für Miete, Betriebskosten, Zinszahlungen für Kredite zur Schaffung oder Sanierung von Wohnraum, Heizung, Energie, Instandhaltung

Wohnkosten pro m² Nutzfläche: Gesamte Wohnkosten des Haushalts, d. h. nicht äquivalisierte Wohnkosten, dividiert durch die Nutzfläche der Wohnung.

Wohnkostenbelastung: Subjektiv wahrgenommene Belastung durch Wohnkosten.

Wohnkostenanteil: Anteil der äquivalisierten Wohnkosten am Äquivalenzeinkommen.

ÜBERSCHULDUNG UND FINANZIELLE EXKLUSION (MODUL 2008)

Das Modul wurde nur auf Haushaltsebene erfragt. Ausgewiesen werden Personen in Haushalten.

Verschuldung: Personen in Haushalten mit aktuellen Kreditverpflichtungen mit oder ohne Kontokorrentkredit.

Schuldnerinnen und Schuldner: Personen in Haushalten mit aktuellen Kreditverpflichtungen, oder die aktuell Rückstände bei Zahlungen haben oder aktuell das Konto überzogen haben.

Überschuldung: Zahlungsrückstände aus finanziellen Gründen aktuell oder in den letzten 12 Monaten bei Kreditraten für Wohnung oder Konsum oder bei laufenden Zahlungen wie Miete, Betriebskosten, für Strom, Gas oder wenn fällige Rechnungen nicht rechtzeitig bezahlt werden können.

Kredite:

- » Wohnkredit: Kredit zur Wohnraumbeschaffung, -erhaltung oder -sanierung für die selbstbewohnte Eigentums- oder Mietwohnung.
- » Konsumkredit: Kreditverbindlichkeiten für Ratenkäufe, Leasingverträge und Rückzahlungsverpflichtungen um Lebenshaltungskosten wie Nahrungsmittel, Heizkosten, Miete bezahlen zu können
- » Kontokorrentkredit: Konto zumindest eines Haushaltsmitgliedes ist aufgrund von finanzieller Schwierigkeiten überzogen, z.B. bei dringendem Geldbedarf, Ausgaben höher als Einnahmen.

Mittlerer Anteil der Rückstände: Median der Anteile der aktuellen Zahlungsrückstände am aktuellen verfügbaren monatlichen Haushaltseinkommen.

Finanzielle Schwierigkeiten: Subjektive Einschätzung immer wieder kleinere finanzielle Schwierigkeiten zu haben oder ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten in den letzten 5 Jahren oder länger zurückliegend.

Umgang mit finanziellen Schwierigkeiten:

- » Haushalt hat mindestens einmal wegen finanziellen Schwierigkeiten Unterstützung von Freunden oder Verwandten etc. erhalten (Geld geliehen oder geschenkt).
- » Es gab zumindest einmal den Versuch finanzielle Schwierigkeiten mit Geldinstituten zu regeln (Umschuldung etc...).
- » Es gab mindestens einmal Kontakt zu einer Schuldnerberatungsstelle oder ähnlichen Beratungsstellen (Konsumentenberatungsstelle, Sozialberatungsstelle)

Finanzielle Exklusion (Ausgrenzung):

- » Kein Konto: Keine Person im Haushalt hat aktuell ein Konto.
- » Keine Kreditkarte: Keine Person im Haushalt hat aktuell eine Kreditkarte.

GESUNDHEIT

Nur Personen ab 16 Jahren.

Subjektiver Gesundheitszustand: Einschätzung des eigenen Gesundheitszustandes. 5=sehr gut, 1=sehr schlecht.

Gesundheitsbeeinträchtigungen: Der eigene Gesundheitszustand als schlecht oder sehr schlecht eingeschätzt, chronische Krankheiten oder gesundheitliche Probleme liegen vor, Einschränkungen auf Grund gesundheitlicher Probleme liegen vor, eine Invaliditäts- oder Erwerbsunfähigkeitspension oder Pflegegeld wird bezogen oder eine Rezeptgebührenbefreiung liegt vor.

Behinderung: Subjektiv wahrgenommene Einschränkung bei der Verrichtung alltäglicher Arbeiten, die mindestens schon 6 Monate andauert.

LEBENSZUFRIEDENHEIT

Nur Personen ab 16 Jahren.

Subjektive Einschätzung der gegenwärtigen Zufriedenheit mit dem Leben. 6=sehr zufrieden, 1= sehr unzufrieden; nur Selbstauskünfte von Personen ab 16 Jahren.

FAMILIE / KINDERBETREUUNG

Kind – Definitionen s. Haushaltstypen.

Art der Kinderbetreuung: Anteil der mind. eine Stunde pro Woche betreuten Kinder bis 12 Jahre in Krippe/Kindergarten/Vorschule, Hort/Nachmittagsbetreuung, durch Tagesmutter oder sonstige bezahlte Privatpersonen und in der Schule an allen Kindern bis 12 Jahre.

Kinderbetreuung jüngstes Kind: Wird das jüngste Kind unter 12 Jahren im Haushalt mind. 1 Stunde pro Woche in Krippe/Kindergarten/Vorschule, Hort/Nachmittagsbetreuung, durch Tagesmutter oder sonstige bezahlte Privatperson betreut? Ohne Pflichtschule.

Betreuungsstunden pro Woche: Betreute Stunden (ohne Pflichtschule).

Schulbesuch: 10-14-jährige Kinder in der Sekundarstufe I (Hauptschule / AHS / Sonderschule)

Kinderbetreuungskosten: Gesamte monatliche Kinderbetreuungskosten von Haushalten

mit mindestens einem Kind bis 16 Jahren in bezahlter Betreuung.

RISIKOHAUSHALTE

Haushalt mit Ausländern bzw. Ausländerinnen (ohne EU/EFTA): Haushalt, in dem mindestens eine Person mit der Staatsbürgerschaft eines Nicht-EU/EFTA-Landes lebt.

Haushalt mit Eingebürgerten (ohne EU/EFTA): Haushalt, in dem mindestens eine eingebürgerte Person aus einem Nicht-EU/EFTA-Land lebt und alle weiteren Haushaltsmitglieder ebenfalls österreichische Staatsbürger bzw. Staatsbürgerinnen sind.

Haushalt mit Behinderung (im Erwerbsalter): Haushalt, in dem mind. eine Person im Erwerbsalter eine subjektiv wahrgenommene starke Einschränkung seit mindestens einem halben Jahr bei Tätigkeiten des normalen Alltagslebens hat.

Haushalt mit Langzeitarbeitslosigkeit: Haushalt, in dem mind. eine Person mind. 12 Monate arbeitslos war.

Haushalt mit Sozialleistungen: Haupteinkommensquelle des Haushalts (=größter Anteil am Haushaltseinkommen) sind Sozialleistungen, ohne Haushalte mit Langzeitarbeitslosigkeit.

Alleinlebende Frauen ohne Pension: Weibliche Einpersonenhaushalte, in denen Pensionen weniger als 50% des gesamten Einkommens ausmachen.

Alleinlebende Frauen mit Pension: Weibliche Einpersonenhaushalte, in denen Pensionen mehr als 50% des gesamten Einkommens ausmachen.

Ein-Eltern-Haushalt: Der Haushalt setzt sich zusammen aus einer erwachsenen Person und mindestens einem Kind unter 27 Jahren. Nur Haushalte, in denen Pensionen weniger als 50% des Haushalteinkommens ausmachen.

Haushalt mit jüngstem Kind 4 bis 6 Jahre alt: Jüngstes Kind im Haushalt ist maximal 4 bis 6 Jahre alt.

Mehrpersonenhaushalt mit mindestens drei Kindern: Der Haushalt setzt sich zusammen aus mehr als einer erwachsenen Person und drei oder mehr Kindern unter 27 Jahren.

DEFINITIONEN ZU EUROSTAT-INDIKATOREN

Haushaltstyp, Kinder: Unter 18-Jährige gelten in jedem Fall als Kinder. 19- bis 24-Jährige gelten dann als Kinder, wenn sie in Haushalten mit einem Elternteil leben und weder erwerbstätig noch arbeitslos oder arbeitsuchend sind.

Erwerbsintensität des Haushalts: Für alle Personen bis 64 (ohne abhängige Kinder, siehe oben) wird die Zahl der im Einkommensbezugszeitraum Vollzeit oder Teilzeit erwerbstätigen Monate summiert und pro Haushalt in Verhältnis zur Zahl der Monate, in denen eine Aktivität genannt wurde, in Verhältnis gesetzt. Haushalte, in denen alle Personen 18- bis 24-Jahre alt und Schuler/Schülerinnen oder Studierende sind, werden aus der Berechnung ausgeschlossen.

Hauptaktivität: Auf Basis des Hauptaktivitätenkalenders des Einkommensbezugszeitraums gilt diejenige Tätigkeit, die mehr als die Hälfte der Monate in denen eine Aktivität genannt wurde, als Haupttätigkeit. In der Regel wird bei Angabe von Tätigkeiten für jedes der 12 Monate also ab 7 Monaten einer Kategorie die Zuordnung getroffen. Die Berechnung erfolgt nur für Personen ab 18 Jahre. Wenn es keine 7 Monate oder länger dauernde Aktivität gibt, oder keine Aktivität mehr als die Hälfte aller genannten Akti-

vitäten dauert, wird die Person aus der Berechnung ausgeschlossen.

Armutsgefährdungsquote von Erwerbspersonen: Die Berechnung erfolgt für all jene, die als Hauptaktivität im Vorjahr Erwerbstätigkeit haben und die beim derzeitigen Erwerbsstatus entweder Vollzeit oder Teilzeit erwerbstätig sind. Die Gliederung in Vollzeit und Teilzeit erfolgt also nach dem aktuellen Merkmal.

INDIKATOREN FÜR DAS MONITORING SOZIALER EINGLIEDERUNG IN ÖSTERREICH

Matthias Till (Projektleitung), Franz F. Eiffe, Georg Datler, Justus Henke,
Karin Schrittwieser, Ursula Till-Tentschert

Studie der Statistik Austria im Auftrag des BMASK

INHALTSVERZEICHNIS

Zusammenfassung	207
Lesehilfe zu den Indikatoren	214
1. Einleitung	218
1.1. Soziale Eingliederung als Herausforderung	220
1.2. Indikatoren für gemeinsame Ziele	221
2. Symptome mangelnder sozialer Eingliederung	226
2.1. Ein mehrdimensionaler Begriff von Armut	226
2.2. Finanzielle Armutsgefährdung	226
2.3. Deprivation und Mindestlebensstandard	229
2.4. Aktivierungsressourcen	232
3. Nationale Indikatoren für Österreich	235
3.1. Grundlagen der Indikatorenentwicklung	235
3.2. Darstellung der ausgewählten Indikatoren	242
3.3. Nationale Indikatoren zur Wohnraumversorgung in Österreich	249
3.4. Nationale Indikatoren zur Teilnahme am Erwerbsleben	257
3.5. Nationale Indikatoren zu den Bildungschancen in Österreich	264
3.6. Nationale Indikatoren zur Gesundheitsversorgung in Österreich	269
3.7. Definition der Kontextvariablen	273
4. Wirkungszusammenhänge bei der Entstehung von Armutslagen	276
4.1. Das Wirkungsgefüge von Primär- und Sekundärkontexten	276
4.2. Überschneidungen verschiedener Aspekte der Armut	279
4.3. Veränderungen im Zeitverlauf	281
4.4. Eingliederungsbilanzen und Kontextveränderungen	284
5. Was wäre wenn? – Modellrechnungen und Simulationen	293
5.1. Risikomultiplikatoren der Armutsgefährdung	293
5.2. Sensitivitätsrechnungen zur Wirkung genereller Trends	297
6. Literaturverzeichnis	300

VERZEICHNIS DER ÜBERSICHTEN

Übersicht 1:	Nationale Indikatoren für soziale Eingliederung in Österreich	213
Übersicht 2a:	Gemeinsame EU-Indikatoren im Bereich soziale Eingliederung (Übersicht)	224
Übersicht 2b:	Gemeinsame EU-Indikatoren - Übergreifende Indikatoren zur sozialen Eingliederung	225
Übersicht 3:	Dauerarmutsgefährdungsanteil (in % der Armutsgefährdeten)	243
Übersicht 4:	Finanzielle Deprivation (in % der Bevölkerung)	245
Übersicht 5:	Medianeinkommen (in % vom Median der Bevölkerung)	247
Übersicht 6:	Einkommenslücke	249
Übersicht 7:	Überbelag (in % der Bevölkerung in Mehrpersonenhaushalten)	251
Übersicht 8:	Unzumutbarer Wohnkostenanteil (Wohnungsaufwand über ein Viertel des Einkommens, in % der Bevölkerung)	253
Übersicht 9:	Prekäre Wohnqualität (in % der Bevölkerung)	254
Übersicht 10:	Belastung durch Wohnumgebung (Lärm, Kriminalität oder Umweltverschmutzung, in % der Bevölkerung)	256
Übersicht 11:	Arbeitsmarktfremquote (in % der Bevölkerung)	258
Übersicht 12:	Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit unter Gefährdungs- schwelle (in % der Personen in Erwerbshaushalten)	260
Übersicht 13:	Niedriger Stundenlohn (in % der unselbständig Erwerbstätigen, mind. 12h, ohne Lehrlinge)	262
Übersicht 14:	Erwerbshindernisse (Personen im Erwerbsalter) (in 1.000)	263
Übersicht 15:	Bildungsaktivität (in % der Bevölkerung)	265
Übersicht 16:	Vorschulbildungschancen	267
Übersicht 17:	Anteil der Jugendlichen mit keinem Besuch/Abschluss des Sekundarbereichs II oder höher (in % aller Jugendlichen der Altersgruppe)	269

Übersicht 18:	Gesundheitsprobleme (chronische Krankheit, Beeinträchtigung oder subjektiv schlechter Gesundheitszustand, in %)	271
Übersicht 19:	Soziale Lebenserwartungsdifferenzen	273
Übersicht 20:	Armutsgefährdung, Deprivation und Aktivierungsressourcen von 1995-2006	282
Übersicht 21:	Armutsgefährdung von Haushaltstypen und Merkmale der hauptverdienenden Person (in %)	284
Übersicht 22:	Übertritte in Bezug auf Armutsgefährdung zwischen 2005 und 2006	287
Übersicht 23:	Zugänge in die Armutsgefährdung in Verbindung mit einem veränderten Erwerbseinkommen im Haushalt zwischen 2005 und 2006	288
Übersicht 24:	Abgänge der Armutsgefährdung in Verbindung mit einem veränderten Erwerbseinkommen im Haushalt zwischen 2005 und 2006	289
Übersicht 25:	Abgänge aus der Armutsgefährdung in Verbindung mit Beschäftigungs-auf oder -zunahme der Frau im Haushalt zwischen 2005 und 2006	290
Übersicht 26:	Übertritte in Verbindung mit gestiegenen Aktivierungsressourcen in armutsgefährdeten Haushalten zwischen 2005 und 2006	291
Übersicht 27:	Risikomultiplikatoren der Armutsgefährdung von 1995 bis 2006	295
Übersicht 28:	Strukturveränderungseffekte 1995 bis 2020	298
Übersicht 29:	Partielle Strukturveränderungseffekte 1995 bis 2006	299

VERZEICHNIS DER GRAFIKEN

Grafik 1:	Armutsgefährdungsquoten und -lücken in der Europäischen Union	221
Grafik 2:	Dauergefährdungsanteil für ausgewählte Bevölkerungsgruppen	242
Grafik 3:	Deprivationsquote, Trend 1995-2007	244
Grafik 4:	Standardisiertes Medianeinkommen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung, Trend 1996-2007	246
Grafik 5:	Einkommenslücke, Trend 1995-2007	248
Grafik 6:	Überbelag in Mehrpersonenhaushalten, Trend 2003-2007	250
Grafik 7:	Unzumutbarer Wohnkostenanteil, Trend 2004-2007	252
Grafik 8:	Prekäre Wohnqualität, Trend 2004-2007	254
Grafik 9:	Belastung durch die Wohnumgebung, Trend 1995-2007	255
Grafik 10:	Arbeitsmarktfernenquote, Trend 2005-2008	257
Grafik 11:	Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit unter Gefährdungsschwelle, Trend 1995-2007	259
Grafik 12:	Niedrigstundenlohnquote, Trend 1995-2007	261
Grafik 13:	Erwerbshindernisse durch Betreuungspflichten, Trend 2005-2008	263
Grafik 14:	Bildungsaktivität, Trend 2005-2007	264
Grafik 15:	Vorschulbildungschancen, Trend 2006-2007	265
Grafik 16:	Bildungsferne Jugendliche im Alter von 16 bis 19 bzw. 20 bis 24 Jahren, Trend 2006-2008	268
Grafik 17:	Gesundheitsprobleme, Trend 1995-2007	270
Grafik 18:	Fernere Lebenserwartung mit 35 Jahren, Trend 1981/82-2001/2	272
Grafik 19:	Schalenmodell der sozialen Eingliederung	278

Grafik 20:	Vereinfachtes Strukturierungsmodell für soziale Eingliederung	278
Grafik 21:	Armutsgefährdung	280
Grafik 22:	Risikomultiplikatoren (odd ratios) für überproportional gefährdete Haushalte	294

ZUSAMMENFASSUNG

INDIKATOREN FÜR SOZIALE EINGLIEDERUNG IN ÖSTERREICH UND DER EUROPÄISCHEN UNION

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben gemeinsame sozialpolitische Ziele. Damit die Verwirklichung dieser Ziele objektiv messbar ist, haben die europäischen Institutionen die regelmäßige Beobachtung anhand von statistischen Indikatoren beschlossen. Für spezifische nationale Strategien sind die gemeinsamen EU-Indikatoren jedoch nur eingeschränkt anwendbar. In der offenen Methode der Koordinierung (OMK) werden deshalb auch nationale Indikatoren für soziale Eingliederung berücksichtigt. Das Bundesministerium für Soziales, Arbeit und Konsumentenschutz (BMASK) hat Statistik Austria beauftragt, Indikatoren für soziale Eingliederung in Österreich zu entwickeln. Dabei wurden in Zusammenarbeit mit einem Beirat aus Fachleuten, Interessensvertretungen und der Armutskonferenz insgesamt 18 Indikatoren ausgewählt. Eine repräsentative Telefonumfrage sowie eine begleitende qualitative Studie des Instituts für Soziologie der Universität Wien gewährleistete die Einbeziehung möglichst breiter Bevölkerungsschichten sowie Personen, die selbst von Armut betroffen sind. Der nun verfügbare Indikatorenkatalog bezieht sich daher auf Problemlagen, die für die Bevölkerung in Österreich von besonderer Relevanz sind.

SOZIALE EINGLIEDERUNG BEDEUTET SCHUTZ VOR ARMUT

Der Begriff „Soziale Eingliederung“ bezeichnet den Prozess, in dem Menschen die Mittel und Chancen erhalten, sich wirtschaftlich, sozial und kulturell in einer Gesellschaft zu integrieren. Strategien für soziale Eingliederung zielen auf die Vermeidung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Der Armutsbegriff enthält dabei eine Aufforderung zur Unterstützung: wer als arm gilt, soll unterstützt werden. Das Verfahren der Indikatorenentwicklung war daher besonders auf Lebensbereiche ausgerichtet,

in denen Menschen durch staatliche Interventionen unterstützt werden sollen. Die ausgewählten Indikatoren orientieren sich daher an den Bereichen Einkommens- und Lebensstandardsicherung, Wohnraumversorgung, Bildungszugang, Teilnahme am Erwerbsleben und Gesundheitsversorgung.

ARMUT HAT MEHRERE GESICHTER

Armut zeigt sich an einem Mangel an Ressourcen. Wenn zum Beispiel viele Menschen ein geringes, armutsgefährdendes Einkommen haben, kann dies ein Anzeichen für soziale Spaltung sein. Armutsgefährdung deutet auf Lücken in der durch Arbeitsmarkt, Familie und Sozialstaat gewährleisteten finanziellen Absicherung. Aber nicht alle Menschen, die ein laufendes Einkommen beziehen, können auch an den zentralen gesellschaftlichen Bereichen teilhaben. Die Benachteiligung gegenüber der in einer Gesellschaft als selbstverständlich angenommenen Lebensführung wird in der Armutsforschung als Deprivation bezeichnet. Wer wenig Geld hat, muss sich insbesondere beim materiellen Lebensstandard einschränken. Entscheidend ist dabei, ob finanzielle Engpässe vorübergehend oder dauerhaft sind. Wer jung, gesund und erwerbstätig oder in Ausbildung ist, hat in der Regel bessere Zukunftsperspektiven als etwa erwerbsunfähige Personen. Gleichzeitig ergeben sich je nach den persönlichen Voraussetzungen unterschiedliche Interventionsmöglichkeiten. Gesundheit, Bildung oder die Teilnahme am Erwerbsleben sind daher Aktivierungsressourcen, also nicht-monetäre Mittel. Sie bilden die Voraussetzung, die es Menschen mit geringen finanziellen Ressourcen ermöglicht, aus eigener Kraft eine normale Lebensführung zu erreichen. Darüber hinaus sind Gesundheit, Arbeit und Bildung selbstverständlich auch unmittelbar relevante Aspekte der gesellschaftlichen Teilhabe.

EFFEKTE WOHLFAHRTSSTAATLICHER LEISTUNGEN

Staatliche Transferleistungen sind in Österreich überwiegend Versicherungsleistungen, die durch Beitragszahlungen begründet sind. Andere Sozialleistungen stehen universell zur Verfügung, um Gruppen mit erhöhten Lebenskosten zu unterstützen (z.B. Pflegegeld oder Familienbeihilfen). Das eigentliche Ziel der Armutsreduktion ist vorwiegend bei den Leistungen der Bundesländer wie der Sozialhilfe oder der Wohnbeihilfe erkennbar. Obwohl soziale Unterstützungen breit gestreut sind, stellen sie vor allem für gefährdete Personen die wichtigste Existenzgrundlage dar. Werden weder Pensionen noch Sozialleistungen eingerechnet, dann haben in Österreich insgesamt 3,5 Millionen Menschen ein Einkommen, das geringer ist als die Armutsgefährdungsschwelle. Der Bevölkerungsanteil unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 25%, wenn soziale Transferleistungen nicht berücksichtigt werden und ist damit fast doppelt so hoch wie die aktuelle Armutsgefährdungsquote. Ohne Berücksichtigung von Pensionen fallen sogar 43% der Bevölkerung unter die Gefährdungsschwelle.

Staatliche Eingriffe, die durch den Zugang zu Dienstleistungen und Infrastrukturen erfolgen, sind hier noch nicht einbezogen. Denn öffentliche Investitionen in Bildung, Gesundheit; Verkehr oder sozialen Wohnbau können die Lebenskosten entscheidend reduzieren, tragen aber nicht unmittelbar zum Einkommen der privaten Haushalte bei.

AKTIVIERUNG DURCH ARBEIT

Die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit spielt eine wichtige Rolle in allen „Aktivierungsansätzen“, um die Haushalte zu unterstützen, aus eigener Kraft die Armutsgefährdungsschwelle mit Hilfe zusätzlicher Erwerbseinkommen zu überschreiten. Haushalte mit Kleinkindern sind sowohl hinsichtlich des Einkommens als auch hinsichtlich der Lebenskosten (z.B. für Wohnen) stark gefährdet und daher besonders auf sozialpolitische Interventionen angewiesen. Allerdings können die bestehenden Transferleis-

tungen, die durch Frauenerwerbstätigkeit gewährleistete finanzielle Absicherung nicht ersetzen. Der Schutz der Familien vor finanzieller Armutsgefährdung ist deshalb auch stark von einer geeigneten Infrastruktur für Kinderbetreuung abhängig. Die Zahl der Personen, die sich aufgrund von Betreuungspflichten (vor allem für Kinder) nicht oder nur eingeschränkt am Erwerbsleben beteiligen können, wird auf etwa 79.000 geschätzt. Erwerbsbeteiligung, und vor allem jene der Mütter, ist dabei auch ein entscheidender Faktor für die finanzielle Armutsgefährdung.

GEFÄHRDET TROTZT ERWERBSTÄTIGKEIT

Erwerbstätigkeit ist zwar ein notwendiger, aber noch kein hinreichender Faktor zur Vermeidung von Armutsgefährdung. Ein erheblicher Teil der Arbeitsplätze in österreichischen Betrieben bietet kein Beschäftigungseinkommen, das ein Leben jenseits der Armutsgefährdungsschwelle garantiert. Das gilt besonders für Alleinverdienerhaushalte, in denen mehrere Personen auf ein einziges Erwerbseinkommen angewiesen sind.

Maßnahmen, die eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie (sowohl für Frauen als auch für Männer) ermöglichen, tragen daher auch dazu bei, den Kreis der Armutsgefährdung nachhaltig zu verringern.

SCHLÜSSELEMENT BILDUNG

Die Steigerung der Bildungsbeteiligung ist einer der wesentlichsten Faktoren dafür, dass die Armutsgefährdungsquote in den letzten Jahrzehnten kaum zugenommen hat. Armutsgefährdung trifft besonders häufig und hart jene, deren Bildungskarriere mit Erfüllung der Schulpflicht beendet wurde. Fehlt es an Bildung, dann nimmt die Armutsgefährdung aufgrund vielfältiger Wirkungszusammenhänge zu. Wem es an weiterführender Bildung mangelt, muss mit einem geringeren Lohn und häufiger Arbeitslosigkeit rechnen und kann in Folge nur niedrige Transfereinkommen aus jenen

Leistungen beziehen, die an das Erwerbseinkommen gekoppelt sind (wie etwa das Arbeitslosengeld oder die Alterspension).

SOZIALE SICHERUNG FÜR KINDER

Kinder repräsentieren die Zukunft jeder Gesellschaft. Die Lasten dieser Zukunftssicherung werden allerdings in erheblichem Ausmaß individualisiert. Ein „Leben mit Kindern“ ist für die Kinder und ihre Eltern mit erhöhter Armutsgefährdung verbunden. Eine von vier armutsgefährdeten Personen ist noch nicht volljährig. Nahezu die Hälfte der Armutsgefährdeten lebt in einer Familie. Instrumente, mit denen die soziale Sicherung für armutsgefährdete Kinder verbessert wird, haben daher besondere Breitenwirkung. Dies beschränkt sich nicht allein auf die in Österreich bestehenden Instrumente wie Familienbeihilfe und Lohnsteuer.

MIGRATIONSBEDINGTE ARMUTSLAGEN LASSEN SICH ÜBERWINDEN

Zugewanderte sind keine gleichförmige soziale Gruppe; auch dann, wenn sie aus demselben Herkunftsland stammen. Bereits aus der demographischen Struktur von zugewanderten Personen ergibt sich auch eine überdurchschnittliche Dynamik sozialer Lagen. Im Durchschnitt ist das Gefährdungsrisiko von Personen mit Migrationshintergrund etwa doppelt so hoch wie bei den in Österreich geborenen Personen. Aber etwa jede zweite Person schafft den Aufstieg über die Armutsgefährdungsschwelle (von einem auf das andere Jahr). Mit längerer Aufenthaltsdauer gelingt es demnach einem erheblichen Teil der MigrantInnen aus eigener Kraft aus der Armutsgefährdung herauszugelangen.

DIE WIRKUNG GENERELLER TRENDS

Die hier vorgelegten Befunde bieten keinen Hinweis, dass Armut in Privathaushal-

ten zwischen dem EU-Beitritt 1995 und dem Jahr 2007, also bis vor dem Beginn der Wirtschaftskrise, zugenommen hat. Eine erstmalig durchgeführte Analyse von Veränderungen der individuellen Armutspositionen zeigt, dass in den letzten Jahren mehr Personen eine Gefährdungslage überwinden konnten als in eine solche hineingeraten sind. Die meisten dieser Übertritte stehen in Zusammenhang mit einer Verbesserung von Aktivierungsressourcen, insbesondere Beschäftigungsaufnahmen. Ein besonders starker Effekt konnte für die Erwerbstätigkeit von Frauen nachgewiesen werden.

Rein quantitativ bleiben Transferleistungen, staatliche Sozialleistungen und Pensionen die wichtigste Bestimmungsgröße für den Kreis der armutsgefährdeten Haushalte und Personen. In den letzten 10 Jahren hatten sozioökonomische Entwicklungen im Vergleich zur (politisch bestimmten) Größe und Zusammensetzung der Sozialausgaben eine recht überschaubare Wirkung.

Als einflussreichster Struktureffekt erweist sich die Erhöhung der Zahl der Personen mit weiterführender Schulbildung sowie eine Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit. Während der letzten 10 Jahre wurde eine gedämpfte Steigerung der mittleren Einkommen beobachtet. Dadurch hat sich tendenziell der Abstand zwischen den mittleren und den niedrigeren Einkommen verringert. Gleichzeitig kam es zu einer wachsenden Polarisierung zwischen den mittleren und den höchsten Einkommenspositionen. Die Annäherung von Mittelstand und benachteiligten Bevölkerungsgruppen kann folglich auch zu einer subjektiven Verunsicherung breiter Bevölkerungsschichten beitragen.

STATISTISCHE INDIKATOREN FÜR ZUKÜNFTIGE HERAUSFORDERUNGEN

Die prognostizierte Entwicklung der zentralen Kontextfaktoren wie Erwerbsquoten, Bildungsbeteiligung und Zuwanderung macht mittelfristig eine Vergrößerung des Kreises der armutsgefährdeten Personen wahrscheinlich. Welche Auswirkungen die gravierende Zunahme der Arbeitslosigkeit im Zusammenhang mit der weltweiten Wirtschaftskrise

hat, ist noch nicht absehbar. Übersicht 1 zeigt die 17 im Rahmen dieses Projektes ausgewählten nationalen Indikatoren für soziale Eingliederung. Dieser Katalog ergänzt die gemeinsamen europäischen Indikatoren und bietet erstmalig ein breit abgestimmtes Instrument für die kontinuierliche Berichterstattung in Österreich. Darin sind auch wichtige Leitindikatoren für den nationalen Strategieplan 2008 bis 2011 enthalten.

Übersicht 1: Nationale Indikatoren für soziale Eingliederung in Österreich

	Indikator	Datenbasis	Absolut (gerundet)	in %
Haushaltseinkommen und Lebensstandard	DAUERARMUTSGEFÄHRDUNGSANTEIL (2-Jahre) (in % der Armutsgefährdeten)	SILC	535.000	54
	DEPRIVATIONSQUOTE (in % der Bevölkerung)	SILC	1.234.000	15
	STANDARDISIERTES MEDIANEINKOMMEN (Median, Änderungsrate pro Jahr)	SILC	18.200 Euro pro Jahr	2,2
	EINKOMMENS LÜCKE (in % vom BIP)	SILC	1,90 Mrd. Euro	0,71
Wohnraum	ÜBERBELAG IN MEHRPERSONENHAUSHALTEN (in % der Bevölkerung in Mehrpersonenhaushalten)	SILC	606.000	9
	UNZUMUTBARER WOHNUNGS-AUFWAND (in % der Bevölkerung)	SILC	1.432.000	17
	PREKÄRE WOHNQUALITÄT (in % der Bevölkerung)	SILC	223.000	3
	BELASTUNG DURCH WOHN-UMGEBUNG (in % der Bevölkerung)	SILC	752.000	9
Erwerbsleben	ARBEITSMARKTFERNENQUOTE (in % der Bev. im Erwerbsalter, ohne Personen in Ausbil- dung/Pension)	Mikrozensus	537.000	12,4
	HAUSHALTSEINKOMMEN AUS ERWERBSARBEIT UNTER GE- FÄHRDUNGSSCHWELLE (in % der Personen in Erwerbshaushalten)	SILC	1.333.000	19
	NIEDRIGE STUNDENLÖHNE (in % der Erwerbstätigen)	SILC	120.000	4
	ERWERBSHINDERNISSE durch BETREUUNGSPFLICHTEN (in 1.000)	Mikrozensus	79.000	-
Bildungs- chancen	BILDUNGS-AKTIVITÄT (in % der Bevölkerung ab 15 Jahren)	Mikrozensus	1.269.000	18,2
	VORSCHULBILDUNGSSCHANCEN (in % der 3-5 Jährigen)	Kinder- tagesheimstatistik	205.000	84,6
	BILDUNGSFERNE JUGENDLICHE (in % der 16- bis 24-Jährigen)	Mikrozensus	99.000	10,8
Gesund- heit	GESUNDHEITSPROBLEME (in % der Bevölkerung ab 16 Jahren)	SILC	596.000	9
	SOZIALE LEBENSERWARTUNGSDIFFERENZEN	VZ/ Standesfälle	M: 6,2 Jahre W: 2,8 Jahre	-

LESEHILFE ZU DEN INDIKATOREN

HAUSHALTSEINKOMMEN UND LEBENSSTANDARD

Dauerarmutsgefährdungsanteil (2-Jahre): Rund 535.000 Personen bzw. 54 Prozent der armutsgefährdeten Personen leben in dauerhaft armutsgefährdeten Haushalten. Das Jahreseinkommen dieser Haushalte lag in zwei aufeinanderfolgenden Jahren unter der Armutsgefährdungsschwelle (= 60% des Medianeinkommens, d.h. rund 910 Euro pro Monat für einen Einpersonenhaushalt zuzüglich 450 Euro für jeden weiteren Erwachsenen bzw. rund 270 Euro für jedes weitere Kind).

Deprivationsquote: Rund 1,2 Millionen Menschen bzw. 15 Prozent der Gesamtbevölkerung leben in einem finanziell deprivierten Haushalt. Sie verfügen über so wenig Geld, dass mindestens zwei dieser Dinge nicht leistbar sind: neue Kleidung zu kaufen; die Wohnung warm zu halten; Miete, Strom rechtzeitig zu zahlen; alle 2 Tage Huhn, Fisch, Fleisch zu essen; unerwartete Ausgaben zu bezahlen; einmal im Monat Freunde oder Verwandte zum Essen einzuladen; notwendige Arzt- oder Zahnarztbesuche für alle Personen im Haushalt).

Standardisiertes Medianeinkommen: Der mittlere (nominale) Lebensstandard in der Bevölkerung ist um 2,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Dieser Median-Lebensstandard wird von einem Einpersonenhaushalt erreicht, bei dem das insgesamt verfügbare Nettoeinkommen pro Jahr rund 18.200 Euro beträgt.

Einkommenslücke: Rund 1,9 Milliarden Euro bzw. 0,71 Prozent des BIP wären erforderlich, um allen armutsgefährdeten Haushalten eine Aufstockung ihres Einkommens auf die Armutsgefährdungsschwelle zu ermöglichen.

WOHNRAUM

Überbelag: Rund 606.000 Menschen bzw. 9 Prozent der Bevölkerung in Mehrpersonenhaushalten leben in einer überbelegten Wohnung. Die Zahl der Wohnräume bei Überbelag ist bei 2 Personen weniger als 2; bei 3 bis 4 Personen weniger als 3; 5 bis 6 Personen weniger als 4; bei 7 bis 8 Personen weniger als 5; bei 9 oder mehr Personen weniger als 6. Als Überbelag gilt auch, wenn die Wohnung insgesamt weniger als 16 m² hat oder die Wohnräume durchschnittlich kleiner als 8 m² sind.

Unzumutbarer Wohnungsaufwand: Rund 1,4 Millionen Menschen – 17 Prozent der Gesamtbevölkerung – müssen mehr als ein Viertel ihres Haushaltseinkommens für ihre Wohnkosten aufwenden (einschließlich Betriebskosten, Energie- und Instandhaltungskosten sowie Kreditrückzahlungen bei Wohnungs- oder Hauseigentum).

Prekäre Wohnqualität: Rund 223.000 Menschen bzw. 3 Prozent der Gesamtbevölkerung leben in einer Wohnung, die kein WC oder Badezimmer hat, feucht, schimmelig oder dunkel ist oder über keine Waschmaschine oder Waschküche verfügt. (Der Indikator bezieht sich auf Personen bei denen 2 dieser 4 Merkmale zutreffen).

Belastung durch Wohnumgebung: Rund 752.000 Menschen bzw. 9 Prozent der Gesamtbevölkerung sind durch Kriminalität, Lärm oder Umweltverschmutzung belastet. (Der Indikator bezieht sich auf Personen bei denen 2 dieser 3 Merkmale zutreffen).

ERWERBSLEBEN

Arbeitsmarktfremdenquote: Rund 537.000 Menschen bzw. 12 Prozent der Personen im Erwerbsalter (15 bis 64 Jahre) sind weder erwerbstätig noch arbeitsuchend (ausgenommen Personen in Ausbildung oder Pension).

Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit unter der Armutsgefährdungsschwelle: Rund 1,33 Millionen Menschen bzw. 19 Prozent der Personen in Erwerbstätigenhaushalten erzielen ein Arbeitseinkommen (einschließlich Familienleistungen), das geringer ist als die Armutsgefährdungsschwelle.

Niedrigstundenlohnquote: Rund 120.000 Menschen bzw. 4 Prozent der Erwerbstätigen (ohne Lehrlinge) haben einen Bruttostundenverdienst von weniger als 5,77 Euro bzw. verdienen bei einer Arbeitszeit von 40 Stunden weniger als 1.000 Euro pro Monat.

Erwerbshindernisse durch Betreuungspflichten: Rund 79.000 Menschen sind wegen mangelnder Versorgung oder Zugänglichkeit von Betreuungseinrichtungen nicht oder nur eingeschränkt erwerbstätig.

BILDUNGSCHANCEN

Bildungsaktivität: Rund 1,27 Millionen Menschen bzw. 18 Prozent der Bevölkerung ab 15 Jahren absolvieren gegenwärtig eine schulische oder berufliche Aus- bzw. Fortbildung.

Vorschulbildungschancen: Rund 205.000 Kinder bzw. 85 Prozent der Kinder im Vorschulalter (3-5 Jahre) besuchen einen Kindergarten.

Bildungsferne Jugendliche: Rund 99.000 Jugendliche bzw. 11 Prozent der Jugendlichen (16 bis 24 Jahre) besuchen keine Ausbildung im Sekundarbereich II (Lehre, BMS oder Matura) und haben keine dieser Ausbildungen bereits abgeschlossen.

GESUNDHEIT

Gesundheitsprobleme: rund 596.000 Menschen bzw. 9 Prozent der Bevölkerung ab 16 Jahren schätzen ihren Gesundheitszustand subjektiv als sehr schlecht ein, bezeichnen sich als chronisch krank oder wegen gesundheitlicher Probleme oder einer Behinderung stark eingeschränkt in der alltäglichen Lebensführung (zwei von drei Problemen).

Soziale Differenzen in der Lebenserwartung: Die fernere Lebenserwartung von Männern mit Hochschulabschluss im Alter von 35 Jahren ist im Durchschnitt um 6,2 Jahre bzw. jene der Frauen mit Hochschulabschluss um 2,8 Jahre höher als für Männer und Frauen mit Pflichtschulabschluss.

1. EINLEITUNG

Das erklärte gemeinsame Ziel der Regierungen aller EU-Mitgliedsstaaten ist die Reduktion von Armut und sozialer Ausgrenzung in Europa. Die Mitgliedstaaten haben sich im Rahmen der offenen Methode der Koordinierung (OMK) dazu verpflichtet, nationale Strategien zu entwickeln. Vorgesehen ist ein kontinuierliches Monitoring dieser Strategien anhand von gemeinsamen Indikatoren. Um den Bedarf und die Wirkung spezifischer nationaler Strategien im Bereich der sozialen Eingliederung berücksichtigen zu können, sind zusätzlich auch nationale Indikatoren vorgesehen. Das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz beauftragte die Statistik Austria daher mit der Entwicklung von Eingliederungsindikatoren für Österreich.

Die Bestimmung von Armutslagen ist nicht allein durch Merkmalsauszählungen der amtlichen Statistik zu erreichen. Ihre Definition setzt Normen der sozialen Unterstützung voraus. Diese werden in politischen Prozessen geformt und in der öffentlichen Wahrnehmung und alltäglichen Praxis sichtbar. Allgemeine Unterstützungsnormen können spezifische juristische Kategorien begründen (z.B. im Sozialhilfewesen, bei Arbeitslosenunterstützungen oder Pensionsleistungen). Eine handlungsleitende Definition von Armut orientiert sich jedoch nicht nur am geleisteten Input, sondern an den Lebensbedingungen, auf die sozialpolitische Eingriffe gemäß allgemeiner Unterstützungsnormen prinzipiell gerichtet werden müssten.

Statistische Indikatoren werden aus empirischen Beobachtungen der Lebensverhältnisse und allgemeinen Normen abgeleitet. Im Gegensatz zur amtlichen Prüfung von Leistungsvoraussetzungen sind jedoch in der Regel keine expliziten Normen anwendbar und es stehen meist nur freiwillig gegebene Antworten auf standardisierte Fragen zur Verfügung.

Um die normative Relevanz der Indikatoren zu prüfen, wurde eine möglichst große Zahl unterschiedlicher Akteure und Akteurinnen in eine offene und kritische Diskussion zwischen Auftraggeber, Fachleuten der Universität Wien, Synthesis Forschung sowie dem Projektteam der Statistik Austria eingebunden. Ziel war es, einen möglichst breiten Konsens zu erreichen. Um widersprüchliche Positionen sichtbar zu machen und interessenspolitischen Schwerpunktsetzungen Raum zu geben, wurden insgesamt fünf Sitzungen eines unabhängigen Projektbeirates abgehalten. Zudem wurden Befragungen und Diskussionen mit Fachleuten und Selbsthilfegruppen durchgeführt. Mittels einer Telefonbefragung wurde erstmals erhoben, welche der international üblichen Erhebungsmerkmale nach allgemeiner Auffassung als absolut notwendiger Mindestlebensstandard anzusehen sind. Was sich demnach jeder Mensch in Österreich leisten können soll, ist: nahrhaftes Essen, neue Kleidung, eine warme Wohnung, notwendige Arztbesuche, Freunde einzuladen sowie regelmäßige Zahlungen und unerwartete Ausgaben tätigen zu können.

Im Rahmen des Projekts wurden vier Arbeitspapiere (Till-Tentschert und Weiss 2008; Kernbeiß et al. 2008; Henke et al. 2008; Till/Henke/Schrittwieser. 2008) und ein Endbericht (Till, Wagner et al. 2008) mit Protokollen der Arbeitsgruppen erstellt. Die vorliegende Publikation fasst die wichtigsten Kernergebnisse zusammen. Eine Übersicht, welche statistischen Merkmale bei der Untersuchung von sozialer Eingliederung anhand einer Haushaltsbefragung wie EU-SILC berücksichtigt werden können, findet sich in Kapitel 2. Welche Faktoren für die Entwicklung der finanziellen Armutsgefährdung bedeutend sind, wird in den Kapiteln 3 und 4 untersucht. Das 5. Kapitel beschreibt, wie die ergänzenden nationalen Indikatoren ausgewählt wurden und präsentiert aktualisierte Ergebnisse. Detailliertere Ergebnisse finden sich in einem ausführlichen Übersichtsteil mit Zeitreihen mit den zwischen 1995 und 2008 verfügbaren Ergebnissen für die nationalen Indikatoren.

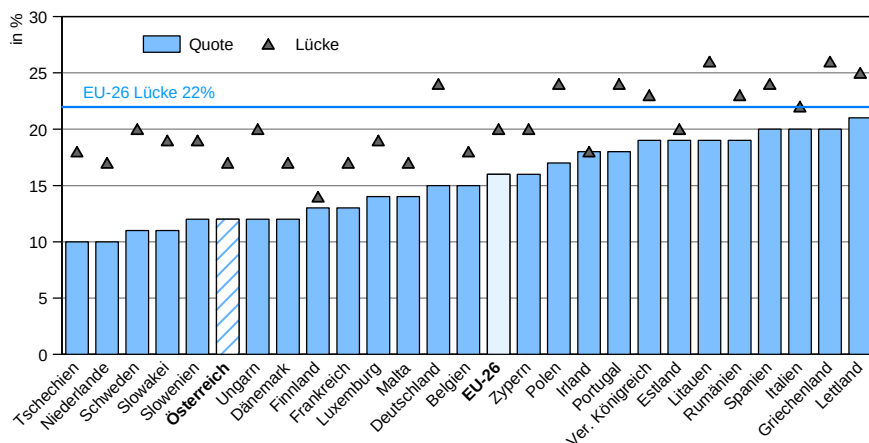
Die hier vorgelegten Indikatoren haben ihre unmittelbare Relevanz für das Monitoring des Strategieplanes 2008-2011. Eine regelmäßige Aktualisierung der Indikatoren durch die Statistik Austria ist beabsichtigt. Darüber hinaus soll der Indikatorenkatalog aber auch Ausgangspunkt für die weiterführende Armutsforschung und Indikatorenentwicklung sein. Da letztlich auf vorhandene Datenquellen zurückgegriffen werden musste, ist der Informationsstand nicht für alle Bevölkerungsgruppen zufriedenstellend. Dies gilt generell für Minderheitengruppen, die weniger als 50.000 Personen umfassen, bzw. nicht in Privathaushalten anzutreffen sind (z.B. in Altenwohnheimen wohnen). Im Verlauf des Projektes mussten auch einige besonders wichtige Indikatoren aus dem Indikatorenkatalog ausgeschieden werden. Aufgrund von Qualitätsmängeln bzw. der Verfügbarkeit von Daten war es beispielsweise im Rahmen dieses Projektes nicht möglich, einen verlässlichen Indikator zur Wohnungslosigkeit zu entwickeln.¹ Die Situation der Kinder und Jugendlichen wird in allen Indikatoren über die Altersgliederung der Übersicht mitberücksichtigt. Indikatoren, die auf die speziellen Bedürfnisse dieser Gruppe abgestimmt sind, liegen jedoch leider derzeit nicht vor.

1.1. Soziale Eingliederung als Herausforderung

In den 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union leben etwa 78 Millionen Menschen mit einem Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle. Das entspricht rund 16% der Gesamtbevölkerung der Europäischen Union. Die Armutsgefährdungsschwellen werden für jedes EU-Land separat bemessen und variieren nach den unterschiedlichen Lebensstandardniveaus. Unter Berücksichtigung der Schwankungsbreite liegt die Armutsgefährdung in Österreich zwischen 11% und 13%. Sie ist damit signifikant niedriger als der EU-Schnitt (siehe Grafik 1).

¹ Als mögliche Grundlagen wurden die Anzahl der Delogierungen aus Privatwohnungen, die Anzahl der Wohnungslosenmeldungen im Melderegister sowie die Anzahl der Personen in Einrichtungen für Wohnungslose überprüft.

Grafik 1: Armutsgefährdungsquoten und -lücken in der Europäischen Union



Q: EUROSTAT 2007. Die Armutsgefährdungsschwelle ist in Kaufkraftstandards (Basis=Österreich) für Einpersonenhaushalte in Euro ausgewiesen. Grundlage sind vergleichende Preisniveaus des Endverbrauchs der privaten Haushalte einschließlich indirekter Steuern.

Aussagen über die Intensität der Armutsgefährdung lassen sich auf europäischer Ebene auch im Vergleich der Armutsgefährdungslücken treffen. Diese zeigt, dass EU-weit das Median-Einkommen der Armutsgefährdeten um 22% niedriger ist als die Armutsgefährdungsschwelle im jeweiligen Land. Mit einer Armutsgefährdungslücke von 17% ist die Intensität in Österreich sogar wesentlich geringer als in Ländern mit niedrigeren Gefährdungsquoten. Nur in Finnland ist der Abstand des mittleren Einkommens der Betroffenen zur Schwelle geringer.

1.2. Indikatoren für gemeinsame Ziele

Der Schutz vor sozialer Ausgrenzung ist seit dem Vertrag von Amsterdam (1997) zentraler Bestandteil einer gemeinsamen Sozialpolitik der Europäischen Union. Sozialschutz wird auch im EU-Reformvertragvertrag (Lissabon) unter Artikel 151 ausdrücklich zum Ziel erklärt:

„Die Union und die Mitgliedstaaten verfolgen eingedenk der sozialen Grundrechte, wie sie in der am 18. Oktober 1961 in Turin unterzeichneten Europäischen Sozialcharta und in der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer von 1989 festgelegt sind, folgende Ziele: die Förderung der Beschäftigung, die Verbesserung der Lebens und Arbeitsbedingungen, um dadurch auf dem Wege des Fortschritts ihre Angleichung zu ermöglichen, einen angemessenen sozialen Schutz, den sozialen Dialog, die Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials im Hinblick auf ein dauerhaft hohes Beschäftigungsniveau und die Bekämpfung von Ausgrenzungen. Zu diesem Zweck führen die Union und die Mitgliedstaaten Maßnahmen durch, die der Vielfalt der einzelstaatlichen Gepflogenheiten, insbesondere in den vertraglichen Beziehungen, sowie der Notwendigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der Union zu erhalten, Rechnung tragen. Sie sind der Auffassung, dass sich eine solche Entwicklung sowohl aus dem eine Abstimmung der Sozialordnungen begünstigenden Wirken des Binnenmarkts als auch aus den in den Verträgen vorgesehenen Verfahren sowie aus der Angleichung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften ergeben wird.“ (Artikel 151 des EU-Vertrages)“

Politische Basis für eine deutlich verstärkte Auseinandersetzung mit der Armutsproblematik innerhalb der Europäischen Union ist das im Jahr 2000 in Lissabon gesetzte Bekenntnis des Europäischen Rates, die Beseitigung der Armut sowie der sozialen Ausgrenzung bis zum Jahr 2010 entscheidend voranzubringen. Ein erstes Bündel gemeinsamer Zielvereinbarungen wurde auf der Tagung des Europäischen Rates in Nizza im Dezember 2000 gebilligt und im Dezember 2002 überarbeitet. In der politischen Praxis wurden sozialpolitische Ziele eng an den Lissabon-Prozess gekoppelt.

Im Jahr 2001 wurde deshalb im Zuge der Tagung des Europäischen Rates in Laeken ein Bericht vorgelegt, in dem man sich auf ein gemeinsames Indikatorensystem zur Messung von sozialer Eingliederung einigte. Das ursprüngliche System bestand aus 18 Einzelindikatoren und bezog sich auf die Bereiche Einkommen, Arbeit, Bildung

und Gesundheit. Es wurde vor allem zur Vertiefung und Ergänzung der Strukturindikatoren zum sozialen Zusammenhalt geschaffen und integriert diese Kennzahlen für den Lissabon Prozess (vgl. Atkinson et al., 2004). Die Indikatoren wurden inzwischen neu strukturiert, und bestehen neben einem übergreifenden Set an Leitindikatoren (overarching portfolio) auch aus drei thematischen Schwerpunktindikatoren zur sozialen Eingliederung, Pensionssicherung und Gesundheit. Wie bei den ursprünglichen Laeken-Indikatoren werden primäre und ergänzende sekundäre Indikatoren unterschieden. Um die Situation zwischen Ländern in ihrer zeitlichen Entwicklung einordnen zu können, werden die Indikatoren durch Kontextinformationen ergänzt. Die übergreifenden Indikatoren und jene für den Bereich sozialer Eingliederung im engeren Sinne, sind in der nachstehenden Übersicht aufgelistet.

Zum Schlüsselinstrument der europäischen Eingliederungsstrategie wurde im Rahmen des Lissabon-Prozesses die sogenannte offene Methode der Koordinierung (OMK). Ziel dieses Instruments ist es, durch politischen Erfahrungsaustausch, nationale Vorgehensweisen zu adaptieren: Die OMK zeichnet sich dadurch aus, dass an die Stelle zentralistischer Interventionen gemeinsame Zielsetzungen und nationale Umsetzungsstrategien treten. Statistische Indikatoren und Berichte, mit denen die Entwicklung der Mitgliedsstaaten beobachtet und kommentiert werden, spielen darin eine entscheidende Rolle. Empirische Befunde und Strategiepläne sollen die Grundlage dafür schaffen, die für ein Mitgliedsland geeigneten Maßnahmen auf den Weg zu bringen.

Übersicht 2a: Gemeinsame EU-Indikatoren im Bereich sozialer Eingliederung (Übersicht)

Bereich	Indikator	Definition
Haushaltseinkommen und Lebensstandard	At-risk-of-poverty rate* + Illustrative threshold value (Armutsgefährdungsquote und -schwelle)	Anteil der Personen mit einem Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle. Die Schwelle wird jährlich neu berechnet und entspricht 60% vom Medianäquivalenzeinkommen (Haushaltseinkommen dividiert durch die bedarfsgewichtete Haushaltsgröße nach EU-Skala, 1-,5-,3). Gliederungen: Alter, Geschlecht, Haushaltstyp, Haupttätigkeit, Beschäftigungsintensität im Haushalt und Rechtsverhältnis an der Wohnung.
	Persistent at-risk of poverty rate* (Dauerarmutsgefährdungsquote)	Anteil der Personen mit einem Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle im Berichtsjahr und mindestens zwei der drei vorangehenden Jahre. (noch nicht verfügbar)
	Relative median poverty risk gap* (Armutsgefährdungslücke)	Differenz zwischen dem Medianeinkommen der armutsgefährdeten Personen und der Armutsgefährdungsschwelle in Prozent des Schwellenwertes
	Dispersion around the at-risk-of-poverty threshold (Streuung um Schwelle)	Anteil der Personen mit einem Haushaltseinkommen unter einer Schwelle von 40%, 50% und 70% des Äquivalenzeinkommens.
	Child well-being*	in Vorbereitung
	Material deprivation*	Anteil der Personen mit 3 von 9 Benachteiligungen (unerwartete Ausgaben, Urlaub, Zahlungsrückstände, Ernährung, Heizen, Waschmaschine, Fernsehergerät, Telefon, PKW)
Wohnen	Housing*	Wohnkosten (über 40% des Einkommens) Überbelag (1 Zimmer pro Person bzw. Paar, 1 Zimmer für je 2 Kinder, nach Alter und Geschlecht differenziert)
Erwerbsleben	People in jobless households* (Pers. in Haushalten o. Beschäftigte)	Anteil der Personen, die in Haushalten leben, wo keine Person beschäftigt ist.
	Employment gap of immigrants* (Beschäftigungslücke der Zugewanderten)	Differenz der Beschäftigungsquoten von im Ausland geborenen Personen zu den im Inland geborenen Personen
	Long term unemployment rate* (Langzeitarbeitslosenquote)	Gesamtzahl der Langzeitarbeitslosen ≥ 12 Monate nach ILO Definition) in Proportion zur gesamten aktiven Bevölkerung ab 15 Jahren.
Bildungschancen	Early school leavers * (Frühe SchulabgängerInnen)	Personen (18 - 24), die nicht in Ausbildung sind und höchstens Pflichtschulabschluss haben (ISCED 0-2).
	Persons with low educational attainment (Niedriger Bildungsstand)	Anteil der Erwachsenen (ab 25 Jahren) mit maximal Pflichtschulabschluss (ISCED 0-2).
	Low reading literacy performance of pupils (Leseschwäche)	Anteil der 15 jährigen SchülerInnen mit PISA-Lesekompetenzstufe 1 oder darunter.
Gesundheit	Self reported unmet need for medical care*/ Care utilisation (Medizinische Unterversorgung)	Unterversorgung bei Arztbesuchen aus finanziellen Gründen, wegen langer Wartezeiten oder weiter Anreise. Anzahl der Arztbesuche in 12 Monaten.

EI: Eingliederungsindikatoren ÜI: Übergreifende Indikatoren SI: Strukturindikatoren. * Primärindikatoren.

Dieser Logik folgend ist das gemeinsame Monitoring auch durch nationale Indikatoren zur Eingliederung zu ergänzen. Auf diese Weise sollen spezifische nationale Problemlagen erkannt und politische Schwerpunkte formuliert und evaluiert werden. Statistik

Austria hat nun erstmals einen Katalog ebensolcher Tertiärindikatoren vorgelegt. Sie sollen als Leitlinien für eine Politik der sozialen Eingliederung in Österreich dienen. In Übersicht 2 findet sich eine Übersicht der im Bereich der sozialen Eingliederung bereits vorhandenen gemeinsamen Indikatoren der EU-Mitgliedsstaaten. Allgemeine Leitlinien für die Lissabon Strategie sind sogenannte Strukturindikatoren². Nachstehend werden spezielle³ Indikatoren für Eingliederung und übergreifende Indikatoren sowie relevante Strukturindikatoren aufgelistet. Indikatoren, die in mehreren Sets vorkommen, werden nur einmal aufgelistet.

Übersicht zb: Gemeinsame EU-Indikatoren – Übergreifende Indikatoren zur sozialen Eingliederung

Bereich	Indikator	Definition
Haushaltseinkommen und Lebensstandard	S80/S20 (Verteilungsquintil)	Anteil der 20% höchsten Äquivalenzeinkommen in Proportion zum Anteil der 20% geringsten Äquivalenzeinkommen.
	At-risk-of-poverty rate anchored at a fixed moment in time (2004) (Armutsgefährdung mit fixer Schwelle)	Anteil der Personen mit einem Haushaltseinkommen unter der inflationsbereinigten Armutsgefährdungsschwelle des ersten verfügbaren Einkommensreferenzjahres (2004).
	Median relative income of elderly people / Aggregate replacement ratio (Einkommenslücke der Älteren/ Einkommensersatzrate)	Medianeinkommen der Personen über 64 Jahren in Proportion zum Einkommen der 0-64-jährigen. Median der individuellen Pensionseinkommen der 65-74-jährigen in Proportion zum Median der individuellen Löhne der 50-59-jährigen ohne Berücksichtigung sonstiger Sozialleistungen
Erwerbsleben	Employment rate of older workers (Beschäftigungsquote der älteren ArbeitnehmerInnen)	Beschäftigte Personen bei den 55 - 59 und 60 – 64-jährigen in Proportion zur Gesamtbevölkerung in diesen Altersgruppen
	In-work poverty risk (Armutsgefährdete Erwerbstätige)	Personen die unselbständig oder selbständig beschäftigt und armutsgefährdet sind.
	Activity rate (Erwerbsquote)	Anteil der Beschäftigten und Arbeitslosen an der Gesamtbevölkerung der 15-64-jährigen.
	Regional disparities – coefficient of variation of employment rates (Variationskoeffizient der regionalen Arbeitslosenquoten)	Standardabweichung der regionalen Beschäftigungsquoten der 15-64-jährigen dividiert durch den gewichteten nationalen Durchschnitt (NUTS II = Bundesländer)
Gesundheit	Healthy life expectancy (Gesunde Lebenserwartung)	Anzahl der erwarteten Lebensjahre in guter Gesundheitsverfassung (ohne gesundheitliche Einschränkungen) für eine Person bei Geburt sowie im Alter von 45 bzw. 65 Jahren
	Projected total public social expenditures (Sozialausgaben)	Sozialausgaben (z.B. Pensionen, Gesundheit, Langzeitpflege, Bildung und Transferleistungen für Arbeitslose) in % des BIP, einschließlich Prognosen (2010-20-30-40-50).
	Total health expenditure per capita (Gesundheitsausgaben pro Kopf)	Gesamte Gesundheitsausgaben pro Kopf in Kaufkraftparitäten

2 Für eine Übersicht der Strukturindikatoren siehe: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/structural_indicators/introduction

3 Im Jahr 2006 wurden drei Koordinierungsverfahren zusammengefasst. Neben den speziellen Eingliederungsindikatoren gibt es auch Indikatorensets für Gesundheit und Langzeitpflege sowie Renten. Unterschieden werden jeweils Primär- und ergänzende Sekundärindikatoren. Weiters sind sogenannte Kontextindikatoren vorgesehen. Für die Definition und Rolle der Eingliederungsindikatoren im Koordinierungsverfahren siehe: http://ec.europa.eu/employment_social/spsi/the_process_de.htm

2. SYMPTOME MANGELNDER SOZIALER EINGLIEDERUNG

2.1. Ein mehrdimensionaler Begriff von Armut

Soziale Eingliederung bezeichnet den Prozess, den Kreis der in Armut lebenden Menschen zu verkleinern und entsprechende Maßnahmen zu setzen. Während die meisten Menschen in Österreich ihre Lebensweise als unverzichtbare Selbstverständlichkeit ansehen, muss Armut als eine erzwungene Einschränkung dieser scheinbaren Selbstverständlichkeiten des Alltagslebens begriffen werden. In diesem Sinne geht von Armut eine „ausschließende“ Wirkung aus. Die von ihr betroffenen Menschen erweisen sich als unzureichend in das soziale Gefüge eingebunden.

Wie können Größe, Zusammensetzung und Veränderung des Kreises der in Armut lebenden Menschen erfasst werden? Die einschlägige Haushaltserhebung der Statistik Austria (unter dem technischen Titel „EU-SILC“) bietet im Wesentlichen drei Zugänge: Finanzielle Armutsgefährdung, Mindestlebensstandard und Mangel an Aktivierungsressourcen. Keiner der drei Ansätze kann die Vielschichtigkeit eines Lebens in Armut mit seinen Konsequenzen für das individuelle und gesellschaftliche Leben voll erfassen; jeder der drei Ansätze wirft aber ein erhellendes Licht auf Umfang und Zusammensetzung des Kreises der in Österreich in Armut lebenden oder von ihr gefährdeten Menschen (vgl. Till-Tentschert und Weiss 2008; Kernbeiß et al. 2008).

2.2. Finanzielle Armutsgefährdung

Die Armutsgefährdungsquote ist einer der wichtigsten Leitindikatoren für soziale Eingliederung. Sie wird allgemein als Mangel an Ressourcen definiert. Gemessen wird der Bevölkerungsanteil mit einem – im Vergleich zum mittleren Lebensstandard – geringen Haushaltseinkommen. Als Einkommen werden alle Nettobezüge und Transferleistungen aller Haushaltsmitglieder, die im Laufe eines Kalenderjahres bezogen wurden

berücksichtigt, abzüglich geleisteter Transferleistungen (z.B. Alimente) und Steuern. Die individuelle Armutslage von Personen bemisst sich daher an der Einkommenssituation des Haushaltes.

Für alle Personen (Frauen, Männer, Kinder), die zusammen in einer Wohnung bzw. einem Haus leben, wird derselbe Lebensstandard angenommen (Pool-Annahme⁴). Um den Lebensstandard von Haushalten mit unterschiedlicher Größe und Struktur annähernd vergleichbar zu machen, werden Einkommensbeträge durch sogenannte Äquivalenzskalen standardisiert. Jeder Haushalt benötigt je nach Größe und Zusammensetzung eine unterschiedliche Menge an Einkommen (Äquivalenzeinkommen bzw. standardisiertes Einkommen).⁵

Als armutsgefährdet gilt eine Person „wenn der Wert eines Ressourcenindikators unter oder auf der Armutsgrenze (G) liegt“ (Leu et al 1997, ebd.). Ein Problem des Ressourcenansatzes liegt Leu zufolge vor allem darin, dass eine genaue Definition der Armutsgrenze, die als Referenzgröße benötigt wird, nur durch Werturteile möglich ist (Leu 1999). Die Festlegung dieser Grenze schwankt zwischen 40 und 60% des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens⁶.

Im Bereich der einkommensbasierten Daten, die auf Haushaltsebene erhoben werden, ergeben sich eine Vielzahl von Problemen:

- » Kann Haushaltseinkommen direkt gemessen werden?
- » Ist die Information, die wir über den Haushalt haben, korrekt?

4 Die Pool-Annahme ist immer wieder stark kritisiert worden, weil sie die effektive Verteilung der Einkommen innerhalb des Haushalts nicht berücksichtigt (etwa Atkinson 1989, Haddad und Kanbur 1990, Piachaud 1992)

5 Dabei kommt die sogenannte EU-Skala mit den Gewichten 1-0,5-0,3 zur Anwendung. Diese eher willkürliche Konvention der internationalen Berichterstattung stimmt für Österreich vergleichsweise gut mit den subjektiven Einkommensbedarfen in der Bevölkerung (vgl. Till & Till-Tentschert 2007)

6 Im Einkommens-/Konsumansatz bzw. im Ressourcenansatz spiegelt sich der in der theoretischen Debatte bedeutende Utilitarismus wider (Shaffer 2002); siehe zum Verhältnis von Ressourcen-Ansatz und Nutzentheorie auch Deaton (1980), Grootaert (1985); Ravallion (1994)

- » Spiegelt die Äquivalenzskala die tatsächlichen Kosten für jedes Haushaltsmitglied wider und kann ein gegebenes Einkommen immer in dieselbe Konsummenge transformiert werden?

Kosten variieren zwischen Individuen und Haushalten beträchtlich, ebenso wie die Fähigkeit mit einer gegebenen Geldsumme über die Runden zu kommen. Einkommen selbständiger Personen sind wesentlich schwieriger zu erfassen als die von Angestellten. Auch die Problematik der Verteilung zwischen Männern und Frauen, die gemeinsam in Haushalten leben, wird hier nicht berücksichtigt. Der Zugang zu nicht-monetären ökonomischen Ressourcen wird hier völlig ausgeblendet, ebenso wie Verdienste am Schwarzmarkt (vgl. Halleröd et al 2006, 332).

Nach der gemeinsamen EU-Definition wird die Armutsgefährdungsschwelle bei 60% des mittleren Lebensstandards in jedem Mitgliedsland festgemacht. In Österreich gilt 2008 ein Einpersonenhaushalt, der mit weniger als 951 Euro pro Monat auskommen muss, als armutsgefährdet. Für jede weitere erwachsene Person im Haushalt erhöht sich die Schwelle um 475 Euro, für jedes Kind um 285 Euro. Ein Lebensstandard (das sogenannte „standardisierte Haushaltseinkommen“) unter diesem Niveau ist meist unzureichend, um eine umfassende soziale Einbindung der im Haushalt lebenden Menschen zu garantieren. Die jährliche Berichterstattung zeigt, dass zwölf bis dreizehn von hundert Personen in Österreich finanziell gefährdet sind.

2.3. Deprivation und Mindestlebensstandard

Finanzielle Armutsgefährdung und damit verbundene Einkommensindikatoren werden Armutslagen nur bedingt gerecht. Einerseits stellt das laufende Einkommen oft nur einen Teil der verfügbaren finanziellen Mittel dar (Vermögensbestände werden nicht erfasst). Andererseits sind bestimmte Einkommen wie z.B. bei selbständiger Tätigkeit nur sehr schwer empirisch zu erfassen. Unterschiedliche Lebenshaltungskosten bleiben unberücksichtigt bzw. werden durch sogenannte Äquivalenzskalen eher willkürlich pauschal einbezogen. Die Einkommensverteilung im Vergleich von 27 EU-Ländern sagt wenig über die Zugänglichkeit zu nicht-monetären Leistungen, vor allem bei Gesundheit und Bildung aus. Es ist daher notwendig, direkte Information zur Lebensführung bzw. dem Lebensstandard einzubeziehen, anstatt nur indirekt die Verfügbarkeit von Einkommen zu berücksichtigen.

Aus diesen Gründen sollten die einkommensbasierten Maßzahlen der EU-Armutsberichterstattung durch zusätzliche Indikatoren ergänzt und das Verständnis von Armut somit vertieft werden. Die alternative Sicht stützt sich auf materielle Deprivation, die als erzwungener Mangel einer Kombination von Merkmalen verstanden wird. Inkludiert sind in dieser Definition materielle Lebensbedingungen, wie Wohnbedingungen, der Besitz von langlebigen Gebrauchsgütern und die Fähigkeit, bestimmte Grundbedürfnisse befriedigen zu können. Die vorgeschlagenen Indizes sollen mehrdimensionale Aspekte der materiellen Lebensbedingungen abbilden.

Eine „deprivierte Lebensführung“ drückt sich in einem eingeschränkten Zugang zu einem gewissen Lebensstandard und damit verbundenen Gütern aus. Solche Armut bedeutet eine erzwungene Einschränkung gegenüber jener Lebensweise, die für die meisten Menschen einer Gesellschaft selbstverständlich ist.

Für den vorliegenden Bericht wurde in Zusammenarbeit von Statistik Austria und dem Institut für Soziologie der Universität Wien eine Studie durchgeführt (vgl. Till-Tentschert und Weiss 2008), die zum Ziel hatte, den gesellschaftlichen Konsens über die Definition spezifischer Armutslagen in Österreich auszuloten. Auf dieser Basis sollte ein Bild direkt beobachtbarer Armutslagen rekonstruiert werden. Die Auswahl von Merkmalen für finanzielle Deprivation folgte drei Kriterien:

- » Es wurden nur Merkmale verwendet, die auch regelmäßig in EU-SILC erhoben werden.
- » Diese Merkmale müssen von Armutsbetroffenen und der Mehrheitsbevölkerung überwiegend als absolut notwendig für den Mindestlebensstandard in Österreich bezeichnet werden.
- » Es werden nur Merkmale berücksichtigt, die explizit auf die Leistbarkeit abzielen. Beispielsweise geht es im Falle von Einschränkungen bei der Ernährung nicht um freiwilligen Verzicht, sondern darum, ob die finanziellen Mittel grundsätzlich ausreichen, um Grundbedürfnisse zu erfüllen.

Bei Interviews mit Fachleuten zeigte sich eine Tendenz, den Armutsbegriff in zwei Stufen zu unterteilen: Einerseits wurde häufig zwischen der Notwendigkeit, Grundbedürfnisse zu decken, gesprochen, wie „am Ende des Monats noch etwas zum Essen für die Kinder kaufen zu können“. Andererseits standen jene Lebensbedingungen im Fokus, die man für die Ermöglichung sozialer Teilhabe als notwendig erachtete. Selbst nach Befriedigung der Grundbedürfnisse kann daher von Armut gesprochen werden. Auf dieser zweiten Stufe hängt die Armutslage stärker von Wahrnehmung, aktuellen Bedürfnissen und dem sozialen Bezugsrahmen ab (relativ-subjektive Komponente).

Die „immaterielle“ Dimension ist in einer standardisierten Erhebung allerdings nur schwer operationalisierbar. Besonders die Wahrung der Würde der Betroffenen wurde von allen ExpertInnen aber als äußerst wichtig eingestuft⁷. In einer telefonischen Befragung⁸ gelang es jedoch, relativen Konsens hinsichtlich eines „Mindestlebensstandards“ herzustellen. Arm ist, wer erzwungenen Mangel oder erzwungene Exklusion erleidet und von der Gesellschaft ausgegrenzt wird, oder sich als ausgegrenzt wahrnimmt. Es wurde zwischen Mängeln wie „kein ausreichendes Einkommen zu haben, um sich am Ende des Monats noch Essen leisten zu können“ oder „den kaputten Kühlschrank zu ersetzen“, und von Mängeln, die durch die Gesellschaft initiiert sind, unterschieden. Einerseits wurden Merkmale eines Mindestlebensstandards in Österreich erfragt, andererseits sollten die Befragten angeben, welchen Lebensstandard sie sich selbst leisten könnten. Die Items wurden nach Lebensbereichen gruppiert und umfassten allgemeinen/grundlegenden Lebensstandard, Gesundheit, Wohnen, Freizeit und Bildung, Mobilität und Kinder.

Insgesamt wurde hier eine Auswahl von 7 relevanten Merkmalen getroffen. Eine deprivierte Lebensführung wurde durch das Auftreten von mindestens 2 dieser Merkmale identifiziert. Für die Berichterstattung steht nun erstmals eine weitgehend konsensuell abgeleitete, trennscharfe Definition der finanziellen Möglichkeiten zur Verfügung. Demnach sollten sich in Österreich alle Menschen leisten können:

- » Regelmäßige Zahlungen (insb. Miete und Betriebskosten) rechtzeitig zu begleichen
- » Bei Bedarf neue Kleidung zu kaufen
- » Jeden 2. Tag Fleisch, Fisch, Geflügel oder vergleichbare vegetarische Speisen zu essen

7 Die Befunde untermauern die in der Literatur häufig anzutreffende Unterscheidung zwischen Existenznot und Sozialnot (Krämer 1997) oder primärer, sekundärer und tertiärer Armut (z.B. Stromberger 1977):

8 Befragt wurden im Zeitraum von Dezember 2007 bis Jänner 2008 500 Personen.

- » Die Wohnung angemessen warm zu halten
- » Unerwartete Ausgaben (z.B. für Reparaturen) zu finanzieren
- » Freunde oder Verwandte regelmäßig zum Essen einzuladen
- » Notwendige Arzt- und Zahnarztbesuche.

Diese Auswahl ist nicht umfassend und endgültig, sie verdeutlicht vielmehr einen spezifischen Aspekt deprivierter Lebensführung aus heutiger Sicht. Zukünftige Konsumstandards oder soziale Entwicklungen können die notwendigen Elemente des Mindestlebensstandards freilich verändern. Ebenso kann mit verbesserter Datenlage und Grundlagenforschung künftig ein adäquateres Bild deprivierter Lebensverhältnisse gezeichnet werden.

2.4. Aktivierungsressourcen

Der dritte Zugang zur Armut setzt bei der Frage an: Verfügt der Haushalt über jene Ressourcen, die im Regelfall notwendig sind, um sich aus einem Leben in Armut aus eigener Kraft zu befreien? Zu diesen Aktivierungsressourcen zählen insbesondere Bildung, Gesundheit und der Zugang zu einer Erwerbstätigkeit. Eine Armutslage kann ohne diese Ressourcen nur schwer überwunden werden. Das System der Transferzahlungen (und der Besteuerung) wird dann zu einer Armutsfalle, wenn die Möglichkeiten fehlen, sich aus eigener Kraft finanziell besser zu stellen.

Rund ein Fünftel der Jugendlichen unterschreitet im Lesen, Schreiben und Rechnen ein akzeptables Mindestniveau und liefert somit einen triftigen Grund, gezielt Maßnahmen zu setzen. Die Investition in Bildung ist daher wesentlicher Bestandteil einer Aktivierungspolitik. Armutsgefährdung trifft besonders häufig und hart jene, deren Bildungslaufbahn mit Erfüllung der Schulpflicht endet. Werden keine weiterführenden Bildungsabschlüsse erzielt, ist dies häufig das direkte Ticket in finanzielle Engpässe und deprivierte Lebenslagen.

Im Fall von Krankheit und Behinderung liegt offenbar ein Mangel an Ressourcen vor, der im Hinblick auf Armut zu sozialpolitischem Handeln herausfordert. Dieser Ressourcenmangel mag zwar mit der „Lebensführung in Armut“ oder mit finanzieller Armut zusammenhängen, kann aber nicht primär über finanzielle Transfers ausgeglichen werden. Noch deutlicher wird dies bei chronischen Krankheiten oder dauerhaften Behinderungen. In diesen Fällen ist es aus sozialpolitischer Sicht vor allem notwendig, den Mangel der Ressource „Gesundheit“ durch stärkere Aktivierung in anderen Bereichen zu kompensieren.

Schließlich fehlt es jenen an zentralen Ressourcen, die nicht in der Lage sind, aktiv am Arbeitsmarkt teilzunehmen. Diese Personen haben erhebliche Schwierigkeiten, eine finanzielle Armutsgefährdung aus eigener Anstrengung zu überwinden. Eine aktivierungsorientierte Sozialpolitik hat in diesem Bereich daher die Aufgabe, Barrieren abzubauen und Frauen und Männer im erwerbsfähigen Alter bei der Ausschöpfung ihres vorhandenen Potenzials zu unterstützen.

Die Teilnahme am Arbeitsmarktgeschehen geht über den Aspekt der finanziellen Absicherung eines Haushalts hinaus. Im günstigsten Fall regt die Arbeitswelt auch zur Aktivierung in Hinblick auf den Wissenserwerb an. Gegebenenfalls steht damit auch die Sicherung des Gesundheitszustandes in Zusammenhang, wie umgekehrt Wissenserwerb und Gesundheit notwendige Voraussetzungen einer längerfristigen Beschäftigungsfähigkeit darstellen.

Aktivierung ist somit der Schlüssel, um aus dem Teufelskreis niedriger Einkommen und deprivierter Lebensführung auszubrechen. Der Bildungsgrad, die Erwerbsbeteiligung oder der Gesundheitszustand können den Unterschied ausmachen, ob auf vorübergehende Phasen der Armutsgefährdung deutlich bessere Lebensabschnitte zu erwarten sind, oder eine Armutslage dauerhaft besteht. Neben dem akuten Mangel an Einkommen ist das Potenzial für eine zukünftige Situationsverbesserung entscheidend. Jüngere, gesunde,

erwerbstätige Menschen oder Studierende haben in der Regel bessere Chancen, als etwa erwerbsunfähige Personen. Die Art und der Grad an notwendiger Intervention gestalten sich je nach vorhandenen „Aktivierungsressourcen“ unterschiedlich.

3. NATIONALE INDIKATOREN FÜR ÖSTERREICH

3.1. Grundlagen der Indikatorenentwicklung

WAS IST EIN INDIKATOR?

Indikatoren dienen primär zur Beobachtung sozialer Veränderungen über die Zeit oder der Unterschiede zwischen bestimmten Gruppen. Neben Bestandsgrößen sollen daher insbesondere dynamische Entwicklungen abgebildet werden (stocks und flows). Sie verweisen auf Veränderungen und Unterschiede und ermöglichen somit Aussagen darüber, wie häufig ein Phänomen auftritt. Die vollständige und exakte Messung eines Phänomens ist dadurch in der Regel aber noch nicht gewährleistet. (vgl. Palmer & Rahman, 2002)

Als (Output-)Indikator wird eine statistische Kennzahl verstanden, die einen bestimmten Themenbereich nach konsensueller Auffassung zutreffend beschreibt. Relative Merkmalshäufigkeiten von Individuen oder in einer Gruppe von Individuen im Verhältnis zu einer geeigneten Referenzgruppe liefern den Ausgangspunkt für einen einfachen Indikator.

Man unterscheidet allgemeine Indikatoren von speziellen Indikatoren für bestimmte Zielgruppen (z.B. die Erwerbsbevölkerung), wobei auch jene Gruppen anzuführen sind, die aufgrund der Datenlage nicht ausreichend beschrieben werden können (z.B. Asylwerbende). Tiefengliederungen wie z.B. Alter, Geschlecht oder Haushaltszusammensetzung machen spezifische Differenzierungen sichtbar. Diese zusätzlichen Informationen sind selbst aber keine Outputindikatoren, lassen sich aber als Kontextindikatoren interpretieren.

In der Formulierung sozialpolitischer Ziele erweisen sich Indikatoren als wesentlich. Während jedes sozialpolitische Vorhaben daher einen Indikator benötigt, um Fortschritte oder Rückschritte in der Zielerreichung zu eruieren, kann ein Indikator freilich auch ohne Ziel verwendet werden. Im Vergleich zu politischen Zielen sind Indikatoren weniger verbindlich und orientieren sich an relevanten Problembereichen. Ziele sind veränderbar, Indikatoren sollten theoretisch einigermaßen unveränderlich bleiben und zumindest für den Zeitraum des zukünftigen Strategieplans (2008-2011) Gültigkeit besitzen.

WELCHE ÄNDERUNGEN UND UNTERSCHIEDE WERDEN GEMESSEN?

In erster Linie werden jene Prozesse beobachtet, die soziale Risikolagen und Armut erzeugen, und somit zum Gegenstand intervenierender und präventiver Maßnahmen werden. Die Messung von Ausgrenzungen bezieht sich dabei meist auf Einschränkungen des materiellen Lebensstandards, wie in Kapitel 3 bereits erörtert.

Indikatoren, die Armut abbilden möchten, sollen auf das gehäufte Auftreten der Merkmale für eine Armutslage bei bestimmten Personen oder Gruppe hinweisen. Die konkreten Merkmale erweisen sich aber als variabel und können daher nicht endgültig festgelegt werden.

Ziel ist die empirische Beobachtung von Veränderungen und Unterschieden bei Lebensbedingungen, die in einem engen Zusammenhang mit den sozialen Unterstützungsnormen in Österreich stehen und nicht bereits durch die gemeinsamen EU-Indikatoren erfasst werden. In einer weiteren Einschränkung werden hauptsächlich Unterstützungsnormen berücksichtigt, die für das Kapitel Eingliederung im nationalen Strategiebericht relevant sind. Strategien zu den Bereichen Pensionen und Gesundheit und Langzeitpflege werden hier ausgeklammert.

WIE KANN EINE SYSTEMATISCHE AUSWAHL VON INDIKATOREN ERFOLGEN?

Zunächst sind jene Bereiche zu benennen, in denen sich solche Normen vorrangig zeigen. Dann sind konsensfähige Kriterien für die Schwerpunktsetzung festzulegen.

Anregungen für die zukünftige Weiterentwicklung des Indikatorensystems konnten durch ein exploratives Verfahren gewonnen werden. Der bloßen Reproduktion konventioneller Sichtweisen wurde somit vorgebeugt. Nicht alle relevanten Problembereiche können freilich durch vorhandene Daten adäquat abgebildet werden. Das explorative Verfahren kam daher insbesondere zum Einsatz, um die Bedeutung eines materiellen Mindestlebensstandards für die soziale Eingliederung, konkrete Merkmale der Deprivation zu ermitteln (vgl. Schneidewind 1985) und relevante Problembereiche zu dokumentieren, wie in Kapitel 2 ausführlich dargelegt.

Eine schrittweise Reduktion der Indikatoren erfolgte anhand von vorab festgelegten Kriterien. Die vorgeschlagenen Indikatoren wurden Themenbereichen zugeordnet und mittels Auswahlkriterien begründete Entscheidungen zwischen Alternativen getroffen. Für jeden Bereich wurden maximal 6-7 Teilbereiche (bzw. Indikatoren) ausgewählt.

Maßgeblich für diese Entscheidung war die Bewertung durch gesellschaftliche Normen. In einer quantitativen Telefonbefragung wurde die Notwendigkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe der einzelnen Indikatoren erfragt. Diese Bewertung wurde durch die Experten und Expertinnen in der Gruppendiskussion und im Beirat ergänzt. Ziel war es, einen möglichst breiten Konsens zu erreichen, um Beliebigkeit auszuschließen und Legitimation zu gewinnen.

IN WELCHEN BEREICHEN SIND UNTERSTÜTZUNGSNORMEN VORRANGIG?

Der internationale Diskurs zur sozialen Eingliederung wird maßgeblich von europäischen Institutionen geprägt. Die Gründung dieser Institutionen zur nachhaltigen Friedenssicherung in Europa diene ursprünglich der Schaffung eines leistungs- und wettbewerbsfähigen Wirtschaftsraumes. Daraus ergibt sich eine Dominanz von Unterstützungsnormen, die auf eine Steigerung der produktiven Teilhabe abzielen. Diese Unterstützungsnormen gehen über die reine Reproduktion von Arbeitskraft hinaus (Sozialhilfe dient beispielsweise der Sicherung des Lebensunterhalts). Ziel solcher Normen ist die Sicherung des materiellen Lebensstandards (Konsummöglichkeiten) und Wohnens.

Neben der Förderung zur Aktivierung und der Vermeidung deprivierter Lebensführung können auch partizipative Unterstützungsnormen gelten, die auf kulturelle, soziale und politische Teilhabe ausgerichtet sind. Historisch wäre z.B. das allgemeine Wahlrecht eine solche Errungenschaft. Aufgrund der Vielfalt an Lebensstilen kann es jedoch problematisch sein, Mindeststandards in kulturellen und sozialen Aspekten verbindlich zu formulieren, nicht zuletzt weil diese teilweise unter deprivierte Lebensführung oder Aktivierungsressourcen subsumiert werden können.

Es herrscht ein enger Zusammenhang zwischen Aktivierung und deprivierter Lebensführung einerseits und partizipativer Teilhabe andererseits. Daher wurde den erstgenannten Bereichen, d.h. Beschäftigung, Bildung, Gesundheit, Lebensstandard und Wohnen vorläufig Priorität für die Entwicklung von quantifizierbaren Indikatoren in Österreich eingeräumt.

WELCHE ZIELGRUPPEN SIND FÜR UNTERSTÜTZUNGSNORMEN MASSGEBLICH?

Auf die Orientierung an expliziten Zielgruppen wurde verzichtet. Stattdessen wurden Kontexte durch Untergliederung nach Alter, Geschlecht und Haushaltszusammensetzung beschrieben. Besonders beachtenswert schienen außerdem spezifische Marktrisiken von Alleinerziehenden, Familien mit 3 oder mehr Kindern, Menschen mit Behinderung, ausbildungsfernen Personen und Personen mit Migrationshintergrund, armutsgefährdeten und deprivierten Personen und Personen in prekären Wohlstandslagen (60-70% des Medianeinkommens).

AUSWAHLKRITERIEN FÜR INDIKATOREN

Für die Indikatorenzusammenstellung sind folgende Fragen entscheidend (Atkinson et al. 2001):⁹

- » Sind die Dimensionen ausgewogen dargestellt?
- » Sind die Indikatoren konsistent bzw. werden etwa gleichwertige Bereiche abgedeckt?
- » Sind die Indikatoren transparent und allgemein zugänglich?

Für die Bewertung einzelner Indikatoren sollten außerdem zumindest folgende Voraussetzungen geprüft werden:

- » Bestehen ein klarer Problembezug und eine allgemein akzeptierte normative Interpretation?
- » Ist der Indikator robust und statistisch abgesichert?
- » Ist der Indikator für politische Maßnahmen sensitiv (aber nicht manipulierbar)?

⁹ Im Zuge der Neuformulierung gemeinsamer EU-Indikatoren im Jahr 2006 wurden diese Kriterien geringfügig adaptiert, um den Bezug zu den gemeinsamen EU-Zielsetzungen zu verstärken. In der von Atkinson et al. ursprünglich vorgelegten Fassung wurde gefordert, dass die Messung keine zusätzliche Belastungen für Verwaltung, Firmen oder Bürger bringen sollte. Dieser Punkt wurde später so zusammengefasst, dass Indikatoren auf bereits vorhandenen Datenquellen beruhen sollten.

- » Sind Daten vorhanden, Ergebnisse zeitnah verfügbar und gibt es Aktualisierungen?

Neben diesen allgemeinen Prinzipien lassen sich Kriterien für Indikatoren zum Monitoring von Armut und Ausgrenzung weiter präzisieren (vgl. Palmer, & Rahman 2002):

- » Es soll ein nachweislicher oder plausibler Zusammenhang zur Verfügbarkeit von Ressourcen und eingeschränkten Wahlentscheidungen bestehen. Beispielsweise ist der Gesundheitszustand für sich genommen ein eher schwacher Indikator, da er von der Ressourcenlage unabhängig sein kann (z.B. Alter, genetische Disposition) oder eng mit bewussten Lebensstilentscheidungen verknüpft ist (z.B. Alkoholkonsum).
- » Ein guter Indikator ist für sich genommen bedeutsam und weist zugleich auf weitere Problembereiche hin. Beispielsweise deutet Arbeitslosigkeit sowohl auf unmittelbare, als auch auf mittelbare Problemlagen hin.
- » Indikatoren sind nur dann sinnvoll für die Beobachtung, wenn sie regelmäßig messbar sind. Hierfür sind eine präzise Definition und zuverlässige Datenquellen erforderlich. Die Wiederholbarkeit von Messungen muss auf vergleichbarer Basis gewährleistet sein. Um den Zusammenhang mit Ressourcen nachzuweisen, sind Daten zu bevorzugen, die eine Gliederung des Indikators in Ressourcenpositionen zulassen.
- » Indikatoren sollen so verständlich sein, dass Fehlinterpretationen möglichst ausgeschlossen werden können. Sie sollten außerdem nicht durch sich wechselhafte administrative Regeln änderbar sein (vgl. Palmer & Rahman, 2002). Beispielsweise wäre die Zahl der Sozialhilfebeziehenden direkt von den Anspruchsvoraussetzungen abhängig und nicht allein von gegebenen Bedarfslagen.

Darüber hinaus ist für ein Indikatorensystem in Österreich besonders zu betonen, dass

- » gemeinsame EU-Indikatoren in wesentlicher Hinsicht ergänzt und die spezifischen nationalen Strategien berücksichtigt werden sollen

- » Indikatoren von der Bevölkerung und von ExpertInnen als relevant wahrgenommen werden sollen;
- » der Zusammenhang mit Lebenszufriedenheit nachweisbar oder plausibel sein soll.

Die begrifflichen Festlegungen und Strategien der Indikatorenentwicklung wurden in Form eines umfassenden Indikatorenkataloges empirisch umgesetzt. Der Katalog wurde in Abstimmung mit dem Projektbeirat und gemeinsam mit Fachleuten entwickelt.

Ergebnis der sozialen Eingliederung ist die Sicherung gegen Armut. Umgekehrt weist das Ausmaß von Armut auf mangelhafte Eingliederung hin. Armut ist jedoch nicht endgültig, sondern ausschließlich in Bezug auf soziale Unterstützungsnormen zu definieren. Wie bereits erörtert, sind „Normen für deprivierte Lebensführung“ einerseits und „Ressourcen der Aktivierung“ andererseits zu unterscheiden.

Auf Basis ausgewählter Eingliederungsmerkmale kann geprüft werden, welche Datenquellen in Frage kommen. Viele relevante Merkmale werden durch EU-SILC erfasst. Zur Ermittlung möglichst robuster Ergebnisse ist es aber sinnvoll, auch weitere Datenquellen zu prüfen bzw. für die Berechnung einzelner Indikatoren heranzuziehen. Zur Verbesserung der zukünftigen Datenlage sollten auch potentiell relevante Indikatoren unabhängig von der heutigen Datenverfügbarkeit diskutiert werden. Die geprüften Datenquellen entsprechen insgesamt den strengen Qualitätsstandards der amtlichen Statistik und liefern daher auch insgesamt sehr robuste Ergebnisse. Dennoch ist aufgrund von Stichproben- und Messfehlern meist mit gewissen Schwankungsbreiten zu rechnen. Diese sind in Qualitätsberichten zu den jeweiligen Erhebungen auch ausführlich diskutiert.¹⁰ Im Folgenden sollen nun die erarbeiteten Indikatoren vorgestellt werden.

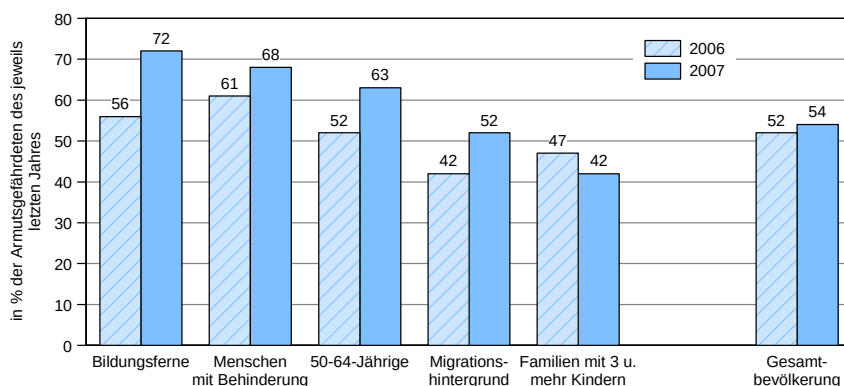
¹⁰ Laufend aktualisierte Qualitätsberichte sind abrufbar unter: http://www.statistik.at/web_de/dokumentationen/index.html

3.2. Darstellung der ausgewählten Indikatoren

INDIKATOR L1: DAUERARMUTSGEFÄHRDUNGSANTEIL (2-JAHRE)

Definition: Anteil der Personen an den Armutsgefährdeten des aktuellen Jahres, deren Haushaltseinkommen bereits im Vorjahr unter der Armutsgefährdungsschwelle lag. Die Schwelle wird für jedes Jahr neu berechnet und entspricht 60% des standardisierten (äquivalisierten) Medianeinkommens (siehe Indikator L3).

Grafik 2: Dauergefährdungsanteil für ausgewählte Bevölkerungsgruppen



Trend: Von den insgesamt 989.000 armutsgefährdeten Menschen (SILC 2007) waren 535.000 (54%) bereits im Vorjahr gefährdet. Der Anteil der dauerhaft gefährdeten Personen ist damit geringfügig höher als im Jahr 2006. Ein deutlicher Anstieg des Dauergefährdungsanteils ist bei bildungsernen Personen und in der Altersgruppe der 50- bis 64jährigen sowie bei Menschen mit Behinderung festzustellen. Menschen mit Migrationshintergrund sowie kinderreiche Haushalte sind zwar besonders stark von Armutsgefährdung betroffen, der Dauergefährdungsanteil liegt hier aber deutlich

unter dem Durchschnitt. Der Anteil der Dauerarmutsgefährdeten mit drei oder mehr Kindern ist etwas zurückgegangen.

Anmerkungen: Dieser Indikator ergänzt den Leitindikator Armutsgefährdung sowie den längerfristig ausgerichteten EU-Indikator zur dauerhaften Armutsgefährdung in drei aus vier Jahren. Die nationale Definition ist besser zur Beobachtung kurzfristiger Veränderungen geeignet und aufgrund einer größeren Stichprobenbasis mit einer geringeren Schwankungsbreite behaftet als der EU-Indikator. Als Komplementärmasse zur Dauergefährdung (2- Jahre) wird der Anteil der Neugefährdung verstanden. Eine alternative Bezeichnung als Neugefährdungsanteil ist daher möglich, um den nationalen Indikator vom EU-Indikator Dauerarmutsgefährdung abzugrenzen.

Übersicht 3: Dauerarmutsgefährdungsanteil (in % der Armutsgefährdeten)

	Insgesamt	Männer	Frauen	Altersgruppe				
				bis 19 J.	20-29 J.	30-49 J.	50-64 J.	65+ J.
Gesamtbevölkerung	54	52	55	40	52	49	63	71
Bildungsferne	72	67	74	-	-	(60)	(74)	77
Migrationshintergrund	52	55	49	(42)	-	(51)	-	-
Menschen mit Behinderung	68	(62)	71	-	-	-	(75)	(63)
Ein-Eltern-Haushalte	44	(46)	43	42	-	(52)	-	-
Familien mit								
drei u. mehr Kindern	42	(43)	(41)	(43)	-	(45)	-	-
Kindern unter 4 Jahren	37	(38)	(35)	(35)	-	(40)	-	-
Kindern zw. 4 u. 16 Jahren	40	42	38	40	-	41	-	-
finanziell depriviert	60	61	59	(43)	-	(52)	(76)	79

Q: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2007.

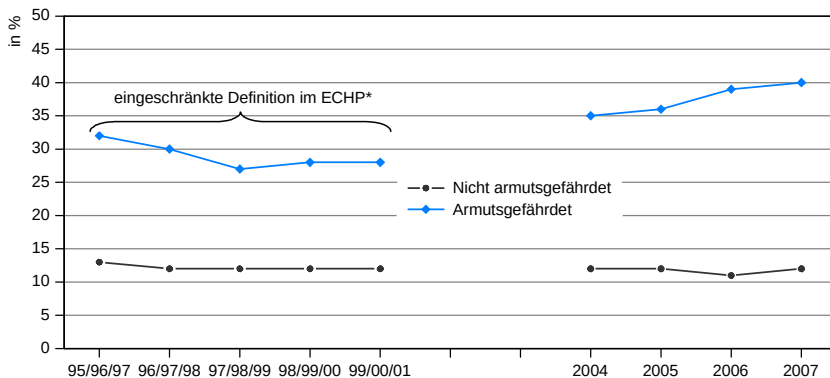
Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

INDIKATOR L2: DEPRIVATIONSQUOTE

Definition: Anteil der Personen, die sich zumindest zwei von folgenden sieben Dingen nicht leisten können:

- » bei Bedarf neue Kleidung zu kaufen
- » die Wohnung angemessen warm zu halten
- » Miete, Strom rechtzeitig zu zahlen
- » alle 2 Tage Huhn, Fisch, Fleisch zu essen
- » unerwartete Ausgaben von 800 Euro zu bezahlen
- » einmal im Monat Freunde oder Verwandte zum Essen einzuladen
- » notwendige Arzt- oder Zahnarztbesuche für alle Haushaltsmitglieder

Grafik 3: Deprivationsquote, Trend 1995-2007



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2007, EUROSTAT ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung.

* Beim Europäischen Haushaltspanel wurden unerwartete Ausgaben und Arztbesuche nicht erhoben: Die Deprivationsquote bezieht sich auf eine eingeschränkte Definition.

Trend: 2007 waren insgesamt 15% der Gesamtbevölkerung von finanzieller Deprivation betroffen. Im beobachteten Zeitraum blieb die Deprivationsquote für nicht armutsgefährdete Personen relativ konstant (2007: 12%). Für armutsgefährdete Personen stieg die Deprivationsquote hingegen von 35% im Jahr 2004 auf 40% im Jahr 2007.

Anmerkungen: Finanzielle Deprivation beruht auf der Einschätzung der Befragten über die insgesamt verfügbaren Ressourcen. Neben dem laufenden Einkommen können daher auch familiäre Unterstützung, öffentliche Dienstleistungen und verringerte Lebenskosten bei Wohnungseigentum, aber auch besondere Belastungen (z.B. Überschuldung, gesundheitliche Probleme, Sucht etc.) in die Bewertung einfließen. Im Gegensatz zum Einkommen werden so auch die wahrgenommenen Lebenskosten bzw. Preissteigerungen, von denen Personen mit geringem Einkommen überdurchschnittlich betroffen sind, berücksichtigt.

Übersicht 4: Finanzielle Deprivation (in % der Bevölkerung)

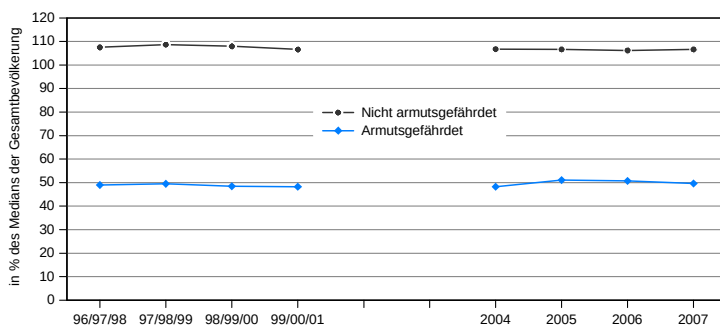
	Insgesamt	Männer	Frauen	Kinder und Jugendliche (bis 19 J.)	Junge Erwachsene (20-29 J.)	30-49 Jährige	50-64 Jährige	Pensionsalter (65+)
Gesamtbevölkerung	15	14	16	16	17	14	13	16
Bildungsferne	27	30	25	(32)	41	28	24	24
Migrationshintergrund	30	29	31	33	31	26	35	-
Menschen mit Behinderung	31	29	33	-	-	42	32	27
Ein-Eltern-Haushalte	32	30	32	33	(29)	31	-	-
Familien mit 3 u. mehr Kindern	15	15	16	15	(23)	13	-	-
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	17	15	18	18	21	13	-	-
Familien mit Kindern zw. 4 u. 16 Jahren	16	15	17	17	21	15	(15)	-
Nicht-Armutsgefährdete	12	11	12	13	13	11	9	12
Armutsgefährdete	40	40	41	37	44	40	46	38
prekärer Wohlstand (60-70% Median)	24	23	25	20	(33)	22	(26)	29

Q: STATISTIK AUSTRIA EU SILC 2007. Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen. Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

INDIKATOR L3: STANDARDISIERTES MEDIANEINKOMMEN

Definition: Veränderungsrate des Medianwerts des äquivalisierten Haushaltseinkommens einer Bevölkerungsgruppe in Prozent vom Medianeinkommen der Gesamtbevölkerung sowie als Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr. Zur Berechnung des äquivalisierten Haushaltseinkommens (bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen) werden die Nettobeträge der Einkommen aller Personen im Haushalt über das ganze Jahr summiert und durch die Summe der Äquivalenzgewichte im Haushalt dividiert. Jede erwachsene Person wird nach der EU-Skala mit dem Wert 0,5 und Kinder unter 14 Jahren mit 0,3 gewichtet, zusätzlich wird ein Wert von 0,5 für den Grundbedarf jedes Haushalts hinzugezählt. Berücksichtigt werden alle Nettoeinkünfte in einem Jahr, d.h. Erwerbseinkommen, Kapitaleinkommen, öffentliche oder private Transferleistungen. Im Unterschied zur bisherigen, europaweit einheitlichen EU-SILC Berichterstattung werden private Pensionen als Einkommen berücksichtigt, wodurch sich geringfügige Abweichungen ergeben. Der Median wird aus der Verteilung von Personen in Haushalten berechnet: Eine Hälfte der Bevölkerung bzw. der jeweiligen Bevölkerungsgruppe hat ein Einkommen unter dem Medianwert, die andere Hälfte über dem Medianwert.

Grafik 4: Standardisiertes Medianeinkommen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung, Trend 1996-2007



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2003 – 2007, EUROSTAT ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung.
Aufgrund der im Vergleich zu EU-SILC geringeren Fallzahl werden für das ECHP (1995-2001) Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen, um Zufallsschwankungen zu glätten.

Trend: Im Jahr 2007 lag die Veränderungsrate bei etwa 2%. Im Jahr 2004 und 2005 lag die Steigerungsrate deutlich über der 2-Prozentmarke, wobei dies auch auf eine Verbesserung der Einkommenserfassung zurückzuführen ist. Das Medianeinkommen nicht armutsgefährdeter Personen liegt in den letzten Jahren relativ konstant bei 106% bis 107% des Medianeinkommens der Gesamtbevölkerung und ist damit mehr als doppelt so hoch wie das Medianeinkommen armutsgefährdeter Personen. Armutsgefährdete Personen konnten ihre relative Lebensstandardposition allerdings im beobachteten Zeitraum von 48% auf 51% des Medianlebensstandards leicht verbessern.

Anmerkungen: Der Median des standardisierten Haushaltseinkommens spiegelt den mittleren Lebensstandard. Er dient als Richtwert für die Bemessung der Armutsgefährdungsschwelle (60% des Medians). Eine differenzierte Betrachtung des Indikators nach Bevölkerungsgruppen gibt ein Bild der sozial unterschiedlichen Einkommenschancen. Im Zeitverlauf lässt sich beurteilen, wie stark sich das mittlere Einkommen für verschiedene Bevölkerungsgruppen verändert und inwieweit sich die Tendenzen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterscheiden.

Übersicht 5: Medianeinkommen (in % vom Median der Bevölkerung)

	Insgesamt	Männer	Frauen	Kinder und Jugendliche (< 19 Jahre)	Junge Erwachsene (20-29 J.)	30-49 Jährige	50-64 Jährige	Pensionsalter (65+)
Gesamtbevölkerung	100	102	98	91	104	105	110	94
Bildungsferne	83	84	82	88	80	85	86	80
Migrationshintergrund	77	77	75	71	81	80	80	77
Menschen mit Behinderung	89	92	86	-	(92)	89	91	88
Ein-Eltern-Haushalte	75	76	74	71	76	78	(101)	-
Familien mit 3 u. mehr Kindern	81	81	81	81	81	82	85	(92)
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	86	87	86	84	84	91	104	(91)
Familien mit Kindern zw. 4 u. 16 Jahren	94	96	93	91	96	97	107	95
Nicht-Armutsgefährdete	107	108	105	96	110	110	117	102
Armutsgefährdete	50	49	50	49	43	48	50	53
prekärer Wohlstand (60-70% Median)	65	65	65	65	66	65	66	65
Teilhabemangel	85	85	85	83	88	88	85	78
manifeste Armut	49	48	50	48	38	48	48	53

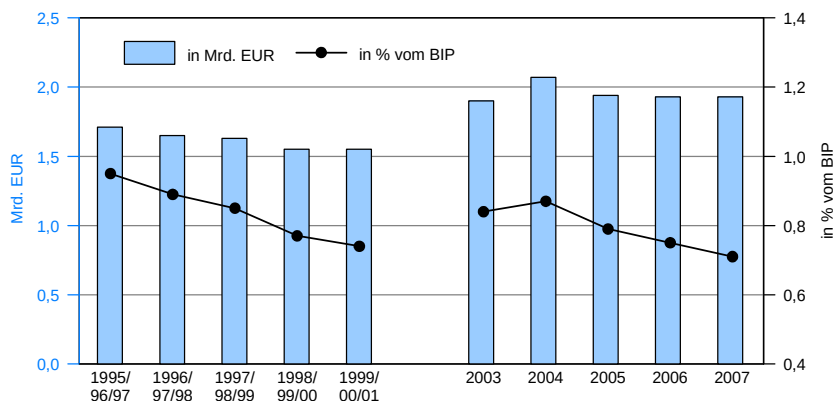
Q: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2007

Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen. Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

INDIKATOR L4: EINKOMMENS LÜCKE

Definition: Die Einkommenslücke entspricht dem zusätzlichen Einkommen, das in einem Haushalt notwendig wäre, um ein Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle zu erzielen. Die Einkommenslücken aller Haushalte werden für diesen Indikator summiert und als Anteil am BIP ausgewiesen.

Grafik 5: Einkommenslücke, Trend 1995-2007



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2003-2007, EUROSTAT ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung. Aufgrund der im Vergleich zu EU-SILC geringeren Fallzahl werden für das ECHP (1995-2001) Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen, um Zufallsschwankungen zu glätten.

Trend: Die Einkommenslücke lag im Zeitraum in den Jahren 1995 bis 2001 zwischen 1,5 und 1,7 Mrd. Euro. In dem von EU-SILC abgedeckten Berichtszeitraum lag dieser Betrag meist knapp unter 2 Mrd. Euro. Die Armutsgefährdungslücke in % des BIP sank dabei von über 0,9% des BIP auf zuletzt 0,7% des BIP.

Anmerkungen: Der Indikator ergänzt den EU-Indikator zur Einkommenslücke, der die Einkommenssituation benachteiligter Bevölkerungsgruppen beschreibt. Er veranschaulicht den Umverteilungsbedarf im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung anhand

einer einfachen Kennzahl. Zugrunde liegt allerdings ein hypothetisches Szenario, bei dem Transferleistungen nur Personen unter der Gefährdungsschwelle zukommen und Personen ihr Verhalten dadurch nicht verändern.

Übersicht 6: Einkommenslücke

	in Mrd. EUR	in % vom BiP
1995/96/97	1,71	0,95
1996/97/98	1,65	0,89
1997/98/99	1,63	0,85
1998/99/00	1,55	0,77
1999/00/01	1,55	0,74
2003	1,90	0,84
2004	2,07	0,87
2005	1,94	0,79
2006	1,93	0,75
2007	1,93	0,71

Q: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2003-2007, EUROSTAT ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung.

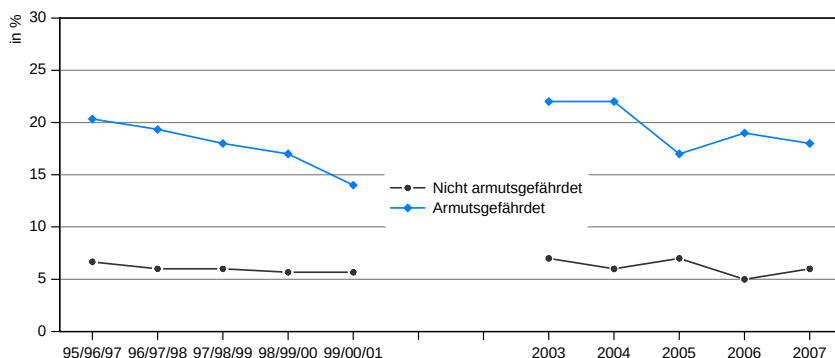
Aufgrund der im Vergleich zu EU-SILC geringeren Fallzahl werden für das ECHP (1995-2001) Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen, um Zufallsschwankungen zu glätten.

3.3. Nationale Indikatoren zur Wohnraumversorgung in Österreich

INDIKATOR W1: ÜBERBELAG IN MEHRPERSONENHAUSHALTEN

Definition: Anteil der Personen in überbelegten Wohnungen. Einpersonenhaushalte werden nicht berücksichtigt. Als überbelegt gelten Wohnungen mit weniger als 2 Räumen für 2 Personen; weniger als 3 Räumen für 3 oder 4 Personen; weniger als 4 Räumen für 5 oder 6 Personen; weniger als 5 Räumen für 7 oder 8 Personen; weniger als 6 Räumen für mehr als 8 Personen. Wenn die Wohnfläche weniger als 16m² beträgt oder pro Wohnraum durchschnittlich weniger als 8 m² zur Verfügung stehen, wird in jedem Fall Überbelag angenommen. Küchen werden nicht als Wohnräume gezählt.

Grafik 6: Überbelag in Mehrpersonenhaushalten, Trend 2003-2007



Q: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2003 – 2007, EUROSTAT ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung.
 Aufgrund der im Vergleich zu EU-SILC geringeren Fallzahl werden für das ECHP (1995-2001) Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen, um Zufallsschwankungen zu glätten.

Trend: Insgesamt lebten laut EU-SILC 2007 9% der Personen in Mehrpersonenhaushalten in einer überbelegten Wohnung. Das sind rund 606.000 Personen. Die Überbelagsquote lag bei Armutsgefährdeten bei 18%, bei nicht armutsgefährdeten Personen bei 6%. Die Überbelagsquote ist leicht rückläufig.

Anmerkungen: Auf Basis des Mikrozensus berechnete Überbelagsquoten sind niedriger, weil dort Küchen ab einer Mindestgröße von 4m² immer als Wohnraum gezählt werden.

Übersicht 7: Überbelag (in % der Bevölkerung in Mehrpersonenhaushalten)

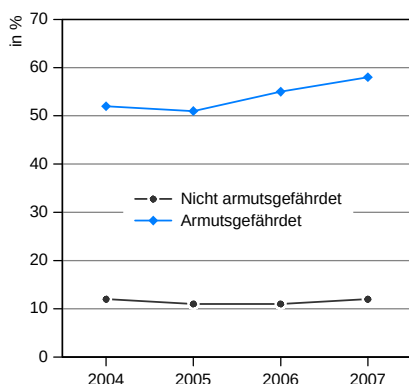
	Insgesamt	Männer	Frauen	Kinder und Jugendliche (bis 19 J.)	Junge Erwachsene (20-29 J.)	30-49 Jährige	50-64 Jährige	Pensionsalter (65+)
Gesamtbevölkerung	9	9	8	13	11	9	5	(3)
Bildungsferne	15	20	12	-	37	20	11	(5)
Migrationshintergrund	39	41	36	44	44	36	(25)	-
Menschen mit Behinderung	7	(7)	(7)	-	-	(12)	-	-
Ein-Eltern-Haushalte	8	-	(7)	(9)	-	-	-	-
Familien mit 3 u. mehr Kindern	23	25	21	23	(30)	22	-	-
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	15	16	14	15	23	13	-	-
Familien mit Kindern zw. 4 u. 16 Jahren	11	11	11	12	(14)	10	(10)	-
Nicht-Armutsgefährdete	6	7	6	9	8	6	4	(3)
Armutsgefährdete	27	29	26	33	(35)	30	(15)	-
prekärer Wohlstand (60-70% Median)	18	19	18	24	(29)	19	-	-
Teilhabemangel	10	11	10	14	(11)	(10)	-	-
manifeste Armut	37	40	35	45	(45)	(40)	-	-

Q: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2007
Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen. Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

INDIKATOR W2: UNZUMUTBARER WOHNUNGSAUFWAND

Definition: Anteil von Personen, deren Wohnungsaufwand mehr als 25% des verfügbaren Haushaltseinkommens pro Jahr beträgt. Wohn- oder Mietbeihilfen werden vom Wohnungsaufwand und vom Haushaltseinkommen abgezogen. Wohnkosten umfassen alle Ausgaben für Miete, Betriebskosten, Heizung, Energie und Instandhaltung (abzüglich allfälliger Wohn- oder Mietbeihilfen) sowie Zinszahlungen für Kredite zur Schaffung oder Sanierung von Wohnraum.

Grafik 7: Unzumutbarer Wohnkostenanteil, Trend 2004-2007



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2007. Wohnkosten inklusive Energie- und Instandhaltungskosten, abzüglich allfälliger Wohn- oder Mietbeihilfen.

Trend: 2007 waren 17% der Gesamtbevölkerung bzw. rund 1,4 Millionen Menschen stark durch den Wohnungsaufwand belastet. Ohne Berücksichtigung von Energie und Instandhaltungskosten lag diese Quote bei rund 9% bzw. 664.000 Personen. Steigende Energiekosten und Mietpreise treffen Haushalte mit niedrigem Einkommen überdurchschnittlich stark. Unter den armutsgefährdeten Personen stieg die Betroffenheit von unzumutbarem

Wohnaufwand seit 2004 von etwa 51% auf 58% im Jahr 2007 an. Bei nicht armutsgefährdeten Personen blieb diese Quote relativ konstant bei etwa 11% bis 12%.

Anmerkungen: Der Indikator berücksichtigt explizit die Entwicklung von Lebenskosten, die bei der Messung von Armutsgefährdung sonst keine Rolle spielen. Energie- und Instandhaltungskosten werden aus der Konsumerhebung 2004/2005 getrennt nach Rechtsverhältnis geschätzt. Unterschiede bei Energieverbrauch und -Effizienz oder Tarife können daher in diesem Indikator nicht berücksichtigt werden.

Übersicht 8: Unzumutbarer Wohnkostenanteil (Wohnungsaufwand über ein Viertel des Einkommens, in % der Bevölkerung)

	Insgesamt	Männer	Frauen	Kinder und Jugendliche (bis 19 J.)	Junge Erwachsene (20-29 J.)	30-49 Jährige	50-64 Jährige	Pensionsalter (65+)
Gesamtbevölkerung	17	17	20	19	21	18	17	17
Bildungsferne	19	20	21	(19)	(24)	23	25	17
Migrationshintergrund	30	30	36	36	29	31	37	-
Menschen mit Behinderung	22	21	27	-	-	34	27	20
Ein-Eltern-Haushalte	48	58	58	61	(58)	55	-	-
Familien mit 3 u. mehr Kindern	16	17	17	17	-	17	-	-
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	20	20	23	23	23	21	-	-
Familien mit Kindern zw. 4 u. 16 Jahren	15	16	18	19	(14)	16	(9)	-
Nicht-Arbeitsgefährdete	11	11	13	12	13	13	11	12
Arbeitsgefährdete	61	62	66	67	69	71	66	46
prekärer Wohlstand (60-70% Median)	31	33	37	36	(37)	37	37	31
Teilhabemangel	20	19	25	22	(24)	22	24	22
manifeste Armut	62	64	70	72	69	73	68	52

Q: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2007

Wohnkosten abzüglich allfälliger Wohn- oder Mietbeihilfen.

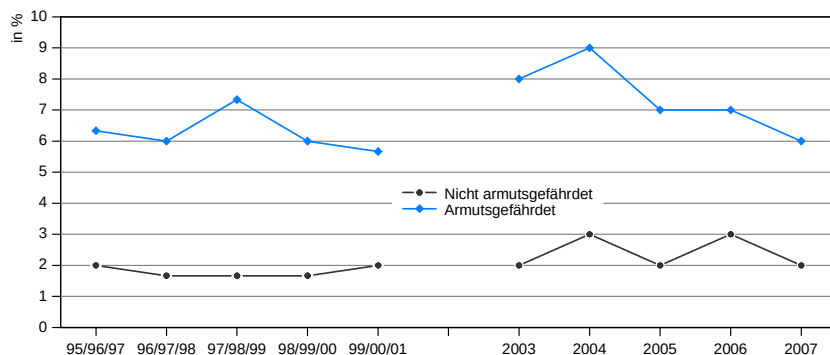
Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

INDIKATOR W3: PREKÄRE WOHNQUALITÄT

Definition: Anteil von Personen, die von zwei oder mehr der folgenden Wohnprobleme betroffen sind:

- » kein WC oder Badezimmer in der Wohnung
- » Feuchtigkeit, Schimmelbildung
- » dunkle Wohnräume
- » weder Waschmaschine noch Waschküche vorhanden.

Grafik 8: Prekäre Wohnqualität, Trend 2004-2007



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2003-2007, EUROSTAT ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung.
Die Quoten beim Europäischen Haushaltspanel (1995-2001) beziehen sich auf mindestens zwei aus drei Wohnproblemen, da die Frage nach der Waschmaschine hier nicht gestellt wurde. Um Zufallsschwankungen zu glätten, werden für das ECHP Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen.

Trend: 2007 lebten rund 3% der Bevölkerung bzw. 223.000 Menschen in einer prekären Wohnsituation. 2% der nicht armutsgefährdeten Personen und 6% der armutsgefährdeten Personen waren betroffen. Während dieser Anteil bei nicht armutsgefährdeten Personen einigermaßen konstant bleibt, zeigt der Indikator seit 2004 einen kontinuierlichen Rückgang der Betroffenheit bei armutsgefährdeten Personen um rund drei Prozentpunkte.

Übersicht 9: Prekäre Wohnqualität (in % der Bevölkerung)

	Insgesamt	Männer	Frauen	Kinder und Jugendliche (bis 19 J.)	Junge Erwachsene (20-29 J.)	30-49 Jährige	50 - 64 Jährige	Pensionsalter (65+)
Gesamtbevölkerung	3	3	3	3	4	3	2	(2)
Bildungsferne	5	(6)	4	-	(15)	(4)	(5)	(3)
Migrationshintergrund	6	7	(5)	(7)	-	(4)	-	-
Menschen mit Behinderung	4	(5)	(3)	-	-	-	-	(3)
Ein-Eltern-Haushalte	(3)	-	-	-	-	-	-	-
Familien mit 3 u. mehr Kindern	5	(5)	(5)	(4)	-	(5)	-	-
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	(2)	(3)	(2)	(2)	-	-	-	-
Familien mit Kindern zw. 4 u. 16 Jahren	3	3	3	3	-	3	-	-
Nicht-Armutsgefährdete	2	2	2	3	(3)	2	(2)	(1)
Armutsgefährdete	6	(8)	(5)	(6)	-	(5)	-	-
prekärer Wohlstand (60-70% d.Medians)	(5)	(5)	(4)	-	-	-	-	-
Teilhabemangel	7	(7)	(6)	(7)	-	(7)	-	-
manifeste Armut	11	(15)	(9)	-	-	-	-	-

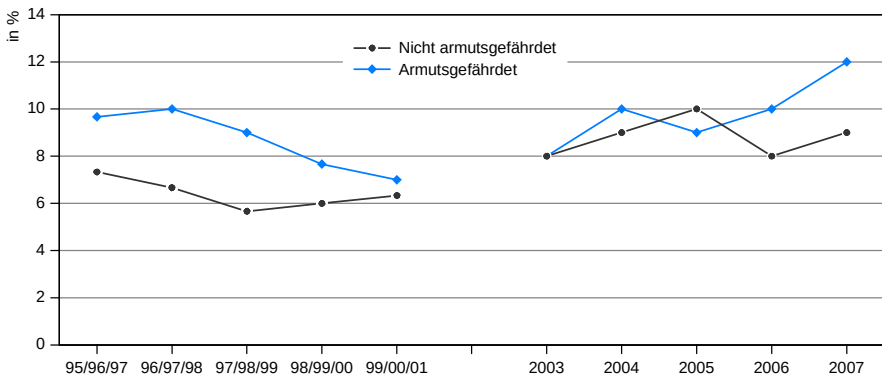
Q: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2007. Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen. Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

INDIKATOR W4: BELASTUNG DURCH WOHNUMGEBUNG

Definition: Anteil von Personen, die sich durch mindestens zwei der folgenden Probleme in der Wohnumgebung belastet fühlen:

- » Kriminalität
- » Lärm
- » Umweltverschmutzung

Grafik 9: Belastung durch die Wohnumgebung, Trend 1995-2007



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2003 – 2007, EUROSTAT ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung.

Aufgrund der im Vergleich zu EU-SILC geringeren Fallzahl werden für das ECHP (1995-2001) Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen, um Zufallsschwankungen zu glätten.

Trend: Insgesamt sahen sich im Jahr 2007 rund 9% der Bevölkerung bzw. 752.000 Menschen mit Problemen in der Wohnumgebung konfrontiert. In den letzten beiden Jahren hat diese Quote vor allem für Armutsgefährdete deutlich zugenommen. Zuletzt waren 12% der armutsgefährdeten und 9% der nicht armutsgefährdeten Personen betroffen. Daten des ECHP für den Zeitraum von 1995 bis 2001 wiesen demgegenüber noch auf einen Rückgang von Wohnumgebungsproblemen für armutsgefährdete Personen hin. Anmerkungen: Die Berücksichtigung von Problemen in der Wohnumgebung unterstützt

das Monitoring der sozialen Eingliederung in Bezug auf räumliche Ungleichheiten und Segregationstendenzen. Die Datenlage ist aber insbesondere hinsichtlich der Infrastrukturversorgung eher ungünstig.

Übersicht 10: Belastung durch Wohnumgebung (Lärm, Kriminalität oder Umweltverschmutzung, in % der Bevölkerung)

	Insgesamt	Männer	Frauen	Kinder und Jugendliche (bis 19 J.)	Junge Erwachsene (20-29 J.)	30-49 Jährige	50 - 64 Jährige	Pensionsalter (65+)
Gesamtbevölkerung	9	9	10	9	8	9	11	8
Bildungsferne	9	9	9	-	(16)	9	13	6
Migrationshintergrund	15	12	17	14	(19)	13	(19)	-
Menschen mit Behinderung	14	13	14	-	-	(18)	21	9
Ein-Eltern-Haushalte	16	(16)	16	16	-	(16)	-	-
Familien mit 3 u. mehr Kindern	10	9	11	10	-	10	-	-
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	9	8	9	9	(10)	8	-	-
Familien mit Kindern zw. 4 u. 16 Jahren	10	9	10	10	(9)	9	(11)	-
Nicht-Armutsgefährdete	9	(8)	9	(9)	-	(9)	-	-
Armutsgefährdete	12	(10)	13	(12)	-	(13)	-	-
prekärer Wohlstand (60-70% d.Medians)	12	12	12	12	15	11	20	7
Teilhabemangel	15	14	16	14	(19)	(14)	(18)	(11)
manifeste Armut	18	15	19	(18)	-	(21)	(27)	-

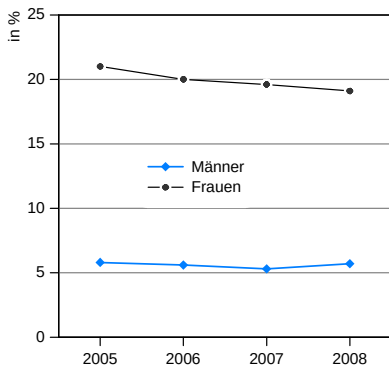
Q: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2007. Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen. Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

3.4. Nationale Indikatoren zur Teilnahme am Erwerbsleben

INDIKATOR E1: ARBEITSMARKTFERNENQUOTE

Definition: Anteil von Personen zwischen 15 und 64 Jahren, die keine Erwerbspersonen sind. Als Erwerbspersonen gelten Erwerbstätige sowie Arbeitslose nach ILO-Definition¹¹ und Personen in Mutterschutz oder Elternkarenz. Studierende und PensionistInnen werden bei der Berechnung nicht einbezogen.

Grafik 10: Arbeitsmarktfernenquote, Trend 2005-2008



Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus, Jahresergebnisse.

Trend: Insgesamt waren im Jahr 2008 537.000 Personen arbeitsmarktfern, das sind 12,4% der 15-64 Jährigen (ohne PensionistInnen und Personen in Ausbildung). Für Männer lag die Arbeitsmarktfernenquote seit 2005 relativ stabil zwischen 5,3% und 5,8%. Für Frauen hat sich die Arbeitsmarktfernenquote von 21,0% im Jahr 2005 auf 19,1% im Jahr 2008 verringert.

Anmerkungen: Der Indikator ergänzt die beiden EU-Indikatoren Erwerbsquote und Erwerbstätigenquote. Der Fokus liegt auf jenen Personen, die nicht am Arbeitsmarkt teilnehmen und sich auch nicht im „Wartezimmer“ des Arbeitsmarktes befinden oder durch Pensionseinkommen abgesichert sind.

¹¹ Als arbeitslos im Sinne der ILO-Statistik gilt, wer weniger als eine Stunde arbeitet, aber mehr arbeiten will.

Übersicht 11: Arbeitsmarktfernenquote (in % der Bevölkerung)

	Insgesamt	Männer	Frauen	Jugendliche (15-19 J.)	Junge Erwachsene (20-29 J.)	Haupt- erwerbs- alter (30-49 J.)	späteres Erwerbsalter (50-64 J.)
Gesamtbevölkerung	12	6	19	19	10	10	19
Bildungsferne	27	16	34	28	26	24	32
Migrationshintergrund	21	10	32	24	24	18	26
Ein-Eltern-Haushalte	14	11	14	20	20	11	23
Familien mit 3 u. mehr Kindern	20	6	35	34	32	19	12
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	21	4	37	41	30	18	19
Familien mit Kindern zw. 4 u. 16 Jahren	11	4	16	17	9	11	11

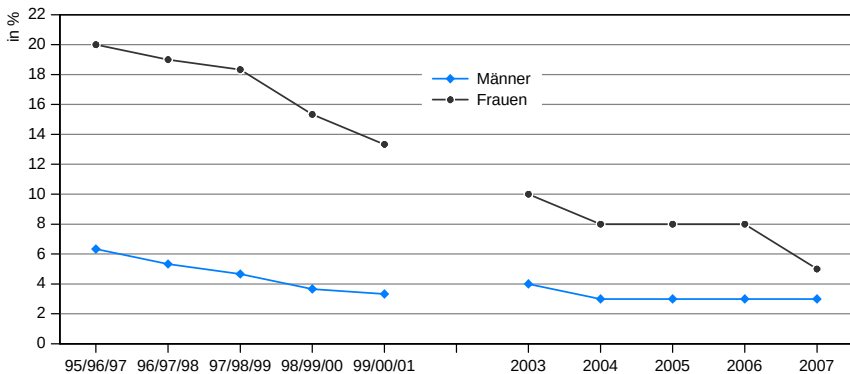
Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus 2008

Personen im Erwerbsalter (15-64), ohne Personen in Ausbildung und Personen in Pension. Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet. Werte, die statistisch nicht interpretierbar sind, werden mit x überschrieben

INDIKATOR E2: HAUSHALTSEINKOMMEN AUS ERWERBSARBEIT UNTER GEFÄHRDUNGSSCHWELLE

Definition: Anteil der Personen in Erwerbshaushalten, deren Erwerbseinkommen geringer ist als die Armutsgefährdungsschwelle. Familienleistungen (Kinderbetreuungs- und Wochengeld sowie Familienbeihilfen und Kinderabsetzbetrag) werden zum Erwerbseinkommen hinzugerechnet. Erwerbshaushalte sind Haushalte mit Einkommen aus selbständiger oder unselbständiger Tätigkeit. Ausgenommen sind Haushalte, die mehr als 50% des Einkommens aus Pensionen beziehen oder alle 18-64 Jährigen, die in Ausbildung befindlich sind.

Grafik 11: Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit unter Gefährdungsschwelle, Trend 1995-2007



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2003-2007, EUROSTAT ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung. Nur unselbständig Erwerbstätige mit einer Normalarbeitszeit von mind. 12h, ohne Lehrlinge.

Trend: Der Anteil der Personen in Erwerbshaushalten ohne armutsfestes Erwerbseinkommen blieb relativ konstant (19-20%). Alleinerziehende mit ihren Kindern (Ein-Eltern-Haushalte) waren im Jahr 2007 mit einer Quote von 45% deutlicher benachteiligt als Mitte der 90er Jahre. In den Jahren 2004-2007 hat sich vor allem der Anteil der bildungsfernen Personen (von 29% auf 32%) erhöht, die kein armutsfestes Erwerbseinkommen erzielten.

Anmerkungen: Der Indikator identifiziert Haushalte mit geringem Erwerbseinkommen bzw. Familienleistungen. Das verfügbare Einkommen einschließlich sozialer Transferleistungen und anderer Einkünfte liegt aber in vielen Fällen über der Armutsgefährdungsschwelle. In einigen Fällen kann das verfügbare Einkommen trotz armutsfester Erwerbseinkommen aufgrund von geleisteten Transferleistungen (z.B. Unterhaltszahlungen) oder Steuernachzahlungen auch unter der Gefährdungsschwelle liegen.

Übersicht 12: Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit unter Gefährdungsschwelle (in % der Personen in Erwerbshaushalten)

	Insgesamt	Männer	Frauen	Jugendliche (bis 19 J.)	Junge Erwachsene (20-29 J.)	30-49 Jährige	50-64 Jährige
Gesamtbevölkerung	19	19	20	21	17	16	22
Bildungsferne	32	31	33	(26)	(36)	28	33
Migrationshintergrund	32	30	33	37	28	28	(31)
Menschen mit Behinderung	35	36	34	-	-	(26)	38
Ein-Eltern-Haushalte	45	40	48	50	(46)	39	-
Familien mit 3 u. mehr Kindern	28	27	28	28	(27)	27	-
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	23	23	23	24	25	19	-
Familien mit Kindern zw. 4 u. 16 Jahren	20	19	21	21	18	17	24
Nicht-Armutsgefährdete	12	12	12	12	10	9	18
Armutsgefährdete	99	98	99	99	100	97	99
prekärer Wohlstand (60-70% Median)	51	52	50	51	(52)	47	(55)
Teilhabemangel	26	25	27	24	(19)	20	40
manifeste Armut	97	96	98	98	(100)	94	(100)

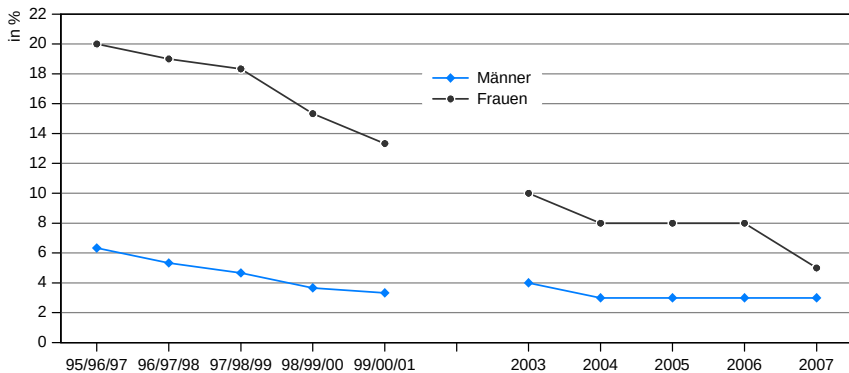
Q: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2003-2007, EUROSTAT ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung.

Erwerbshaushalte sind Haushalte mit Einkommen aus selbständiger oder unselbständiger Tätigkeit, ausgenommen Haushalte die mehr als 50% des Haushaltseinkommens aus Pensionen beziehen oder wo alle 19-64 jährigen Haushaltsmitglieder in Ausbildung sind (2003 konnten "Studierendenhaushalten" nicht ausgeschlossen werden). Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen. Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen. Um Zufallsschwankungen zu glätten werden für das ECHP (1995-2001) Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen.

INDIKATOR E3: NIEDRIGSTUNDENLOHNQUOTE

Definition: Anteil der unselbständig erwerbstätigen Personen, die weniger als 5,77 Euro pro Stunde Normalarbeitszeit verdienen. Der Stundenlohn entspricht einem Monatslohn von 1.000 Euro Brutto monatlich, 14 x pro Jahr und schließt daher Sonderzahlungen und bezahlte Urlaubszeiten ein. Nur unselbständig Erwerbstätige ohne Lehrlinge mit einer Normalarbeitszeit von mindestens 12 Wochenstunden gehen in die Berechnung ein.

Grafik 12: Niedrigstundenlohnquote, Trend 1995-2007



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2003-2007, EUROSTAT ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung. Nur unselbständig Erwerbstätige mit einer Normalarbeitszeit von mind. 12h, ohne Lehrlinge.

Trend: Im Vergleich zum nominellen, nicht preisbereinigten Stundenlohn zeigt sich eine kontinuierliche Abnahme im Beobachtungszeitraum, von der vor allem Frauen profitiert haben. Mitte der 1990er Jahre hatten noch 10% der Frauen und 6% der Männer einen Bruttostundenlohn von weniger als 5,77 Euro (rund 80 Schilling). Im Jahr 2007 blieben immerhin noch 65.000 Frauen (5%) und 55.000 Männer (3%) unter diesem Schwellenwert.

Anmerkungen: In Österreich haben Tarifvereinbarungen der Sozialpartner eine große Bedeutung, weshalb dieser Indikator auf den politisch geforderten Mindestlohn von 1.000 € Brutto für Vollzeitbeschäftigte abgestimmt wird. Nicht alle Beschäftigten fallen aber unter den Kollektivvertrag, insbesondere bei geringfügiger oder befristeter Beschäftigung sowie bei freien DienstnehmerInnen. Differenziertere Schätzungen (z.B. nach Branchen) sind auf Basis der Verdienststrukturhebung¹² bzw. in Zukunft auch auf Basis des Mikrozensus möglich.

¹² Siehe: http://www.statistik.at/dynamic/wcmsprod/idcplg?ldcService=GET_NATIVE_FILE&dID=85465&dDocName=036307

Übersicht 13: Niedriger Stundenlohn (in % der unselbständig Erwerbstätigen, mind. 12h, ohne Lehrlinge)

	Insgesamt	Männer	Frauen	Junge Erwachsene (20-29 J.)	30-49 Jährige	50-64 Jährige
Gesamtbevölkerung	4	3	5	5	3	(6)
Bildungsferne	(8)	-	(10)	-	(6)	(14)
Migrationshintergrund	(6)	-	-	-	-	-
Menschen mit Behinderung	-	-	-	-	-	-
Ein-Eltern-Haushalte	-	-	-	-	-	-
Familien mit 3 u. mehr Kindern	(6)	-	-	-	-	-
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	(4)	-	-	-	-	-
Familien mit Kindern zw. 4 u. 16 Jahren	4	(4)	(5)	-	(3)	-
Nicht-Armutsgefährdete	3	3	4	(5)	2	(5)
Armutsgefährdete	(15)	(15)	(14)	-	(12)	-
prekärer Wohlstand (60-70% Median)	(9)	-	-	-	-	-
Teilhabemangel	(5)	-	-	-	-	-
manifeste Armut	-	-	-	-	-	-

Q: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2007.

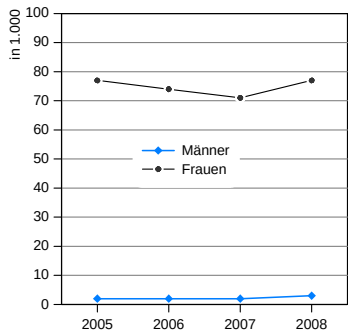
Nur unselbständig Erwerbstätige mit einer Normalarbeitszeit von mind. 12h, ohne Lehrlinge.

Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen. Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

INDIKATOR E4: ERWERBSHINDERNISSE DURCH BETREUUNGSPFLICHTEN

Definition: Zahl der 15-64 Jährigen, die nicht erwerbstätig oder teilzeitbeschäftigt sind, weil keine geeignete Betreuungseinrichtung für Kinder oder pflegebedürftige Erwachsene zur Verfügung steht.

Grafik 13: Erwerbshindernisse durch Betreuungspflichten, Trend 2005-2008



Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus, Jahresergebnisse. Hochgerechnete Anzahl der 15-64 Jährigen die Frage „Wenn es entsprechende Betreuungseinrichtungen gäbe, würden Sie dann Vollzeit arbeiten“ oder die Frage „Vorausgesetzt, es gäbe entsprechende Betreuungseinrichtungen: Würden Sie dann arbeiten wollen?“ bejaht haben.

Trend: Einschränkungen der Erwerbstätigkeit aufgrund von fehlenden, angemessenen Betreuungsplätzen für ihre Kinder oder zu pflegende Angehörige betreffen fast ausschließlich Frauen. Von den 79.000 im Jahr 2008 betroffenen Personen waren 77.000 Frauen. Die Zahl blieb in den letzten Jahren fast unverändert.

Übersicht 14: Erwerbshindernisse (Personen im Erwerbsalter) (in 1.000)

	Insgesamt	Junge Erwachsene (20-29 J.)	Haupt-erwerbs-alter (30-49 J.)	späteres Erwerbsalter (50-64 J.)
Gesamtbevölkerung	79	20	55	(3)
Bildungsferne	21	8	12	x
Migrationshintergrund	29	9	19	x
Ein-Eltern-Haushalte	11	(3)	8	x
Familien mit 3 u. mehr Kindern	13	x	12	x
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	37	16	20	x
Familien mit Kindern zw. 4 u. 16 Jahren	37	(4)	32	x

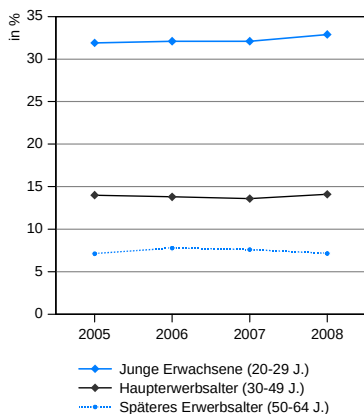
Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus 2008, Jahresergebnis. Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet. Werte, die statistisch interpretierbar sind, werden mit x überschrieben.

3.5. Nationale Indikatoren zu den Bildungschancen in Österreich

INDIKATOR B1: BILDUNGSAKTIVITÄT

Definition: Anteil der Personen ab 15 Jahren in schulischer oder beruflicher Aus- oder Fortbildung.

Grafik 14: Bildungsaktivität, Trend 2005-2007



Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus, Jahresergebnisse.

Trend: Der Anteil bildungsaktiver Personen lag in den letzten Jahren bei etwa 18% der Gesamtbevölkerung ab 15 Jahren. Insgesamt waren 2008 rund 1,3 Millionen Menschen über 15 Jahren bildungsaktiv (673.000 Frauen, 596.000 Männer). Die Häufigkeit von Bildungsaktivitäten ist in der Altersgruppe der jungen Erwachsenen am höchsten (33%). Im Haupterwerbsalter nehmen 14% an Bildungsaktivitäten teil, im späteren Erwerbsalter etwa 7%. Eine Ausweitung der Bildungs-

aktivität ist im Beobachtungszeitraum nicht feststellbar.

Anmerkungen: Im Unterschied zum EU-Strukturindikator „Lebenslanges Lernen“, der sich auf die Altersgruppe von 25 bis 64 Jahren bezieht, wird hier die „Bildungsaktivität“ für alle Personen ab 15 Jahren berücksichtigt. Detailliertere Befunde zur Bildungsaktivität nach dem Ende der gesetzlichen Schulpflicht stehen auch aus dem 2008 erstmals in Österreich durchgeführten Adult Education Survey (AES) zur Verfügung.¹³

¹³ Siehe http://www.statistik.at/dynamic/wcmsprod/idcplg?IdcService=GET_NATIVE_FILE&dID=86056&dDocName=036431

Übersicht 15: Bildungsaktivität (in % der Bevölkerung)

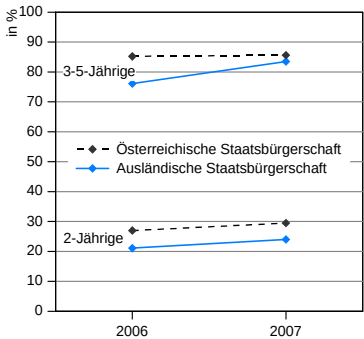
	Insgesamt	Männer	Frauen	Jugendliche (15-19 J.)	Junge Erwachsene (20-29 J.)	Haupt- erwerbs- alter (30-49 J.)	späteres- Erwerbs- alter (50-64 J.)	Pensions- alter (65+)
Gesamtbevölkerung	18	18	19	84	33	14	7	2
Bildungsferne	3	4	3	18	9	5	2	1
Migrationshintergrund	16	14	17	76	29	11	5	3
Ein-Eltern-Haushalte	34	56	28	87	22	14	11	x
Familien mit 3 u. mehr Kindern	32	31	34	85	35	11	10	(3)
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	13	15	12	82	13	12	3	x
Familien mit Kindern zw. 4 u. 16 Jahren	30	29	30	89	29	13	10	x
Langzeitarbeitslose	23	21	24	(43)	20	20	22	x

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus 2008, Jahresergebnis Personen ab 15 Jahren.
Werte in Klammern sind stark zufallsbehandelt. Werte, die statistisch nicht interpretierbar sind, werden mit x überschrieben.

INDIKATOR B2: VORSCHULBILDUNGSCHANCEN

Definition: Anteil der Kinder bis 5 Jahre, die einen Kindergarten, eine Kinderkrippe oder eine alterserweiterte Betreuungseinrichtung besuchen, an allen Kindern dieser Altersgruppe.

Grafik 15: Vorschulbildungschancen, Trend 2006-2007*



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wohnbevölkerung laut Bevölkerungsregister zum 1.10. des Jahres, Kindertagesheimstatistik, Besuch von Kinderkrippe, -garten sowie alterserweiterte Betreuungseinrichtungen (Alter zum 1.9. des Jahres), 5-Jährige SchülerInnen, die einen Hort besuchen wurden nicht mitgezählt (2007 567 Kinder). Der Anteilswert für 5-Jährige ist leicht nach unten verzerrt weil 5-Jährige, die bereits die Schule besuchen in die Basis der Berechnung eingehen.
* Ohne Steiermark (keine Einzeldaten für Staatsbürgerschaft vorhanden).

Trend: In der Gruppe der 3-5 Jährigen haben 2007 84,6% bzw. 205.100 Kinder eine Vorschulbildungseinrichtung besucht. Die Vorschulbildungsquote hat sich damit gegenüber dem Jahr 2006 (83,3%) etwas erhöht und Unterschiede nach Staatsbürgerschaft haben sich um 6 % verringert. Kinder mit ausländischer Staatsbürgerschaft haben weiterhin eine geringere Vorschulbildungsquote (83,5%) als Kinder mit österreichischer Staatsbürgerschaft (86,5%). Die Betreuungsquoten für 2-jäh-

rige liegen mit einem Wert von 26,6% im Jahr 2007 wesentlich niedriger, sind aber ebenfalls höher als noch im Jahr 2006 (24,4%). Bei den 2-jährigen Kindern mit ausländischer Staatsbürgerschaft liegen die Vorschulbildungschancen weiterhin um 5,5% unter jenen der 2-jährigen mit österreichischer Staatsbürgerschaft.

Anmerkungen: Der Besuch einer vorschulischen Bildungseinrichtung begünstigt den individuellen Bildungserfolg. Dies gilt speziell für Kinder mit fremder Muttersprache und kann hier auch besonders zur Entlastung der weiterführenden Bildungseinrichtungen beitragen. Da das Merkmal der Muttersprache in der Kindertagesheimstatistik nicht für alle Kinder erfasst ist, wird der Indikator nach der Staatsbürgerschaft der Kinder ausgewiesen. Die für die Arbeitsmarktchancen insbesondere von Müttern erforderliche Betreuung von Kindern erfolgt wesentlich auch außerhalb der hier berücksichtigten Bildungseinrichtungen (z.B. durch Verwandte, Tagesmütter, Babysitter usw.).

Übersicht 16: Vorschulbildungschancen

	Kinder im Alter von 0 bis 5 Jahren absolut	Kinder in Betreuung in %
Insgesamt	478.726	48,7
0 - 2-Jährige	236.243	11,9
3 - 5-Jährige	242.483	84,6
3-Jährige	80.517	70,0
4-Jährige	81.022	91,3
5-Jährige	80.944	92,3
Nach Staatsbürgerschaft *		
Insgesamt	415.136	49,5
ÖsterreicherInnen	365.683	50,0
AusländerInnen	49.453	46,1
0 - 2-Jährige	204.954	12,8
ÖsterreicherInnen	179.490	13,1
AusländerInnen	25.464	10,8
3-Jährige	69.834	71,9
ÖsterreicherInnen	61.904	72,4
AusländerInnen	7.930	67,7
4-Jährige	70.138	91,8
ÖsterreicherInnen	62.139	92,2
AusländerInnen	7.999	88,6
5-Jährige	70.210	92,3
ÖsterreicherInnen	62.150	92,0
AusländerInnen	8.060	94,0

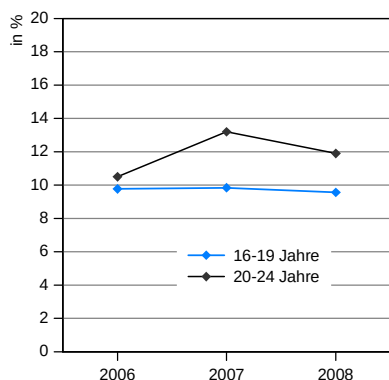
Q: STATISTIK AUSTRIA, Kindergartenheimstatistik 2007, Besuch von Kinderkrippe, -garten sowie alterserweiterte Betreuungseinrichtungen (Alter zum 1.9.06, Aufgliederung der 5-Jährigen derzeit noch nicht nach Schulbesuch möglich; 5-jährige Schüler, die einen Hort besuchen, wurden nicht mitgezählt) gemessen an allen Kindern im jeweiligen Alter (Wohnbevölkerung laut Bevölkerungsregister zum 1.10.2007).

* ohne Steiermark (keine Einzeldaten für Staatsbürgerschaft vorhanden)

INDIKATOR B3: BILDUNGSFERNE JUGENDLICHE

Definition: Anteil der 16 bis 24 Jährigen, die keine Bildungseinrichtung im Sekundarbereich II (Lehre, BMS, oder Matura) oder höher besuchen oder abgeschlossen haben.

Grafik 16: Bildungsferne Jugendliche im Alter von 16 bis 19 bzw. 20 bis 24 Jahren, Trend 2006-2008



Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus, Jahresergebnisse.
Nur 16-24-Jährige.

Trend: Insgesamt lag die Quote der bildungsfernen Jugendlichen im Jahresdurchschnitt 2008 bei 10,8%. Das sind rund 100.000 Jugendliche. In der Altersgruppe der 20-24 Jährigen hat die Quote in den letzten Jahren etwas zugenommen und liegt mit 11,8% etwas höher als bei den 16-19 Jährigen (9,6%).

Anmerkung: Dieser Indikator ergänzt den EU-Strukturindikator Bildungsstand der Jugendlichen (20-24 Jährige). Das später erzielte Qualifikationsniveau hängt dabei unmittelbar von der Bildungsbeteiligung unmittelbar nach dem Pflichtschulalter ab, die in diesem Indikator (sowie B1 „Bildungsaktivität“) besonders berücksichtigt wird.

Übersicht 17: Anteil der Jugendlichen mit keinem Besuch/Abschluss des Sekundarbereichs II oder höher (in % aller Jugendlichen der Altersgruppe)

	Insgesamt	Männer	Frauen
Gesamtbevölkerung	11	11	11
Bildungsferne	100	100	100
Migrationshintergrund	28	27	28
Ein-Eltern-Haushalte	20	15	23
Familien mit 3 u. mehr Kindern	7	8	6
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	33	28	36
Familien mit Kindern zw. 4 u. 16 Jahren	9	9	9
Langzeitarbeitslose	71	(73)	x
Haushalt ohne Erwerbstätige	20	22	19

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus 2008, Jahresergebnisse

Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet. Werte, die statistisch nicht interpretierbar sind, werden mit x überschrieben

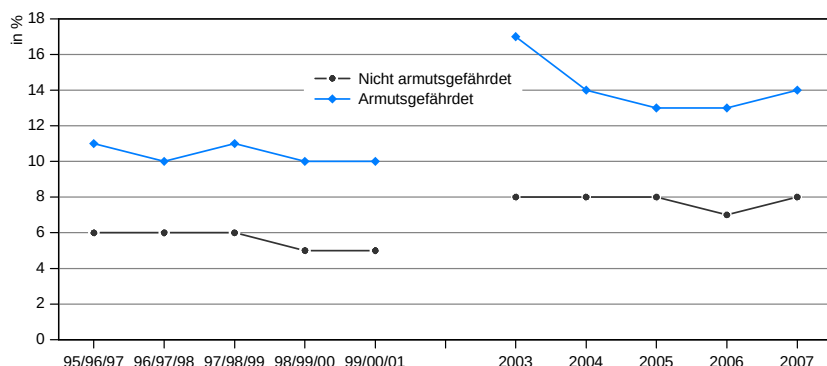
3.6. Nationale Indikatoren zur Gesundheitsversorgung in Österreich

INDIKATOR G1: GESUNDHEITSPROBLEME

Definition: Anteil der Personen ab 16 Jahren mit zwei oder mehr der folgenden gesundheitlichen Probleme:

- » sehr schlechter allgemeiner Gesundheitszustand (subjektive Einschätzung)
- » chronische Krankheit
- » starke Einschränkung bei der Verrichtung alltäglicher Arbeiten durch eine gesundheitliche Beeinträchtigung (oder Behinderung) seit mindestens einem halben Jahr

Grafik 17: Gesundheitsprobleme, Trend 1995-2007



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2003-2007, EUROSTAT ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung. Die Definition von „Behinderung“ ist zwischen ECHP (1995-2001) und SILC (2003-2007) nicht vergleichbar. Aufgrund der im Vergleich zu EU-SILC geringeren Fallzahl werden für das ECHP (1995-2001) Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen, um Zufallsschwankungen zu glätten.

Trend: 2007 waren insgesamt 596.000 Personen bzw. 9% der Bevölkerung ab 16 Jahren gesundheitlich beeinträchtigt. Armutsgefährdete (2007: 14%) sind im gesamten Beobachtungszeitraum wesentlich häufiger betroffen als nicht armutsgefährdete Personen (2007: 8%).

Anmerkungen: Aufgrund der unterschiedlichen Definition von „Behinderung“ sind die Daten des ECHP nicht mit jenen aus SILC vergleichbar.

Übersicht 18: Gesundheitsprobleme (chronische Krankheit, Beeinträchtigung oder subjektiv schlechter Gesundheitszustand, in %)

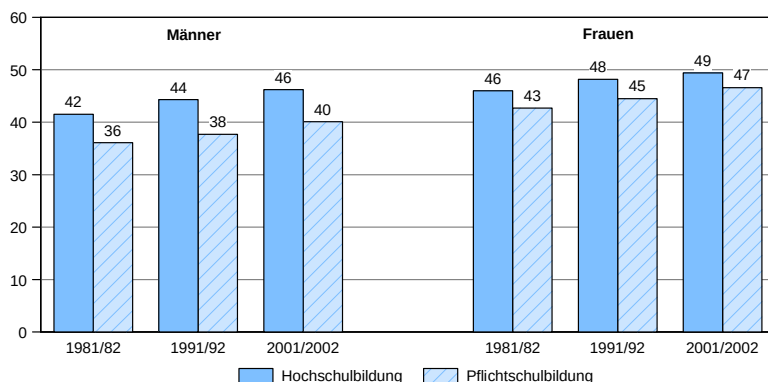
	Insgesamt	Männer	Frauen	Kinder und Jugendliche (bis 19 J.)	Junge Erwachsene (20-29 J.)	30-49 Jährige	50-64 Jährige	Pensionsalter (65+)
Gesamtbevölkerung	9	8	10	1	2	4	11	22
Bildungsferne	19	18	19	(2)	5	10	17	29
Migrationshintergrund	8	6	9	-	-	6	20	16
Menschen mit Behinderung	85	85	85	69	82	82	88	85
Ein-Eltern-Haushalte	4	-	4	-	-	(5)	-	-
Familien mit 3 u. mehr Kindern	3	3	3	-	-	3	(10)	16
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	3	3	2	-	(3)	2	11	16
Familien mit Kindern zw. 4 u. 16 Jahren	4	4	5	(1)	(1)	4	11	24
Nicht-Armutsgefährdete	8	7	9	1	2	4	10	22
Armutsgefährdete	14	14	14	-	(3)	9	23	22
prekärer Wohlstand (60-70% d. Medians)	13	11	14	-	-	15	17	28
Teilhabemangel	19	15	22	-	(2)	13	26	42
manifeste Armut	21	-	-	15	36	29	24	19

Q: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2007. Nur Personen ab 16 Jahren. Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen. Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

INDIKATOR G2: SOZIALE LEBENSERWARTUNGSDIFFERENZEN

Definition: Abstand (in Jahren) zwischen der noch zu erwartenden Lebensdauer von Personen mit Hochschulbildung und der noch zu erwartenden Lebensdauer von Personen mit Pflichtschulbildung (gerechnet ab dem 35. Geburtstag). Die Berechnung erfolgt auf Basis von Periodensterbetafeln, getrennt nach Geschlecht, und kann in Zukunft jährlich berechnet werden.

Grafik 18: Fernere Lebenserwartung mit 35 Jahren, Trend 1981/82-2001/2



Q: STATISTIK AUSTRIA, Verknüpfung von Volkszählungsdaten mit Gestorbenenendaten.

Trend: Die fernere Lebenserwartung ist seit den 1980er Jahren sowohl für höhere als auch für niedrige Bildungsschichten deutlich gestiegen. Allerdings bestehen weiterhin deutliche Unterschiede zwischen den Bildungsschichten. Für Männer ist die Differenz nach erreichtem Bildungsniveau deutlich größer als für Frauen. Die fernere Lebenserwartung für Männer mit Hochschulbildung ist um 6 Jahre höher als für Männer mit Pflichtschulbildung, für Frauen beträgt der Unterschied 2,8 Jahre.¹⁴

¹⁴ Detaillierte Auswertungen der Statistik Austria sind publiziert in: Statistische Nachrichten 11/2007, S 1010-1022.

Übersicht 19: Soziale Lebenserwartungsdifferenzen

	Personen mit Hochschulbildung	Differenz zur Lebenserwartung bei Hochschulbildung			
		Höhere Schule	Mittlere Schule	Lehre	Pflichtschule
Männer					
1981/82	41,5	-1,2	-2,3	-4,4	-5,5
1991/92	44,3	-1,8	-2,7	-5,0	-6,6
2001/02	46,2	-1,7	-2,4	-4,3	-6,2
Frauen					
1981/82	46,0	-1,0	-1,5	-2,1	-3,3
1991/92	48,2	-0,6	-1,3	-2,4	-3,7
2001/02	49,4	-0,6	-0,8	-1,6	-2,8

Q: STATISTIK AUSTRIA Fernere Lebenserwartung mit 35 Jahren, Verknüpfung von Volkszählenden mit Gestorbenenendaten

3.7. Definition der Kontextvariablen

Bildungsferne: Personen ab 16 Jahren, die keine Ausbildung im Sekundarbereich II (Lehre, BMS oder Matura) besuchen und keine dieser Ausbildungen bereits abgeschlossen haben.

Migrationshintergrund: Personen ohne österreichische oder EU15/EFTA-Staatsbürgerschaft und eingebürgerte Personen mit vormalig Nicht-EU15/EFTA-Staatsbürgerschaft. Die Beschränkung auf EU15 wird in Zeitreihen konsequent angewendet, d.h. die neuen Mitgliedsstaaten werden hier nicht berücksichtigt.

Menschen mit Behinderung: Subjektiv wahrgenommene starke Beeinträchtigung bei der Verrichtung alltäglicher Arbeiten, die mindestens schon 6 Monate andauert. Aufgrund einer geänderten Fragestellung ist die Definition von „Menschen mit Behinderung“ zwischen ECHP und SILC nicht vergleichbar.

Ein-Eltern-Haushalte: Alle Personen (Erwachsene und abhängige Kinder/Jugendliche), die in einem Haushalt leben, der aus einer erwachsenen Person und mindestens einem Kind oder abhängigen Jugendlichen besteht. Als Kinder gelten alle unter 16-Jährigen, als abhängige Jugendliche 16-26-Jährige, die mit mindestens einem Elternteil

zusammenleben und nicht erwerbstätig sind.

Familien mit 3 u. mehr Kindern: Alle Personen in Haushalten mit zwei (oder mehreren) Erwachsenen und drei (oder mehreren) abhängigen Kindern/Jugendlichen. Als Kinder gelten alle unter 16-Jährigen (SILC) bzw. alle unter 15-Jährigen (MZ), als abhängige Jugendliche 16-26-Jährige (SILC) bzw. 15-26-Jährige (MZ), die mit mindestens einem Elternteil zusammenleben und nicht erwerbstätig sind.

Familien mit Kindern unter 4 Jahren: Alle Personen in Haushalten, in denen das jüngste Kind unter 4 Jahre alt ist.

Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren: Alle Personen in Haushalten, in denen mindestens ein Kind zwischen 4 und 16 Jahren lebt.

Armutsgefährdete: Personen, deren äquivalisiertes Haushaltseinkommen unterhalb von 60% des Medians des äquivalisierten Haushaltseinkommens liegt.

Prekärer Wohlstand: Personen, deren äquivalisiertes Haushaltseinkommen zwischen 60% und 70% des Medians des äquivalisierten Haushaltseinkommens liegt.

Finanzielle Deprivation: Mangelnde Teilhabe am Mindestlebensstandard. Betroffene können sich mindestens zwei der folgenden Merkmale nicht leisten:

- » Die Wohnung angemessen warm zu halten
- » Regelmäßige Zahlungen (Miete, Betriebskosten) rechtzeitig zu begleichen
- » Notwendige Arzt oder Zahnarztbesuche in Anspruch zu nehmen
- » Unerwartete Ausgaben (z.B. für Reparaturen) zu finanzieren
- » Neue Kleidung zu kaufen
- » Jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder vegetarische Speisen zu essen

» Freunde oder Verwandte einmal im Monat zum Essen einzuladen.

Teilhabemangel: Das Einkommen liegt über der Armutsgefährdungsschwelle, aber finanzielle Deprivation ist feststellbar.

Manifeste Armut: Armutsgefährdung und finanzielle Deprivation treten gemeinsam auf.
Langzeitarbeitslose: Personen, die bereits 12 Monate oder länger arbeitslos sind (ILO-Definition).

4. WIRKUNGSZUSAMMENHÄNGE BEI DER ENTSTEHUNG VON ARMUTSLAGEN

4.1. Das Wirkungsgefüge von Primär- und Sekundärkontexten

Der von Statistik Austria vorgelegte Indikatorenkatalog (siehe Kapitel 5) definiert Eingliederung anhand von Normen zur gesellschaftlichen Intervention und liefert statistische Kennzahlen, die Rückschlüsse über die soziale Eingliederung ermöglichen. Historisch verwurzelte Unterstützungsnormen gelten besonders dann, wenn der Verzicht auf eine angemessene Lebensweise aus einem Mangel an Geld resultiert.

Das Einkommen ist nicht nur das Ergebnis (Output), sondern vor allem auch ein Instrument (Kontext) der Eingliederung. Marktprozesse und sozialpolitische Interventionen mittels Steuern, Abgaben und Transferleistungen bewirken – als Output – eine spezifische Verteilung von verfügbarem Einkommen. Auf individueller Ebene erweitert ein höheres Einkommen – als Input – die Möglichkeiten der Lebensführung, während ein sehr geringeres Einkommen Wahlmöglichkeiten verengt. Gleichzeitig wird durch das Angebot öffentlicher Güter (Wohnungen, Infrastruktur usw.) und Dienstleistungen (wie z.B. Bildung, Gesundheitsversorgung usw.) die Lebensführung der Menschen beeinflusst. Auch Preisentwicklung oder Vermögensbesitz, aber auch regionale Disparitäten, milieuspezifische Lebensstile usw. können bestimmend sein.

Prinzipiell ist das Einkommen also lediglich eine von mehreren Kontexten für die Entstehung und Veränderung von Armutslagen. Dennoch fokussiert dieses Kapitel besonders auf finanzielle Armutsgefährdung als dem ökonomischen Bindeglied zwischen Struktur und Lebensführung. Die dabei entwickelten Verfahren können in weiterführenden (auch soziologischen) Analysen von Wirkungszusammenhängen angewendet werden.

Aufgrund der universellen und kurzfristigen Wirksamkeit für individuelle Versorgungsmöglichkeiten ist die Verfügbarkeit von Einkommen ein bevorzugtes Instrument der

Intervention und kann als primärer Kontext für soziale Eingliederung betrachtet werden. Als im 19. Jahrhundert erstmals Massenumfragen in England durchgeführt wurden, sollte damit der wissenschaftliche Nachweis erbracht werden, dass Armut das Resultat der Verteilung von Ressourcen sei und nicht Ergebnis moralischer Minderwertigkeit. Mit dem Begriff der „primären Armut“ (Rowntree 1901)¹⁵ wurde der Mangel an Einkommen von liberaler Seite als wichtigste Ursache der Massenverelendung im Industriekapitalismus identifiziert. Finanzielle Mindestsicherung wurde als Voraussetzung für eine individuelle Lebensgestaltung anerkannt und als Norm zur gesellschaftlichen Intervention bestätigt. Im Lichte globaler wirtschaftlicher Veränderungen und der Auflösung traditionaler Bindungen hat die Bedeutung finanzieller Mittel und der darauf beruhenden Sicherungsinstrumente bis heute weiter zugenommen.

Primärkontexte, wie das verfügbare Einkommen, verändern sich kurzfristig - etwa aufgrund einer Beschäftigungsaufnahme oder plötzlicher Arbeitslosigkeit. Auch durch Geburt, Tod, Zuzug oder Auszug von Haushaltsmitgliedern verändern sich finanzielle Möglichkeiten schlagartig. Derartige Ereignisse werden auch durch sekundäre Kontexte geformt. Die zentrale Fragestellung ist daher, welche Wirkungszusammenhänge zwischen finanzieller Armutsgefährdung und anderen Kontexten empirisch nachweisbar sind.

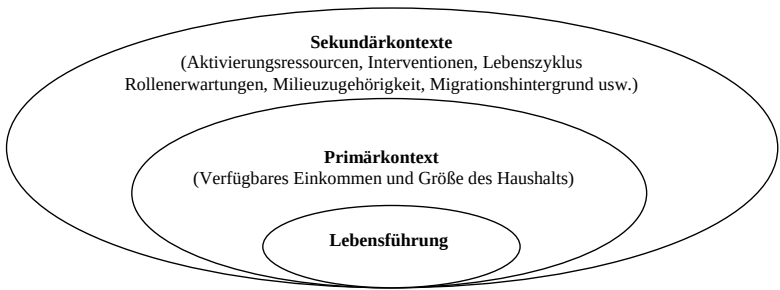
Klassisch ist beispielsweise die Strukturierung von Armutslagen im Lebensverlauf, etwa durch Erwerbsmöglichkeiten und Einkommensbedarf. Kinder, Jugendliche und deren Eltern haben meist geringere Möglichkeiten und höhere finanzielle Belastungen als kinderlose Paare im Erwerbsalter. Haushaltsgründung, wachsende Berufserfahrung und das spätere Ausscheiden aus dem Erwerbsleben verändern die Situation.

Soziale Eingliederung lässt sich theoretisch durch ein Schalenmodell beschreiben, bei dem die Lebensführung sowohl direkt als auch über den Primärkontext vermittelt

¹⁵ Rowntree, Seebohm (1901). *Poverty: A Study of Town Life*. London: Macmillan.

in einem Wirkungszusammenhang mit Sekundärkontexten steht. Elemente dieses Modells, also deprivierte Lebensführung, finanzielle Ressourcenpositionen und Aktivierungspotenziale, sind empirisch beobachtbar und werden seit dem Jahr 1995 auch regelmäßig in Panelstichprobenerhebungen gemessen.

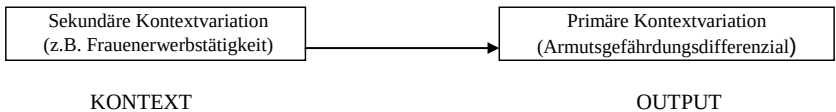
Grafik 19: Schalenmodell der sozialen Eingliederung



Q.: STATISTIK AUSTRIA

Für eine partielle Quantifizierung von Wirkungszusammenhängen kann auf ein vereinfachendes Modell recurriert werden, bei dem Variationen eines oder mehrerer sekundärer Kontexte mit begleitenden Variationen finanzieller Armutsgefährdung untersucht werden.

Grafik 20: Vereinfachtes Strukturierungsmodell für soziale Eingliederung



Q.: STATISTIK AUSTRIA

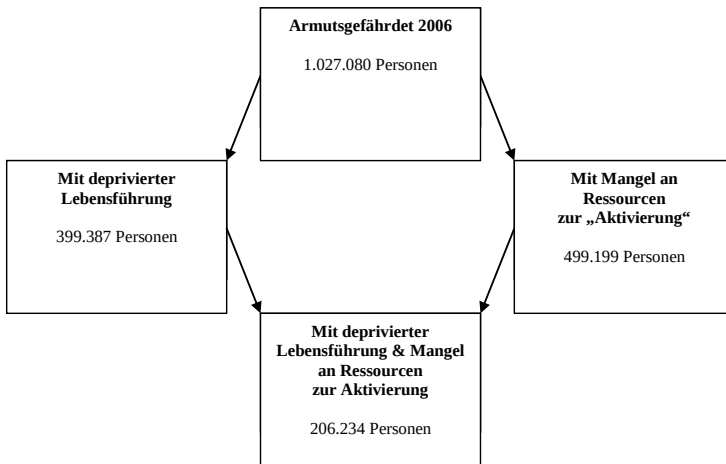
Die Unterscheidung von unmittelbar wirksamen Primärkontexten und längerfristig wirksamen Sekundär- oder Strukturkontexten ist für mögliche Interventionsstrategien wesentlich. Ein Strategieplan für die Periode 2008-2011 muss zwar längerfristige Interventionen (etwa im Bildungswesen) vorsehen, deren volle Wirkung ist jedoch möglicherweise erst in späteren Perioden beobachtbar. Die Unterscheidung der zeitlichen Dimension von Wirkungszusammenhängen verweist auch auf die Notwendigkeit einer differenzierten Methodik zur Untersuchung von Struktureffekten und kurzfristigen Kontextänderungen.

Ein Vergleich von Querschnitten in einer Zeitreihe verdeutlicht dabei die langsamer ablaufenden Strukturprozesse. Paneldaten hingegen ermöglichen die Untersuchung der zeitlichen Abfolge von kurzfristigen Veränderungen. Durch ein eigens entwickeltes Bilanzierungsverfahren können primäre Kontexte – also Haushaltsgröße und verfügbares Einkommen – direkt in Zusammenhang mit gleichzeitig stattfindenden Kontextveränderungen und Interventionen interpretiert werden.

4.2. Überschneidungen verschiedener Aspekte der Armut

Deprivierte Lebensführung, finanzielle Armutsgefährdung und mangelnde Aktivierungsressourcen können gleichzeitig auftreten und so Armutslagen zuspitzen und Integrationschancen beeinträchtigen. Ein gemeinsames Auftreten aller drei Formen von Armut trifft für mehr als 206.000 Personen, d.h. mehr als ein Fünftel (20%) aller Armutsgefährdeten zu. Diese Menschen stehen vor enormen Herausforderungen, die soziale Eingliederung zu bewältigen. Die folgende Grafik gibt die unterschiedlichen Überschneidungen wieder:

Grafik 21: Armutsgefährdung



Q.: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2006.

Ein Mangel an Ressourcen beschreibt das Auftreten mindestens eines der drei Kriterien:

- » keine Erwerbsbeteiligung,
- » keine Bildungsaktivität bei Personen über 15 Jahren, die höchstens über einen Pflichtschulabschluss verfügen oder
- » gravierende gesundheitliche Probleme.

Da grundsätzlich die gesamte Bevölkerung dem Risiko ausgesetzt ist, finanziell arm zu werden, lohnt sich ein Blick auf die Überschneidungen der einzelnen Kriterien in verschiedenen Kombinationen unabhängig von der Armutsgefährdung.

Die Aktivierungsressourcen stehen in dem Fall zur Überwindung dieses Zustandes zur Verfügung. Im Jahr 2006 waren ca. 3.461.000 Personen in Haushalten – etwa 42% der Gesamtbevölkerung – von mindestens einem Kriterium mangelnder Aktivierungsres-

sources betroffen, davon 1.493.000 direkt Betroffene im Alter von 16 bis 64 Jahren und 1.968.000 indirekt betroffene Haushaltsmitglieder aller Altersgruppen. Betrachtet man das einzelne Auftreten der Kriterien, ergeben sich etwa 1.662.000 Personen (mit maximal Pflichtschulabschluss) ohne formale Bildungsaktivität (682.000 direkt), etwa 2.619.000 Personen ohne Erwerbstätigkeit (1.043.000 direkt) und rund 607.000 Personen in Haushalten mit gesundheitlich beeinträchtigten Menschen (242.000 direkt).

Ein großer Teil des Ressourcenmangels leitet sich aus fehlender formaler Bildungsaktivität ab. Fehlende Erwerbstätigkeit in Verbindung mit fehlender Bildungsaktivität im Haushalt kommt bei 923.000 Personen vor (davon 339.000 direkt betroffen), während Bildung und Gesundheit nur für rund 193.000 Personen (73.000 direkt) gleichzeitig besteht. Einen Mangel an Gesundheit und Erwerbstätigkeit findet man bei etwa 381.000 Haushaltspersonen (154.000 direkt). Das gleichzeitige Auftreten aller drei Merkmale lässt sich bei etwa 143.000 Personen – 2% der Gesamtbevölkerung – feststellen, davon 56.000 direkt Betroffene. Für diese Haushalte ist die Ausgangsposition im Falle eines Abrutschens in die finanzielle Armutsgefährdung erheblich schlechter als für andere. Folglich sind diese Menschen auf verstärkte Unterstützung durch die Sozialpolitik angewiesen.

4.3. Veränderungen im Zeitverlauf

ARMUTSGEFÄHRDUNG, DEPRIVATION UND AKTIVIERUNGSRESSOURCEN VON 1995 BIS 2006

Die Armutsgefährdungsquote zeigt in den letzten 12 Jahren eine wechselhafte Entwicklung. Während von 1996 bis 1998 etwas höhere Werte um 14% vorherrschten, wurden im Folgezeitraum bis 2001 jeweils 1-2 Prozentpunkte weniger gemessen. Nach einem Anstieg (mit dem Beginn der EU-SILC Erhebungen in Österreich 2003) stabilisierte sich der Wert bei 12,6% in den letzten beiden Berichtsjahren.

Übersicht 20: Armutsgefährdung, Deprivation und Aktivierungsressourcen von 1995-2006

	Armutsgefährdung	Deprivation	Mangel an Aktivierungsressourcen
1995/1996	14,0	16,3	51,6
1997/1998	13,5	14,0	51,9
1999/00	11,7	13,9	53,1
2001/03	12,6	14,0	51,0
2003/04	13,1	15,9	58,1
2005/06	12,6	14,9	42,7

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-Silc 2003-2006, EUROSTAT ECHP 1995-2001

Armutsgefährdung bedeutet ein standardisiertes Haushaltseinkommen unterhalb von 60% des Median-äquivalenzeinkommens.

Deprivation hat, ähnlich wie die Armutsgefährdung, nach einer spürbaren Abnahme seit 2003 wieder leicht zugenommen mit Werten um 15%. Mangel an Aktivierungsressourcen (Erwerbstätigkeit, Bildungsaktivität und Gesundheit) einer Haushaltsperson betrifft hier den gesamten Haushalt, da alle Mitglieder direkt oder indirekt betroffen sind. In diesem Sinne ist die Quote des Ressourcenmangels zu verstehen. Diese Interpretation sichert außerdem die Konsistenz mit den vorangegangenen beiden Konzepten. Verglichen mit finanzieller Armut und Deprivation ist Ressourcenmangel ein relativ verbreitetes Phänomen mit zuletzt rund 43% betroffener Personen in der Gesamtbevölkerung. Hier ist der Anteil längerfristig seit 1995 um knapp 10 Prozentpunkte gesunken.

ARMUTSGEFÄHRDUNG FÜR HAUSHALTSTYPEN UND MERKMALE DER HAUPTVERDIENENDEN PERSON

Eine Auswertung der Positionsveränderungen für die Armutsgefährdung unterschiedlicher Haushaltstypen und Merkmale der hauptverdienenden Person wurde ebenfalls durchgeführt. Ergebnisse dazu sind in Übersicht dokumentiert. Hauptverdiener sind jene Personen, die am meisten zum Haushaltseinkommen beitragen. Insofern eignen sich deren persönliche Merkmale zur Charakterisierung armutsgefährdeter Haushalte.

Besonders betroffen scheinen hier alleinlebende Frauen mit oder ohne Pension, Alleinerziehende ohne Pension, Personen mit Pflichtschulabschluss, sowie Arbeitslose und Migranten bzw. Migrantinnen zu sein. Bei den Pflichtschulabschlüssen scheint die Situation seit 1995 (bzw. dem gleitenden Dreijahresdurchschnitt 95/96/97) nahezu unverändert: Migranten bzw. Migrantinnen erlebten bis 2000 einen Rückgang der Armutsgefährdung, seit 2003 hat sich die Quote wieder auf zuletzt 25% erhöht.

Ähnliches gilt für Alleinerziehende, deren Position sich seit 2000 wieder verschlechtert hat. Im verstärkten Ausmaß sind Arbeitslose vom Abstieg in die finanzielle Armutsgefährdung betroffen. Erwerbstätigkeit verhält sich hier mit Anteilen um 12% konstant. Universitätsabschlüsse sind mehr noch als 1995 Garant für geringe Armutsgefährdung (zuletzt 7%), womit Bildungsaspiration noch bedeutender als Element der Armutsprävention wird. Gesundheitliche Probleme tragen heute öfter als früher zur Armutsgefährdung bei.

Übersicht 21: Armutsgefährdung von Haushaltstypen und Merkmale der hauptverdienenden Person (in %)

	95/96/97	98/99/00	01/03/04	04/05/06
Haushaltsgruppen				
Alleinlebende Männer mit Pension	13	8	13	9
Alleinlebende Frauen mit Pension	35	35	28	25
MPH mit Pension	19	17	14	11
Alleinlebende Männer ohne Pension	21	16	18	19
Alleinlebende Frauen ohne Pension	22	19	21	23
MPH ohne Kinder	5	6	8	8
Alleinerziehend ohne Pension	30	25	27	26
MPH +1 Kind	10	7	7	9
MPH +2 Kinder	10	11	11	11
MPH +3 oder mehr Kinder	23	17	20	20
Bildungsstand				
Pflichtschule	19	20	19	20
Lehrabschluss	9	7	9	9
Matura	11	9	10	10
Universität	10	9	9	7
Weitere Merkmale der hauptverdienenden Person				
Arbeitslos	17	14	17	21
Erwerbsaktiv	13	12	12	12
MigrantIn	22	18	22	24
Gesundheitliche Probleme	16	15	16	18
Erwerbstätige Frau im HH	13	12	11	11

Q.: STATISTIK AUSTRIA, EU-Silc 2003-2006, EUROSTAT ECHP 1995-2001

Armutsgefährdung bedeutet ein standardisiertes Haushaltseinkommen unterhalb von 60% des Medianäquivalenzeinkommens. - Personenkreise und Haushaltsgruppen beziehen sich auf alle Haushaltspersonen. - Werte sind Dreijahres-Durchschnitte. - Im Jahr 2002 fand keine Erhebung statt.

4.4. Eingliederungsbilanzen und Kontextveränderungen

AUFBAU EINES BILANZIERUNGSSYSTEMS ANHAND VON ÜBERTRITTEN

Die gegenwärtige Berichterstattung von EU-SILC orientiert sich an den Entwicklungen von Bestandsgrößen („stocks“). Diese liefern sinnvolle Informationen zur absoluten Armutsgefährdung, geben aber nur ungenau Auskunft, wie eine solche zustande gekommen ist und welche Fluktuation innerhalb dieser Gruppe vorherrscht. Für einzelne Personenkreise bzw. Haushaltsgruppen liegen durchaus relevante Veränderungen vor.

Der Effekt der Stichprobenrotation sowie strukturelle Veränderungen der ausgewiesenen Gruppen bleiben jedoch unsichtbar.

Man könnte also bei Familien mit Kindern bis drei Jahre von einem sozialpolitischen Erfolg sprechen, der Bestand ging hier zurück. Aus dem Befund geht jedoch nicht hervor, ob dies daran liegt, dass z.B. die Geburtenrate zurückgegangen ist oder vermehrt Paare aus höheren Einkommensschichten Kinder bekommen. Zudem hat dies wenig mit politischer Intervention oder Eigeninitiative zu tun, falls etwa der Zustrom an zugewanderten Personen in einem Jahr zu spürbaren Veränderungen der Struktur aller Zuwanderer in Bezug auf soziale Eingliederung führt. Konkret lag die Armutsgefährdungsquote der erstmals in 2006 befragten Migranten oder Migrantinnen bei 22% und damit unter dem Wert des Gesamtbestands dieser Gruppe (24%). Eine weitere Form der Strukturveränderung sind Neugeburten in Familienhaushalten. Hier lag im Jahr 2006 beispielsweise die Armutsgefährdungsquote der Neugeborenen bei 17% und damit deutlich über dem Gesamtdurchschnitt (13%).

Direkte Schlussfolgerungen aus solchen Bestandsveränderungen könnten nicht zuletzt wegen der Strukturveränderungen irreführend sein. Eine korrekte Messung sollte sich daher weniger auf die Bestände von kontinuierlich ausgetauschten und deshalb mit Stichprobenfehlern behafteten Stichproben (wie EU-SILC) konzentrieren, als vielmehr Längsschnittvergleiche von Stichprobenpersonen vornehmen. So lässt sich feststellen, ob maßgeschneiderte politische Interventionen tatsächlich den betroffenen Bevölkerungsgruppen zugute kommen. Veränderungen bei diesen Personen werden anhand von Übertritten bzgl. eines definierten Zustandes gemessen.

Der Aufbau eines solchen Bilanzierungssystems sieht wie folgt aus: Grundsätzlich lässt EU-SILC Längsschnittuntersuchungen von bis zu vier Jahren zu, da die gezogenen Haushalte der Stichprobe vier Jahre hintereinander befragt werden. Durch die sogenannte Viertelrotation kommt jedes Jahr ein Viertel der Gesamtstichprobe neu hinzu, während

gleichzeitig ein anderes, älteres herausrotiert. Dieses Verfahren mindert methodische Probleme (wie Stichprobenausfälle), hat jedoch auch zur Folge, dass immer nur ein Viertel der Stichprobe über vier Jahre beobachtet werden kann.

Bilanzierungen finden in der Regel auf Jahr-zu-Jahr Basis statt. In diesem Fall stehen dafür drei Viertel der Stichprobe zur Verfügung; das andere Viertel wird ausgetauscht. Es können also Positionsveränderungen von einem Jahr auf das andere beobachtet werden. In unserem Fall interessieren uns Übertritte aus der bzw. in die Armutsgefährdung als primäres Bilanzierungsmerkmal. Zudem können sich auch Kontexte der Armutsgefährdung ändern.

ÜBERTRITTE VON HAUSHALTEN IN BEZUG AUF ARMUTSGEFÄHRDUNG

Obwohl die Übersicht insgesamt einen positiven Saldo von Zugängen und Abgängen der Armutsgefährdung abbildet, mussten Ausbildungsferne, Alleinerziehende, Familien mit drei und mehr Kindern sowie Familien mit Kindern unter vier Jahren Verschlechterungen hinnehmen. Deutliche Einkommensverluste sind ein häufiger Grund für den finanziellen Abstieg der Haushalte in den Bereich der Armutsgefährdung. Im Mittel (Median) betrifft der Einkommensverlust nahezu EUR 10.200,-. Diese Größenordnung (+/- 20%) ergibt sich für Haushalte unterschiedlichster Zusammensetzung. Die betroffenen Haushalte sind zu einer weitreichenden Neuorientierung ihrer Lebensführung herausgefordert.

Übersicht 22: Übertritte in Bezug auf Armutsgefährdung zwischen 2005 und 2006

Personenkreise	Anzahl der Übertritte (1.000)		Übertrittswahrscheinlichkeit in %			absolute Einkommens- veränderung in EUR (Median)	
	Zugänge	Abgänge	Saldo	Zugänge	Abgänge	Zugänge	Abgänge
Alle	391	430	39	6	47	-10.200	7.914
Ausbildungsferne	130	109	-21	11	37	-8.913	5.458
MigrantInnen	84	84	-1	14	53	-7.644	6.934
Menschen mit Behinderungen	35	39	4	8	35	-8.913	6.234
Haushaltsgruppen							
Alleinerziehende	49	31	-18	20	52	-7.868	8.374
Familien mit 3 und mehr Kindern	66	54	-12	12	48	-11.038	9.631
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	64	42	-22	8	40	-7.644	9.394
Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	129	187	57	7	55	-9.277	7.967

Q.: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2005 und 2006. Armutsgefährdung bedeutet ein standardisiertes Haushaltseinkommen unterhalb von 60% des Medianäquivalenzeinkommens. Personenkreise und Haushaltsgruppen beziehen sich auf alle Haushaltpersonen. Die Übertrittswahrscheinlichkeit errechnet sich aus der Zahl der Übertritte gemessen an der Zahl der Risikopopulation für diese Gruppe.

HAUSHALTSGRÖSSENÄNDERUNGEN UND EINKOMMENSVERÄNDERUNGEN

Die Komposition und die Größe eines Haushaltes sind wesentlich für deren Bedarfslage. Hierbei kommt es häufig zu Veränderungen der Lebenssituation, beispielsweise der Teilung des Haushaltes oder der Geburt eines Kindes. Solche Veränderungen können den Unterschied ausmachen, ob ein Haushalt armutsgefährdet ist oder nicht. Mit anderen Worten: Trotz Aktivierung und staatlicher Intervention kann ein Haushalt aufgrund der geänderten Bedarfslage immer noch in die Armutsgefährdung geraten.

Eine erfolgreiche Aktivierung im Erwerbsleben stellt die wichtigste Möglichkeit dar, der Armutsgefährdung zu begegnen. Knapp 325.000 Personen leben in Haushalten, denen es gelungen ist, allein durch eine Steigerung ihres Erwerbseinkommens den Bereich der Armutsgefährdung zu verlassen. Das wurde im Schnitt (Median) durch eine Steigerung des Einkommens von 9.600 Euro ermöglicht und entspricht einem Anteil von 76% all jener Personen, die aus Armutsgefährdung herauskamen und einem Anteil von 32% aller Personen, deren Erwerbseinkommen zwischen 2005 und 2006 gestiegen

ist (siehe Übersicht). Den Aufstiegsmöglichkeiten stehen erhebliche Abstiegsrisiken gegenüber. So leben mehr als 329.000 Personen in Haushalten, die mit Verlusten von im Mittel (Median) rund EUR 11.000,- konfrontiert gewesen sind, wodurch sie in den Bereich der Armutsgefährdung gelangten (entspricht 84% aller Neuzugänge). Unter Haushalten mit Migrationshintergrund ist die Zahl der Abgänge (73.000 Personen) aus der Armutsgefährdung deutlich höher als die Zugänge (63.000 Personen):

Übersicht 23: Zugänge in die Armutsgefährdung in Verbindung mit einem veränderten Erwerbseinkommen im Haushalt zwischen 2005 und 2006

Personenkreise	Abgänge in Verbindung mit gestiegenen Einkommen			
	in 1.000	Anteil in %	Übertrittswahrsch.	Δ Median-Einkommen
Alle	325	76	32	9.581
Ausbildungsferne	62	56	38	7.063
MigrantInnen	73	87	34	6.934
Menschen mit Behinderungen	14	35	37	9.581
Haushaltsgruppen				
Alleinerziehende	22	71	40	8.726
Familien mit 3 und mehr Kindern	48	89	29	10.996
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	36	84	40	11.652
Familien mit Kindern zw. 4 u. 16 J.	171	91	31	7.967

Q.: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2005 und 2006. Armutsgefährdung bedeutet ein standardisiertes Haushaltseinkommen unterhalb von 60% des Medianäquivalenzeinkommens. Personenkreise und Haushaltsgruppen beziehen sich auf alle Haushaltspersonen. Die Übertrittswahrscheinlichkeit errechnet sich aus der Zahl der Übertritte gemessen an der Zahl der Risikopopulation für diese Gruppe. Es werden nur Einkommensänderungen von mindestens 5% im Vergleich zum Vorjahr gezählt.

Übersicht 24: Abgänge in die Armutsgefährdung in Verbindung mit einem veränderten Erwerbseinkommen im Haushalt zwischen 2005 und 2006

Personenkreise	Abgänge in Verbindung mit gestiegenen Einkommen			
	in 1.000	Anteil in %	Übertrittswahrsch.	Δ Median-Einkommen
Alle	325	76	32	9.581
Ausbildungsferne	62	56	38	7.063
MigrantInnen	73	87	34	6.934
Menschen mit Behinderungen	14	35	37	9.581
Haushaltsgruppen				
Alleinerziehende	22	71	40	8.726
Familien mit 3 und mehr Kindern	48	89	29	10.996
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	36	84	40	11.652
Familien mit Kindern zw. 4 u. 16 J.	171	91	31	7.967

Q.: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2005 und 2006. Armutsgefährdung bedeutet ein standardisiertes Haushaltseinkommen unterhalb von 60% des Medianäquivalenzeinkommens. Personenkreise und Haushaltsgruppen beziehen sich auf alle Haushaltspersonen. Die Übertrittswahrscheinlichkeit errechnet sich aus der Zahl der Übertritte gemessen an der Zahl der Risikopopulation für diese Gruppe. Es werden nur Einkommensänderungen von mindestens 5% im Vergleich zum Vorjahr gezählt.

BESCHÄFTIGUNGS-AUFNAHME VON FRAUEN

Die stetig zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen erhöht die Chance von Haushalten, ihr verfügbares Einkommen aus Beschäftigung zu steigern. Dies sollte auch für armutsgefährdete Haushalte gelten. Tatsächlich gehen innerhalb eines Jahres rund 90.000 Personen aus dem Bereich der Armutsgefährdung ab, weil ein weibliches Mitglied des Haushaltes eine Beschäftigung aufnimmt oder intensiviert. Dies entspricht 21% der gesamten Abgänge aus der Armutsgefährdung. Der individuelle Zuwachs am Beschäftigungseinkommen beträgt in diesem Zusammenhang im Mittel rund EUR 4.400,-.

Übersicht 25: Abgänge aus der Armutsgefährdung in Verbindung mit Beschäftigungs-auf- oder -zunahme der Frau im Haushalt zwischen 2005 und 2006

Personenkreise	Anzahl der Übertritte			absolute Einkommensveränderung in EUR (Median)	
	in 1.000	Anteil in %	Übertrittswahrsch.	der Frau	des Haushaltes
Alle	90	21	55	4.367	9.070
Alleinerziehende	12	39	69	7.000	8.726
Familien mit 3 und mehr Kindern	10	19	36	9.800	18.766
Familien mit Kindern unter 4 J.	18	41	49	3.876	5.621
Familien mit Kindern zw. 4 u. 16 J.	44	23	59	4.530	9.070

Q.: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2005 und 2006. Armutsgefährdung bedeutet ein standardisiertes Haushaltseinkommen unterhalb von 60% des Medianäquivalenzeinkommens. Personenkreise und Haushaltsgruppen beziehen sich auf alle Haushaltspersonen. - Die Übertrittswahrscheinlichkeit errechnet sich aus der Zahl der Übertritte gemessen an der Zahl der Risikopopulation für diese Gruppe.

ÜBERTRITTE UND AKTIVIERUNGSRESSOURCEN

Die Überwindung von Armutsgefährdung steht in engem Zusammenhang mit „Ressourcen zur Aktivierung“, d.h. – wie oben erläutert – dem individuellen Potenzial zur Erzielung von (Erwerbs-)Einkommen. Dies sind in diesem Zusammenhang die Erwerbsaktivität, die Bildungsaktivität und der Gesundheitszustand. Diese Merkmale beeinflussen den Wirkungsgrad sozialpolitischer Maßnahmen und können sie im Einzelfall auch konterkarieren. Ein mangelhafter Gesundheitszustand beispielsweise kann viele Aktivierungsinstrumente der öffentlichen Hand ungeeignet machen. Auch hier kommt es im Zeitverlauf, wie bei der Armutsgefährdung, zu Übertritten.

Übersicht fasst die drei Faktoren der Aktivierung zusammen und zwar für den Fall einer Verringerung eines Ressourcenmangels. Immerhin 26% aller Zugänge in die Armutsgefährdung kamen trotz Verbesserung der Ressourcenlage zustande. Bei den Abgängen standen 46% in Zusammenhang mit verbessertem Aktivierungspotenzial, wobei hier überdurchschnittliche Anteile für zugewanderte Personen und Familien mit Kindern bis 16 Jahre vorliegen.

Greift man nur den Aspekt der Aufnahme einer Beschäftigung als Verbesserung der Ressourcenlage heraus, liegt der Anteil bei den Abgängen höher als bei den Zugängen. Dennoch gibt es 15% der Übertritte in die Armut trotz Aufnahme einer Erwerbstätigkeit. Hierbei ist zu beachten, dass die Schwelle zur Erwerbstätigkeit mit „mindestens einem Monat im Jahr in Beschäftigung“ relativ niedrig angesetzt wurde.

Wichtigstes Ergebnis ist, dass die Beschäftigungsaufnahme einer (zusätzlichen) Person im Haushalt nur in jedem vierten Fall (25%) einen Abgang aus der Armut begünstigt, was die Vermutung nahelegt, dass entweder das Erwerbseinkommen bereits Erwerbstätiger im Haushalt oder das Transfereinkommen wesentlich häufiger einen Unterschied bei der Armutsgefährdung ausmachen.

Übersicht 26: Übertritte in Verbindung mit gestiegenen Aktivierungsressourcen in armutsgefährdeten Haushalten zwischen 2005 und 2006

Personenkreise	Anzahl der Übertritte			absolute Einkommensveränderung in EUR (Median)	
	in 1.000	Anteil in %	Übertrittswahrsch.	der Frau	des Haushaltes
Alle	90	21	55	4.367	9.070
Alleinerziehende	12	39	69	7.000	8.726
Familien mit 3 und mehr Kindern	10	19	36	9.800	18.766
Familien mit Kindern unter 4 J.	18	41	49	3.876	5.621
Familien mit Kindern zw. 4 u. 16 J.	44	23	59	4.530	9.070

Q.: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2005 und 2006. Armutsgefährdung bedeutet ein standardisiertes Haushaltseinkommen unterhalb von 60% des Medianäquivalenzeinkommens. Personenkreise und Haushaltsgruppen beziehen sich auf alle Haushaltspersonen. - Die Übertrittswahrscheinlichkeit errechnet sich aus der Zahl der Übertritte gemessen an der Zahl der Risikopopulation für diese Gruppe.

Etwas klarer verhält es sich bei Haushalten, in denen mindestens eine Person im Vorjahr einen Bildungsabschluss absolviert hat. Bei nur 6% aller Zugänge waren solche Haushalte inkludiert; demgegenüber stehen 22% aller Abgänge. Der Zusammenhang scheint hier recht eindeutig, besonders für zugewanderte Personen, für die 28% aller Abgänge mit einem Abschluss in Zusammenhang stehen. Eine Verbesserung des Gesundheitszustands steht in anscheinend weniger klarem Zusammenhang mit Übertritten

in Hinblick auf Armutsgefährdung. Es zeigen sich zwar keine großen Differenzen bei der Übertrittswahrscheinlichkeit, jedoch wird eine Tendenz zur Begünstigung von Abgängen durch Verbesserung des Gesundheitszustandes sichtbar.

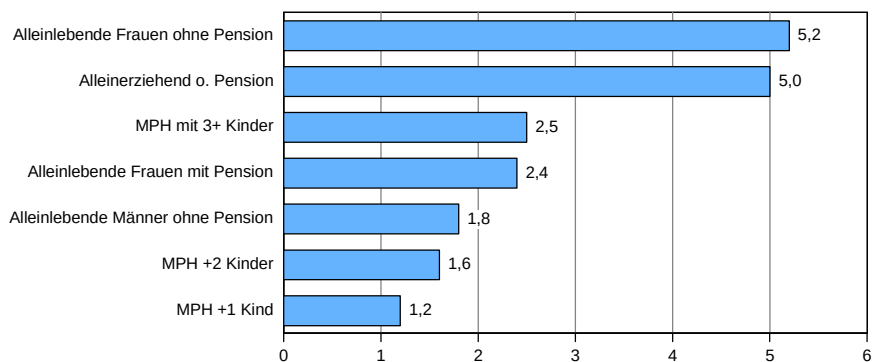
5. WAS WÄRE WENN? – MODELLRECHNUNGEN UND SIMULATIONEN

5.1. Risikomultiplikatoren der Armutsgefährdung

Haushalte oder Personen lassen sich in der Regel verschiedenen Kontexten gleichzeitig zuordnen. Die folgende (multivariate) Modellrechnung dient der Abschätzung von Effekten bestimmter Kontexte. Zur Quantifizierung, wie stark bestimmte Merkmale das Risiko der Armutsgefährdung erhöhen, werden kontextspezifische Multiplikatoren der Armutsgefährdung berechnet, die sich kombinieren lassen, um beispielsweise aus verschiedenen Merkmalen kumulierte Gefährdungsrisiken abzuschätzen.

Die Analyse richtet sich nach der spezifischen Wirksamkeit der Kontexte. Da Armutsgefährdung als Merkmal von Haushalten definiert ist, sind solche Risikomultiplikatoren auf Ebene der Haushalte zu identifizieren. Eine Fragestellung nach der Situation von Kindern wird also entsprechend abgewandelt und bezieht sich nun darauf, um welchen Faktor sich das Gefährdungsrisiko erhöht, wenn ein oder mehrere Kinder im Haushalt leben – und zwar für alle Mitglieder.

Natürlich können auch Merkmale einzelner Haushaltsmitglieder für die Schätzung von Risikomultiplikatoren für bestimmte Haushalte herangezogen werden. Dafür wird die hauptverdienende Person im Haushalt ausgewählt und deren persönliche Merkmale in die Schätzung aufgenommen. Zusätzlich können Eigenschaften anderer Haushaltspersonen durch Aggregation auf Haushaltsebene hinzugenommen werden. Um den zeitlichen Trend zu dokumentieren, wurde die Schätzgleichung jeweils für alle verfügbaren Jahre seit 1995 durchgeführt. In Grafik 22 sind die Werte der Balken als Multiplikatoren eines Basisrisikos, in die Armutsgefährdung zu geraten, interpretierbar. Das Basisrisiko wird mittels einer Referenzgruppe definiert, zu welcher sich die anderen Gruppen „relativ“ verhalten.

Grafik 22: Risikomultiplikatoren (odd ratios) für überproportional gefährdete Haushalte¹⁶

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2006.

Bei Variablen mit mehr als zwei Ausprägungen ist es üblich, die größte (dominanteste) Gruppe als Referenzgruppe zu wählen. Werte unter Eins bedeuten ein reduziertes Risiko, Werte über Eins erhöhen die Armutsgefährdung um den angegebenen Faktor. Für die meisten Gruppen zeigen sich in Übersicht signifikante Abweichungen von der Durchschnittsentwicklung. Beispielsweise sind laut Odd-Ratios „Alleinlebende Frauen in Pension“ um das 2,4-fache stärker dem Armutsrisiko ausgesetzt als Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder, die hier die Referenzgruppe darstellen. Besonders stark scheint die Gefährdung für „Alleinlebende Frauen ohne Pension“ und Alleinerziehende zu sein; die Odds liegen bei 5,21 respektive 5. Die Referenzgruppe kann sich gegenüber allen anderen als Gruppe mit dem geringsten Gefährdungsrisiko behaupten. Beim Bildungsstand wird mit einem „Lehrabschluss“ verglichen. Für hauptverdienende Personen mit Matura ergibt sich im Wesentlichen kein Unterschied. Recht deutlich zeigt sich das erhöhte Risiko für Hauptverdienende mit Pflichtschulabschluss. Im Gegensatz dazu haben Akademiker und Akademikerinnen nur ein halb so hohes Armutsgefährdungs-

16 Unterdurchschnittlich gefährdet sind Alleinlebende Männer mit Pension (0,8) und Mehrpersonenhaushalte mit Pensionen (0,9)

risiko wie Hauptverdienende mit Lehrabschluss.

Übersicht 27: Risikomultiplikatoren der Armutsgefährdung von 1995 bis 2006

	ECHP	EU-SILC	
	1995	2003	2006
Haushaltstypen (vs. MPH ohne Kinder)			
Single Männer mit Pension	9,28 ***	0,55 *	0,82
Single Frauen mit Pension	4,78 ***	0,90	2,40 ***
MPH mit Pension	3,10 ***	0,45 ***	0,94
Single Männer ohne Pension	11,83 ***	1,19	1,83 ***
Single Frauen ohne Pension	5,08 ***	2,63 ***	5,21 ***
Alleinerziehend ohne Pension	4,65 ***	6,36 ***	5,00 ***
MPH +1 Kind	1,35	1,09	1,22
MPH +2 Kinder	1,28	2,38 ***	1,60 ***
MPH +3 oder mehr Kinder	3,95 ***	3,19 ***	2,46 ***
Bildungsstand der hauptverdienenden Person (vs. Lehrabschluss)			
Pflichtschule	2,61 ***	2,62 ***	2,56 ***
Matura	1,30	0,97	0,98
Universität	1,27	0,56 **	0,50 ***
Weitere Merkmale der hauptverdienenden Person			
Arbeitslos	2,39 ***	2,86 ***	2,88 ***
Erwerbsaktiv	2,24	0,44 ***	0,73 **
MigrantIn	2,18 ***	1,68 ***	1,91 ***
Gesundheitliche Probleme	1,52 ***	1,15	1,05
Erwerbstätige Frau im HH	3,14	0,40 ***	0,35 ***
Konstante	0,01 ***	0,20 ***	0,10 ***
Beurteilungskriterien			
Beobachtungen	3.356	4.620	6.028
Log-Likelihood	-1.334	-1.608	-2.038
Pseudo-R ²	0,11	0,14	0,15

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-Silc 2003-2006, EUROSTAT ECHP 1995-2001- Die Koeffizienten sind angegeben als Odds-Ratios. - Die Symbole *, ** und *** indizieren Signifikanz auf 5%-, 1%- bzw. 0,5%-Niveau.

Die weiteren Merkmale sind dichotom und haben jeweils die Gegengruppe (also jene, auf welche die gegebene Eigenschaft nicht zutrifft) als Referenzkategorie. Arbeitslosigkeit offenbart sich als bedeutendes Armutsrisiko mit einem Multiplikator von 2,88. Im Gegenzug reduziert eine Erwerbstätigkeit der hauptverdienenden Person das Risiko signifikant. Der überproportionale Anteil von zugewanderten Personen bei den Armutsgefährdeten bestätigt sich auch hier noch einmal. Sehr deutlich zeigt sich der

positive Effekt einer erwerbstätigen Frau im Haushalt, wobei sie hier als Hauptverdienende oder zweite erwerbstätige Person auftreten kann. Das Risiko sinkt hier auf 35% relativ zur Gegengruppe (keine erwerbstätige Frau im Haushalt) herab.

Die Modellgleichung wurde ebenfalls für zurückliegende Erhebungsjahre berechnet. Bei näherer Betrachtung zeigen sich Verringerungen des Armutsrisikos für alle Pensionshaushaltstypen, insbesondere „Alleinlebende Pensionistinnen“, wobei es ab 2005 einen neuerlichen Anstieg gab. Ähnliches gilt für „Alleinlebende Männer ohne Pension“. „Alleinlebende Frauen“ und „Alleinerziehende“ haben ihre Position über die Jahre nicht verbessern können und sind auch im Längsschnitt am meisten vom Armutsrisiko betroffen. Die anderen Haushaltstypen mit Kindern haben relativ stabile Werte über die Zeit. Bei Familien mit drei und mehr Kindern zeichnet sich eine leichte Verbesserung seit 2003 ab.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich für keinen Haushaltstyp die Lage signifikant verschlechtert hat. Beim Bildungsstand zeigt sich, dass Haushalte, in denen die hauptverdienende Person einen akademischen Abschluss besitzt, immer weniger dem Armutsrisiko ausgesetzt sind oder anders ausgedrückt: Der Abstand des Risikos zwischen „Lehrabschlüssen“ und „Universität“ hat sich in den letzten 12 Jahren sichtbar vergrößert. Bei den weiteren Merkmalen fällt auf, dass erwerbstätige Frauen im Haushalt heute einen wesentlich größeren Beitrag zur Senkung des Armutsrisikos leisten als noch vor wenigen Jahren. Zudem verschärft Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren vermehrt das Problem der Armutsgefährdung. Für Migranten und Migrantinnen zeichnet sich ein leicht negativer Trend in Richtung eines höheren Armutsrisikos ab.

5.2. Sensitivitätsrechnungen zur Wirkung genereller Trends¹⁷

Die Strukturveränderungen gegenüber dem Jahr 1995 lassen sich wie folgt zusammenfassen: Anteile von Haushalten in Wien und von Einpersonenhaushalten sowie der Eigentümeranteil sind gestiegen. Auf Personenebene zugenommen hat hingegen der Anteil der Personen über 35 Jahre und Personen mit weiterführendem Schulabschluss. Gestiegen ist auch der Anteil der erwerbstätigen Frauen und der zugewanderten Personen sowie der arbeitslosen Personen. Die Übersicht zeigt, dass die empirische Gefährdungsschwelle aus dem Jahr 2006 um 44 Euro höher liegt als jene mit der simulierten Struktur des Jahres 1995. Trotzdem wurden um 74.000 Personen weniger unter dieser Gefährdungsschwelle beobachtet.

Die simulierte Armutsgefährdungsquote wäre mit 13,5% um 0,9% höher als in EU-SILC 2006. Die simulierte Quote nähert sich an den für das Erhebungsjahr 1995 empirisch beobachteten Wert von 13,8% an. Dies zeigt, dass Strukturveränderungen jedenfalls zur tendenziellen Verringerung der Armutsgefährdeten in den letzten 12 Jahren beigetragen haben.

Eine ähnliche Simulation ist auch zur Prognose der Wirkung zukünftiger Kontextveränderungen bis zum Jahr 2020 möglich (mit Haushalts- und Bevölkerungsprognosen der Statistik Austria). Für die Veränderung des Anteils der erwerbstätigen Frauen wurden Prognosen zur Frauenerwerbsquote herangezogen. Die Entwicklung der Bildungs- und Migrationsanteile wurde auf Basis der jährlichen Veränderung 1995-2006 extrapoliert, Arbeitslosigkeit wurde unverändert angenommen. Diese Prognose signalisiert – bei unveränderten Risikomultiplikatoren – eine geringfügige Zunahme der Armutsgefähr-

¹⁷ Ein Verfahren, mit dem Struktureffekte differenziert abgeschätzt werden können, besteht darin, die Beobachtungsbasis durch Gewichtungsfaktoren simultan an eine vorgegebene Struktur anzupassen. Dafür steht derselbe Kalibrierungsalgorithmus zur Verfügung, mit dem der Datenbestand aus EU-SILC 2006 an externe Randverteilungen von Haushalten und Personen angepasst wurde (zur Gewichtung vgl. Statistik Austria 2008). Wenn nun anstatt der Eckzahlen aus dem Jahr 2006 die Strukturdaten des Jahres 1995 verwendet werden, lassen sich Effekte von Kontextveränderungen abschätzen. Konkret kann die Stichprobe des Jahres 2006 so gewichtet werden, dass sie in bestimmten Merkmalen dieselbe Verteilung aufweist, wie die (gewichtete) Stichprobe aus dem Jahr 1995 (z.B. Bundesländer, Haushaltsgröße bei Haushalten).

dungsquote auf 13,0% innerhalb der nächsten 14 Jahre. Während sich Struktureffekte in der Vergangenheit insgesamt günstig auswirkten, würden zunehmende Arbeitslosigkeit und wachsende Polarisierung der Einkommensverteilung künftig deutlich mehr Interventionen erfordern, um ein Ansteigen der Armutsgefährdung zu verhindern.

Übersicht 28: Strukturveränderungseffekte 1995 bis 2020

	SILC 2006	geschätzter Strukturveränderungseffekt			
		1995	2006-1995	2020	2020-2006
Medianlebensstandard	17.869	16.983	+886	17.271	-598
Armutsgefährdungsschwelle	893	849	+44	864	-30
Armutsgefährdungsquote	12,6	13,5	-0,9	13,0	+0,4
Armutsgefährdete*)	1.027.080	1.101.111	-74.031	1.063.520	+36.440

Q.: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC, Strukturadaptierungen: Mikrozensusjahresdurchschnitt 1995, Statistik Austria Haushalts-, Bevölkerungs- und Erwerbstätigenprognosen. - *) Die Bevölkerung ist seit 1995 um rund 5% gewachsen, zur besseren Veranschaulichung wurde beim Vergleich der Bevölkerungsstand mit 8,2 Mio Personen bzw. 3,5 Mio Haushalte fixiert.

Während Übersicht das simulierte Gesamtsaldo der verschiedenen Strukturveränderungen seit 1995 wiedergibt, zeigt Übersicht 5 partielle Struktureffekte. Beispielsweise schlägt sich die Zunahme der Anzahl der Personen mit Pflichtschulabschluss um 630.000 Personen mit einem Anstieg der Schwelle um 30 Euro und einer Verringerung der Zahl der armutsgefährdeten Personen um rund 36.000 nieder. Ähnlich hoch ist der Effekt, der von der zunehmenden Frauenerwerbstätigkeit ausgeht. Nach dieser Modellrechnung korrespondiert die Steigerung der Zahl der erwerbstätigen Frauen um 194.000 mit einer Verringerung der Zahl an Armutsgefährdeten um rund 35.000 Personen.

Der Struktureffekt von wachsender Arbeitslosigkeit und Migrationsanteil ist demgegenüber niedriger und bewirkt eine Zunahme der Armutsgefährdung um etwa 6.000 Personen. Der stärkste Struktureffekt geht in dieser Modellrechnung von demographischen Veränderungen aus. Die Verringerung der Haushaltsgröße sowie die demographische Alterung und damit insbesondere die Verringerung der Kinderzahl, haben laut Modellrechnung die Zahl der Armutsgefährdeten um mehr als 80.000 Personen verringert.

Die beobachteten Veränderungen zeigen ein plausibles Bild struktureller Effekte. Im Vergleich zu der mit Transferleistungen erzielten Umverteilung ist deren Wirkung aber bescheiden.

Übersicht 29: Partielle Strukturveränderungseffekte 1995 bis 2006

	Struktur- veränderung	Effekt auf Armutsgefährdung		
		Schwelle	Quote	Anzahl
Personen mit weiterführendem Schulabschluß	+630.997	+30	-0,4	-36.440
Erwerbstätige Frauen	+194.259	+14	-0,4	-35.339
Erwachsene mit Migrationshintergrund	+172.720	-3	+0,1	+6.529
Bezug von Arbeitslosengeld/ Notstandshilfe (mind. 2 Monate)	+90.257	-2	+0,1	+6.089

Q.: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC, Strukturanpassungen: Mikrozensusjahresdurchschnitt 1995, EUROSTAT ECHP 1995

6. LITERATURVERZEICHNIS

Atkinson, Antony B. (1989): Poverty and Social Security. Harvester Wheatsheaf: New York [u.a.].

Atkinson T. et al. (2002). Social Indicators. The EU and Social Inclusion, Oxford University Press. New York.

Atkinson, T./ Marlier, E./ Nolan, B. (2004). 'Indicators and Targets for Social Inclusion in the European Union', Journal of Common Market Studies, Vol 42 (1) p47–75

Callan, T./Nolan, B./Whelan C. T. (1993). Resources, Deprivation and the Measurement of Poverty. Journal of Social Policy, 1993, 22, (2), 141-172.

Deaton, Angus (1980): The Measurement of Welfare. Theory and Practical Guidelines. Living Standard Measurement Survey, Working Paper Nr. 7. The World Bank: Washington D.C.

Grootaert, Christian (1985): The Conceptual Basis of Measures of Household, Welfare and their Implied Survey Data Requirements. LSMS Working Paper Nr. 19, The World Bank: Washington, D.C.

Haddad, Lawrence und Kanbur, Ravi (1990): How Serious is the Neglect of Intra-Houshold-Inequality? Economic Journal, Vol. 100, 866-881.

Halleröd, Björn; Larsson, Daniel; Gordon, David und Ritakallio, Veli-Matti (2006): Relative Deprivation: a comparative analyses of Britain, Finland and Sweden. Journal of European Social Policy, Vol. 16, 4, 328-345.

Henke, J./ Till, M./ Schrittwieser, K./ Wagner-Pinter, M. (2008). Eingliederungsbilanzen: Kontextveränderungen und sozialpolitischer Intervention. Armutslagen und Chancen für Eingliederung in Österreich. Arbeitspapier 3. Wien.

Krämer, W. (1997). Statistische Probleme bei der Armutsmessung. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit. Nomos-Verlag. Baden-Baden.

Kernbeiß, G./ Lehner, U./ Wagner-Pinter, M. (2008). Armut im Lichte des Haushaltspansels. Armutslagen und Chancen für Eingliederung in Österreich. Arbeitspapier 2. Wien.

Leu, Robert E. (1999): Messung von Armut – Konzepte der Armutsmessung. In: Bundesamt für Statistik (Hrsg.): Armut verstehen – Armut bekämpfen, Bundesamt für Statistik: Neuchatel, 39-62.

Leu, Robert E.; Burri, Stefan und Priester, Tom (1997): Lebensqualität und Armut in der Schweiz. 2. Auflage, Haupt Verlag: Bern.

Palmer, G./Mohibur R. (2002). Monitoring Progress on Poverty. A Policy Guide on the Use of Social Indicators. New Policy Insitute

Piachaud, David (1992): Wie misst man Armut? In: Leibfried, Stephan und Voges, Wolfgang (Hrg.): Armut im Wohlfahrtsstaat. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 32, 63-87.

Ravaillion, Martin (1994): Poverty, Comparisons, Fundamentals of Pure and Applied Economics. Harwood Academic: Chur

Raveaud, G. / Salais, R. (2001). Fighting against Social Exclusion in a European Knowledge-based Society: What Principles of Action? In Mayes, D. / Berghman, J. / Salais, R. (Hrg.): Social Exclusion and European Policy. Edward Elgar: Cheltenham.

Ringen, S. (1988). Direct and Indirect Measures of Poverty. *Journal of Social Policy*, 1988, 17, (3), 351-365.

Rowntree, B. S. (1901). *Poverty: A Study of Town Life*. London: Macmillan.

Schneidewind, Peter et al. (1985). Mindestlebensstandard in Österreich. Forschungsberichte aus Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, Nr. 11. Wien: BMSV.

Sen, Amartya K. (1997d). Inequality, unemployment and contemporary Europe. *International Labour Review*, Vol. 136, 2, 155-172.

Statistik Austria (2005). Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2003 in Österreich. Wien.

Statistik Austria (2006). Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2004 in Österreich. Wien.

Statistik Austria (2007). Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2005 in Österreich. Wien.

Statistik Austria (2008). Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2006 in Österreich. Wien.

Stromberger, G. (1977). *Die verleugnete Armut*. Österreichische Gesellschaft für Wirtschaftssoziologie. Wien.

Till, M./ Henke, J./ Schrittwieser K. (2008). Indikatorenkatalog. Armutslagen und Chancen für Eingliederung in Österreich. Arbeitspapier 4.. Wien.

Till, M./ Wagner-Pinter, M./Henke, J./Schrittwieser, K. (2008). Indikatoren für ein Monitoring des Strategieberichtes zu Sozialschutz und Soziale Eingliederung. Endbericht. Wien.

Till, M./ Datler, G. (2009). Indikatoren 1995-2008. Armutslagen und Chancen der Eingliederung in Österreich. Wien.

Till-Tentschert, U./Lamei, N./Bauer, M. (2005). Armut und Armutsgefährdung in Österreich 2003. In: Bericht über die soziale Lage 2003-2004. Wien: BMSG. 207-232.

Till, M; Till-Tentschert, U. (2007), "Niedriges Einkommen + materielle Deprivation = soziale Ausgrenzung ? – die konventionelle Armutsberichterstattung und ihre Beschränkungen, Angewandte Sozialforschung 25/1.

Till-Tentschert, U./Weiss, H. (2008). Merkmale deprivierter Lebensführung in Österreich. Armutslagen und Chancen für Eingliederung in Österreich. Arbeitspapier 1. Wien.

Townsend, P. (1979). Poverty in the United Kingdom. A Survey of Household Resources and Standards of Living. Berkeley, University of California.

